

Sitzungsbericht

6. Sitzung der Tagung 2003/04 der XVI. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich Donnerstag, den 2. Oktober 2003

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Freibauer (Seite 02).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 03).
3. Ltg. 58/A-8/1: Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. gem. § 40 LGO 2001 auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Österreich-Konvent - Eine Chance für Niederösterreich“.
Redner: Abg. Mag. Schneeberger (Seite 006), Abg. Mag. Ram (Seite 008), Abg. MMag. Dr. Petrovic (Seite 010), Abg. Mag. Motz (Seite 012), Abg. Mag. Riedl (Seite 014), Abg. Mag. Leichtfried (Seite 017), Abg. Moser (Seite 018), Abg. Weninger (Seite 021), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 022).
4. Ltg. 59/B-29: Antrag des Sozial-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend Tätigkeitsbericht der NÖ Kinder & Jugend Anwaltschaft für den Zeitraum 1. Juli 2001 bis 30. Juni 2003 nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz.
Berichterstatter: Abg. Hintner (Seite 023).
Redner: Abg. Weiderbauer (Seite 024), Abg. Doppler (Seite 026), Abg. Vladyka mit Resolutionsantrag betreffend Harmonisierung der Jugendschutzgesetze (Seite 028), Abg. Mag. Ram (Seite 029), Abg. Dr. Krismer (Seite 030), Abg. Mag. Renner (Seite 031), Abg. Lembacher (Seite 031), Abg. Mag. Fasan (Seite 033), Abg. Vladyka mit Resolutionsantrag betreffend Harmonisierung der Jugendschutzgesetze (Seite 034).
Abstimmung (Seite 035).
(Ltg. 59/B-29 und Resolutionsantrag Abg. Vladyka u.a. einstimmig angenommen.)
- 5.1. Ltg. 37/B-8: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds – Jahresbericht 2002.
Berichterstatter: Abg. Mag. Riedl (Seite 035).
- 5.2. Ltg. 38/B-13: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Fremdenverkehrs-förderungs-fonds – Jahresbericht 2002.
Berichterstatter: Abg. Doppler (Seite 035).
Redner zu 5.1. – 5.2.: Abg. Mag. Ram (Seite 035), Abg. Hofmayer (Seite 037), Abg. Ing. Gratzer (Seite 038), Abg. Dipl. Ing. Toms (Seite 040), Abg. Dr. Krismer (Seite 043), Abg. Hinterholzer (Seite 044), Abg. Mag. Fasan (Seite 048), Abg. Kautz (Seite 052), Abg. Ing. Hofbauer (Seite 055), Abg. Mag. Fasan (Seite 057).
Abstimmung (Seite 057).
(Ltg. 37/B-8, Ltg. 38/B-13 einstimmig angenommen.)
6. Ltg. 57/H-1: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Beteiligungsmodell – revolvierende Ausnützung des Haftungsvolumens und Erweiterung des Beteiligungsmodells.
Berichterstatter: Abg. Friewald (Seite 058).
Redner: Abg. Waldhäusl (Seite 058), Abg. Präs. Sacher (Seite 059), Abg. Dipl. Ing. Eigner (Seite 062).
Abstimmung (Seite 063).
(Ltg. 57/H-1 einstimmig angenommen.)

- 7.1. Ltg. 52/B-2/1: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes über das Bundesland Niederösterreich – Verwaltungsjahr 2002.
Berichterstatterin: Abg. Kadenbach (Seite 063).
- 7.2. Ltg. 69/B-1: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr.2 der XVI. Gesetzgebungsperiode.
Berichterstatterin: Abg. Kadenbach (Seite 064).
Redner zu 7.1. – 7.2.: Abg. Waldhäusl (Seite 064), Abg. Maier (Seite 066), Abg. Krismer mit Resolutionsantrag betreffend Pflegenotstand in Niederösterreich (Seite 067), Abg. Cerwenka (Seite 070), Abg. Adensamer (Seite 072), Abg. Mag. Fasan (Seite 074),
8. Ltg. 40/H-8: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden – allgemeine Aktion; Erhöhung der Kredit- und Haftungsermächtigung.
Berichterstatter: Abg. Herzig (Seite 081).
Redner: Abg. Waldhäusl (Seite 081), Abg. Mag. Fasan (Seite 082), Abg. Kernstock (Seite 082), Abg. Ing. Rennhofer (Seite 083).
Abstimmung (Seite 084).
(Ltg. 40/H-8 einstimmig angenommen.)

* * *

Präsident Mag. Freibauer (*um 13.00 Uhr*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt. Es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten. Von der heutigen Sitzung hat sich niemand entschuldigt.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir stehen am Beginn einer neuen Session des Niederösterreichischen Landtages. Nach der Konstituierung des Landtages wird es die erste volle Arbeitssession sein. Der Landtag muss sich in seiner Arbeit immer wieder den neuen Anforderungen der Zeit stellen und diese beantworten. Dies gilt für unsere inhaltliche Arbeit ebenso wie für organisatorische Dinge. Die tragischen Ereignisse in Schweden haben uns veranlasst, die Sicherheitsvorschriften bei Sitzungen des Landtages noch konkreter zu fassen und auch entsprechend zu überwachen. Ich bitte alle Damen und Herren Abgeordneten und alle Personen, die mit dem Landtag während der Tagungszeit in Kontakt stehen um Verständnis für diese notwendige Maßnahme im Interesse der Demokratie.

Auf der anderen Seite ist es auch ein Erfordernis für unsere demokratischen Einrichtungen, diese in entsprechender Form den Bürgerinnen und Bürgern nahe zu bringen. In diesem Sinne hat der Niederösterreichische Landtag im Foyer des Landtagsgebäudes ein neues Besucherzentrum, wel-

ches der Herr Landeshauptmann am vergangenen Montag eröffnet hat, und ich lade alle die das noch nicht getan haben ein, dem Besucherzentrum und der Dauerausstellung einen Besuch abzustatten.

Heute werden zum ersten Mal auch die Beratungen des Landtages im Internet direkt zu verfolgen sein. Ich möchte dazu nur sagen, betrachten wir das als Probetrieb und wir werden uns miteinander bemühen, alles zu verbessern was sich bei eventuellen Pannen nun ergeben könnte.

Eine Mitteilung des Präsidenten an das Hohe Haus: Nach § 7 Abs.1 des Unvereinbarkeitsgesetzes bringe ich dem Hohen Haus zur Kenntnis, dass die Mitglieder des Landtages und der Landesregierung im Sinne des § 4 Abs.1 des Unvereinbarkeitsgesetzes ihre Berufstätigkeiten schriftlich angezeigt haben. Der Rechts- und Verfassungs-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 25. September unter Beachtung auf die Gewährung einer objektiven und unbeeinflussten Amtsführung der Ausübung der nach § 4 des Unvereinbarkeitsgesetzes gemeldeten Stellen zugestimmt. Weiters wird gemäß § 6a des Unvereinbarkeitsgesetzes die Ausübung der von den Abgeordneten genannten Tätigkeiten nicht untersagt.

Ich bringe nun unter Tagesordnungspunkt 1 dem Hohen Haus folgenden Einlauf zur Kenntnis:

Ltg. 82/A-1/8 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. betreffend Änderung

- der NÖ Gemeinderatswahlordnung 1994 – Wahlalter. Ich weise dieses Stück dem Kommunal-Ausschuss zu.
- Ltg. 53/B-11 - Bericht der Landesregierung betreffend NÖ landwirtschaftlicher Förderungsfonds; Bericht über die Gebarung und Tätigkeit im Jahre 2002. Ich habe dieses Stück am 29. September 2003 dem Landwirtschafts-Ausschuss zugewiesen.
- Ltg. 54/B-14 - Bericht der Landesregierung betreffend Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich für das Jahr 2002. Diese beiden Geschäftsstücke habe ich am 30. September 2003 dem Landwirtschafts-Ausschuss zugewiesen.
- Ltg. 56/B-9 - Bericht der Landesregierung betreffend Bericht über die Tätigkeit und Wahrnehmungen der NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion im Jahre 2002. Dieses Stück habe ich am 2. Oktober 2003 dem Landwirtschafts-Ausschuss zugewiesen.
- Ltg. 52/B-2/1 - Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes über das Bundesland Niederösterreich – Verwaltungsjahr 2002. Dieses Stück habe ich am 18. September 2003 dem Rechnungshof-Ausschuss zugewiesen und es steht nach Erledigung im Ausschuss auf der heutigen Tagesordnung.
- Ltg. 61/B-17 - Zwanzigster und Einundzwanzigster Bericht der Volksanwaltschaft an den Niederösterreichischen Landtag (2000-2001) sowie die Äußerung der NÖ Landesregierung;
- Ltg. 65/A-1/6 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. betreffend Änderung der NÖ Landesverfassung 1979 – Verankerung des Schutzes des Wassers in der Landesverfassung;
- Ltg. 80/A-2/3 - Antrag mit Gesetzentwürfen der Abgeordneten Weninger u.a. betreffend Änderung der NÖ Landtagswahlordnung 1992 (LWO) und der NÖ Gemeinderatswahlordnung 1994 (NÖ GRWO 1994) und
- Ltg. 81/A-1/7 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. betreffend Änderung der NÖ Landtagswahlordnung 1992 – Wahlalter.
- Diese vier Stücke weise ich dem Rechts- und Verfassungs-Ausschuss zu.
- Ich bitte um etwas mehr Ruhe in den Reihen der Abgeordneten!
- Ltg. 69/B-1 - Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 2 der XVI. Gesetzgebungsperiode. Dieses Geschäftsstück wurde im Rechnungshof-Ausschuss am 25. September 2003 behandelt und steht aufgrund der Beratungsergebnisse bereits auf der heutigen Tagesordnung.
- Ltg. 59/B-29 - Bericht der Landesregierung betreffend Tätigkeitsbericht der NÖ Kinder & Jugend Anwaltschaft für den Zeitraum 1. Juli 2001 bis 30. Juni 2003 nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz. Dieses Stück habe ich am 18. September 2003 dem Sozial-Ausschuss zugewiesen und es steht nach Erledigung im Ausschuss auf der heutigen Tagesordnung.
- Ltg. 71/I-2 - Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ IPPC - Anlagen- und Seveso-Betriebsgesetz (NÖ ISG). Dies weise ich dem Umwelt-Ausschuss zu.
- Ltg. 40/H-8 - Vorlage der Landesregierung betreffend Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden – allgemeine Aktion; Erhöhung der Kredit- und Haftungsermächtigung. Dieses Stück habe ich am 12. August 2003 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und es steht nach

- Erledigung im Ausschuss auf der heutigen Tagesordnung.
- Ltg. 50/B-27 - Bericht der Landesregierung betreffend Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal, Geschäftsbericht 2002. Dieses Geschäftsstück habe ich am 10. September 2003 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen.
- Ltg. 57/H-1 - Vorlage der Landesregierung 2003 betreffend NÖ Beteiligungsmodell - revolvingende Ausnützung des Haftungsvolumens und Erweiterung des Beteiligungsmodells. Dieses Geschäftsstück habe ich am 18. September 2003 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und es steht nach Erledigung im Ausschuss auf der heutigen Tagesordnung.
- Ltg. 66/A-2/2 - Antrag der Abgeordneten Weninger u.a. betreffend Befreiung von Feuerwehren und Rettungsorganisationen von der Rundfunk- und Fernsehgebühr. Dieses Stück weise ich dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zu.
- Eingelangt sind die Anfragen:
An Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll:
- Ltg. 44/A-4/2 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend Landesbeitrag für Errichtung und Betrieb multifunktionaler Verkehrskontrollplätze im Autobahn- und Schnellstraßennetz.
- Ltg. 45/A-4/3 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend budgetäre Konsequenzen der „Verlängerung“ der Bundesstraßen.
- Ltg. 55/A-4/4 - Anfrage des Abgeordneten Thumpser betreffend Errichtung eines Lärmschutzes an der B 18 bei Hainfeld.
- Ltg. 60/A-4/5 - Anfrage der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic und Mag. Fasan betreffend Umsetzung des Ozongesetzes.
- Ltg. 63/A-4/7- Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer betreffend Förderungen für den NÖ Seniorenbund.
- Ltg. 64/A-4/7- Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer betreffend Beilage zu den „Amtlichen Nachrichten“ der NÖ Landesregierung (Niederösterreich im Bild).
- Ltg. 67/A-4/9- Anfrage der Abgeordneten Mag. Renner betreffend Trassenverlauf der Marchfeldschnellstraße - B 8a und Errichtung von Brücken über die March.
- Ltg. 68/A-4/10 - Anfrage der Abgeordneten Kernstock und Thumpser betreffend Bau der B 334.
- Ltg. 77/A-4/12 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer betreffend Inserate in Tageszeitungen und in der NÖN.
- Ltg. 79/A-4/13 - Anfrage des Abgeordneten Razborcan betreffend Ausschreibung der Sicherheitskontrollleistungen am Flughafen Wien - Schwechat.
- An Frau Prokop: Landeshauptmannstellvertreterin
- Ltg. 62/A-4/6- Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer betreffend Situation des Pflegepersonals in Niederösterreich.
- An Frau Onodi: Landeshauptmannstellvertreterin
- Ltg. 72/A-4/11 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend Aktenwidrigkeit bei einer Baubewilligung im Wienerwald.

An Herrn Landesrat Gabmann:

Ltg. 39/A-5/2 - Anfrage der Abgeordneten Ing. Gratzler, Cerwenka und Sacher betreffend Sonnwendfeiern in der Wachau - Kostenbeitrag des Landes NÖ.

An Herrn Landesrat Mag. Sobotka:

Ltg. 43/A-5/5 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Ram betreffend Aufschüttungen von Aushubmaterial in Maria Anzbach.

Ltg. 46/A-5/6 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend Landesbeitrag für Errichtung und Betrieb multifunktionaler Verkehrskontrollplätze im Autobahn- und Schnellstraßennetz.

Ltg. 47/A-5/7 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend budgetäre Konsequenzen der „Verlängerung“ der Bundesstraßen.

Ltg. 48/A-5/8 - Anfrage der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic betreffend Parteienfinanzierung für private Postkartenaktionen.

Ltg. 73/A-5/12 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend Aktenwidrigkeit bei einer Baubewilligung im Wienerwald.

Ltg. 74/A-5/13 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend Weiterentwicklung der „Verkehrsspargemeinde Langenlois“.

Ltg. 75/A-5/14 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend Bodenverunreinigungen im Wienerwald.

An Herrn Landesrat Dipl.Ing. Plank:

Ltg. 41/A-5/3 - Anfrage der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic und Mag. Fasan betreffend Wasserentnahme aus dem Nationalpark Thayatal.

Ltg. 49/A-5/9 - Anfrage der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic und Mag. Fasan betreffend Steinwild und

Waldschäden auf der Hohen und der Dürren Wand.

Ltg. 51/A-5/10 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer betreffend Kostenübernahme für die Brandbekämpfung am Areal der RPB Recycling-Point Blumau Wiederaufbereitungsges.m.b.H. durch das Land Niederösterreich.

Ltg. 70/A-5/11 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer betreffend Hühnerhaltung in Niederösterreich.

Ltg. 76/A-5/15 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend Bodenverunreinigungen im Wienerwald.

An Herrn Landesrat Schabl:

Ltg. 42/A-5/4 - Anfrage der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic und Mag. Fasan betreffend Wasserentnahme aus dem Nationalpark Thayatal.

Ltg. 78/A-5/16 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan betreffend Naturschutz in Buchelbach im Wienerwald.

Die Anfragen wurden an die befragten Regierungsmitglieder weitergeleitet.

Weiters eingelangt sind die Anfragebeantwortungen von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll zu Ltg. 12/A-4, Ltg. 15/A-4/1 und Ltg. 55/A-4/4 und von Herrn Landesrat Gabmann zu Ltg. 39/A-5/2.

Weiters eingelangt ist ein Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Lembacher, Hinterholzer, Moser, Rinke und Adensamer u.a. gemäß § 40 LGO 2001 auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde in der Landtagssitzung am 2. Oktober zum Thema „Österreich-Konvent – Eine Chance für Niederösterreich“, Ltg. 58/A-8/1. Gemäß § 40 Abs.4 LGO wird beantragt, die Aktuelle Stunde als ersten Verhandlungsgegenstand der Landtagssitzung durchzuführen. Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung:)* Danke! Wer möchte dagegen stimmen? Niemand. Einstimmig genehmigt!

Bevor wir aber in die Behandlung der Tagesordnung eingehen, möchte ich festhalten, dass auf Grund des Beschlusses des NÖ Landtages vom 15. Mai 2003 eine Redezeitbeschränkung zur An-

wendung kommt. Die Gesamtredezeit dafür setze ich auf Grund des übereinstimmenden Beschlusses der von der Präsidielle beauftragten Klub- bzw. Fraktionsdirektoren mit 470 Minuten, und zwar ohne Aktuelle Stunde, fest.

Auf Grund des zitierten Landtagsbeschlusses kommen demnach der ÖVP 207 Minuten, der SPÖ 146 Minuten, den Grünen 70 Minuten, der FPÖ 47 Minuten zu. Weiters halte ich fest, dass Berichterstattungen, Wortmeldungen zur Geschäftsordnung, tatsächliche Berichtigungen und die Ausführungen des am Vorsitz befindlichen Präsidenten nicht unter dieses Kontingent fallen.

Für die Aktuelle Stunde gilt gemäß dem Redezeitmodell die Verteilung von 90 Minuten zwischen den Fraktionen im Verhältnis 44:31:15:10. Wobei für den als ersten Antragsteller unterfertigten Abgeordneten noch 15 Minuten hinzu kommen.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde. Die Zeiten gelten so wie dann hier links und rechts immer ersichtlich. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Mag. Schneeberger als ersten Antragsteller zur Darlegung der Meinung der Antragsteller zu berichten.

Abg. Mag. Schneeberger (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren der Landesregierung!

Ich glaube, es ist naheliegend und nur logisch und konsequent, dass sich der Landtag von Niederösterreich mit der Frage der Positionierung unseres Landes anlässlich der Konstituierung und Durchführung des Österreich-Konvent auseinandersetzt. Daher auch der Antrag der NÖ Volkspartei, hier im NÖ Landtag dieses Thema anlässlich einer Aktuellen Stunde zu behandeln.

Wir alle wissen, dass die Bundesländer an der Wiege der Bundesverfassung und des Bundesstaates Österreich gestanden sind. Und daher ist es nur logisch, dass wir, die Bundesländer, uns auch dementsprechend einbringen, wenn es darum geht, diese österreichische Verfassung den Anforderungen von Heute und Morgen gerecht zu werden.

Wir in Niederösterreich wollen uns daher in diese Diskussion ernsthaft einbringen. Wir in Niederösterreich wollen unsere Vorstellungen auch lautstark und inhaltsreich positionieren. Und wir in Niederösterreich wollen im Konvent Pate dafür stehen, dass die Bundesverfassung bürgerfreundlich, österreichisch und europareif ist. Wir haben daher alle Fraktionen hier im NÖ Landtag eingela-

den, sich anlässlich dieser Aktuellen Stunde zu positionieren und mit Inhalten und eben ihren Positionen die Diskussion rund um die neue Verfassung zu begleiten. Ich sehe es als Pflicht an, dass sich das größte Bundesland hier entsprechend stark, unabhängig von der parteipolitischen Provenienz einbringt.

Welches Anforderungsprofil stellen wir nun was diese neue Verfassung anlangt? Ich habe es schon gesagt, zum einen bürgerfreundlich. Der Bürger muss sich auf die Verfassung verlassen können. Die Gesetze müssen verständlich sein. Und letztendlich geht es bei der Umsetzung der Gesetze auch um den sparsamen Umgang mit Steuergeldern.

Die Verfassung muss österreichisch sein. Was meine ich damit? Österreich ist die Summe der neun Bundesländer und der 2.000 Gemeinden. Und wenn wir diese, nämlich die neun Bundesländer und ihren Einfluss und die 2.000 Gemeinden und deren Einfluss und Aufgaben in Frage stellen, dann können wir den Konvent schon vergessen. Das heißt, hier sei angemerkt, dass jeglichen zentralistischen Tendenzen aus Sicht des Bürgers wir als Ländervertreter, aber auch die Gemeindevertreter, eine klare Absage erteilen. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Rosenmaier.)*

Die Vielfalt unserer Landschaft und unserer Traditionen darf nicht durch zentralistische Vorschriften zum Einheitsbrei verkommen. Österreich- oder europaweite Bauzulassungen sind gut. Aber wir wollen nicht, dass beispielweise die Häuser im Burgenland, in Vorarlberg oder in Tirol oder in Niederösterreich gleich aussehen. Das heißt, hier sollte die regionale Identifikation, das regionale Umfeld, sich mit einbringen können. Und letztendlich erwarten wir vom Konvent, dass er europareif ist. Das heißt, wir brauchen natürlich europaweite Richtlinien, aber keinerlei kleinliche Verwaltungsvorschriften. Und da denke ich beispielsweise an die Zentimetermaßregelungen der Tafeln mit denen Autoverkäufer auf die CO₂-Werte hinzuweisen haben. Das ist nicht unser Sinn von Europareife.

Wie schauen nun unsere Vorstellungen im Einzelnen aus? Bei der Aufgabenreform soll es bei der Neuaufteilung Vielseitigkeit geben und nicht Einseitigkeit und Kreativität und nicht Einfallslosigkeit. Wir erwarten uns eine vertikale Aufgabenverteilung. Das heißt, die Aufgabenverteilung von ganz oben bis ganz unten und alles dort angesiedelt wo es hingehört.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel festmachen. Beispielsweise am Bildungswesen. Wir

brauchen natürlich europaweite Bildungskonzepte mit der gegenseitigen Anerkennung höherer Bildungslehrgänge in den EU-Staaten. Aber die Bildungsziele und die Bildungsinhalte sind logischerweise Bundesaufgaben. Aber über die Erfordernisse der Schulorganisation weiß man am besten in den Regionen Bescheid. Und ob die Schulen Sanierungs- und Verbesserungsarbeiten bedürfen, das besorgt wahrscheinlich am besten die Gemeinschaft der Gemeinden.

Wir haben einen Ansatz in diese Richtung im Fachhochschulbereich. Im Fachhochschulbereich ist es so, dass die grundsätzlichen Lehrgänge vom Fachhochschulrat vorberaten und vom zuständigen Ministerium die Genehmigung gegeben wird und die Träger, die Fachhochschulträger, genau wissen, wie viel sie pro Kopf des Studenten entweder technisch zirka 95.000 Schilling – noch in Schilling, ich weiß den Eurobetrag nicht – und bei Wirtschaftsstudien 70.000 Schilling. Und innerhalb dessen muss der Träger wirtschaften und damit entsprechend auskommen. Das wäre vom Prinzip her durchaus ein Modell für künftige Aufgabenverteilungen. Nur darf es dann nicht passieren, dass plötzlich eine 20-prozentige Kürzung dieser Bereiche kommt. Weil dann hört sich die Aufteilung der Kompetenz in der Form auf. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

Aufgabenreform darf nicht an Eifersüchteleien scheitern. Möchte ich auch an einem Beispiel festmachen, weil es ein Niederösterreich-Beispiel ist und die Konsequenz und die Schnelligkeit der Verwaltungsbehörden Niederösterreichs unter Beweis stellt. Ich meine, dass im Interesse des Betriebsstandortes Niederösterreich die Verfahren entsprechend, die gewerblichen Betriebsanlageverfahren, entsprechend vereinfacht und beschleunigt wurden ohne dass ein Qualitätsverlust in Kauf genommen wurde. Im Gegenteil: Sie sind auch qualitativ höher stehender.

Aber der Arbeitnehmerschutz wird parallel nach wie vor von einer Bundesdienststelle wahrgenommen. Wohl wissend, dass das auf der Bezirkshauptmannschaftsebene mindestens genauso von qualifizierten Sachverständigen ermöglicht werden kann. Ich meine, hier sind sehr viele kleine Mosaiksteine die es möglich machen, effizient, bürgernah und steuerschonend Kompetenzen entsprechend zu verlagern.

Was wir auf keinen Fall, Hohes Haus, wollen, ist ein Vollzugsföderalismus. Was meine ich damit? Ich meine damit, was man oft hört, dass die Länder und Gemeinden zwar vor Ort recht schön und richtig und sehr bürgernah alles verwalten, aber die

Gesetze, die Gesetze sollten doch zentral erlassen werden. Und da frage ich mich, was ist nun so ein Verwaltungsgesetz? Ist das doch nichts anderes als die generelle Festlegung wie öffentliche Aufgaben vollzogen werden. Und wer einer Trennung, Gesetzgebung Bund, Verwaltung Länder und Gemeinden das Wort redet, also einem Vollzugsföderalismus, der bekommt Gesetze die fern von jeder Praxis sind. Ich möchte nicht näher darauf eingehen. Verweise nur auf die notwendigen Änderungen im Führerscheingesetz oder die vielleicht kabarettistische Einlage was die Ortstafelzusätze anlangt.

Ein Wort zum Rechtsstaatsgebot. Ein Rechtsstaatsgebot, das das Gesetz kompliziert macht, wo sich der einzelne Bürger schon gar nicht, aber nicht einmal der Experte entsprechend zurecht findet, hat seinen Sinn verloren. Auch hier ist ein Beispiel gefällig wenn ich an die Sozialversicherungsgesetze, an deren Novellen und unterschiedliche Inkrafttretungsbestimmungen denke, wo selbst Verfassungsrichter oft Tage brauchen festzustellen was Sache ist. Der Bürger braucht klare Normen und auch eine Garantie, dass diese morgen nicht wieder aufgehoben werden.

Und auch hier darf ich selbstbewusst behaupten, dass wir mit so manchen Deregulierungsmaßnahmen in der letzten Legislaturperiode gezeigt haben, wie es gehen könnte. Wie wohl ich feststellen möchte, dass wir gemerkt haben, dass auch wir an Grenzen des Lobbyismus im eigenen Bereich stoßen wenn es darum geht, Deregulierungsmaßnahmen auch entsprechend umzusetzen. Aber ich bin davon überzeugt, dass dies für die Gesetzgebung ein Gebot der Stunde ist und dass wir im Speziellen auch als Landesgesetzgeber, wollen wir dieses Attribut und diese Aufgabe weiter haben, gefordert sind. Wenn man über Föderalisten spricht, muss man die Institution des Bundesrates in den Mund nehmen. Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es ist unverzichtbar, dass die Länder in der Bundesgesetzgebung mitwirken. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)*

Aber diese Mitwirkung darf nicht zahnlos erfolgen. Das heißt, die Zusammensetzung und die bisherige Aufgabeninanspruchnahme des Bundesrates ist reformbedürftig. Ich glaube, das ist unumstritten. Uns geht es darum, ein Modell zu finden. Sei es das Modell unseres Präsidenten Freibauer, sei es in Anlehnung an den Bundesrat in der Bundesrepublik. Und für uns gilt es, ein Modell zu finden, wo es darum geht, das Mitspracherecht der Länder und der Gemeinden in diesem Bundesstaat Österreich zu gewährleisten. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Mag. Leichtfried.)*

Hohes Haus! Ich möchte meine Ausführungen beenden indem ich Dr. Bußjäger zitiere, der, wenn Sie so wollen, für uns wissenschaftlich der „Föderalismusguru“ ist und der verschiedene hoch interessante Vorschläge gemacht hat. Und der folgende Aussage getan hat: Die größte Herausforderung – und da sind wir Adressat, wir die Mitglieder des Landtages und die Repräsentanten der Länder – die größte Herausforderung für den österreichischen Föderalismus dürfte darin bestehen, der Öffentlichkeit die Sinnhaftigkeit und die Effizienz einer föderalen Ordnung zu vermitteln. Wenn ein Vertrauen in die prinzipielle Leistungsfähigkeit eines föderalen Systems hergestellt werden kann, scheint der Boden für tatsächlich tiefgreifende Reformen bereitet.

Das heißt, allein unser Mitwirken im Österreich-Konvent ist zu wenig. Wir müssen dem Bürger vermitteln, dass ein föderales Prinzip in unserem Bundesstaat wirklich bürgernah ist, wirklich effizienter ist und wirklich für das Steuergeld am sparsamsten wirkt.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Lassen sie mich am Schluss feststellen: Für mich war der Föderalismus noch nie so modern und so notwendig wie heute. Für das gemeinsame Europa und für die europäische Perspektive ist speziell die Identifikation mit der ureigenen Region als Teil des Ganzen eine unabdingbare Voraussetzung. Und die gilt es unter anderem in diesem Österreich-Konvent einzubringen und damit den föderalen Staat Österreich zu stärken. Danke! (*Beifall bei der ÖVP, SPÖ, FPÖ.*)

Präsident Mag. Freibauer: Nachträglich entschuldigt wurde Herr Abgeordneter Dworak. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Ram.

Abg. Mag. Ram (FPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Österreichische Verfassung hat uns bis jetzt einen guten Dienst erwiesen. Die bewährten Grundprinzipien haben uns Frieden, Freiheit, soziale Gerechtigkeit und einen gesicherten Rechtsstaat gebracht. Deshalb müssen sie auch beibehalten werden. Es ist jedoch notwendig, die Zeichen der Zeit zu erkennen und die alte Verfassung in eine neue, zeitgemäße, verständliche und kurze Form zu bringen.

Im Verfassungsrecht sind über tausend einzelne Verfassungsbestimmungen in Gesetzen und Staatsverträgen verankert. Das macht natürlich den Zugang des Bürgers zum Recht nicht ordnungsge-

mäß und nicht einfach. Eine Reform der Verfassung ist daher längst überfällig. Besonders jetzt im Zusammenhang mit der bevorstehenden EU-Osterweiterung ist, glaube ich, der richtige Zeitpunkt, diese Reform der Verfassung auch durchzuführen.

Dabei ist es auch an der Zeit, einen Staatsaufgabenkatalog zu erstellen, der die Beschränkung des Staates auf seine ureigensten Staatsaufgaben festschreibt und die Grundlage für den erforderlichen Rückbau des Staates ist. Ureigenste Staatsaufgaben sind beispielsweise die Aufgabe der Sicherheit nach innen und außen, die Gesetzgebung und die Rechtspflege, eine sparsame und einfache Verwaltung, die soziale Grundvorsorge und Grundversorgung, Bildung, Forschung, Wissenschaft und Währungs- und Finanzpolitik.

Die Modernisierung der Verfassung hat aber auch auf die Entwicklung der letzten Jahre einzugehen und neue Werte und notwendige Prinzipien festzuschreiben. So ist für uns von der FPÖ unbedingt notwendig, in diesem Verfassungskonvent den Schutz der Umwelt in die Verfassung aufzunehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hegen die Hoffnung, dass es durch den Österreich-Konvent zu einer fortschreitenden Demokratisierung, zu mehr Transparenz und Bürgernähe und zu einer effizienten Verwaltung kommt, damit unser Land für die kommenden Herausforderungen gewachsen ist. Als Niederösterreicher ist es für uns natürlich wichtig, dass – wie der Klubobmann Mag. Schneeberger schon erwähnt hat – der Föderalismus nicht in den Hintergrund geraten darf sondern ganz im Gegenteil, der Einfluss und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Länder ausgebaut werden sollen. Dazu ist es vor allem notwendig, die Länderkammer zu modernisieren. Auch das wurde schon angesprochen. Der Bundesrat soll in Zukunft zu einer echten Länderkammer aufgewertet werden. Es sind ja einige Kollegen hier in diesem Saale die ich kenne vom Bundesrat. Und ich glaube, wir können beurteilen, dass im Bundesrat wirklich engagierte Arbeit für unser Land geleistet wird. Und das sollte man bei dieser Gelegenheit auch einmal erwähnen. Deshalb soll der Bundesrat zu einer echten Länderkammer aufgewertet werden und ein Unterlaufen seiner Kompetenzen durch andere Einrichtungen, wie zum Beispiel durch die Landeshauptleutekonferenz, muss unbedingt unterbunden werden.

Um eine Verknüpfung des Bundesrates mit dem Landtag sicher zu stellen, sollten die Bundesräte gleichzeitig Mitglieder des Landtages sein. Daneben sollen auch die Landeshauptleute Mit-

glieder des Bundesrates sein. So wird der Bundesrat als zweite Kammer des Parlaments zu einem echten Delegiertenparlament der Länder, welches an der Gesetzgebung des Bundes zur Wahrung der Länderinteressen mitwirken soll. Der Bundesrat sollte auch ein echtes Vetorecht gegenüber den Beschlüssen des Nationalrates haben um die Länderinteressen besser aufrecht erhalten zu können.

Im Sinne des Föderalismus muss im Rahmen des Österreich-Konvent diversen Bemühungen und Diskussionsbeiträgen, die die Abschaffung der Bundesländer und ihren Ersatz durch Großregionen zum Ziel haben, entschieden entgegen getreten werden. Es waren die Länder, die 1918 durch ihren freiwilligen Beitritt die Republik begründet haben. Und es sind die Länder, die unseren Bürgern die Heimat bedeuten und ihre Aufgaben zur Zufriedenheit der Bevölkerung erfüllen.

Der Österreich-Konvent bietet uns auch die Chance, die direkte Demokratie auszubauen. Wir Freiheitliche treten für eine Stärkung der Instrumente der direkten Demokratie ein, wie zum Beispiel des Volksbegehrens und der Volksabstimmung im Sinne einer verstärkten Bürgerbeteiligung.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen uns, dass die Volksbegehren oft schubladisiert werden und keine befriedigenden Ergebnisse zur Folge hatten. Deshalb ist in diesem Bereich ein Umdenkprozess von Nöten um die Demokratieverdrossenheit der Bürger nicht weiter zu steigern.

Dabei sollten wir aber auch nicht vergessen, dass auch in Niederösterreich die Instrumente der direkten Demokratie einer Verbesserung bedürfen. Es gibt zwar in der Gemeindeordnung die Möglichkeit einer Volksbefragung. Dieses Ergebnis ist jedoch für den jeweiligen Gemeinderat nicht bindend. Dieses Instrument sollte man, um eine Demokratisierung sicherzustellen, durch eine bindende Volksabstimmung ersetzen.

Generell stellen die Instrumente der direkten Demokratie eine sinnvolle Ergänzung des Parlamentarismus dar und sollten dementsprechend ausgebaut werden. Besonders die Einleitung der Volksabstimmungen muss erleichtert werden. Auch im Hinblick darauf, dass eine bestimmte Anzahl von Gemeinden ihre Einleitung erwirken können. Ich glaube, das wäre ein richtiges Instrument um die Gemeinden zu stärken, um auch den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, hier dementsprechend mitzuwirken.

Eine Demokratiereform sollte aber auch die Direktwahl verstärken. Hier denke ich vor allen an die

Direktwahl von Landeshauptleuten und Bürgermeistern. Diese Direktwahl bringt dem direkt gewählten Volksvertreter mehr persönliche Verantwortung und löst ihn aus parteipolitischen Zwängen. Die Erfahrung aus Bundesländern, in denen es eine Direktwahl der Bürgermeister gibt, zeigt, dass die direkt gewählten Bürgermeister verstärkt im Sinne der Bürgermeister abseits der Parteigrenzen tätig sein können. Deshalb sollte man diese Direktwahl auch für Niederösterreich überdenken.

Im Bereich der Verwaltung bietet der Österreich-Konvent die Chance, die Verwaltung effektiv und sparsam zu gestalten. Dabei sollte man aber auch darauf achten, dass die soziale Komponente nicht verloren geht und nicht nur eine effiziente Verwaltung unter dem Blickwinkel der Sparsamkeit betrachtet werden kann.

Auf Niederösterreich bezogen bleiben wir Freiheitliche im Bereich der Verwaltung bei unserer Forderung nach einer spürbaren Einsparung der Landesbeamten in der Landeshauptstadt. Aber, und das erscheint mir ganz wichtig, bei einer gleichzeitigen Stärkung der Bezirkshauptmannschaften in den Regionen. Auch wenn es im Bereich der Bezirkshauptmannschaften aus unserer Parteisicht natürlich Grund zur Kritik gibt, vor allem was die Besetzung der Bezirkshauptmänner betrifft. Hier vermuten wir oftmals parteipolitische Einflussnahme, was vor allem auch die Parteibücher der Bezirkshauptleute zeigen. (*Abg. Hensler, Abg. Mag. Fasan: Geh, geh!*)

Also lieber Fritz, wenn du mir einen zeigst der kein Schwarzer ist, dann lade ich dich demnächst bei dir zum Heurigen ein. Das sage ich dir. Das kann ich ruhig riskieren, weil in die Verlegenheit werde ich nicht kommen.

Abgesehen davon erfüllen die Bezirkshauptmannschaften vor Ort ihre Tätigkeit bürgernah und effektiv, weshalb wir auch gegen die Initiativen zu ihrer Auflösung wären.

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch der Zusammenschluss von Gemeinden zu Kleinregionen nach dem kleinregionalen Entwicklungskonzept. Es sind ja sehr viele Bürgermeister hier in diesem Saale und ihr wisst alle wie schwierig es ist, die Verwaltung kostenintensiv aufrecht zu erhalten. Die Gemeinden werden immer mehr belastet. Und hier gibt es die Möglichkeit durch Zusammenschlüsse, durch Kooperationen diese Situation auch dementsprechend im Sinne der Bürger sicher zu stellen.

Geschätzte Damen und Herren! Zum Abschluss noch einige Worte zur zukünftigen Rolle

des Landtages. Der Landtag in seiner Form so wie er jetzt besteht ist für mich unverzichtbar. Die Arbeit des Landtages wird vielleicht etwas zu wenig geschätzt. Wir sollten vielleicht in Zukunft daran arbeiten, dass wir die Rolle und die Arbeit im Landtag transparenter machen. Hierbei glaube ich, dass es eine gute Sache ist, dass es ab heute diese Internet-Übertragung gibt. Weil es die Möglichkeit bietet, die Arbeit des Landtages transparenter und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Präsident Mag. Freibauer: Herr Abgeordneter! Ihre Redezeit ist um.

Abg. Mag. Ram (FPÖ): Ich komme zum Schlusssatz. Wir treten für die Aufwertung des Landtages ein, lehnen eine Erhöhung der Mandatszahl wie es im Sommer von manchen gefordert wurde, ab. Glauben aber dennoch, dass man, vor allem auf Bundesebene, überlegen sollte, im Sinne einer Sparsamkeit die Mandatszahl der Vertretungskörper dementsprechend einzuschränken. Und darf abschließend festhalten, dass auch wir im Österreich-Konvent eine große Chance für eine positive Weiterentwicklung Österreichs und unseres Bundeslandes sehen und hoffen, dass unser Wunsch nach einer Stärkung der Länder angesichts einer größeren EU entsprechend erfüllt wird. Danke! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete MMag. Dr. Petrovic.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne): Herr Präsident! Sehr geehrte Mitglieder der NÖ Landesregierung! Sehr geehrte Abgeordnete!

Ich finde es eine gute Initiative, den Verfassungskonvent zum Thema dieser Aktuellen Stunde zu machen. Ich halte es auch für notwendig und ich glaube auch, dass wir auf der niederösterreichischen Ebene noch einen Beratungs- und Diskussionsbedarf haben, um festzustellen ob es so etwas geben wird wie eine gemeinsame niederösterreichische Linie. Oder, was ich für kein Unglück halte, wir sind ja schließlich am politischen Parkett in Konkurrenz, ob es eben verschiedene Standpunkte gibt in manchen Punkten.

Aber ich glaube, wir müssen sehr viel präziser werden als das vielleicht im Rahmen einer Aktuellen Stunde möglich ist. Daher auch von meiner Seite nur ein paar Prinzipien. Klubobmann Mag. Schneeberger hat gesagt, so seine leitenden Prinzipien für dieses gewaltige Verfassungsreformwerk ist die Bürgerinnennähe, der Österreich-Aspekt, die europäische Note und dass es eben auch eine regionale Identifikation gibt. Das heißt, dass die

Vielfalt als Wert gesehen wird und nicht als etwas was es abzuschaffen gilt. Ich glaube, auf dieser Ebene wird niemand in dem Haus irgend ein Problem haben. Als Schlagworte werden das alle unterschreiben. Kein Mensch will Uniformität oder irgend etwas was regionale Besonderheiten da über einen Kamm scheren würde.

Aber wenn man dann die Frage stellt was heißt das im Detail, dann glaube ich, dass die Antworten unterschiedlich ausfallen werden und vielleicht auch innerhalb der Parteien, vor allem der Parteien, die in Regierungsverantwortung sind, unterschiedlich sein werden. Beispielsweise ein Schlagwort, das ich auch gerade in diesem Konvent immer wieder gehört habe, die Subsidiarität. Kleine Einheiten sollen das, was sie leisten können, auch tatsächlich leisten. Und nicht bevormundet werden von der übergeordneten Einheit.

Wissen Sie, mit dem Prinzip höre ich schon den Finanzminister und den Wirtschafts- und Arbeitsminister kommen und sagen, na selbstverständlich, wir wollen, dass die Notstandshilfe, eine Leistung der Arbeitslosenversicherung, auf die Gemeinden kommt. In der Gemeinde, da kennt man doch die eigenen Leute am besten. Da weiß man wer wirklich arm ist. Die kennen ihre Schäfchen am allerbesten. Also machen wir das doch alles zu einem Teil der Sozialhilfe, und liebe Gemeinden, da habt ihr es. Da, glaube ich, werden viele auch ÖVP-Bürgermeister sagen, na bitte, so verstehen wir die Subsidiarität aber wirklich nicht. Das kann es wohl nicht heißen, dass Versicherungsleistungen gekürzt werden und auf die unteren Gebietskörperschaften verlagert werden. Daher werden wir immer im Detail sagen müssen, was diese Prinzipien, heruntergebrochen auf die praktische Verwaltung, wirklich heißen.

Oder Sie haben angesprochen die Mittelverteilung. Ja wäre es dann nicht auch konsequent zu sagen, durchaus auch im Sinn des Föderalismus, die Länder wollen nicht immer nur im Rahmen des Finanzausgleichs dann da stehen und sagen, bitte gebt uns, bitte gebt uns, und dann immer sagen, es ist zu wenig, so können wir nicht. Sondern dass wir diskutieren über ein eigenes Steuerfindungsrecht der Länder. Natürlich nicht dazu zu den Bundesabgaben, weil insgesamt, glaube ich, werden genug Steuern gezahlt. Aber eben als ein eigenes Recht mit einer eigenen Kompetenz über die Mittel zu verfügen.

Gerade wenn heute auch in den niederösterreichischen Medien diskutiert wird, auch von uns zum Thema gemacht worden ist der Pflegenotstand und ich dann höre, es fehlt da und dort und es feh-

len die Mittel, dann denke ich mir, gerade wenn es um soziale Belange geht, wenn es beispielsweise um adäquate Personalausstattung geht in den Krankenhäusern, wenn es um die Renovierung der Schulen geht, wenn es um die Altenheime und die Pflegeheime geht, da denke ich mir, sollen die Länder nicht dauernd nur als Bittsteller auftreten, sondern dann sollten sie ihre Rechte haben.

Wie das wirklich umsetzbar ist, ob der Bund hier bereit ist, das wird man erst sehen. Aber ich glaube, es wäre notwendig, hier eine Willensbildung durchzuführen.

Ich gehe sehr optimistisch in diesen Konvent. Ich glaube auch, dass vor allem natürlich für die Regierungsparteien auf Bundesebene hier schon auch, ich will nicht sagen vielleicht Erfolgsdruck, aber eine sehr hohe Erwartungshaltung besteht. Wenn man ein Werk so groß beginnt und wenn man da ich weiß nicht wieviel gelehrte Personen und Menschen aus Politik, Wissenschaft zusammen ruft, für wirklich sehr aufwändige Beratungen und Arbeiten, dann sollte dabei etwas herauskommen.

Das wird aber nur dann der Fall sein, wenn die politischen Kräfte, und zwar die maßgeblichen politischen Kräfte dann auch bereit sind, unter Umständen zu einem Kompromiss Ja zu sagen. Denn letztlich werden die meisten dieser Änderungen Verfassungsrecht betreffen. Das heißt, eine Verfassungsreform ohne Verfassungsrecht ist schwer vorstellbar.

Das heißt, es wird auch darum gehen, hier Lösungen zu finden, die akzeptabel sind. Und da habe ich meine Skepsis. Weil es gibt, ich kenne ja nur ein paar kleine Punkte wo ich weiß, das dreht sich seit vielen Jahren im Kreis. Sie haben die Schulverwaltung angesprochen, Kompetenz, wir haben heute das Gesundheitswesen und den Pflegenotstand angesprochen. Auch da haben Sie Grundsatzgesetze, hier haben Sie dann Trägerschaften. Und letztlich eine Situation, die eben nicht in der Nähe der Bürgerinnen und Bürger angesiedelt ist, sondern letztlich in eine Art Notstand mündet.

Oder ein Thema von dem Sie wissen das es mir sehr am Herzen liegt, bundeseinheitliches Tierschutzrecht. Seit ich seinerzeit ins Parlament kam, 1990, habe ich mich darum bemüht. 1996 gab es ein sehr erfolgreiches Volksbegehren, und das zieht sich und das zieht sich.

Ich habe meine Zweifel ob es kommt. Denn es ist zwar im letzten Wahlkampf auch via „Kronen

Zeitung“ groß angekündigt worden. Die Konturen von dem was jetzt so zu hören ist, was von hinter den Kulissen durchdringt, das, würde ich sagen, das hat den großen Auftritt des Herrn Bundeskanzlers nicht gerechtfertigt. Denn wenn es in vielen Bereichen zu einem Rückschritt kommt, beispielsweise in den Ländern die die Käfighaltung von Hühnern schon verboten haben oder ab 1.1.2004 verbieten werden, wenn das jetzt dort wieder erlaubt wird, glaube ich nicht, dass sich die österreichische Tierschutzbewegung darüber freuen wird. Und da werden Sie wieder viele Proteste haben. Und die Leute werden sagen, bitte, das gibt's ja nicht. Da sitzen, ich weiß nicht, in 30 Sitzungen des Verfassungs-Ausschusses und das ist das Ergebnis?

Wissen Sie, und gerade die ÖVP hat natürlich im Moment die tragende Rolle in den meisten Bundesländern und auf der Bundesebene. Es wird Ihnen am Stärksten zugerechnet. Und das geht halt dann von Landtagswahl zu Landtagswahl. Da hat der Herr Landeshauptmann noch Glück gehabt dass da die Koalition noch recht frisch war und dass viele dieser Änderungen auch im Pensionsbereich noch nicht bekannt waren. Aber das wird die Kette über Oberösterreich und Tirol, das findet seine Fortsetzung. *(Unruhe bei Abg. Hiller.)*

Und wenn Sie auch, das sind die Leute, die im Konvent sitzen, zum Beispiel zu dieser Aufgabenverteilung, wenn Sie nicht sagen, das können wir nicht machen, im Jahr 2003 oder 2004 einen Rückschritt gegenüber dem Status Quo. Das wird natürlich massive Kritik auf den Plan rufen. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Das ist eine Weiterentwicklung! Es muss ja kein Rückschritt sein!)*

Das ist aber, gerade wenn eine Verbesserung wieder abgeschafft wird, dann, glaube ich, sind Sie ziemlich allein wenn Sie das als Verbesserung bezeichnen. Das wird niemand sonst so sehen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und natürlich ist schon klar, dass da Interessensgegensätze stehen. Aber die wird man halt auch in einer vernünftigen Form austragen müssen. *(Abg. Moser: Es geht aber auch um die Standards der EU!)*

Die Standards, wir haben uns seinerzeit, wissen Sie, ich habe das noch gut im Ohr, vor 1994 da hat es immer geheißt, kein einziger österreichischer Standard wird verschlechtert. Wir gehen als Vorreiter in Sachen Umweltschutz in die EU. Wir gehen neutral in die EU. Und seither ... *(LR Mag. Sobotka: Sind wir immer noch Vorreiter!)* Ja, aber es gibt da Vorreiter, also ich muss sagen, in manchen Bereichen, gerade was die Käfighaltung von Hühnern betrifft, dann, bitte, sind wir geklagt. Das nennen

Sie Vorreiter? Wir sind Vorreiter in Sachen wie man es nicht machen soll. Und das wünsche ich mir weder für Niederösterreich noch für Österreich! *(Beifall bei den Grünen. – LR Mag. Sobotka: Wir haben die geringsten Klagen!)*

Und auch weil Sie gesagt haben föderalistisch. Ja sicher, ja sicher! Aber was heißt denn das? Wie bringe ich föderalistisch und europäisch unter einen Hut? Ich muss doch zumindest dort, wo es europäisches Richtlinienrecht gibt, das umzusetzen ist, muss ich handlungsfähig bleiben. Das geht nicht. Das haben wir in vielen Materien jetzt bewiesen mit Staatsverträgen zwischen den Bundesländern. Weil immer ein Land Wahlkampf hat oder die Situation eine andere ist, die Mehrheitsverhältnisse andere sind. Das ist gescheitert. Das heißt, hier müssen wir dafür Sorge tragen, dass Richtlinien einheitlich umgesetzt werden.

Ich habe auch mit Bußjäger über die Frage diskutiert. Er sagt, es wäre schon möglich dass die Länder das machen. Sage ich ja, aber dann muss es einen Mechanismus geben, zumindest wenn ein Land aus welchen Gründen auch immer das nicht leistet, dass dann eine andere Regelung Platz greift. Das die Kompetenz dann beispielsweise devalviert. Wir haben so was nicht. Und das geht derzeit zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger. Das ist gar nicht bürgernah. Es ist immer noch nicht in ganz Österreich das Antidiskriminierungsrecht was Frauen betrifft umgesetzt. Es geht jetzt um die Antidiskriminierungsrichtlinien was ethnische Minderheiten betrifft, was Menschen mit körperlichen Einschränkungen betrifft. Das müssen wir schleunigst umsetzen. Und ich glaube nicht dass wir die Zeit haben, dass wir da jetzt, und warum auch sollten wir, ich weiß nicht wie viel legislative Akte in Bewegung setzen.

Das ist genauso umständlich wie das was Sie zu Recht angeprangert haben im Bereich des ASVG und der unverständlichen Gesetze auf Bundesebene. Die Grünen werden sich von den folgenden Prinzipien leiten lassen: Wir stehen zum Verhältniswahlrecht und zu einer ausgeprägten Kontrolle. Natürlich, wir sehen uns ja auch als Kontrollkraft. Und ich glaube, BürgerInnenfreundlichkeit im Sinne von Kontrolle heißt auch, dass selbstverständlich alle Parteien mit den Bürgerinnen und Bürgern in jeder erdenklichen Weise, also auch elektronisch, kommunizieren. *(Beifall bei den Grünen.)*

Kontrolle heißt auch, dass wir uns in Niederösterreich einmal anschauen sollten, *(zeigt Unterlagen)* wie es mit den Minderheitenrechten in den Parlamenten, in den Landtagen aussieht. Und das

ist einfach hier kein Ruhmesblatt in Niederösterreich. Wenn ich nur einmal die Bundesländer der Ostregion vergleiche, Wien, Niederösterreich und Burgenland und den Nationalrat, dann ist bei fast allen Rechten die Latte in Niederösterreich höher. Und dabei geht's nicht um uns Abgeordnete primär, die einer kleinen Fraktionen, einem kleinen Klub angehören. Sondern es geht darum, was ist eine Stimme bei einer Wahl wert. Denn in dem Maße, wie Abgeordnete nicht Rechte ausüben können, sagen sie ja, dass die Stimme derer die für diese Partei ihr Votum abgegeben haben, weniger wert ist. Und ich glaube, das kann und darf nicht der Fall sein. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und auch bei der Rechtsstaatlichkeit. Das geistert jetzt auch schon immer so durch die ersten Konventsbesprechungen, die Frage des Artikel 18. Herr Klubobmann Mag. Schneeberger, die Komplexheit oder die Unverständlichkeit, sagen wir so, des ASVG und des Mietrechts und vieler anderer Gesetze, das liegt nicht am Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Das liegt sehr wohl am einfachen Bundesgesetzgeber, der durchaus auch anders handeln könnte. Und ich bin strikt dagegen das Legalitätsprinzip aufzugeben. Denn die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass Recht gleichermaßen vollzogen wird, ganz egal ob ein Antragsteller Müller, Mayer oder Stronach heißt. In aller Deutlichkeit. *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Mag. Freibauer: Frau Abgeordnete! Ich muss Sie darauf hinweisen, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne): Ich komme zum Schlusssatz: Wir sind daher für eine Beibehaltung und eine Verstärkung des Artikel 18. Und hinsichtlich des Bundesrates, glaube ich, sollten wir auch beim Prinzip der Gewaltentrennung bleiben. Dort können allenfalls Landtagsabgeordnete vertreten sein. Die Grünen haben einen schriftlichen Vorschlag erstattet. Nicht aber dass hier jetzt auch noch die Exekutive in die Gesetzgebung eindringt. Danke! *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Motz.

Abg. Mag. Motz (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die heutige Aktuelle Stunde ist für uns Sozialdemokraten eine gute Gelegenheit um zu einigen für uns wichtigen Punkte im Rahmen des österreichischen Verfassungskonvents Stellung zu beziehen.

Ich möchte aber zunächst einleitend vorausschicken, dass wir großes Interesse an positiven Arbeitsergebnissen des Konventes haben. In erster Linie treten wir dafür ein, dass der Verfassungskonvent die Ziele einer lebendigen Demokratie, einer Machtbalance sowie die Gewährleistung der Bürgerrechte, Bürgernähe und Effizienz vor Augen hat und verfolgt.

Das Grundgerüst der Österreichischen Bundesverfassung ist mehr als 80 Jahre alt und der Österreichische Grundrechtskatalog ist noch älter, der stammt aus dem Jahre 1867. Ich vertrete da allerdings die Ansicht, dass nicht die Frage, wie alt eine Verfassung ist entscheidend ist, sondern vielmehr die Frage entscheidend ist, ob sie noch zeitgemäß ist und den Anforderungen unserer heutigen Zeit entspricht.

Gegenüber der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben sich die Rahmenbedingungen für unser Bundesland Niederösterreich und seine Bewohner entscheidend verändert. Denn nahezu zeitgleich mit deren Aufbruch in ein neues Jahrtausend sind wir einer neuen Wertegemeinschaft beigetreten, einer Gemeinschaft des neuen Europas. Und die Einbringung unseres Staates in diese größere sowie zunehmend bedeutender werdende supranationale Gemeinschaft muss auch ein Überdenken der innerstaatlichen Aufgaben und Zuständigkeiten zum Ziel haben.

Ein sehr wichtiger Ausschuss beschäftigt sich daher im Rahmen des Verfassungskonventes mit den staatlichen Institutionen.

Meine Damen und Herren! Ich meine, dass sich der grundsätzliche Staatsaufbau der Verfassung, nämlich mit Bund, Ländern und Gemeinden unter Stellung der obersten Organe vom Bundespräsidenten, Bundeskanzler, Bundesregierung bis zu den Landesregierungen bewährt hat.

Worüber nachgedacht werden muss ist meines Erachtens das künftige Verhältnis der Staatsgewalten. Und das gilt vor allem für das Verhältnis zwischen Gesetzgebung und Vollziehung. Das Legalitätsprinzip hat sich in der österreichischen Praxis dahingehend entwickelt, dass der Gesetzgeber alle Details selbst regeln muss und auch hinsichtlich organisatorischer und verwaltungsmäßiger Durchführung der Gesetze vorsorgen muss. Dies hat zur Folge, dass österreichische Gesetze, Klubobmann Mag. Schneeberger hat es schon angesprochen, überaus kompliziert und umfangreich sind. Ja es geht in der Tat so weit, dass sie praktisch nur von der Verwaltung teilweise selbst vorbereitet werden können.

Wir schlagen daher eine Modifikation des Legalitätsprinzipes dahingehend vor, dass der Gesetzgeber selbst nur grundsätzliche Dinge und Eingriffe in die Rechte der Bürger regeln muss. Er soll zwar, wenn er es für erforderlich hält, grundsätzlich jedes Detail regeln können. Aber er soll für die detaillierte Ausgestaltung auch der Verwaltung einen Spielraum eröffnen. Das setzt natürlich eine stärkere Kontrolle der Verwaltung durch den Gesetzgeber voraus. Es bedeutet jedoch nicht, dass in Zukunft die Verwaltung im Einzelfall nach eigenem Gutdünken vorgehen können soll.

Es bedeutet lediglich meines Erachtens eine neue Aufgabenverteilung zwischen Gesetzgebung und Verwaltung. Der Gesetzgeber regelt also alle grundsätzlichen und für den Bürger wesentlichen Dinge. Die Verwaltung regelt selbstverantwortlich wie diesen Anliegen des Gesetzgebers am besten entsprochen werden kann.

Und wichtig in dem Zusammenhang ist zu erkennen, dass die Verwaltung ohnehin unter der Verantwortung von demokratisch gewählten Organen geführt wird, nämlich dem Bundeskanzler, den Bundesministern, dem Landeshauptmann und den Mitgliedern der Landesregierung.

Ein paar Bemerkungen meinerseits zu den staatlichen Institutionen. Zum Bundespräsidenten. Ich meine, dass an der Volkswahl des Bundespräsidenten festgehalten werden soll. Und daher werden jene Kompetenzen, die in besonderer Weise die Volkswahl legitimieren, nämlich beispielsweise das Recht, die Regierung zu bestellen und abzuberufen und das Recht, den Nationalrat aufzulösen, nicht zu verändern sein. Sehr wohl sollte aber meines Erachtens nachgedacht werden etwa über die Notwendigkeit des Rechts uneheliche Kinder zu legitimieren. Das ist ein Relikt aus den familienpolitischen Verhältnissen möglicherweise des frühen 20. Jahrhunderts, aber entspricht meines Erachtens nicht mehr den heutigen Anforderungen. Und schließlich sollte auch über die doch mit einigen Unklarheiten verbundenen Funktionen des Bundespräsidenten als Oberbefehlshaber des Bundesheeres einmal völlig gelassen nachgedacht werden.

Im Bereich des Nationalrates trete ich dafür ein, dass wir uns mit der Frage der Wahlrechtsreform beschäftigen sollten in Richtung Stärkung des Persönlichkeitswahlrechtes, in Richtung Verkleinerung der Wahlkreise. Auch natürlich mit der Frage der Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre.

Und zum Bundesrat ein paar Bemerkungen. In der derzeitigen Struktur stößt diese Institution immer wieder auf Kritik. Ich habe aber in diesem Haus

immer zu jenen gehört, die eine Abschaffung des Bundesrates strikt abgelehnt haben. Dennoch kann ich mir vorstellen, diesen Bundesrat einer Neukonzeption in Richtung einer Gemeinde- und Länderkammer zu unterziehen. Einer Kammer, die Koordinations- und Kontrollbefugnisse wahrnimmt. Und über diesen neuen Bundesrat könnte auch der Kontrollmechanismus verlaufen. Es könnten dort Gemeindeinteressen artikuliert werden. Und im Falle einer Mitgliedschaft der Landeshauptleute beispielsweise könnten auch Aufgaben der Landeshauptleutekonferenz in diesem Bereich wahrgenommen werden.

Zum Landtag: Die Landesparlamente, ich glaube, da sind wir einer Meinung, sind zur Wahrnehmung demokratischer Komponenten, zu Kontrollbefugnissen auf Landesebene erforderlich. Daher lehne ich auch Vorschläge wie Abschaffung der Landesparlamente und dergleichen Reduktion der Mandatare vehement ab. Der Landtagsabgeordnete, und das wurde aus den Reihen der ÖVP auch schon früher artikuliert, ist sicherlich der beste Lobbyist seines Wahlbezirkes und hat ein Ohr an der Bevölkerung. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)*

Zu einem anderen Thema, meine Damen und Herren. Eine der schwierigsten Aufgaben des Konvents wird sicherlich die Frage einer sinnvollen Neuaufteilung der Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sein. Bei Schöpfung der Österreichischen Bundesverfassung im Jahre 1919, 1920 ist ja man davon ausgegangen, ich sage nur Hans Kelsen, dass alle staatlichen Aufgaben und Einzelkompetenzen des Bundes oder der Länder genau definiert werden können. Und es sind auch Mischformen definiert worden, Grundsatzgesetzgebung beim Bund, Ausführungsgesetzgebung und Vollziehung bei den Ländern beispielsweise.

Tatsache ist, dass im Lauf der Zeit eine Zersplitterung auf fast 200 Kompetenztatbestände festgestellt werden muss. Wobei es trotzdem heutzutage so ist, dass manche Kompetenzen, manche Sachverhalte kompetenzmäßig nicht mehr zugeordnet werden können. Sie erinnern sich an die Probleme im Zusammenhang mit dem Semmering-Basistunnel. Man sollte daher ernsthaft überlegen, diese 200 Einzelkompetenzen auf etwa 20 bis 25 Aufgabenfelder zusammenzufassen, für welche dann ein Dreisäulenmodell zur Anwendung kommen könnte. Ich darf das kurz strukturieren. Einzelne Aufgabenbereiche, die in die ausschließliche Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes fallen weil bei ihnen von vornherein feststeht dass nur eine bundesweite Regelung zweckmäßig ist, würden die erste Säule darstellen. Eine weitere Gruppe fällt in die ausschließliche Zuständigkeit der Länder

um den für den Bundesstaat typischen, eigenen Gesetzgebungsbereich der Länder zu erhalten und zu sichern, das wäre die zweite Säule. Und die dritte Säule wäre der Bereich einer sogenannten konkurrierenden Gesetzgebung wie sie übrigens in den meisten anderen Bundesstaaten bereits existiert.

Das bedeutet, der Bund regelt eine Aufgabe soweit eine bundesweite Regelung erforderlich und zweckmäßig ist und die Länder sind berechtigt, überall dort gesetzliche Regelungen zu treffen wo der Bund entweder überhaupt nicht tätig wird oder ein Bedarf nach ergänzenden Regelungen auf Landesebene besteht.

Zum Abschluss, meine Damen und Herren, und ich habe das auch schon im Rahmen meines Redebeitrages zum bisherigen Budget erwähnt: Auf dem Weg zu einer neuen österreichischen Bundesverfassung werden wir Sozialdemokraten ein zuverlässiger und bemühter Partner sein. Sollten wir allerdings feststellen, dass es nur darum geht, Verwaltungs- und Betreuungseinrichtungen und Strukturen zu zerschlagen, dann können Sie mit unserem vehementen und heftigen Widerstand rechnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich namens des Landtages internationale Gäste bei uns begrüßen darf. Und zwar den Jungdamenchor Raniza aus Minsk in Weißrussland. Herzlich willkommen! *(Beifall im Hohen Hause.)* Dieser ausgezeichnete Chor macht derzeit eine Österreich-Konzertreise bis 12. Oktober mit Schwerpunkt Niederösterreich. Heute Abend gibt's ein Konzert in St. Pölten.

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Riedl.

Abg. Mag. Riedl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren der NÖ Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

70 Experten beraten seit kurzem über die Neuordnung unseres Staates. Eine wichtige und ich denke für das Funktionieren unserer Gemeinschaft eine überlebenswichtige Aufgabe. Und wenn ich das ganz einfach und profan umschreiben darf, so würde ich meinen, das Ziel kann doch nur sein, dass sich jeder wohl fühlen kann.

Und genau bei diesem Punkt möchte ich zwei Anmerkungen an Vorredner anbringen. Weil ich glaube, wenn wir uns mit Verfassungskonvent beschäftigen, dann haben wir ein wenig weit entfernt

Wahlordnung mitgenommen. Und dem Kollegen Mag. Ram muss ich wohl oder übel sagen, das dürfte an ihm vorbei gegangen sein, dass in Niederösterreich nicht nur die Bürgermeister, sondern auch jeder einzelne Gemeinderat direkt gewählt werden kann. Das Wahlrecht sieht ja vor dass der Name vor Partei geht und jeder sich selbst sozusagen ausreichend ins Spiel bringen kann. *(Unruhe bei Abg. Waldhäusl.)*

Also auch zu den Bezirkshauptmannschaften, also da bleibt mir ein Wort nicht erspart. Wenn Sie sich erinnern über das hervorragende Zeugnis der Arbeit der Bezirkshauptmannschaften, so muss man wohl oder übel feststellen, dort sind wohl die Besten. Und wenn das so ist, dann bestätigt das ja nur das Auswahlverfahren das im Übrigen auch objektiviert ist und das Hearing nicht parteipolitisch motiviert ist. *(Unruhe bei Abg. Mag. Fasan. – Beifall bei der ÖVP.)*

Und zum Dritten: Ich kann es mir nicht verkneifen, liebe Kolleginnen und Kollegen, betreffend der Anmerkung zum Wahlalter ein Wort an die Kollegen der SPÖ zu sagen. Mich wundert diese Meinungsvielfalt. Weil ich glaube, es ist nicht einmal noch vier Wochen her, hat die Frau Landeshauptmannstellvertreterin in einem Entwurf zur Neuordnung der Gemeinderatswahlordnung eingebracht wo sie 18 Jahre vorlegt zur Begutachtung und heute sozusagen die Anmerkung 16 Jahre.

Obwohl uns die Wissenschaft und die Jugendlichen selbst sagen, dass sie eigentlich 18 für vernünftiger halten würden. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Mag. Fasan: Wahrscheinlich war das ein schwarzer Beamter der das geschrieben hat!)*

Aber nun zum eigentlichen Thema, zu meinem Thema, die Stellung der Gemeinden in der künftigen Verfassung. Nur wenn die lokale Ebene, meine Damen und Herren, wenn die Gemeinden Lebensqualität bieten, funktioniert das Land und funktioniert Österreich. Unsere Gemeinden sind dem Bürger am nächsten. Sie sind für alle Anliegen, für alle Sorgen die erste Ansprechstelle. Hier wird empfunden was in St. Pölten, was in Wien oder in Brüssel entschieden wird. Von den 70 sind immerhin vier Gemeinde- und Städtevertreter.

Theoretische Ansätze, meine Damen und Herren, sind wichtig. Sie ermöglichen Veränderungen, sie ermöglichen damit auch Zukunft. Fachexperten sind genauso wichtig. Manchmal, und wenn wir auf sie selbst manchmal hören, so sagen sie uns, dass wenn drei von ihnen konferieren es auch fünf verschiedene Meinungen geben kann. Daher finde ich,

genauso wichtig sind Erfahrungen, ist Bodenhaftung in den Beratungen.

Damit, Hohes Haus, zu den besonderen Vorstellungen, Wünschen und Anregungen der Gemeindevertreter an den Konvent. Es hat mehr als 100 Jahre gedauert seit diesem berühmten Satz im Artikel 1 des provisorischen Gemeindegesetzes, die Grundfeste des freien Staates ist die freie Gemeinde. Bis zur berühmten, würde ich sagen, Gemeindeverfassungsnovelle 1962. Nunmehr sind vier Jahrzehnte vergangen, seit der Nationalrat die Verabschiedung dieses Verfassungsgesetzes, das im Wesentlichen die bis heute wirksame verfassungsrechtliche Grundsteinlegung für die Gemeinde-selbstverwaltung bildet, geschaffen hat.

Es war der Wunsch der Gemeinden und es war die Überzeugung aller führenden politischen Kräfte damals in Österreich, dass die kommunale Selbstverwaltung in einer modernen Gesellschaft unverzichtbar ist. Dass die Verfassung der Kommunen den Kommunen vor dem Eingriff von Bund und Land auch Schutz gewährt. Und dass auch das Handeln der Gemeinden der Rechtsstaatlichkeit zu unterwerfen ist.

Und hier vielleicht ein ganz aktueller Exkurs zur Rechtsstaatlichkeit, auch wenn wir schweren Herzens als Gemeindevertreter die Veränderungen im Rechtssystem betreffend Getränkesteuer ursprünglich zur Kenntnis genommen haben. Heute hat der Europäische Gerichtshof entschieden. Und wir freuen uns auch über eine gewisse Selbstverständlichkeit und Selbstempfindung die wir hatten. Nämlich dass das Bereicherungsverbot gehalten hat. Und ich darf mich an dieser Stelle selbstverständlich auch bei den Damen und Herren im Landtag bedanken, dass das noch möglich wurde. Weil wir auch überzeugt sind, dass nur der etwas zurück zu bekommen hat und zurück fordern kann, der es letztendlich auch getragen hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diese Gemeindeverfassungsnovelle 1962, meine Damen und Herren, eine Sternstunde in der Geschichte der Gemeinden, eine Sternstunde für die weltweit einzigartige Stellung unserer Kommunen.

Ich möchte daher auch vor den konkreten Anliegen Univ.Prof. DDDr. Ludwig Adamovich und seinen Festvortrag bei der vorjährigen Feierlichkeit zur Gemeindeverfassungsnovelle 1962 mit dem Titel „Gemeinden – Staaten im Kleinen – Die Kommunen als Voraussetzung für Staatenbildung“ in den Mittelpunkt stellen. Dort heißt es, den Gemein-

den ist ein gewisser natürlicher, durch staatliche Gesetze nicht konstituierbarer, ja nicht beschränkbarer, sondern lediglich zu gewährleistender Wirkungsbereich zuerkannt. Der Begriff „Subsidiarität“ drängt sich auf. Der Staat erfüllt gegenüber dem Einzelnen eine subsidiäre Funktion.

Dieser eigene Wirkungsbereich ist überhaupt nur dann realisierbar, wenn man die Gemeinde als etwas vor dem Staat Beständenes und damit Vorausgesetztes betrachtet. Mehr noch, es ist der Schluss zulässig, dass die mit eigenem Wirkungsbereich ausgestattete Gemeinde insofern Priorität gegenüber dem Staat hat. Es ist ähnlich wie bei den Grundrechten: Die Verfassung anerkennt etwas vor dem Staat Bestehendes.

Auf dieser Grundlage konnten sich unsere Gemeinden hervorragend zur ersten Ansprech- und Servicestelle für unsere Bürgerinnen und Bürger entwickeln. Daher erwarten wir uns vom Österreich-Konvent vor allem eines klar und deutlich: Erstens: Eine Bestandsgarantie. Das heißt, Gebietsreformen sollten selbstverständlich auch in Zukunft möglich sein, aber nur mit Zustimmung oder auf Initiative der betroffenen Gemeinden. Durch eine zwangsweise Auflösung einer Gemeinde wird massiv in die Rechtsstellung der Gemeinde als Körperschaft und Selbstverwaltungskörper, aber auch in die Rechte der Gemeindebürger eingegriffen.

Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass zwangsweise Gemeindefusionen nicht die gewünschten Ergebnisse erbracht haben. Das Österreichische Gemeinderecht bietet ausreichend Möglichkeiten, dass Gemeinden untereinander entsprechend kooperieren, wenn die einzelne Gemeinde an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit kommt.

Ein deutliches Ja zu Verwaltungsgemeinschaften, aber ein deutliches Nein zu neuen Gebietsgrenzen. Daher auch ein klares Nein zur möglichen Zusammenfassung von Ortsgemeinden zu Gebietsgemeinden.

Die Einführung einer neuen Ebene würde die Stellung der Gemeinden schwächen ohne dabei einen entsprechenden Gewinn auf der Bezirksebene zu gewährleisten. Vielmehr würde die Organisation kostspielig aufgebläht werden.

Artikel 120 B-VG sollte endgültig abgeschafft werden. Die stärkste Verwurzelung unserer Bürgerinnen und Bürger ist in der Gemeinde und dann im Bundesland und im Gesamtstaat, nicht hingegen ist

die demokratische Verwurzelung in den Bezirken gegeben.

Damit verbunden ist auch das Festhalten am Prinzip der Einheitsgemeinde. Jede Gemeinde ist in ihrer Stellung gleichwertig, könnte man sagen. Dazu gibt es keine Alternative. Es darf sich keine Kluft zwischen dem ländlichen Raum und den Ballungszentren ergeben bzw. vertieft werden.

Ich bin auch zutiefst überzeugt, dass das Bestehen kleiner Vollgemeinden für das Funktionieren der Demokratie unerlässlich ist. Gerade in den Gemeinden ist die Demokratie besonders lebendig. Wo sonst als in unseren Gemeinden ist das freiwillige Engagement jedes Einzelnen für die Gemeinschaft.

Zweitens: Einbeziehung der Kommunen in das bundesstaatliche Vertragswerk des Art. 15a B-VG. Der österreichische Föderalismus soll den Gemeinden und Städten die Möglichkeit bieten, bundesstaatliche Verträge abzuschließen. Partnerschaftliche Kooperationen sollen in Zukunft nicht nur auf die Ebene der Länder mit dem Bund reduziert bleiben. Die Vorteile sind naheliegend: Die Mitsprache bei der Aufgabenverteilung würde viele Konflikte vermeiden helfen und sich nicht auf Konsultation und Stabilitätspakt beschränken.

Die Aufwertung der Gemeinden zu bundesstaatlichen Partnern würde ihre Rolle auch im künftigen Regionalisierungsprozess der Europäischen Union stärken und könnte so Österreich in seiner Rolle als Vorreiter eines modernen Föderalismus besonders hervorheben. Die Forderung, die lokale Ebene zu stärken ist kein Rückfall in Provinzialismus, sondern die notwendige Grundlage damit ein größeres Ganzes auch in Zukunft funktionieren kann.

Unsere Geschichte hat uns zwei wichtige Botschaften mit auf den Weg gegeben: Damit Großes gelingt, brauchen wir eine gesunde Basis. Der Aufbau funktioniert nur über die kleinen, überschaubaren Einheiten. Unsere Gemeinden haben in ihrer Geschichte unzählige Brüche und Übergänge er- und überleben müssen.

Herrschaften sind zerbrochen, Reiche sind verschwunden. Doch immer wiederum waren es die Gemeinden und Städte, die Geborgenheit, Heimat und Zukunft vermittelt haben. Fast könnte man sich einen Appell an die Experten im Konvent ersparen. Wenn nämlich die Beratungen zu einem Ergebnis führen sollten das nicht funktioniert, so werden es wiederum die Gemeinschaften, die Gemeinden

sein, die Sicherheit in eine Zukunft geben. Bewahren wir uns daher diese überschaubaren Grundlagen, bewahren wir uns die Basis für Großes.

Wenn wir aus der Geschichte lernen, so werden wir uns große, schwierige und schwierigste Umwege ersparen. Wir, die Gemeinden und die Städte, wir wollen mit klaren Konzepten, wir wollen mit einer gemeinsamen Sprache uns in die Diskussion einbringen. Im großen wie im kleinen Bild – Einigkeit macht stark! (*Beifall bei der ÖVP, Abg. Mag. Leichtfried und Abg. Präs. Sacher.*)

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Leichtfried.

Abg. Mag. Leichtfried (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich finde es sehr gut, wie der Herr Klubobmann Mag. Schneeberger gemeint hat, dass hier sich alle Parteien aktiv einbringen sollen. Und ich finde es auch richtig, dass das in Form einer Aktuellen Stunde geschieht. Obwohl das natürlich nicht die einzige Möglichkeit sein wird.

Ich glaube, dass hier auch von unserer Partei eben Positionierungen vorzunehmen sind. Und ich möchte diesen Part für die Gemeinden durchführen. Ob er, dieser Konvent, dieser Österreich-Konvent tatsächlich eine Chance für Niederösterreich und für die Gemeinden Niederösterreichs bedeutet, das wird erst am Ende einer sehr ausführlichen, langen Diskussion und einer entsprechenden Arbeit auch tatsächlich zu beurteilen sein.

Ich glaube aber, dass grundsätzlich eine Chance besteht. Eine Chance besteht vor allem dann, wenn alle Gebietskörperschaften in einem partnerschaftlichen Verhältnis diese Diskussion führen. Wenn es dabei nicht nur um Einsparungen, sondern vor allem um Neuverteilung der öffentlichen Aufgaben und vordringlich, wie auch der Kollege Mag. Motz bereits ausgeführt hat, um Bürgernähe und Transparenz und um Effizienz geht.

Ob diese Diskussion und diese Arbeit tatsächlich in einem partnerschaftlichen Verhältnis erfolgt, daran kann man, wenn man die Zusammensetzung dieses Konvents betrachtet, einen leisen Zweifel hegen. 27 Vertreter und Vertreterinnen des Bundes stehen 18 Vertreter und Vertreterinnen der Länder, aber – und es wurde schon erwähnt – nur vier Vertreter von Gemeinden gegenüber. Nun sind wir natürlich froh, dass es vier Vertreter gibt. Aber vier Vertreter von 2.539 Gemeinden, das bereitet mir doch ein wenig Sorge. Obwohl ich glaube, dass es

vier sehr, sehr kompetente Vertreter sind und die tatsächlich auch im Konvent Gehör finden werden.

Ich habe auch insofern ein bisschen Hoffnung, nachdem natürlich alle Konventsmitglieder auch Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde oder einer Stadt sind und daher die Frage der delegierenden Gebietskörperschaft in den Überlegungen, in den Ideen, in den Vorschlägen keine Rolle spielen sollten. Und man daher einerseits ohne Tabus an die Arbeit im Konvent herangeht und andererseits auf die bürgernäheste Einrichtung, die Gemeinden, nicht vergessen wird.

Ich sehe also vor allem dann eine Chance für diesen Konvent, wenn die Bedeutung der Kommunen erkannt und vor allem die Bedeutung der Kommunen im Gesamtstaat anerkannt wird. Die Kommunen sind unser unmittelbarer Lebensraum, sie stellen die unterste demokratisch legitimierte Verwaltungsebene genauso dar wie sie auch die unmittelbare Schnittstelle zwischen Bürgerinnen und Politik sind. Und sie sind letztendlich vor allem die Erbringer von Leistungen der Daseinsvorsorge.

Eine Chance für Niederösterreich kann daher dieser Konvent sein, wenn es gelingt, die jetzigen und zukünftigen Aufgaben zwischen Bund, den Ländern und den Gemeinden entsprechend zu verteilen. Und ich stimme wiederum mit dem Herrn Klubobmann Mag. Schneeberger überein: Vielseitigkeit, nicht Einseitigkeit ist gefragt und vor allem Kreativität.

Leider, und das muss ich hier hinzufügen, hat die zuletzt gängige Praxis gezeigt, dass zwar immer wieder neue Aufgaben vom Bund an die Gemeinden delegiert wurden, aber eines dabei fast immer vergessen wurde. Nämlich die Gemeinden auch mit den entsprechenden finanziellen Mitteln auszustatten. Der Bund, oder besser gesagt die Bundesregierung, negiert die Bedeutung der Gemeinden. Besonders vor allem in den ländlichen Regionen. Diktiert den Gemeinden ihre Aufgaben und hungert sie leider auch finanziell aus. Eine Diktation wie, die Gemeinden haben bereitzustellen, die Gemeinden sollen, die Gemeinden müssen, ist daher striktest abzulehnen!

Meine Damen und Herren! Dazu möchte ich auch zitieren: Bundeskanzler Schüssel hat beim Gemeindetag in Wr. Neustadt gemeint gegenüber den Gemeinden: Wir werden euch nicht im Stich lassen. Meine Damen und Herren, diese Botschaft haben wir als Kommunalvertreter wohl vernommen, doch mir fehlt ein bisschen der Glaube wenn man die letzten Monate und Jahre verfolgt.

Nicht zuletzt hat sich jetzt auch der ÖVP-Gemeindevertreterverband zu dieser Materie geäußert und mehr Mittel für die Gemeinden aus dem Abgabenertrag des Bundes gefordert. Es ist leider traurige Realität, dass der Anteil der Gemeinden am Gesamtabgabenertrag von 18,8 % im Jahre 1995 auf 17,32 % gesunken ist und gleichzeitig der Anteil des Bundes von 61,44 auf 64,12 % gestiegen ist.

Eine Chance für Niederösterreich und die niederösterreichischen Gemeinden ist dieser Konvent dann wenn es gelingt, dieser ungleichen Entwicklung gegenzusteuern und für die Gemeinden wiederum mehr finanziellen Spielraum zu schaffen.

Dies sollten wir auch unter der Prämisse, dass nach wie vor die österreichischen Gemeinden und Städte die größten Auftraggeber für die heimische Wirtschaft sind, sehen. Wir, die Gemeinden, meine Damen und Herren, sind bereit, zusätzliche Aufgaben unter der Voraussetzung einer entsprechenden Dotierung zu übernehmen. Wir halten es für äußerst sinnvoll, jene Ebene, die der unmittelbarste Bezugspunkt für die Bevölkerung ist, die Gemeinde zu stärken.

Der demokratisch gewählte Bürgermeister oder die Bürgermeisterin ist jener politisch Verantwortliche der bei allen kleineren und größeren Problemen zuerst angesprochen und um Lösungen er sucht wird. Gerade aus diesem Gesichtspunkt und aus diesem persönlichen Erleben heraus muss die Stellung der Gemeinde zukünftig auch abgeleitet werden.

Die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen gemeinsam mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Gemeinden sind es auch, die die notwendigen Veränderungen im Verwaltungsablauf am unmittelbarsten spüren und diese Veränderungen auch rasch durchführen können.

Dies umso mehr als jetzt schon die Gemeinden mit ihren Verwaltungen als die best funktionierende Verwaltungsebene angesehen werden. Über 60 Prozent der Bevölkerung sprechen den Gemeinden ein gutes Zeugnis im Bereich Verwaltung und Bürgernähe aus. Bürgernähe ist ein unmittelbares Attribut für die Gemeinden.

Die Bezirksbehörden, meine Damen und Herren, sollen den Gemeinden auch weiterhin als unterstützende Kompetenzzentren bzw. Expertenimpuls zur Seite stehen.

Grundsätzlich kann der Österreich-Konvent auch dann eine Chance für die Menschen in Nie-

derösterreich sein und für die Gemeinden, wenn die Daseinsvorsorge auch weiterhin klar geregelt ist. Eine einwandfreie Trinkwasserversorgung und eine einwandfreie Abwasserentsorgung sind dabei nur zwei Punkte. Aber gerade bei diesen öffentlichen Dienstleistungen ist die Frage der Liberalisierung ständig zu überprüfen und zu bewerten. Dabei ist der Nutzen nicht nur von einem rein betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus zu betrachten, sondern vor allem auch von einem volkswirtschaftlichen. Einmal mehr gilt hier besonders der Spruch, die Politik wird daran gemessen wie sie auf die Schwächsten in einer Gesellschaft Rücksicht nimmt.

Für die Menschen, meine Damen und Herren, ist die Gemeinde der Bezugspunkt. Von der Geburt beginnend über die Kinderbetreuung, den Kindergarten oder andere Formen der Betreuung, die Schule bis hin zum Arbeitsplatz, alles spielt sich in der Gemeinde ab. Eine Wohnung oder ein Baugrund, ein entsprechendes Angebot an Freizeiteinrichtungen bis hin zum älteren Menschen der Pflege und Hilfe sucht. Die Ausstattung des Rettungswesens, die gut ausgestattete und funktionierende Feuerwehr, alles unmittelbare Lebensbereiche einer Gemeinde und dies ist nur ein kurzer Auszug eines viel längeren Aufgabenkatalogs der Gemeinden.

Die Gemeinden und Städte decken ein breites Aufgabengebiet ab und sind bereit, auch weiterhin Aufgaben zu übernehmen, die Bürgerinnen und Bürger näher zur Verwaltung bringen. Dabei soll und muss auf Synergien zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften geachtet werden, dort wo es sinnvoll erscheint, Aufgaben neu vergeben und somit die Verwaltung vereinfacht werden.

Dann, meine Damen und Herren, wenn es dieses Bekenntnis auch von den Mitgliedern des Österreich-Konvents gibt, dann, wenn die Gemeinden als Partner und nicht als Bittsteller gesehen werden, dann, wenn eine entsprechende Aufteilung der Kompetenzen und Aufgaben auch mit den finanziellen Mitteln ausgestattet werden, dann kann dieser Konvent eine Chance für Niederösterreich und für Niederösterreichs Gemeinden bedeuten. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Moser.

Abg. Moser (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Wenn wir heute in der Aktuellen Stunde den Österreich-Konvent diskutieren, dann ist diese Dis-

kussion sicherlich auch in Folge des Europa-Konventes zu sehen und im Rahmen des europäischen Umfeldes zu betrachten. Wir wissen, dass am 1. Mai 2004 zehn neue Mitgliedstaaten der Europäischen Union beitreten werden. Und dabei wird sich das wirtschaftliche und das gesellschaftliche Umfeld wesentlich verändern. Für uns in Niederösterreich und in Österreich insgesamt sind damit natürlich viele Chancen aber auch Risiken verbunden. Und ich vertrete da die Auffassung, dass es richtig ist, zum jetzigen Zeitpunkt die Fragen des Konventes, die Fragen der Verfassung zu diskutieren. Und es geht für mich keinesfalls um Schuldzuweisungen, sondern um eine offene, tabulose Diskussion wie denn das Optimum für den Bundesstaat Österreich letztendlich zukünftig auch gestaltet werden kann.

Wichtig ist mir auch die permanente Einbeziehung der Landesparlamente und der Bürgerinnen und Bürger in die Diskussion. Und ich meine, dass sozusagen gemeinsam der verfassungsrechtliche Weg Österreichs ins 21. Jahrhundert oder ins neue Jahrtausend oder zu Beginn des neuen Jahrtausends hier festgeschrieben werden kann.

Zum Einen geht es beim Österreich-Konvent darum, wie soll die Aufgabenverteilung im Staat zukünftig erfolgen, welche Staatsaufgaben sind notwendig, welche können, sind vielleicht nicht mehr so zeitgemäß. Oder zum Anderen, wie gestaltet sich zukünftig unsere Verwaltung. Wie soll die Aufgabenteilung zwischen den Gebietskörperschaften erfolgen. Vieles ist hier zu hinterfragen. Manches ist zu entrümpeln und ich meine auch, da und dort ist Ballast abzubauen. Jedenfalls darf für mich der Konvent nicht dazu führen den Zentralismus zu stärken, sondern im Gegenteil, die Chancen für den ländlichen Raum liegen darin, dass der Föderalismus und das Subsidiaritätsprinzip stärker Einzug finden. Ich meine, dass der Bund, Länder und die Gemeinden hier bei diesen Verhandlungen gleichberechtigte Partner in unserem Staatsgefüge sein müssen.

Ein weiterer wichtiger Grundsatz im Rahmen der Gestaltung des Konventes ist für mich die Bürgernähe. Es geht darum, die Aufgaben dorthin zu verlegen wo sie dem Bürger am nächsten sind. Und die Gemeinden sind nun einmal allemal bürgernäher und die bürgernächste Behörde im Staatsgefüge. Die Gemeinde ist nicht irgendeine Behörde die weit weg ist, sondern jene – und Untersuchungen haben das gezeigt – die dem Bürger am nächsten ist.

Eine Umfrage des österreichischen Gemeindebundes hat ergeben, dass 44 Prozent aller

Österreicher in Gemeinden unter 2.000 Einwohner leben wollen. Das heißt im ländlichen Raum, in ländlichen Gemeinden. Nur 17 Prozent wollen in Städten leben. Oder eine andere Umfrage hat ergeben, dass der Bürger mit den Gemeinden sehr zufrieden ist. Hier geben bei der Erfüllung der Leistung für den Bürger über 80 Prozent die Note 1 bzw. „Gut“ und „Sehr Gut“ den Gemeinden. Ich glaube hier wird deutlich gemacht, dass die Gemeinde jene Behörde ist, die auch im Rahmen des Konventes entsprechend gestärkt werden muss.

Wir brauchen insgesamt die Zielsetzung einer schlanken Verwaltung, einer ehrlichen und klaren Aufgabenunterteilung zwischen den Gebietskörperschaften. Und ich meine, dass ein gemeinsames Europa auch die kleinen dezentralen Einheiten in einer stabilen Struktur benötigt. Wir müssen aber vor allem auch darauf achten, dass es zu keiner zu starken Polarisierung kommt, nämlich zwischen den Ballungsräumen und dem ländlichen Gebiet.

Es geht nicht darum, Aufgaben zu dezentralisieren und vielleicht das Geld zu zentralisieren. Es muss hier ein klares Ansinnen sein, die Aufgaben, die an die Gemeinden und Regionen übertragen werden, auch hier von Staats wegen mit Geld zu begleiten und zu finanzieren. Das ist eine wichtige Forderung im Rahmen des Konventes.

Wir brauchen also weiters klare Verantwortlichkeiten die im Konvent geregelt werden müssen. Und vor allem klare Finanzierungsregeln. Es wurde schon angesprochen von einigen meiner Vorredner: Es geht darum, dass in der Vorbereitung des Finanzausgleiches auch im Rahmen des Konventes darauf Rechnung genommen werden muss, wie der Finanzausgleich zukünftig zu erfolgen hat. Nämlich aufgabenorientiert! Und diese Aufgaben müssen im ländlichen Raum genauso für den Bürger erfüllt werden.

Und ich freue mich daher, dass Herr Abgeordneter Mag. Leichtfried die Leistungen des ÖVP-Gemeindevertreterverbandes besonders auch in den Vordergrund gestellt hat und dass wir hier auch gemeinsam vorgehen können wenn es darum geht, die Finanzierung der Gemeinden des ländlichen Raumes zu sichern, Herr Kollege. Das ist, glaube ich, ganz, ganz wichtig. Herzlichen Dank für deine Unterstützung! (*Beifall bei der ÖVP. – Unruhe bei der SPÖ.*)

Du hast es richtig erkannt, dass wir hier Vorreiter sind und dass wir auch auf alles was in Bezug auf Gemeinden geht, beide Gemeindevertreterverbände auch gemeinsam vorgehen. Ich glaube, das ist durchaus eine sehr große gemeinsame Aufgabe.

Das muss man hier besonders betonen. Denn wir wissen, dass zwei Drittel aller öffentlichen Aufträge aus Gemeinden kommen. Wir wissen, dass die Gemeinden die größten Auftraggeber sind. Wir wissen, dass die Gemeinden damit mit ihren Aufträgen Wirtschaft und Region und damit Arbeitsplätze besonders schaffen und die Wirtschaftskraft stärken.

Ich meine daher, es ist Aufgabe des Konventes hier mehr Bürgernähe zu entwickeln. Den effizienten Mitteleinsatz, sparsamer Umgang mit den Steuergeldern, dem auch Rechnung zu tragen. Und dass vor allem neue Wege, e-Commerce als Schlagwort, dass der elektronische Verkehr vom Bürger mit der Behörde oder umgekehrt, dass hier der Datenaustausch ganz einfach auch hier elektronisch sehr einfach und unbürokratisch möglich ist.

Ich meine vor allem aber auch es geht darum, Doppelgleisigkeiten zu vermeiden. Es wird eine große Aufgabe sein darüber nachzudenken ob das Bundessozialgesetz gemeinsam in Vollzug gemeinsam mit den Aktivitäten der Sozialabteilung der Bezirkshauptmannschaften nicht besser vernetzt werden kann. Dass bei gewerblichen Verhandlungen die Fragen des Arbeitsinspektorates der Bundesebene bzw. gewerblichen Betriebsanlageneinigungen auf der Bezirkshauptmannschaft nicht manches sozusagen schlanker gemacht werden kann.

Ich meine, für den Bürger ist es wichtig, ein Antrag, ein Verfahren, ein Bescheid. Das ist Bürgernähe, das ist schlanke Verwaltung und rasche Abwicklung für unsere Bürger. Und Niederösterreich hat ja im Verwaltungsreformgesetz 2001 bereits wichtige Weichen in diese Richtung gestellt.

Ich meine daher, der Konvent soll den demokratiepolitischen Zielen der Subsidiarität und des Föderalismus im Besonderen Rechnung tragen. Oder, ein weiterer Bereich der Doppelgleisigkeit: Im Schulbereich, Klubobmann Mag. Schneeberger hat es angesprochen. Wir waren mit einer Bürgermeisterdelegation in Tschechien drüben. Wenn also hier das Schulwesen regionaler gestaltet werden könnte, dann könnten wir leichter entlang Tschechiens in einem Gürtel von 70, 100 km Tschechisch als Pflichtsprache auch in Österreich einführen oder Slowakisch oder Ungarisch, je nach Grenznähe, hier sehr flexibel auf diese Dinge Bezug nehmen. Ich meine, dass also einiges in dieser Richtung durchaus richtig ist.

Und ein Zweites: Es ist auch von der Ausstattung der Länder hier zu reden und zu überdenken.

Ich meine, dass es wichtig wäre, nicht nur einen Rechnungshof für Landesangelegenheiten zu haben, sondern einen echten Landesrechnungshof. Oder darüber hinaus die Volksanwaltschaft wäre durchaus auch auf Landesebene anzusiedeln und könnte hier ihre Aufgabe für den Bürger treffen.

Ich meine auch, und ich stimme mit meinen Vorrednern dort überein, wo es darum gegangen ist, die steuerlichen Überlegungen, das Steuerfindungsrecht der Länder auszubauen. Weil hier die Aufgabenstellung der Länder für den Bürger entsprechend gegeben ist. Und ich meine auch, dass die Landesgerichtsbarkeit durchaus ein wichtiges Thema ist, es auf Länderebene anzusiedeln.

Diese föderalistische Republik Österreich besteht eben aus ihren drei wesentlichen Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden. Und ich darf hier festhalten, dass es gelungen ist, damals, 1962, diese autonome Selbstverwaltung für die Gemeinden auch wirklich vorzuschreiben und festzuschreiben. Und ich meine, dass damit auch diese Daseinsvorsorge für den Bürger im Rahmen des Konventes zu regeln und festzumachen sein wird. Und es kann nicht sein, wenn es gelungen ist auf der einen Seite erstmals dass die Autonomie der Gemeinden, nämlich die autonome Selbstverwaltung unserer Gemeinden in der europäischen Verfassung verankert wird, dass dann über einige Zentralisten, Franzosen oder wer sonst noch beteiligt war, als Mogelpackung sozusagen das Wasser plötzlich als EU-Kompetenz kommen sollte. So ein Gesetz wird in Österreich sicherlich nicht ratifiziert! *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Kautz: Weiß das der Bartenstein auch?)*

Das heißt, geschätzte Damen und Herren, wir wissen, dass es eine wichtige Daseinsvorsorge der Gemeinden und der Regionen ist hier Wasser in der Nähe zu halten, beim Bürger zu halten. Wasser braucht Heimat, liebe Damen und Herren. Das ist für uns eine Grundfeste dass das Wasser hier auf der Ebene der Gemeinde ganz einfach auch zukünftig in der Aufgabe der Daseinsvorsorge anzusiedeln ist.

Ich fordere vor allem darauf zu achten, dass erstens die Qualität der Dienstleistung unseres Staates auch in unterschiedlich strukturierten Räumen dem Bürger bestmöglich angeboten wird. Es darf bei der Dienstleistung zu keiner Ausdünnung im ländlichen Bereich kommen. Stichwort öffentlicher Verkehr. Und vieles könnte man hier anführen.

Zweitens: Ich glaube, dass ein schlanker Staat noch bürgernäher sein muss, aber dass die Reformen keine neuen Belastungen für die Bürger bringen.

gen dürfen. Wir müssen hier vor allem auf dem Grundsatz der Sparsamkeit mit einem sparsamen und effizienten Mitteleinsatz arbeiten.

Und drittens, ich glaube meistens, dass vor allem durch eine stärkere Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips die stärkere Verankerung des Prinzips der Nachhaltigkeit für uns und die nächsten Generationen wichtig sein wird. Und ich meine daher, dass die künftige Verfassung, die muss den Rahmen für eine zukunftsorientierte, kostengünstige und bürgernahe Erfüllung unserer Staatsaufgaben ermöglichen. Mit dem Ziel, nur so viel Europa und so viel Aufgaben als Bundesebene zu regeln als notwendig und so viel Bürgernähe, so viel Föderalismus, so viel Subsidiarität und Gemeindeautonomie wie möglich.

Denn unsere Gemeinden sind Kraftquellen für den Staat die es zu stärken gilt. Und so hat sich der Konvent mit seinen zu erarbeitenden Reformen an den Bedürfnissen der Bürger zu orientieren. Immer mit der einfachen Frage und Zielsetzung, was nutzt dem Bürger. Danke! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Weninger.

Abg. Weninger (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es ist ein schönes Erlebnis, wie relativ einhellig die Positionierungen hier im NÖ Landtag am Beginn dieser Konventsdiskussion sind. Ich glaube, das ist eine gute Voraussetzung auch diese schwierige Materie erfolgreich zu Ende zu bringen. Ich bin ganz beim Kollegen Moser, der hier eine Generalabrechnung mit der blau-schwarzen Bundesregierung vorgenommen hat, die ja seit Sonntag Abend in Österreich innerhalb der ÖVP wieder modern sein soll. Ich bin inhaltlich vollkommen bei dir. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Österreich-Konvent zur Staats- und Verfassungsreform hat sich eine ehrgeizige Aufgabe gestellt. Es geht einerseits um die historisch gewachsenen Strukturen in diesem Land, die durchleuchtet werden müssen. Es geht um Mechanismen, die seit vielen Jahrzehnten funktionieren, die auf ihre Zweckmäßigkeit und Zeitgemäßheit abgeklopft werden müssen. Es ist die schwierige Aufgabe, eine konsensuale Vorschlagsfindung zu erarbeiten zu einer Materie, wo es doch viele unterschiedliche Ansätze gibt.

Wir Sozialdemokraten gehen an diese Aufgabe mit großem Elan heran und auch mit hohem Verantwortungsbewusstsein. Sowohl gegenüber der Vergangenheit als auch gegenüber der Zukunft. Wir wollen jedoch keine Reform um der Reform Willen und auch kein Ergebnis, das unter dem Zwang der öffentlichen Meinung zustande kommt, sondern wir wollen ein Ergebnis dieser Staats- und Verwaltungsreform das folgende Kriterien erfüllen muss: Eine lebendige Demokratie und eine Machtbalance im Staat, Bürgernähe, Effizienz, Transparenz und besonders wichtig gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Österreicherinnen und Österreicher. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Um diese Ziele erreichen zu können, brauchen wir nicht nur eine tabulose Diskussion, sondern auch eine offene und ehrliche. Ich halte es nicht für sinnvoll, bereits am Beginn der Debatte, wie das zwar nicht hier stattfindet, aber in der öffentlichen Diskussion, wo Zentralisten gegen Föderalisten ausgespielt werden, wo Bund gegen Länder aufgehetzt wird oder jeder gegen jeden kämpft.

Wird die Diskussion nämlich ausschließlich aus der Sicht der Regierung oder ausschließlich aus der Sicht der Opposition geführt, dann ist diese Diskussion bereits von Beginn an gescheitert. Ich hoffe nicht, dass diejenigen Recht behalten, die den begründeten Verdacht äußern, dass sich die ÖVP mit dem Instrument des Österreich-Konvents die Republik so herrichten will, damit sie auch nach dem Intermezzo der schwarz-blauen Regierung möglichst viel Macht und Einfluss in diesem Land hat. Das wäre der falsche Ansatz. (*Beifall bei der SPÖ und Abg. MMag. Dr. Petrovic.*)

Solche Vorschläge gibt es ja genug, die dahin gehen, die Funktion des Bundespräsidenten abzuschaffen, wenn er einmal eine kritischere Äußerung macht. Den Bundesrat aufzulösen wenn er einmal nicht spurt. Die Zahl der Abgeordneten zu reduzieren. Und es gibt auch Vorschläge aus dem Lager der ÖVP, auf die Landtage zu verzichten. Ich bin froh, dass das in Niederösterreich nicht der Fall ist.

Ich halte es auch nicht für sinnvoll, eine ausschließliche Diskussion zu führen in der Ebene gegen Ebene ausgespielt wird, weil dadurch die Politik als Ganzes in Frage gestellt wird und die Demokratie aufs Spiel gesetzt wird. Wir Sozialdemokraten bekennen uns zu einem funktionstüchtigen und handlungsfähigen Staat, zu eigenständigen Ländern und zu starken Gemeinden. Unser Ziel sind klare Strukturen der politischen Verant-

wortung, ist eine effiziente und bürgernahe Verwaltung und die größtmögliche Mitgestaltungsmöglichkeit der Bevölkerung an der Weiterentwicklung unserer Heimat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht nicht darum, wie viele direkt demokratisch legitimierte und gesetzgebende Körperschaften es gibt, sondern wie diese ihre Aufgaben erfüllen. Mein Ansatz ist jener, und meine beiden Kollegen haben das bereits an konkreten Beispielen ausgeführt, dass jede Ebene ihre Aufgabenverantwortung übernehmen muss in einer Art und Weise, die nachvollziehbar für die Bürgerinnen und Bürger verständlich ist. Das heißt, zur Erfüllung der Aufgaben soll die best geeignete Ebene die Verantwortung in der Regelung und Vollziehung von Gesetzesaufträgen überantwortet bekommen.

Grundvoraussetzung, und das sei mir auch gestattet in dieser innenpolitischen Situation dieser Woche, zur Zielerreichung ist nicht nur eine Neustrukturierung der Institutionen, sondern Grundvoraussetzung für mich ist eine Rückkehr zur Konsensdemokratie in diesem Lande. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Unter Konsensdemokratie verstehe ich auch, dass Institutionen, Berufsvertretungsinstitutionen, Bürgerinitiativen etc. wieder als ernst zu nehmende Partner akzeptiert werden und nicht länger als lästige Gegner abgewertet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Österreich-Konvent ist, und ich glaube, darüber sind wir uns einig, zum Erfolg verurteilt. Aber dieser Erfolg ist bei weitem nicht garantiert. Umso mehr halte ich die heutige Aktuelle Stunde für einen wichtigen ersten Schritt um unterschiedliche Positionen abzugleichen, Ideen einzubringen.

Wir Sozialdemokraten sind auch gerne bereit, gemeinsam eine Niederösterreich-Position zu formulieren, wenn das nicht unter dem Diktat der ÖVP, sondern im Konsens geschieht. Wir Sozialdemokraten wollen aber keine Reform um der Reform Willen, sondern eine Staats- und Verwaltungsreform, die die gleichberechtigte Partizipation aller Österreicherinnen und Österreicher langfristig garantiert. Danke! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. Michalitsch (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Zu Beginn ein Zitat: Nur mit subtiler Fachkenntnis, außerordentlichen methodischen Fähig-

keiten und einer gewissen Lust zur Lösung von Denksportaufgaben kann überhaupt verstanden werden, welche Anordnungen hier getroffen werden sollen. Dieses Zitat aus einem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes betrifft das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Die Bestimmung wurde aufgehoben. Ich glaube, dass sie aber genauso auch auf einige Teile unserer Bundesverfassung angewendet werden kann. Man muss schon ein gewisses Maß an Masochismus mitbringen um sich im Dickicht der Verfassungsbestimmungen zurecht zu finden. Wenngleich auch wir von der Volkspartei und ich persönlich natürlich sage, dass sich die Grundprinzipien dieser Verfassung bewährt haben. Aber unter den Grundprinzipien ist natürlich jede Menge Raum und Platz, auch das einfachste Verfassungsgesetz und Verfassungsrecht auszugestalten und hier sachgerechte Lösungen zu finden.

Und wenn ich Ihnen sage, dass die berühmteste Theorie, die Studenten des Verfassungsrechts lernen müssen, die sogenannte Versteinigungstheorie ist, nach der nach dem Zeitpunkt – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – 1.1.1925 die Kompetenztatbestände der Bundesverfassung auszulegen sind und da entschieden wird nach der damaligen Rechtslage von 1925, wer im Verhältnis Bund, Länder was zu regeln hat, dann werden Sie mir Recht geben, dass unsere Verfassung dringend reformbedürftig ist.

Sie ist es übrigens nicht erst seit heute oder in den letzten 10 Jahren, sondern schon der berühmte Verfassungsjurist und Bundesminister Kleczky hat in den 60er Jahren davon gesprochen, dass die Bundesverfassung geradezu ruinenhafte Züge aufweist. Zeit daher das anzugehen. Und ich freue mich, dass jetzt von der jetzigen Bundesregierung, um hier auch etwas Positives zu sagen, dieses Projekt angegangen wird und so weit sich das feststellen lässt, auch in diesem Haus alle mitmachen. Ich glaube, das ist ein wichtiges und wertvolles Projekt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir uns eine kurze Bestandaufnahme im Verhältnis Bund-Länder anschauen, dann nur eine ganz kurze Folge von Zahlenreihen. Wenn Sie schauen, wo sind die Staatsausgaben auf die verschiedenen Ebenen des Staates verteilt, zentrale Ebene, regionale Ebene, lokale Ebene, so ist es, und das ist ein Extremwert, Österreich: 77 Bund, 11 Länder, 12 Gemeinden. Vergleichswerte USA: 54, 20, 26, Deutschland 40, 38, 22, Schweiz zum Beispiel 32, 40, 28. Das heißt, diese Zahlen belegen eines: Es gibt mit Ausnahme von Nigeria, das mit 74, 21, 5 uns bei den kommunalen Ausgaben noch unterbietet, kein anderes Land das bei den Ausgaben so zentralisiert ist wie Österreich.

Oder wenn wir uns die Staatsdiener, die öffentlich Bediensteten anschauen, dann haben wir wieder so Bund, regionale Ebene, lokale, Österreich 38, 30, 31, Schweiz 11, 49, 39; USA 13, 23, 63. Also Sie sehen, Österreich ist da ein Spitzenreiter. Und wenn Sie da noch dazu nehmen, dass wir bei den Mitarbeitern in den Ministerien 11.800 Mitarbeiter 1999 hatten, Deutschland 23.000, also 11.000 zu 23.000 bei den bekannten Größenverhältnissen, dann sehen Sie, dass es eine gute Idee ist, hier etwas anzugehen. Und ich glaube, das sollten wir auch tun.

Wir denken uns, dass bei der Aufgabenreform die Länder nicht mit irgend welchen Exotenthemen abgespeist werden sollen, sondern im Sinn dessen wie das Klubobmann, Kollege Mag. Riedl, Kollege Moser gesagt haben, wir glauben, dass die Länder sich um den Menschen in einer Elementarbefindlichkeit am besten kümmern sollen. Das heißt etwa die Aufteilung der Gesundheitseinrichtungen, Sozialeinrichtungen, Bildungseinrichtungen. Das ist doch etwas was wir als Länder sicher am Besten machen können. Und diesen Schritt wollen wir in diesem Konvent einbringen und hoffentlich auch erreichen.

Wenn Sie die Verwaltungsreform hernehmen, dann ist unter Vorsitz von Landeshauptmann Dr. Pröll mit der Verwaltungsreform einiges erreicht worden. Wir haben 690 Millionen Schilling - 50 Millionen Euro - Einsparungspotenzial. Es sind erst 22 Millionen Euro verwirklicht, 38 Millionen Euro harren noch der weiteren Realisierung. Da sind einfach Gesetze zu ändern. Und zwar von Aktionen auf der Bundesebene runter auf die Landesebene.

Wenn Sie die Verlängerung der Bundesstraßen hernehmen, dann haben wir bereits erste Erfolge wo wir sehen, wenn es auf der unteren Ebene entschieden wird, entfällt das Ping-Pong-Spiel und wir kommen rascher zu Lösungen. Und vor allem, Prinzersdorf nur als ein Beispiel aus meinem Bezirk, nach 40 Jahren jetzt endlich Baubeginn. Ermöglicht durch diese Verlängerung. Und die Bezirkshauptmannschaften als Element des Gesetzesvollzuges sind für uns unverzichtbar. Ich glaube, es macht keinen Sinn, über Gesetze, über einen Führerscheinenzug ein demokratisch legitimes Gremium urteilen zu lassen. Das kann ein Beamter, ein öffentliches Organ unter Kontrolle der Gerichte viel, viel besser.

Wir wollen also Vielfalt als Wert, wir wollen einen Wettbewerb der Regionen. Und, ich glaube, wir müssen uns da losmachen von der Idee, dass bundeseinheitliche Gesetze in schwierigen Situationen

immer ein Allheilmittel sind. Ich glaube, dass die Zustände in Lainz durch bundeseinheitliche Gesetze nicht verbessert sind. Sondern verbessert werden so Situationen wenn wir kleine Einheiten haben wie unsere niederösterreichischen Heime. Wenn wir Leute haben, die dort hinein gehen, wenn die in die Region verwurzelt sind. Dann ist eine gute Betreuung gesichert. Ein Gesetz allein wird an diesen Dingen nichts ändern.

Wogegen wir uns in dieser Diskussion wehren sollten ist einfach jetzt der Versuch das, Kollege Weninger, so hinzustellen als wäre der Konvent der Versuch einer Partei irgendwo den Staat sich jetzt herzurichten. Wenn ich da jahrelang ein Organ gehabt hab das Zentralsekretär geheißen hat in meiner eigenen Partei und da eine jahrzehntelange Alleinverantwortung getragen habe und dann solche zentralistische Auswüchse habe, dann würde ich das nicht so sehen, sondern dann würde ich das wirklich als offenen und ehrlichen Versuch sehen, dass wir wirklich unseren Staat so herrichten dass er den Bürger trifft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und daher sollten wir, was wir auch tun, über den Konvent einfach reden. Niederösterreich und die Politik in Niederösterreich hat bewiesen, dass der Grundsatz „näher zum Bürger – schneller zur Sache“ sich bewährt hat. Machen wir unseren Staat, gestalten wir ihn weiter, entwickeln wir ihn fort nach dem Grundsatz „näher zum Bürger – besser zur Sache“. Das hat nicht nur Niederösterreich gut getan, das wird auch unserer Republik gut tun. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit erkläre ich die Aktuelle Stunde zum Thema „Österreich-Konvent – Eine Chance für Niederösterreich“ für beendet.

Auf Grund der ab heute stattfindenden Direktübertragung der Landtagssitzungen im Internet ersuche ich ab jetzt alle Berichtersteller, ihre Wortmeldungen nicht von dem gewohnten Platz aus vorzutragen, sondern zum Rednerpult vorzugehen. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Hintner, zum Geschäftsstück Ltg. 59/B-29 zu berichten.

Berichtersteller Abg. Hintner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte zu Ltg. 59/B-29, Tätigkeitsbericht der NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz. Der Antrag liegt den Abgeordneten vor. Ich darf daher den Antrag des Sozial-Ausschusses stellen über den Bericht der Landesregierung betreffend Tätigkeitsbericht der Kinder & Ju-

gend Anwaltschaft für den Zeitraum 1. Juli 2001 bis 30. Juni 2003 nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht der NÖ Kinder & Jugend Anwaltschaft für den Zeitraum 1. Juli 2001 bis 30. Juni 2003 nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz wird zur Kenntnis genommen.“

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich ersuche, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

Präsident Mag. Freibauer: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Weiderbauer.

(Zweiter Präsident Sacher übernimmt den Vorsitz.)

Abg. Weiderbauer (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren der Landesregierung und des Landtages!

Von unserer Seite herzlichen Dank an die Leiterin der Jugendanwaltschaft, Frau Mag. Peterschofsky und Ihre Mitarbeiterinnen für die Fülle an Aktivitäten und Veranstaltungen, die die Kinder & Jugend Anwaltschaft geleistet und in ihrem Tätigkeitsbericht dokumentiert hat. Es ist fast unglaublich, dass mit einem relativ kleinen Mitarbeiterstab ein so umfangreiches Betätigungsfeld abgedeckt werden kann. An dieser Stelle herzlichen Dank an Frau Mag. Heißenberger für das heutige Gespräch, wo wir uns auch darüber einig wurden und einer Meinung sind, dass der Kinderrechte-Koffer nicht nur den VolksschülerInnen zur Verfügung gestellt werden soll, sondern auch ausgegeben werden soll an die Hauptschüler, an die Unterstufen der Gymnasien.

Ich möchte daher meine Statements nicht als Kritik verstanden wissen, sondern als Anregung bei einigen Bereichen, denen wir besondere Bedeutung zumessen. Meine Damen und Herren! Im neuen Jugendschutzgesetz ist das Prinzip der Partizipation gesetzlich verankert. Damit ist unter anderem gemeint, dass die Gemeinden junge Menschen über kommunale Vorhaben informieren und an einer Meinungsbildung teilhaben lassen sollen. Erwachsene hätten somit die Verpflichtung, sich intensiver mit den Anliegen von jungen Menschen auseinander zu setzen.

Einen ähnlichen Wortlaut haben wir auch schon bei den Forderungen des Jugendkongresses diskutiert. Für uns ist diese Forderung selbstverständlich. Leider ist sie nur teilweise umgesetzt und setzt für uns in logischer Konsequenz voraus, wie es auch den Forderungen des Jugendkongresses entsprach, eine Senkung des Wahlalters bei Gemeinderatswahlen und Landtagswahlen durchzuführen. Was übrigens 1:1 einer Forderung des katholischen Familienverbandes entspricht. Den dieser an den NÖ Landtag bereits gestellt hat vor den Wahlen.

Bevor diese allerdings nicht erfüllt ist, erteilen wir der Absicht eines Kinderwahlrechts auch aus anderen Gründen eine Absage. *(Beifall bei den Grünen. – Abg. Dr. Michalitsch: Sie müssen darüber nachdenken!)*
Das haben wir und tun wir.

Auch dem Alkohol- und Nikotinmissbrauch misst die Anwaltschaft viel Bedeutung zu. Und ein Resolutionsantrag, der nicht nur den Konsum, sondern auch den Erwerb für unter 16-Jährige verbietet, soll in das Jugendgesetz einfließen. Gerade der Alkoholmissbrauch junger Menschen ist ein Thema das mir bzw. uns sehr am Herzen liegt. Eine Studie der Ärztekammer warnt vor Tabak und Alkohol als klassische Einstiegsdrogen bei Jugendlichen.

Fast jeder dritte Jugendliche benützt Alkohol wegen seiner beruhigenden Wirkung. Knapp jeder sechste der 18-Jährigen erfüllt die Kriterien eines Alkoholmissbrauchs. Über 52 Prozent der 18-Jährigen rauchen regelmäßig Zigaretten. Wenn wir diese alarmierenden Entwicklungen nicht in den Griff bekommen, vor allem durch eine Intensivierung der Prävention, das heißt eine Stärkung des Jugendlichen, ist auch hier ein Pflegenotstand vorhersehbar. Jede Aktion, die hier eine Besserung zustande bringt ist daher willkommen und zu befürworten.

Billigere alkoholfreie Getränke in Lokalen anzubieten ist sicherlich eine gute Sache und entspricht auch einer Forderung des katholischen Familienverbandes. Nur glaube ich, dass der Preis eines Getränkes oft nicht mehr ein Kriterium ist, alkoholische Getränke nicht zu konsumieren.

Vielmehr ist wieder an die Verantwortung der Betriebe zu appellieren, an junge Menschen, auch wenn diese ihre erwachsenen Kunden von Morgen sind, keine alkoholischen Getränke zu verabreichen. Gaststätten auszuzeichnen, die trendige Mix-

getränke anbieten, mit anbieten ist eine Sache, jungen Menschen unter 16 Jahren, wie es dem Gesetz entspräche, alkoholische Getränke zu verwehren, ist eine andere.

Wenn man jungen Menschen zutraut, ab dem 16. Lebensjahr mit Alkohol und Nikotin verantwortungsbewusst umzugehen, wird man ihnen auch zutrauen müssen, bei einer Kommunal- oder Landtagswahl eine Entscheidung für eine der wahlwerbenden Parteien treffen zu können. *(Beifall bei den Grünen, der SPÖ und Abg. Mag. Ram.)*

Natürlich liegt die vorgenannte Verantwortung nicht allein bei den Gastronomiebetrieben, sondern vor allem – und das ist auch im Jugendschutzgesetz neu festgeschrieben und hervorgehoben – bei den Eltern. Egal in welcher Partnerschaftsform diese zusammenleben. Leider ist die Situation auch im Familienland Niederösterreich so, dass viele Eltern mit dieser Aufgabe überfordert sind, weil die Doppelbelastung von Familie und Beruf für beide Teile der Partnerschaft oft auf Kosten der Zeit ihrer Kinder geht und neu gegründete Partnerschaften auch aus ökonomischen Überlegungen davon abhält überhaupt für Nachwuchs zu sorgen. Wir bezweifeln in diesem Zusammenhang sehr stark, dass hier die plumpen Hinweise der Bildungsministerin Abhilfe schaffen können. *(Beifall bei den Grünen.)*

Die kostenlose Vormittagsbetreuung in Niederösterreich ist beispielgebend. Es fehlt aber an Nachmittagsbetreuung und an Einrichtungen für Kleinkinder im Vorkindergartenalter. Die Institution der Tagesmütter bzw. –väter kann hier durchaus zur Entspannung beitragen, grenzt aber an Ausbeutung so lange es für diese Menschen keine soziale Absicherung gibt.

Besonders schwierig ist es für Alleinerzieherinnen, diese oben genannte Verantwortung zu übernehmen. Ihnen muss ein besonderes Maß an Unterstützung zuteil werden. Aber auch hier wird zum Beispiel das Recht auf Teilzeitarbeit unnötig verzögert.

Eine weitere Forderung des katholischen Familienverbandes scheint mir ebenfalls unterstützenswert und deckt sich auch mit unseren Vorstellungen: Das Sozialhilfegesetz sollte dahin geändert werden, dass Kinder einen eigenen, von ihren Eltern unabhängigen Anspruch auf Sozialhilfe haben, wenn keine ausreichende Alimentierung durch zivilrechtlich unterhaltspflichtige Personen gesichert ist. Weiters sollte die Regressforderungen sowohl an Betroffene als auch an Angehörige entfallen. Im vorliegenden Tätigkeitsbericht wird auch angeführt,

dass es die Vermittlungsmöglichkeit seitens der Anwaltschaft bei Problemen im Schulbereich gibt.

Etliche Volksschulabgängerinnen im Raum Wr. Neustadt standen heuer vor dem Problem, trotz eines Zeugnisses mit lauter „Einsern“ keine Aufnahme in eines der Gymnasien zu finden. Die Leiterinnen der Schulen orteten ein Fehlverhalten des Landesschulrates. Der wiederum sah die Ursache in der unflexiblen Haltung der Direktorinnen.

Manchen hilfeschuchenden Eltern riet man, doch am Urlaub zu sparen um sich das Schulgeld für eine Privatschule leisten zu können. Andere wandten sich an nahestehende PolitikerInnen und öffneten sich so eine Türe in die passende Klasse. Nach dem Motto „Nix is fix, alles ist möglich“.

Apropos Schule: Viele ÖVP-MandatarInnen waren in der letzten Woche im Mostviertel und auch bei uns im Bezirk auf Besuchstour. Keine Frage, dagegen ist nichts einzuwenden. Im Gegenteil. Der Kontakt mit der Bevölkerung muss hergestellt werden und intensiviert werden. Ganz klar.

Außer bei Besuchen, wo es sich um sensible Bereiche handelt. Und ich war der Meinung bis jetzt, dass Schule und der Besuch von Schülerinnen in Schulen so ein sensibler Bereich sei. So wurde es mir zumindest vorgemacht.

So lud sich der ÖVP-Landesgeschäftsführer, der leider jetzt nicht herinnen ist, und Landtagsabgeordneter Gerhard Karner im Stiftsgymnasium Melk zu einer Informationsstunde in einer siebten Klasse ein. Er lud sich ein. Wo er unter anderem, so entnehme ich den „Niederösterreichischen Nachrichten“, auch seine Standpunkte zur Wahllattersenkung dokumentierte. Ich nehme an, dass er aus Objektivitätsgründen natürlich auch die Standpunkte der anderen Parteien mit einbezogen hat. Keine Frage.

Als die Melker Grünen eine Benefizveranstaltung für Hochwasseropfer des Vorjahres im Stift Melk durchführten, oder eine Einladung zum Melker Stadtparkfest mit einem Grün-Logo versehen in der Schule auftauchte, liefen die ÖVP-Parteifunktionäre des Bezirkes Sturm, wie denn das Stift dazu käme, mit Grünen eine gemeinsame Veranstaltung zu machen. Unglaublich. Entweder gilt dieses Recht für alle politischen Gruppierungen, oder für niemanden.

Auch vor diesen Einseitigkeiten muss man junge Menschen schützen. *(Beifall bei den Grünen und Abg. Jahrmann.)* Und den politischen Verantwortungsträgern klar machen, dass sie sich zwar

auf ein Votum von mehr als 50 Prozent stützen können, aber nicht die ganze Macht in diesem Bundesland für sich beanspruchen dürfen. Danke schön! (*Beifall bei den Grünen und Abg. der SPÖ.*)

Zweiter Präsident Sacher: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Doppler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Doppler (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Abgeordneten Kolleginnen und Kollegen!

Der gemäß § 6 Abs. 6 des Niederösterreichischen Jugendwohlfahrtsgesetzes erstellte Tätigkeitsbericht der NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft beschreibt in detaillierter Form das umfangreiche Tätigkeitsfeld der NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen.

Die NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft, die im Vorjahr ihr 10-jähriges Bestehen gefeiert hat, ist als weisungsfreie Interessensvertretung Anlauf-, Informations- und Beratungsstelle für junge Menschen, Eltern und für alle, die mit Jugendlichen privat oder beruflich zu tun haben. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft fungiert als Ohr und Sprachrohr für alle Anliegen, Probleme und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen und als Vermittlerin bei Konflikten, in die Kinder und Jugendliche involviert sind.

Eine weitere wesentliche Aufgabe betrifft die Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen in der Familie und Gesellschaft auf Basis der UN Kinderrechtskonvention. Die Behörden und Dienststellen des Landes, die Gemeinden, die Träger der freien Jugendwohlfahrt und deren Einrichtungen sowie sonstige befassete Stellen müssen die Kinder- und Jugendanwaltschaft in der Ausübung ihrer gesetzlichen Aufgaben unterstützen und die erforderlichen Auskünfte erteilen.

Die NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft kann auch Parteistellung im Verwaltungsverfahren im Rahmen ihrer Aufgaben beanspruchen. Der wichtigste Grundsatz der Arbeit der NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft ist, dass alle Anfragen vertraulich und kostenlos sind und auf Wunsch auch anonym behandelt werden. Der gesetzliche Auftrag der NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft leitet sich aus dem Niederösterreichischen Jugendwohlfahrtsgesetz 1991 ab.

Der gesetzliche Auftrag umfasst Beratung und Information, Engagement für bessere Lebensbedingungen, Informations- und Projektarbeit, Geset-

zesbegutachtung sowie die Mittlerinnen- bzw. Moderatorinnen-Rolle. Ich möchte mich im Nachfolgenden insbesondere mit den Aufgabengebieten Beratung und Information sowie Engagement für bessere Lebensbedingungen befassen.

Die NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft bietet in Fragen der Obsorge und des Besuchsrechtes nach Scheidungen, bei Schulproblemen, bei Erziehungsschwierigkeiten, bei strafrechtlichen Problemen, sexuellem Missbrauch oder Misshandlungen und generellen Fragen um Rechte von Kindern und Jugendlichen (z.B. Jugendgesetz) kompetente Beratung und Information entweder telefonisch, im persönlichen Gespräch oder per E-Mail an.

Die Mitarbeiterinnen der NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft analysieren mit den Hilfesuchenden die Problemstellung und helfen in Form von Gesetzesauskünften oder durch den Hinweis auf die vielfältigen Beratungseinrichtungen, die es in unserem Bundesland für Kinder und Jugendliche gibt. In der Beratungstätigkeit erfahren die Mitarbeiter der Kinder- und Jugendanwaltschaft die kleinen und großen sowie aktuellen Sorgen der Kinder und Jugendlichen in Niederösterreich und können dadurch ihrem Auftrag, Ohr und Sprachrohr für die Kinder und Jugendlichen zu sein, effizient nachkommen.

In der heutigen hochtechnisierten Welt wird das Medium Internet immer wichtiger. Internet ist das Hauptmedium der jungen Generation. Dieser Entwicklung hat auch die Kinder- und Jugendanwaltschaft Rechnung getragen. Seit dem 24. April 2002 hat auch die Kinder- und Jugendanwaltschaft eine eigene Homepage „kija-noe.at“.

Auf dieser Homepage finden die InternetnutzerInnen Wissenswertes für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Es gibt Internetseiten mit rechtlichen Informationen zu häufig gestellten Fragen, wie Scheidung der Eltern, Kinderrechte, Arbeit, Taschengeld, Unterhalt, zum Jugendgesetz und vieles mehr oder wichtige Informationen zur Frage „Was darf ich ab wann“ und zu Gewalt an Kindern.

Weiters gibt es in der von Schülern der HTL Mödling hervorragend designten und auf Kinder und Jugendliche zugeschnittene Homepage auch Links zu anderen wichtigen Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche und die Möglichkeit, sich mittels E-Mail anonym mit Fragen an die Kinder- und Jugendanwaltschaft zu wenden. Die Beratungs- und Informationstätigkeit umfasst auch als sehr wichtigen Teil die Herausgabe von Broschüren und Handouts zu aktuellen kinder- und jugendrelevanten Themen.

Obwohl in den letzten Jahren in diesem Bereich eine spürbare Sensibilisierung erfolgte, gibt es nach wie vor einen großen Bedarf an vorbeugendem Schutz für Kinder und Jugendliche. Jährlich werden in Österreich bis zu 25.000 Fälle von sexueller Gewalt gegen Kinder registriert. Anhand dieser Zahlen ist klar, dass die Kinder- und Jugendanwaltschaft einen wichtigen Auftrag hat, hier Aufklärung anzubieten. Mit Unterstützung verschiedener Institutionen konnte die Kinder- und Jugendanwaltschaft zwei Broschüren zum Thema Gewalt und sexuelle Gewalt an Kindern, die wichtige Kontaktadressen aus Niederösterreich beinhalten, herausgeben. Diese Broschüren sollen sensibilisieren, informieren und aufklären. Sie sollen aber auch Mut machen, das Schweigen zu brechen und Unterstützungs- und Hilfsangebote, die es in Niederösterreich gibt, bekannt zu machen.

Die Broschüren werden an alle Volksschulen in Niederösterreich verschickt und finden großen Anklang. Die NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft hat im Berichtszeitraum auch die Broschüren „Kinderrechte – was Eltern wissen wollen“ und die „UNO-Konvention über die Rechte der Kinder“ neu aufgelegt sowie Handouts zum Projekt „Kinderrechte-Koffer“, über die Aufgaben der NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft und das NÖ Jugendgesetz herausgegeben.

Weitere Beratungsangebote gibt es jeden ersten Sonntag im Monat im NÖ Landesmuseum sowie im Verein Jugend und Kultur in Wiener Neustadt. Die NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft setzt sich auch auf vielfältige Weise für verbesserte Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche ein.

Bei der Enquete „Niederösterreich ist gleich Lebensqualität“ im Oktober des Vorjahres in Baden präsentierte die Kinder- und Jugendanwaltschaft die Aktion mediative Pädagogik als präventive Aktion zum Erlernen von Konfliktlösungsstrategien. Auch die Mitarbeit im Arbeitskreis zum „Nationalen Aktionsplan“ der Bundesregierung für Kinder und Jugendliche und die Parteistellung in Verwaltungsverfahren zur Verkehrsgestaltung bei den Verkehrsverhandlungen gehörten zu den Aktivitäten im Rahmen des Engagements für bessere Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche.

Weiters hat die Kinder- und Jugendanwaltschaft das von Landesrat Mag. Sobotka herausgegebene Kinder-Garten-Buch, das die Kindergärten bei der naturnahen Umgestaltung der Spielflächen mit Tipps und Anregungen versorgt, ideell unterstützt. Durch die intensive Vernetzung mit Einrichtungen und Institutionen, die sich für Kinder und Jugendliche einsetzen, konnte die Kinder- und Ju-

gendanwaltschaft Synergien schaffen und Ressourcen stärker nutzen. Dazu gehören die Teilnahme am Projekt EQUAL – mit dem Ziel einer Verbesserung der Chancen von Mädchen und Frauen am Arbeitsmarkt der Zukunft, sowie am „E-Day“ der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen, wo interessante Alternativangebote zu Alkohol und Drogen aufgezeigt wurden.

Schließlich konnte durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, besonders im Rahmen der Feierlichkeiten zum 10-jährigen Jubiläum, aber auch durch regelmäßige Kolumnen in der „NÖN“ und im „Familienjournal“ sowie durch Berichte in Radio und Fernsehen der Bekanntheitsgrad der NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft wesentlich erhöht werden.

Dadurch ist die Kinder- und Jugendanwaltschaft zu einer sehr wichtigen Ansprechstelle für Kinder und Jugendliche bzw. Erwachsene geworden. Im Berichtszeitraum sind durch die Veranstaltungen, Referate und Vernetzungsaktivitäten der Kinder- und Jugendanwaltschaft rund 12.000 Kinder und Jugendliche direkt erreicht worden.

Die Übersiedlung der NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft in den Würfel unter dem „Tor zum Landhaus“ auf einen prominenten Platz im September des Vorjahres unterstreicht den Stellenwert, der den Kindern und Jugendlichen im Land Niederösterreich eingeräumt wird. Die NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft hat außerdem eine dezentrale Dienststelle in der Bezirkshauptmannschaft Baden.

Ich möchte mich abschließend bei der NÖ Kinder- und Jugendanwältin Mag. Gabriela Peterschofsky und ihren sehr engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre sehr erfolgreiche Arbeit für die Anliegen der Kinder und Jugendlichen in unserem Bundesland Niederösterreich recht herzlich bedanken und wünsche dem Team der NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft auch weiterhin viel Erfolg bei ihrer wichtigen Arbeit als KinderrechtsbotschafterInnen für unsere Kinder und Jugendlichen.

Wir selbst sollten den wichtigsten Grundsatz der Kinder- und Jugendanwaltschaft mehr als bisher beherzigen: Nämlich Kindern und Jugendlichen zuhören, sie ernst nehmen, sie partizipieren und teilhaben zu lassen.

In Kindern und Jugendlichen stecken in jedem Lebensalter ungeahnte Kapazitäten. Sie werden nicht erst zu verantwortungsbewussten Mitbürgerinnen und Mitbürgern, sie sind es bereits, wenn wir ihnen einen entsprechenden Rahmen geben und Handlungsspielraum einräumen. In diesem Sinne

wird die ÖVP-Landtagsfraktion den vorliegenden Rechenschaftsbericht der NÖ Kinder- und Jugendanwaltschaft sehr gerne zustimmend zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Abgeordneter Vladyka das Wort.

Abg. Vladyka (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hoher Landtag!

Auch ich darf mich heute zu einem besonderen Teil des Berichtes der Kinder- und Jugendanwaltschaft kurz zu Wort melden, nämlich zum neuen Jugendgesetz, das ja nun gerade zwei Jahre alt wurde. Auch hier hat die Kinder- und Jugendanwaltschaft mitgearbeitet. Ich darf mich bei dieser Gelegenheit natürlich auch sehr, sehr herzlich für die vielen Initiativen und für die gute Arbeit, die hier geleistet wurde, bedanken.

Ein wesentlicher Bestandteil dieses Gesetzes ist die Harmonisierung in wesentlichen Bereichen, wie Ausgehzeiten und vor allem auch der Umgang mit Alkohol und Nikotin in den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland. Wir haben auch einen gemeinsamen Resolutionsantrag eingebracht, der die Forderung nach Harmonisierung mit den ebenfalls an Niederösterreich angrenzenden Bundesländern Oberösterreich und Steiermark beinhaltet. Weiters die Forderung, neben dem Konsumverbot auch ein generelles Abgabeverbot von Alkohol und Nikotin für unter 16-Jährige zu erlassen. Ein Bericht über einen diesbezüglichen Modellversuch in Oberösterreich, der auch die Situation der Abgabe über Automaten beinhaltet, sowie entsprechende Gesetzesvorschläge sollte im Juni des vergangenen Jahres dem NÖ Landtag bereits vorgelegt werden.

Die fortschrittliche Situation in Oberösterreich wurde in einem Schreiben durch Landesrat Ackerl mitgeteilt und Erfahrungswerte im Zusammenhang mit dem Abgabeverbot in Oberösterreich müssten hier bereits vorhanden sein. Seitens der NÖ Landesregierung wurde ja auch 2002 eine Studie über alkohol- und nikotinspezifische Jugendschutzbestimmungen in Österreich und international in Auftrag gegeben. Und diese Studie besagt zum Beispiel, dass in Deutschland Überlegungen stattfinden, die eine Abgabe von Zigaretten über Automaten mittels Bankomat- oder Kreditkarte auf denen das Alter des Inhabers gespeichert ist, ermöglicht.

Oder: Alkoholische Getränke dürfen in der Öffentlichkeit über Automaten dort überhaupt nicht angeboten werden. In Griechenland ist zum Beispiel der Automatenverkauf von Zigaretten generell verboten. In Spanien, Finnland und Großbritannien dürfen Zigarettenautomaten nur dort platziert werden, wo sie sich unter ständiger Kontrolle von Erwachsenen befinden. Oder die Abgabe von Alkohol an Jugendliche ist ja in Österreich bereits in sechs von neun Bundesländern entweder durch ein generelles Abgabeverbot oder durch ein Konsumverbot geregelt. Auch der private Ausschank ist in fünf Bundesländern bereits verboten.

Zusammenfassend wurde ja in dieser Expertise angeregt, wie schon von uns Sozialdemokraten lange gefordert, die Jugendschutzgesetze österreichweit zu harmonisieren. Speziell auch die Abgabe und nicht nur den Besitz und Konsum von Alkohol und Nikotin unter 16 Jahren zu verbieten, das ist sehr, sehr wichtig. Denn, meine sehr geschätzten Damen und Herren, es sterben ja in Österreich pro Jahr rund 100 Personen allein an Alkoholvergiftung. Und das sind 100 zu viel.

Hier als Beispiel ein Auszug aus den „Niederösterreichischen Nachrichten“ des Bezirkes Mistelbach. Wenn der Name zum Programm wird, dann droht Schlimmes. Längst schon scheuen sich Veranstalter nicht mehr, ihre Jugendfeste so zu nennen was sie sind: Erste allgemeine Vernichtung, Sauffest!, Sauffparade. Um wenig Geld sind da große Menge an alkoholischen Getränken zu erhalten. Und dann kann es schon passieren, dass in einer Nacht von einem Fest 40 Jugendliche ins Weinviertelklinikum mit Alkoholvergiftung eingeliefert werden. So geschehen Ende Mai, Anfang Juni, und kein Einzelfall, wird hier zitiert.

Oder, ganz neu: Die Zahl der Motorradunfälle ist Gottseidank gesunken. Aber den höchsten Anstieg an Verkehrstoten weist Niederösterreich bei Alkoholunfällen auf. Von 8 auf 12, das sind 10 Prozent aller Verkehrstoten. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, das muss uns zu denken geben. Und daher darf ich folgenden Resolutionsantrag einbringen *(liest:)*

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Vladyka und Mag. Renner betreffend Harmonisierung der Jugendschutzgesetze.

Gemeinsam mit der Neuregelung des NÖ Jugendgesetzes im Jahr 2001 erfolgte im Nieder-

österreichischen Landtag die Beschlussfassung eines Resolutionsantrages, in dem die Landesregierung unter anderem aufgefordert wurde, dem Landtag einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Jugendgesetzes bezüglich Abgabe von Suchtmitteln vorzulegen, da bereits damals klar war, dass weitere Schritte gesetzt werden müssen, um einen einheitlichen Standard österreichweit, vorerst zumindest mit den an Niederösterreich angrenzenden Bundesländern, zu erreichen.

In der von der Landesregierung beauftragten ‚Expertise über alkohol- und nikotinspezifische Jugendschutzbestimmungen in Österreich und International‘ stellt das Ludwig Boltzmann-Institut für Suchtforschung fest, dass ein generelles Verkaufs- und Ausschankverbot für alkoholische Getränke und Tabakwaren an Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren dem europäischen Standard entspricht und der Umstand, dass Kinder und Jugendliche in manchen Bundesländern Alkohol und Tabakwaren zum privaten Eigenkonsum legal erwerben können und in anderen Bundesländern, indem sie vorgeben, diese Waren für den Konsum von Erwachsenen erwerben zu wollen, nicht mehr zeitgemäß ist. Um die Wichtigkeit des Anliegens zu verdeutlichen, stellt die Expertise lapidar fest, dass Jugendliche ‚ja auch keine Waffen, Feuerwerkskörper oder pornographische Zeitschriften für Erwachsene erwerben dürfen.‘

Es ist also dringend an der Zeit, die Gefährdung der jungen Menschen durch ein Abgabeverbot von Alkohol und Nikotin an Jugendliche unter 16 Jahren in allen Jugendschutzgesetzen festzuschreiben.

Als wünschenswert bezeichnet das Ludwig-Boltzmann Institut, dass gleichzeitig der Kauf von Alkohol und Nikotin an Automaten durch Jugendliche nicht mehr möglich wird, um ein Unterlaufen der gesetzlichen Bestimmungen zu verhindern.

Zu denken gibt, dass besonders in letzter Zeit Veranstalter sich nicht scheuen, ihre Events mit Titeln wie ‚Erste Allgemeine Vernichtung‘, ‚Sauf-Fest‘, ‚Sauf-Parade‘ zu bezeichnen. Hier fehlt es eindeutig am Bewusstsein in der Bevölkerung, welches Gefährdungspotential gerade Alkohol für junge Menschen darstellt, ist Alkohol doch die häufigste Einstiegsdroge.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der NÖ Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert,

1. Verhandlungen mit allen Bundesländern aufzunehmen, um eine Vereinbarung gemäß 15a B-VG zu erreichen, die einen Rahmen für die Jugendschutzgesetze vorgibt, der unter anderem ein Abgabeverbot von Alkohol und Nikotin an Jugendliche unter 16 Jahren beinhaltet,
2. Lösungsmöglichkeiten zu präsentieren, die die Abgabe von Alkohol und Nikotin an Automaten an Jugendliche unter 16 hintanhaltend,
3. die Anstrengungen zur Bewusstseinsbildung besonders auch der Erwachsenen zu intensivieren, damit Veranstaltungen, die junge Menschen direkt zum Alkoholkonsum aufordern, verhindert werden.“

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es finden ja im Foyer bereits Verhandlungen statt. Vielleicht gibt es einen gemeinsamen Antrag. Ich darf Sie bitten, diesen Antrag zu unterstützen. Denn unsere Kinder haben ein Recht auf Lebensqualität, auf Schutz und auf Sicherheit. Geben wir ihnen dieses. Kochen wir nicht in unseren Bundesländern jeweils unsere eigene Suppe, arbeiten wir zusammen. Denn wie heißt es so schön, viele Köche verderben den Brei. Machen wir nicht den selben Fehler. Danke! *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Erber.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Ram das Wort.

Abg. Mag. Ram (FPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Kurz zum Resolutionsantrag der Frau Kollegin Vladyka und Frau Mag. Renner. Grundsätzlich natürlich etwas was es zu unterstützen gibt. Die Gefahr des Alkohol- und Nikotinmissbrauchs von Jugendlichen sollte man natürlich nicht gering schätzen. Mir fehlt nur eines dabei, und das hat mir auch in dieser Wortmeldung etwas gefehlt, dass man auch auf die Gefahr von Drogen aufmerksam macht. Weil es ist nicht mehr so, dass die Unter-16-Jährigen vor Drogen gefeit sind, sondern gerade im Gegenteil. Was sich vor Schulen abspielt, wo eben der Drogenverbrauch oder bzw. der Drogendeal an der Tagesordnung steht, was sich in Lokalen abspielt, das Ganze sollte man nicht gering schätzen und nicht wie die Frau Kollegin Vladyka das Ganze unter den Tisch fallen lassen. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Auch wenn es diverse Jugendorganisationen gibt, die das Ganze natürlich dementsprechend propagieren, die eurer Partei angehören, das wis-

sen wir eh. Und deswegen sollte man trotzdem also den Drogenbereich hier dementsprechend erwähnen und sich klar und deutlich gegen den Drogenmissbrauch aussprechen. (*Abg. Weninger: Der Waldhäusl versteht das!*)

Geschätzte Damen und Herren! Der Kollege Waldhäusl versteht das selbstverständlich, weil er hat natürlich auch das Sensorium dafür was dir scheinbar fehlt, lieber Kollege. (*Beifall bei Abg. Waldhäusl.*)

Die Vorredner haben ja klar und deutlich schon auf den Kinder- und Jugendanwaltschaftsbericht, den die Frau Kollegin Vladyka da vergessen hat, auf den Bericht sind sie eindeutig eingegangen und haben, besonders Kollege Weiderbauer natürlich, haben klar und deutlich die Vorzüge der Kinder- und Jugendanwaltschaft zum Ausdruck gebracht. Auch wir meinen, dass die Kinder- und Jugendanwaltschaft eine wichtige Rolle bei Themen wie der Warnung vor Alkohol und Nikotin, der Aufklärung und den Schutz der Kinder vor Gewalt und Übergriffen spielt.

Eine wichtige Leistung, das wurde auch schon angesprochen von Kollegen Doppler, ist die Beratungstätigkeit und die Herausgabe von Broschüren, die über die Volksschulen verteilt werden, und Themen wie Gewalt, sexuelle Gewalt, thematisieren.

Auch das Internet wurde schon angesprochen. Das Internet ist ja nicht nur das Medium der Zukunft, sondern auch das Medium der Gegenwart. Viele Jugendliche, und speziell auch die Kinder, beschäftigen sich mit dem Internet. Und für uns ist es eigentlich fast schon unvorstellbar, wie gut die Kinder und Jugendlichen sich mit dem Internet beschäftigen und mit dem Internet umgehen können. Und sich auch über das Internet der Kinder- und Jugendanwaltschaft anvertrauen. Das Telefon oder das persönliche Gespräch tritt eher in den Hintergrund, das Internet dient den Kindern und Jugendlichen als Kontaktmedium. Es ist auch insofern von Bedeutung, da über das Internet gewährleistet ist, dass es wirklich eine anonyme Beratung gibt.

Nicht gering schätzen sollte man auch die Teilnahme der Kinder- und Jugendanwaltschaft als Partei an Verkehrsverhandlungen. Da im Straßenverkehr Gefahren für die Kinder und Jugendlichen lauern, die häufig übersehen werden und die vor allem für manche Erwachsene nicht wirklich einsichtbar sind. Und durch die Mithilfe der Kinder- und Jugendanwaltschaft kann es hier gelingen, dementsprechende Gefahrenherde zu neutralisieren und zu verringern.

Besonders begeistert hat mich beim Durchlesen des Berichts die Konfliktlösungsprojekte. Da gibt's ein Zitat drinnen, worin ein Junge darüber berichtet, wo er versucht, mit der Win-und-Win-Strategie seine Konflikte zu lösen. Dass er jetzt nicht mehr mit der Schwester streitet, die Schwester nicht mehr, wie es scheinbar vorher üblich ist, körperlich schlägt bzw. ihr körperlichen Schaden zufügt, sondern ganz einfach andere Möglichkeiten sucht. Und, das hat mich sehr beeindruckt, er beschreibt die Reaktion der Schwester und auch die Reaktion der Eltern, wie man durch diese Konfliktlösung, durch dieses Konfliktlösungsprojekt eigentlich dazu beitragen kann, dass in der gesamten Familie eine bessere Stimmung herrscht und es in der gesamten Familie eine positive Entwicklung gibt.

Kurz zusammen gefasst: Wir nehmen diesen Bericht gerne zur Kenntnis, unterstützen die Tätigkeit der Kinder- und Jugendanwaltschaft und finden es sehr wichtig, dass dieser Kinder- und Jugendanwaltschaft hier in Niederösterreich tätig ist und wünschen ihr noch alles Gute für die Zukunft. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zweiter Präsident Sacher: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Abgeordneten Dr. Krismer das Wort.

Abg. Dr. Krismer (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Wie voraussehend war eigentlich Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop als sie vor kurzem den Würfel eröffnete, ein gemeinsames Dach für die Kinder- und Jugendanwaltschaft mit der Patienten- und Pflegeanwaltschaft. Und ich würde meinen, es war die richtige Entscheidung, diese zwei Anwaltschaften unter einem Gebäude zu beheimaten.

Denn gerade Kinder und Jugendliche brauchen unseren gesellschaftlichen Schutz, brauchen den Schutz ihrer Rechte, insbesondere wegen dieser Kinder. Und es ist erstaunlich, wie sich der Bogen der Generationen über den aktiven Lebensabschnitt hinweg spannt und uns allen, wie wir hier sitzen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wird es einmal so ergehen, dass wir wieder massiv davon abhängig sind, wie sich andere für unsere Rechte einsetzen. Nur mit einem kleinen Unterschied: Wir hier im Hohen Haus haben die Möglichkeit, Gesetze zu verabschieden. Wir hier haben die Möglichkeit, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit wir von diplomierten Personen gepflegt werden, damit wir keinen Pflegezustand haben. Und

damit es uns gut geht, nein, damit es uns besser geht. Besser als der jetzigen Generation.

Wir Grünen betrachten den Pflegenotstand als große Herausforderung, aber auch als Chance. Standardisierte Pflegeleistungen in Niederösterreich anbieten zu können. Und ich würde meinen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, insbesondere der ÖVP, nützen wir diese Chance. Das wäre gelebte Wertedebatte, das wäre gelebter Generationenvertrag. *(Beifall bei den Grünen.)* Und die Jugendlichen von Heute werden es Ihnen danken. *(Beifall bei den Grünen.)*

Zweiter Präsident Sacher: Die nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Mag. Renner.

Abg. Mag. Renner (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Mag. Ram! Ein Verkaufs- und Ausschankverbot für Alkohol und Nikotin kann man nur verlangen wenn es verboten ist. Insofern bist du herzlich eingeladen, diesen Antrag mitzutragen, weil Drogen ja ohnehin verboten sind. Und dieses Verbot zu fordern wäre etwas widersinnig. *(Abg. Mag. Ram: Aber ihr habt es nicht erwähnt!)*

Brauchen wir ja nicht. Man könnte auch hineinschreiben, dass Sandkastenspiele von 80-Jährigen verboten sind. Das ist irgendwie eine komplett widersinnige Forderung.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte kurz Stellung nehmen zum Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft und besonders die Mittlerinnenrolle hervorheben, die von dieser Anwaltschaft übernommen wurde. Weil ich davon überzeugt bin, dass es Kindern und Jugendlichen, die einmal in Kontakt kommen, mit Gerichten etc. von außergewöhnlicher Bedeutung ist wenn sie sozusagen von neutralen Personen von außen unterstützt werden und nicht im privaten Kreis ausschließlich diese Probleme zu lösen haben. Besonders herauszustreichen sind die krassen Fälle in Obsorge- bzw. Besuchsstreitigkeitsunrecht oder –recht, wie immer man das formulieren will, wenn sich Ehepaare oder auch sonstig zusammen lebende Paare auf dem Rücken der Kinder gewisse Rechte ausmachen wollen. Insofern ist diese Begleitung, die die Kinder- und Jugendanwaltschaft zur Verfügung stellt, von enormer Bedeutung.

Ein kommender Schwerpunkt und ein immer zunehmenderes Problem was die Kinder und Jugendlichen unserer Zeit betrifft ist die Budgetfrage. Nämlich die Budgetfrage unserer Kinder und Jugendlichen. Trotzdem anscheinend immer mehr Geld zur Verfügung gestellt wird, nämlich Taschengeld den Jugendlichen, kommt es immer häufiger

zu Verschuldensfällen schon in sehr jungen Jahren. Wir wissen das. Die Handys werden über Gebühr benützt, die Bankomatkarte, dieser bargeldlose Verkehr, diese bargeldlose Möglichkeit einzukaufen, erleichtert natürlich auch den Erwerb dieser Dinge die von Jugendlichen bevorzugt werden. Und insofern ist es zu begrüßen, dass letztes Jahr von Frau Landesrat Kranzl die sogenannte Schuldenkoffer-Vortragsserie ins Leben gerufen wurde. Da wird nämlich die Möglichkeit geboten vom Volksschulkind bis zum AHS-Schüler bis zum Lehrling in Vortragsreihen auf diese Problematik einzugehen und die Jugendlichen aufzuklären.

Denn der Konsum vermittelt nur scheinbar symbolische Bestätigung, nur scheinbare Anerkennung und nur scheinbares Lebensglück. Die Betonung lag, wie Sie vielleicht gehört haben, auf scheinbar. Natürlich ist ein Suchen des Lebensglücks in erhöhtem Kaufverhalten eine vergebliche Suche. Dies dem jugendlichen Menschen nachhaltig zu vermitteln ist die Aufgabe aller Eltern und aller Erziehungsberechtigten. Also aller Personen die beim Heranwachsen der Kinder und Jugendlichen eine Rolle übernehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Nur selbstbewusste und selbstbestimmte Menschen wissen, dass sich Lebensglück nicht im Kaufrausch erschöpfen kann. Nur selbstbestimmte junge Menschen wissen um den Unterschied von authentischen und aufgedrängten Bedürfnissen. Und diese Selbstbestimmung, die Finanzen betreffend, muss auch für das Wahlrecht gelten. Wer mit 16 Jahren Schulden machen darf, soll auch die Politik mitgestalten können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte stellvertretend für alle Menschen, die sich mit Kindern und Jugendlichen beschäftigen bzw. vor allem mit den Problemen der Kinder und Jugendlichen, stellvertretend danken und besonders – das hat Herr Abgeordneter Weiderbauer schon betont – Frau Mag. Peterschofsky und ihrem Team das wirklich bei sehr geringer Anzahl sehr große Leistungen vollbringt. Wünsche alles Gute und danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Mag. Fasan.)*

Zweiter Präsident Sacher: Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Lembacher. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lembacher (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir diskutieren heute über den Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft. Und alle Redne-

rinnen und Redner haben sich sehr lobend über die Kinder- und Jugendanwaltschaft geäußert. Und ich selber darf auch ein herzliches Danke sagen und auch gratulieren zu dem sehr ansprechenden Bericht, der wirklich sehr gut zu lesen ist und der sehr anschaulich auch die Tätigkeit dieser Kinder- und Jugendanwaltschaft darstellt.

Diese Kinder- und Jugendanwaltschaft leistet ja mit einem sehr engagierten Team sehr viel an Information und auch an Projektarbeit. Sie bietet Referate und Workshops in den Schulen, in den Gemeinden, den Eltern an um über Kinderrechte zu informieren, über das Jugendgesetz und – wir haben auch schon gehört – über das Jugendschutzgesetz und die Jugendschutzbestimmungen.

Und wenn heute so viel diskutiert worden ist auch über Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen, die Abgabe unter 16 Jahre auch im Handel, dann ist das sicher zu diskutieren. In den Gaststätten und Gasthäusern ist ja diese Abgabe geregelt. Und auch wenn es passiert, dass unter 16-Jährigen also alkoholische Getränke gegeben werden, dann ist auch mit strengen Strafen zu rechnen und diese Strafen werden auch gegeben.

Diese Kinder- und Jugendanwaltschaft bietet Hilfe, und das erscheint mir sehr wichtig, für die Praxis an. Und vieles ist schon angeklungen, ob es Mediation ist, ob es Hilfe ist bei Obsorge, Scheidung, Vermittlerrolle, Beratungen. Es können Kinder und Jugendliche und auch Eltern die Beratung in Anspruch nehmen. Sie können einen Termin vereinbaren. Und heute ist auch schon der Würfel, das Büro und die Heimstätte der Kinder- und Jugendanwaltschaft auch genannt worden. Und Kinder, die diese Büroräume besuchen, sagen, pfau, bei euch ist es super, pfau, das schaut ganz toll aus. Und bei der Mitgestaltung haben auch Kinder und Jugendliche einen Teil geleistet. Wenn ich da denke an das wunderschöne Mosaik des BORG von St. Pölten das gestaltet worden ist und so auch diesen Büroräumlichkeiten, dieser Heimstätte den Stempel aufdrückt.

Es hat im September bis Dezember 2001 auch ein Projekt „Friedenszeichnungen“ gegeben, wo sich über 450 Kinder und Jugendliche daran beteiligt haben um die Ereignisse des 11. September auch aufzuarbeiten, zu zeichnen und auch ihre Vorstellungen einer friedlicheren Welt darzustellen.

Und das ist auch etwas, und wenn ich denke – und heute ist auch schon angesprochen worden – diese Konfliktlösung oder Konflikte sind zu lösen da, dieses Schnupperprogramm zur mediativen Pädagogik und Gewaltprävention, so erscheint mir

das sehr, sehr wichtig. Denn wir lesen manchmal und auch verstärkt oft über Gewaltakte an den Schulen. Sind sehr entsetzt darüber dass das passieren kann. Und daher hat auch die Kinder- und Jugendanwaltschaft dies zum Anlass genommen, diese Prävention, diese Pädagogik auch in den Schulen durchzuführen.

Und die Ziele dieses Schnupperprogrammes sind, mit den Kindern wird persönliches Konfliktverhalten reflektiert, vielleicht einmal zu sehen, wo sind meine Konfliktpotenziale, wo ist meine Aggression da. Und die Kinder lernen auch mit ihrer Wut umzugehen. Aggressionen gibt es ganz einfach, aber wie kann ich diese Aggressionen auch so leben oder so gestalten dass ich andere nicht verletze, dass ich andere Menschen dadurch nicht fertig mache.

Sie lernen das Kommunizieren, das miteinander Reden, das Konflikte und Streit zu bewältigen und die Möglichkeit auch der Win-Win-, der Gewinner und Gewinner-Lösung. Und das erscheint mir sehr, sehr wichtig einmal als Beginn. Und natürlich ist das notwendig, und das hat Herr Abgeordneter Weiderbauer gesagt oder ein Kollege, diese Konfliktlösungsstrategie soll nicht nur in den Volksschulen angeboten werden, sondern auch darüber hinaus in den Hauptschulen. Das finde ich sicher sehr, sehr notwendig und auch sehr wichtig.

Und dass das ein gutes Programm ist, das hat auch das Ludwig Boltzmann-Institut bestätigt mit einer Evaluierung und es ein sehr gutes Projekt genannt. Und man kann auch sagen, dass dieses Projekt einmalig in Österreich ist und dass Niederösterreich hier auch eine Vorreiterrolle übernommen hat.

Ein Projekt, das auch den Schulen angeboten wird und zwar seit dem Dezember 2002 ist der Kinderrechte-Koffer, wo den Kindern direkt Rechte auch bekannt gemacht werden. Es gibt ja eine UNO-Konvention über Kinderrechte worin die Rechte der Kinder dargestellt werden. Das Recht der Kinder auf Freizeit, auf Spiel, auf eine kindgerechte Umwelt. Es heißt aber auch, und ich glaube, das wird auch den Kindern klar gemacht, dass sie selber aber auch Pflichten haben. Dass auch Verantwortung da ist, und das ist, glaube ich, auch von der Frau Kollegin Renner angesprochen worden. Dass man den Kindern auch die Möglichkeit geben muss, selber zu Persönlichkeiten zu werden, stark zu werden.

Und ich denke mir, das ist gerade im Hinblick auf die Alkohol- und Drogenprävention sehr, sehr wichtig. Also auch den Kindern Prävention den

Kindern zu zeigen und Selbstbewusstsein zu geben und zu sagen, ich kann auch einmal Nein sagen. Und ich kann auch sagen, ich trinke keinen Alkohol und ich nehme keine Drogen. Und das erscheint mir sehr, sehr wichtig.

Es gibt auch eine Trickbox wo man mit den Schülern und Schülerinnen einen kurzen Trickfilm produzieren kann. Wo man auch die Möglichkeit, oder wo den Kindern die Möglichkeit gegeben wird, verschiedene Kinderrechte spielerisch darzustellen. Oder natürlich auch Anliegen oder Vorfälle die sie ganz besonders berühren.

Das Kindermusiktheater gibt es auch, Kinder haben Rechte. Oder wo eben diese Rechte und auch die Pflichten angesprochen werden. Und das ist ein 70-minütiges Theaterstück. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft ermöglicht den Volksschulen einen Sonderpreis auch für diese Aufführungen. Und eine CD zu diesem Stück ist ebenfalls erhältlich.

Angesprochen worden ist auch schon die Teilhabe, die Partizipation, die auch im Jugendschutzgesetz verankert ist. Ein Bereich wo das schon verwirklicht wird, ist auch bei dem Gestalten von Spielplätzen in den Gemeinden. Aber ich weiß selber, dass die Kinder aus Erfahrung mit Begeisterung dabei sind beim selber Mitgestalten oder einmal beim Plan ihres Kinderspielplatzes. Was brauchen wir, brauchen wir eine Seilbahn, brauchen wir Wasser. Und die Gemeinden greifen das sehr gerne auf und lassen die Kinder da mitarbeiten.

Es gibt ja auch im Land Niederösterreich die kinder- und jugendfreundliche Gemeinde, den Wettbewerb, wodurch man den Gemeinden auch den Anreiz bietet, sich wirklich zu überlegen, wo kann ich für meine Kinder, wo kann ich für die jugendlichen Plätze, die Mitgestaltungen bieten, wo sie sich wohl fühlen und wo sie letztendlich auch in unseren Gemeinden bleiben können ...

Angesprochen worden ist auch die Vermittlerrolle bei Scheidungen. Und das erscheint mir ganz besonders wichtig. Wir sehen, dass die Zahl der Ehescheidungen im Steigen begriffen ist. Und da ist es ganz besonders wichtig, dass auch die Rechte der Kinder gewahrt bleiben. Und da ist es oft sehr wichtig wenn die Emotionen da sind, weil oft gegenseitiger Hass, leider so ist es oft, entsteht, dass die Kinder nicht zum Spielball werden oder zu einer gegenseitigen Waffe. Sondern dass man sich auch als Eltern bewusst sein muss, dass man – auch wenn die Beziehung auseinander geht – für die Kinder da sein muss und dass man nach wie vor Eltern ist.

Es sind zum Internationalen Jahr der Familie, das ja im Jahr 2004 wieder stattfinden wird, Arbeitskreise eingerichtet worden. Und ein Arbeitskreis ist „kinderfreundliche Gesellschaft“. Es geht darum, die Kinderfreundlichkeit und Jugendfreundlichkeit in allen Bereichen der Gesellschaft zu erreichen und auch die Bewusstseinsbildung zu stärken. Wir haben sehr vieles an Gesetzen da. Aber es geht auch darum, bewusst zu machen, dass diese Gesetze auch eingehalten gehören und dass Kinder unsere Liebe und unsere ganze Fürsorge brauchen. Und ganz besonders auch natürlich benachteiligte Kinder. Kinder sind unsere Zukunft. Und ich habe es schon gesagt, sie verdienen unsere Liebe und unsere Fürsorge.

Sie verdienen unseren Einsatz und sie verdienen es auch, dass das Land Niederösterreich eine Kinder- und Jugendanwaltschaft hat. Und diese Kinder- und Jugendanwaltschaft leistet Großartiges. Das haben wir heute gehört und ich möchte mich auch ganz herzlich bedanken bei den Mitarbeitern die hier tätig sind. Und ich darf mir wünschen, dass wir neben manchen verschiedenen Standpunkten und Auseinandersetzungen, dass es immer weiter gelingt, diese Maßnahmen die da gesetzt werden umzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Vladyka.)*

Zweiter Präsident Sacher: Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Mag. Fasan abgegeben worden.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf noch ganz rasch zum Resolutionsantrag der Abgeordneten Vladyka und Mag. Renner Stellung nehmen. Grundsätzlich natürlich in der Analyse stimmen wir Ihnen völlig zu. Alkohol ist die häufigste Einstiegsdroge, auch dem stimmen wir zu, es ist eine Volksdroge. Es ist ja nicht so leicht in einem Weinland wie Niederösterreich. In einem Land wo aus jeder Zeitung der Landeshauptmann mit einem Achtel heraus lacht.

Wir müssen uns aber auch eingestehen, das ist eben unsere Volksdroge wenn wir so wollen. Das gehört ja auch zu unserer Kultur. Ich möchte sogar sagen, jede Kultur hat ihre Drogen. Die Bauern in den Anden haben halt die Koka-Blätter als ihre Drogen. Für uns, zu unserer Kultur gehört die Weinkultur. Die werden wir nicht abschaffen können. Das sollten wir auch gar nicht. *(Abg. Hiller: Herr Kollege! Das ist Kulturgut!)* Aber, meine Damen und Herren, auf der anderen Seite sollten wir uns schon ... *(Abg. Präs. Ing.*

Penz: Es ist eine Unkultur es zu disqualifizieren!
 Es ist eine Unkultur es zu disqualifizieren, da gebe ich Ihnen schon Recht. Es ist aber eine noch viel größere Unkultur es zu missbrauchen! Alkohol zu missbrauchen ist eine noch viel größere Unkultur. Und dort wo die Kultur des Alkoholkonsums hoch ist, ist die Gefahr des Missbrauches sehr groß. Das sollten wir nicht vergessen. Und dieser Gefahr sitzen wir hier natürlich sehr stark auf. Das ist gar keine Frage.

Auf der anderen Seite müssen wir uns schon vor Augen halten, leicht ist es nicht. Auch zivilrechtlich ist es nicht leicht die Wirtschaft zu kontrollieren. Man soll das tun. Wir glauben auch dass es sinnvoll ist. Wir glauben aber auch, dass das Sinnvollste ist, die Kinder resistent zu machen. Gegen all das was auf sie einströmt, natürlich auch im Zusammenhang mit Drogen. Die persönliche Bildung, die Entwicklung muss man stärken. Man muss die Kinder stärken dann wird man auch die Abwehrkräfte der Kinder stärken. Dennoch, im Sinne der Intention dieses Antrages, obwohl wir in der Umsetzung vielleicht die eine oder andere Schwierigkeit schon sehen, wollen wir diesem Antrag unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei den Grünen.)*

Zweiter Präsident Sacher: Die letzte Wortmeldung ist von Frau Abgeordneter Vladyka.

Abg. Vladyka (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Wie bereits vorhin angekündigt, gibt es nun doch einen gemeinsamen Resolutionsantrag der Abgeordneten Vladyka, Lembacher, Mag. Renner, Maier und Erber. Ich darf daher den ursprünglichen Antrag der Abgeordneten Vladyka und Mag. Renner zurückziehen und mich beim neuen Antrag, der sich ohnehin in den Händen der Abgeordneten befindet, nur mehr auf die Verlesung des direkten Antrages beschränken *(liest:)*

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Vladyka, Lembacher, Mag. Renner, Maier und Erber betreffend Harmonisierung der Jugendschutzgesetze.

Gemeinsam mit der Neuregelung des NÖ Jugendgesetzes im Jahr 2001 erfolgte im Niederösterreichischen Landtag die Beschlussfassung eines Resolutionsantrages, in dem die Landesregierung unter anderem aufgefordert wurde, dem Landtag einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Jugendgesetzes bezüglich Abgabe von Suchtmitteln vorzulegen, da bereits damals klar war, dass weitere Schritte gesetzt werden müssen, um einen einheitlichen Standard österreichweit, vorerst zu-

mindest mit den an Niederösterreich angrenzenden Bundesländern, zu erreichen.

In der von der Landesregierung beauftragten ‚Expertise über alkohol- und nikotinspezifische Jugendschutzbestimmungen in Österreich und International‘ stellt das Ludwig-Boltzmann-Institut für Suchtforschung fest, dass ein generelles Verkaufs- und Ausschankverbot für alkoholische Getränke und Tabakwaren an Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren dem europäischen Standard entspricht und der Umstand, dass Kinder und Jugendliche in manchen Bundesländern Alkohol und Tabakwaren zum privaten Eigenkonsum legal erwerben können und in anderen Bundesländern, indem sie vorgeben, diese Waren für den Konsum von Erwachsenen erwerben zu wollen, nicht mehr zeitgemäß ist.

Um die Wichtigkeit des Anliegens zu verdeutlichen, stellt die Expertise fest, dass Jugendliche ‚ja auch keine Waffen, Feuerwerkskörper oder pornographische Zeitschriften für Erwachsene erwerben dürfen‘.

Es ist also dringend an der Zeit, die Gefährdung der jungen Menschen durch ein Abgabeverbot von Alkohol und Nikotin an Jugendliche unter 16 Jahren in allen Jugendschutzgesetzen festzuschreiben. Als wünschenswert bezeichnet das Ludwig-Boltzmann Institut, dass gleichzeitig der Kauf von Alkohol und Nikotin an Automaten durch Jugendliche nicht mehr möglich sein soll, um ein Unterlaufen der gesetzlichen Bestimmungen zu verhindern.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der NÖ Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert,

1. die Verhandlungen mit den an Niederösterreich angrenzenden Bundesländern fortzusetzen und in weiterer Folge Verhandlungen mit allen Bundesländern aufzunehmen, um eine Vereinbarung gemäß 15a B-VG zu erreichen, die einen Rahmen für die Jugendschutzgesetze vorgibt, der unter anderem ein Abgabeverbot von Alkohol und Nikotin an Jugendliche unter 16 Jahren beinhaltet,
2. Lösungsmöglichkeiten zu präsentieren, die die Abgabe von Alkohol und Nikotin an Automaten an Jugendliche unter 16 hintanhaltend,
3. insbesondere auch zur Bewusstseinsbildung der Erwachsenen weitere Maßnahmen zu setzen, die auf die besondere Gefährdung durch Alkohol und Nikotin von Jugendlichen unter 16 Jahren hinweisen.“

Ich danke! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zweiter Präsident Sacher: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Hintner (ÖVP): Ich verzichte!

Zweiter Präsident Sacher: Er verzichtet. Wir kommen daher zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Sozial-Ausschusses, Ltg. 59/B-29:*) Das ist die Einstimmigkeit!

Ich lasse nun über den eingebrachten Resolutionsantrag der Abgeordneten Vladyka, Lembacher, Mag. Renner, Maier und Erber abstimmen. (*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:*) Das ist ebenfalls einstimmig angenommen!

Zum nächsten Tagesordnungspunkt, Hoher Landtag, beabsichtige ich, die Geschäftsstücke Ltg. 37/B-8 und Ltg. 38/B-13 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? Ich sehe keinen Einwand. Ich ersuche daher zuerst Herrn Abgeordneten Mag. Riedl zum Geschäftsstück Ltg. 37/B-8 und danach Herrn Abgeordneten Doppler zum Geschäftsstück Ltg. 38/B-13 zu berichten.

Berichterstatter Abg. Mag. Riedl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Seit 1984 gibt es den Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds. Dessen Aufgabe ist die Durchführung aller Maßnahmen die der Förderung der gewerblichen Wirtschaft dienen. Darüber ist auch von der Landesregierung ein Bericht dem Landtag vorzulegen. Der liegt nunmehr zur Kenntnisnahme vor. Ich darf daher namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses den Antrag über den Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds – Jahresbericht 2002 vorlegen (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds – Jahresbericht 2002 wird zur Kenntnis genommen.“

Herr Präsident! Ich bitte um Debatte und Abstimmung.

Zweiter Präsident Sacher: Danke. Ich bitte nun Herrn Abgeordneten Doppler um seinen Bericht.

Berichterstatter Abg. Doppler (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 38/B-13 NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds – Jahresbericht 2002.

Die Aufgabe des NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds liegt in der Gewährung von zinsenlosen oder zinsenbegünstigten Darlehen, Beiträgen, Subventionen, einmaligen, nicht rückzahlbaren Prämien und Zinszuschüssen an Fremdenverkehrsbetriebe mit einer Betriebsstätte in Niederösterreich und Vereine und niederösterreichische Gemeinden, die Maßnahmen zur Förderung und Pflege des Fremdenverkehrs in Niederösterreich setzen.

Gemäß § 10 des Gesetzes über den NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds hat die Landesregierung über die Gebarung des Fonds sowie über dessen Tätigkeit dem Landtag zu berichten. Dieser Bericht liegt jetzt vor. Ich darf daher den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds – Jahresbericht 2002 stellen (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds – Jahresbericht 2002 wird zur Kenntnis genommen.“

Ich ersuche Sie, sehr geehrter Herr Präsident, die Debatte darüber zu eröffnen und die Abstimmung durchzuführen.

Zweiter Präsident Sacher: Danke für den Bericht und ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Ram.

Abg. Mag. Ram (FPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Gleich vorweg. Wir werden beide Berichte zur Kenntnis nehmen. Sowohl den Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds-Bericht als auch den Fremdenverkehrsfondsbericht. Wir glauben, dass diese Berichte eine bedeutende Rolle spielen. Besonders die Fonds werden immer bedeutender, vor allem auch im Hinblick auf die EU-Osterweiterung. Und meine Bitte hier ist, dass man diese Fonds auch dementsprechend weiter auffüllt und aber auch die Auszahlung und die Auszahlungsmodalitäten dementsprechend transparent

gestaltet um unseren Betrieben die Möglichkeit zu bieten, hier gegenüber der EU-Osterweiterung, gegenüber diesen Herausforderungen auch wettbewerbsfähig zu sein.

Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte mich in meiner Wortmeldung vor allem auf den Tourismusbericht, auf den Fremdenverkehrsförderungsbericht beschränken. Das Jahr 2002 war ein eher unerfreuliches Jahr für den Tourismus in Niederösterreich. Wir haben einen Nächtigungsrückgang von über 3,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Selbstverständlich muss man dabei erwähnen, dass das letzte Jahr durch die Hochwasserkatastrophe gekennzeichnet war und hier dieser Einbruch auch durch die Hochwasserkatastrophe veranlasst wurde. Es hat ein negatives Bild vor allem auch im Ausland gegeben. Die Menschen haben teilweise geglaubt auf Grund der Medienberichte, halb Niederösterreich ist überschwemmt, es gibt keine Möglichkeit, hier auch dementsprechend dem Tourismus nachzugehen und hier seinen Urlaub zu verbringen. Und auf der anderen Seite waren natürlich die betroffenen Betriebe davon beeinträchtigt, dass es Zerstörungen gegeben hat und natürlich auch dementsprechende Schließungszeiten.

Man darf aber eines nicht vergessen, dass es schon vor der Hochwasserkatastrophe zu einem Nächtigungsrückgang gekommen ist, vor allem in der Wintersaison. Es hat in der Wintersaison einen Schneemangel gegeben, der sich entsprechend ausgezeichnet hat dann in der Nächtigungsstatistik.

Das sollten wir zum Anlass nehmen zu überlegen, wie es andere Bundesländer gemacht haben, hier Alternativangebote in den Schiregionen ins Leben zu rufen und auch zu überlegen. Ich denke hier vor allem an den Wellnessbereich, an den Bereich des Gesundheitstourismus und auch an verschiedene andere Möglichkeiten, um eben dieser Abhängigkeit von der Wettersituation, vor allem im Winter von der Schneesituation, dementsprechend dieser Abhängigkeit auch auszuweichen.

Es gab letztes Jahr auch Einbußen im Wirtschafts- und Seminar-tourismus. Deswegen ist es an der Zeit auch hier neue Wege zu beschreiten. Und ich möchte hier gar nicht abstreiten, dass es diese Bemühungen gibt, vor allem auch seitens des Landesrates, auch dementsprechende Impulse zu setzen, innovative Impulse wie zum Beispiel das Konzept „Laufend genießen“ das ich für ein hervorragendes halte. Vor allem in Zusammenarbeit mit Seminarhotels. Um hier eben den Seminarhotelan-

biern auch die Möglichkeit zu geben, für ihre Gäste nicht nur dem Seminartourismus dementsprechend zu frönen, sondern auch die Umgebung des Hotels dementsprechend auch kennen zu lernen.

Positiv sollte man, wenn man über den Fremdenverkehr in Niederösterreich spricht, auch die Therme Laa erwähnen. Die Therme Laa hat sich zu einem Impulsgeber für die gesamte Region, ich möchte sagen für das gesamte Bundesland entwickelt. Und es zeigt, dass man, wenn man neue Wege beschreitet, und hier den Wellness-tourismus auch dementsprechend forciert, dass man hier auch belohnt wird und dass der Mehrwert nicht nur dem Fremdenverkehr, sondern der gesamten Wirtschaft zugute kommt.

Die Therme Laa sollte uns auch als Vorbild dann dienen, dass wir versuchen, besonders im Wellnessbereich auch seitens des Landes tätig zu werden, hier Leitprojekte zu setzen. Leitprojekte, die auch in Richtung Themenpark, in Richtung innovative Tourismuskonzepte gehen und diese Leitprojekte dann auch mit unterstützen und vor allem auch mit Engagement des Landes dementsprechend anzugehen.

Einen Punkte sollte man auch erwähnen wenn man über den Tourismus spricht, das sind die Events. Andere Bundesländer setzen ja verstärkt auf Events. Auch in Niederösterreich gab es in den letzten Jahren dementsprechende Entwicklungen. Ich denke hier an den Wachau-Marathon, der hier für die gesamte Wachau einen Mehrwert bringt. Einen Mehrwert der oft unterschätzt wird. Wenn man sich den Bericht anschaut mit der Studie, dass viele Betriebe den Mehrwert und den Impuls durch diesen Wachau-Marathon gar nicht richtig einschätzen. Denn dieser Impuls auch für die Wirtschaft bringt vor allem auch, was den Imagegewinn und den Werbeeffect für das Land Niederösterreich und für diese Region bedeutet.

Ein anderer Event, der auch dementsprechend für Niederösterreich als Visitenkarte in der Welt gilt ist der Skiweltcup. Hier wird heuer das erste Mal eine Untersuchung, eine Studie durchgeführt. Und ich bin mir sicher, dass diese Studie auch belegt, dass der Skiweltcup auf dem Semmering dementsprechend einen Mehrwert und einen positiven Imagegewinn für die Region und für unser Bundesland bringt.

Meine Damen und Herren! Kurz zusammengefasst: Wir stehen vor der EU-Osterweiterung vor verstärkten Herausforderungen. Wir sollten verstärkt darauf achten, Projekte ins Leben zu rufen,

die nachhaltig sind, die auf die Bedürfnisse der Bevölkerung Rücksicht nehmen, die auch einen sanften Tourismus dementsprechend begleiten, die vor allem unseren Fremdenverkehr und unserer Wirtschaft in den nächsten Jahren zu neuen Höhenflügen, so hoffe ich doch, verhelfen werden. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Zum Wort gelangt als nächster Redner Herr Abgeordneter Hofmacher.

Abg. Hofmacher (ÖVP): Herr Präsident! Verehrte Mitglieder des Hohen Hauses!

Ich darf ebenfalls zum Bericht des Fremdenverkehrsförderungsfonds 2002 Stellung nehmen. Die Kompetenz des Fremdenverkehrsförderungsfonds liegt ja in der Gewährung von zinsbegünstigten Darlehen, Beiträgen, Subventionen, einmaligen nicht rückzahlbaren Zinszuschüssen für Fremdenverkehrsbetriebe, und Maßnahmen zur Förderung und Pflege des Fremdenverkehrs in Niederösterreich zu setzen. Bezug nehmend auf den Bericht 2002 ist schon anzumerken, dass das Jahr 2002 sicher für den Tourismus in Niederösterreich kein einfaches war.

Es wurde bereits betont von meinem Vorredner, dass auch im Wintertourismus es Einbußen gab. Und ich möchte auch hier betonen, dass es sicher auch Unternehmer gibt, die auch Investitionen nicht scheuen und die durch dementsprechende Großinvestitionen natürlich auch Beschneigungsanlagen installieren. Aber das ist nicht die Möglichkeit für jeden Betrieb.

Das war sicher nicht das Wachstum, die schlechte Schneelage für den Wintertourismus. Und vergessen darf auch nicht werden, dass wir einen verregneten Sommer, der enorme Schäden in unserer Landschaft verursacht hat und daher auch starke Einbußen im NÖ Gästetourismus zu verzeichnen waren.

Es war sicher eine schwierige Situation, aber mit Hilfe unserer Einrichtungen des Landes Niederösterreich, den Freiwilligen, die hier sicher nicht zu übersehen sind und dem Engagement vieler Organisationen konnte wieder Hoffnung geschöpft werden. Und auch die Schäden der Anlagen, die dem Tourismus dienen, konnten behoben werden.

Und ich meine, dass professionell geführte Unternehmen sicher imstande sind, dieses Manko wieder wettzumachen. Wir dürfen nicht nur die Nüchternungszahlen, das Plus, Minus bei den Nüchternungen sehen, sondern auch die Wertschöpfung

der Region, die durch den Tourismus hervorgerufen ist.

Für den Tourismus gelten durch verschiedene Einflüsse erschwerte Rahmenbedingungen. Wir haben in den Regionen natürliche Reize. Aber die Gewohnheit unserer Touristen, immer in die gleiche Region zu fahren, dieser Trend ist weg. Manche gibt's aber doch. Und unsere Aufgabe ist es daher, die Lebensqualität unserer Regionen den Touristen zu vermitteln.

Nicht nur in der Sonne zu brutzeln, heuer wäre dies der Fall gewesen, sondern das kulturelle Angebot anzunehmen. Und wir haben ja regional in der Kultur sehr vieles zu bieten. Und man geht sicher im kulturellen Bereich in Niederösterreich auch neue Wege. Nicht nur dass wir gesunde, aktive Vereine vorweisen können, auch neue Wege in der Kulturpolitik, und ich denke in Niederösterreich an den Theatersommer, an die Landesausstellung und an verschiedene Ausstellungen und Veranstaltungen in unseren Regionen und natürlich auch in unseren Gemeinden.

Ein optimales Wertschöpfungsangebot ist natürlich das Ziel einer optimalen Entwicklung, ausgehend von einer relevanten Infrastruktur. Und unter Infrastruktur verstehe ich, dass wir sehr vieles dem Gästetourismus zu bieten haben. Im Gastgewerbe und bei den Beherbergungsbetrieben. Und Einrichtungen natürlich, die dem Tourismus dienen. In der Infrastruktur, was den Verkehr betrifft und die Wasserstraße Donau mit ihren Anlegestellen, die wir auch unterstützt haben, seien hier zu erwähnen. Und auch in der Infrastruktur möchte ich betonen, die Lebensader im ländlichen Raum. Die nicht nur denen eine Wertschöpfung bieten die sie tagtäglich brauchen, sondern auch dem Tourismus zuzuschreiben sind. Und für uns ist ganz wichtig, gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit und Werbung, Seminare, Kurse und qualifizierte Beratertätigkeit zu betreiben. Und ich meine, dass dies sicher vorrangig ist vor finanzieller Unterstützung.

Wir haben natürlich ein atemberaubendes Tempo zu bewältigen in allen Bereichen, und das seit dem vorigen Jahrhundert und insbesondere seit 1995, also seit dem Beitritt zur EU.

Wir wollen sicher nicht und auch nicht im Tourismus zu den Verlierern gehören. Und auch im Tourismus bedarf es sicher gewaltiger Anstrengungen. Die Tourismusentwicklung ist für Österreich gesehen erfreulich. In Niederösterreich, und das wurde schon erwähnt, durch das Hochwasser, durch das Jahrhunderthochwasser, nicht nur Be-

triebssperren waren hier notwendig, sondern es war dadurch generell unerfreulich. Daher ein Rückgang bei den Ankünften von minus 2,2 Prozent oder bei den Nächtigungen minus 3,8 Prozent. Lediglich hatten wir ein Plus zu verzeichnen bei den Auslandsgästen.

Trotzdem gehören wir in Niederösterreich nicht zu den Allerschlechtesten was die Entwicklung betrifft. Es gibt Bundesländer die noch weit hinter uns sind. Der Tourismusbetrieb beinhaltet die Nächtigungsstatistik. Klar ersichtlich sind die Entwicklungen hier. Und in allen Bereichen, glaube ich, sind Einschnitte. Und es ist natürlich eine langfristige Strategie erforderlich um zukünftig auch erfolgreich zu sein.

Und wie Sie ja wissen, haben wir die Grundlage hier geschaffen und das ist die Förderstrategie, und das dadurch entwickelte Leitbild, das verschiedene Inhalte und Grundsätze hat. Schwerpunkt ist unter anderem das Leben auf dem Land, Freizeit- und Ausflugsland, Wirtschaftstourismus. Und wir haben uns dahingehend in der Umsetzung ausgerichtet. Und in der Fördertätigkeit kann man, ohne Zahlen jetzt zu nennen, einiges interpretieren und präsentieren.

Und zwar Bewilligung der positiv erledigten Förderansuchen oder geförderte Projektkosten, die Förderbasis sind ja jener Teil der Investitionskosten die der Berechnung der Fördersumme zuzurechnen sind oder durchzuführende Auszahlungen, die auf Grund der Bewilligungen im Folgejahr immer wieder zu leisten sind und auch folgen.

Und der Bericht ist trotz der Einbrüche ein äußerst positiver. Wir haben Grundwahrheiten zu Folge und wir dürfen uns nicht nur auf Förderungen verlassen, wir haben Schwerpunkte zu setzen, Trends wahrzunehmen, rechtzeitig zu reagieren. Und letztlich zu handeln. Das, was ja auch in Niederösterreich die Folge war und die Folge ist. Und wenn das alles der Fall ist, dann hat auch der Tourismus in Niederösterreich in Zukunft eine dementsprechende Chance. Wir werden sicher den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Ing. Gratzner am Wort.

Abg. Ing. Gratzner (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Hoher Landtag!

Zum Bericht der Landesregierung betreffend den NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds für das Jahr 2002, der einerseits in Form einer Bilanz und andererseits in Form des Tourismusberichtes des Amtes der NÖ Landesregierung vorliegt, möchte ich zum Beginn meiner Ausführungen dem zuständigen Abteilungsleiter, Herrn Hofrat Dr. Gamauf und seiner Beamtenschaft für die übersichtliche Darstellung der touristischen Entwicklung in Niederösterreich im Jahr 2002 danken. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

Gehört auch einmal gesagt.

Die Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung wurde Ende Mai dieses Jahres von einer Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft geprüft und die Richtigkeit dieses Berichtes steht für mich außer Zweifel. Allerdings sollten so manche Zahlen und so manche Kommentare im Tourismusbericht einer genaueren Betrachtung unterzogen werden.

Der Wirtschaftsfaktor Tourismus nimmt in der österreichischen Wirtschaft und auch in der unseres Bundeslandes eine Schlüsselrolle ein. Er leistet einen erheblichen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt und ist ein bedeutender Sektor am Arbeitsmarkt. Etwa 14 Prozent aller unselbständig Erwerbstätigen sind in Österreich im Tourismus beschäftigt.

In unserem Bundesland gibt es Wirtschaftsräume, die in Zukunft immer mehr und besonders auf den Tourismus setzen müssen. Da muss man nicht ein ganzes Viertel ansprechen, sondern es gibt Wirtschaftsräume, Kleinregionen, die in Zukunft sehr, sehr stark vom Tourismus abhängig sein werden. Daher ist es nicht uninteressant, wie sich der Tourismus in Niederösterreich entwickelt hat und entwickelt. Und es muss leider festgestellt werden, dass es von Jänner 2002 bis Dezember 2002 einen Rückgang der Ankünfte um 2,2 Prozent und auch einen Rückgang der Nächtigungen, wie bereits erwähnt, um 3,8 Prozent gegeben hat. Ein Teil dieser Rückgänge mag wohl auf das Hochwasserereignis des vergangenen Jahres zurückzuführen sein, aber alles kann man bitte nicht aufs Hochwasser aufhängen. Es ist auch ohnehin ohne Hochwasser ersichtlich, dass der Tourismus in unserem Land noch auf etwas schwachen Beinen steht.

Die Landesentwicklungsschwerpunkte müssen deswegen nicht umgeschrieben werden. Sie müssen fallweise ergänzt werden. Aber was noch viel wichtiger ist, es muss der Tourismus gezielt gefördert werden. Die Tourismuswirtschaft braucht nicht zusätzliche Darlehen. Die helfen bei der ohnehin schlechten Eigenkapitalausstattung der meisten Betriebe nicht viel. Die Tourismuswirtschaft braucht gezielte Förderungen in Form von Zuschüssen für bestimmte Projekte.

Aus dem vorliegenden Tourismusbericht geht jedoch hervor, dass die Anzahl der Bewilligungen die durchzuführenden Auszahlungen sowie die geförderten Projektkosten im Vergleich mit dem Vorjahr deutlich gesunken sind. Rund vier Millionen Euro, das sind rund 42 Prozent der gesamten Förderungsbeträge, sind im Jahr 2002 in den Softwarebereich geflossen. Dabei ist zu bemerken, dass im Jahr 2002 die Förderungen für Betriebe und Gemeinden für die Teilnahme am Tourismus- Informations- und Buchungssystem TIScover ausgelaufen sind. Jeder Betrieb, jede Gemeinde zahlt den Beitrag nun selber. Es ist nicht viel. 720 Euro sind es in meiner Gemeinde. Aber es ist wieder ein kleines Beispiel dafür, dass die Gemeinden immer mehr finanzielle Lasten zu tragen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im vorliegenden Jahresbericht steht im letzten Absatz zum Kapitel Interpretation des Zahlenteiles wörtlich Folgendes: Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass im Jahr 2002 auf Grund des Wegfalles der Nachholeffekte des Jahres 2001 sowie des Wegfalles eines Förderungsschwerpunktes, nämlich TIScover, eine deutliche Reduktion der Förderaktivitäten des NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds zu verzeichnen war. Und aus der Jahresrechnung geht hervor, dass der Landesbeitrag für den Fonds von 8 Millionen Euro auf knapp unter 7 Millionen Euro, also rund 14 Prozent, gesunken ist.

Sehr geehrter Herr Landesrat Gabmann! Das passt mit den im Kursbuch Tourismus Niederösterreich festgeschriebenen Umsetzungsmaßnahmen schlecht zusammen. Weniger Geld für dringend notwendige Impulse im Bereich des Tourismus. *(LR Gabmann: Stimmt ja nicht! Sie müssen das Geld der ECO PLUS dazu nehmen! Geld hat ja kein Mascher!)*

Wir sprechen von Destinationsentwicklung, von besserer Vermarktung der vorhandenen Ressourcen und wir kürzen das Geld. Das kann es nicht sein. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Wir brauchen das Rad nicht neu erfinden, sondern gehen wir die Sache gemeinsam an. Es gibt Landesentwicklungsschwerpunkte im Touris-

mus und die könnten wir überlagern mit neuen Konzepten.

Der Schwerpunkt Leben auf dem Lande zielt auf Kurzurlauber ab. Diese Urlaubergruppe wird meines Erachtens noch stärker zunehmen. Vor allem auch für Urlauber aus Wien, den angrenzenden Bundesländern und auch den kommenden EU-Staaten. Der Schwerpunkt Freizeit- und Ausflugsland, dieses Thema ist ausbaufähig. Defizite gegenüber benachbarten Ländern haben wir sicher noch im Wellnessbereich. Die Therme Laa ist ein sehr positives Beispiel, aber sie steht alleine da. *(LR Gabmann: Herr Kollege! Die Therme Laa ist zur Gänze von ECO PLUS finanziert worden! Die ist zum Beispiel vom Fonds überhaupt nicht gefördert!)*

Im Radtourismus ist laut Aussage von Fachleuten bei der Kölner Radmesse vor wenigen Tagen der Zenit noch nicht erreicht. Entlang des Donau-Radweges, der Hauptschlagader des österreichischen Radtourismus wäre eine Erhöhung der Wertschöpfung durch ein verbessertes Nächtigungsangebot aber auch durch eine verbesserte Einbindung und den besseren Ausbau der regionalen Radwege anzustreben. *(Abg. Hinterholzer: Wir sind gerade dabei!)*

Der Ausbau des Radwegenetzes geht in Niederösterreich im Vergleich zu anderen Bundesländern nur sehr zaghaf voran, stelle ich fest. Bei der Entwicklung auf dem Mountainbike-Sektor ist ebenfalls noch von steigender Tendenz allgemein auszugehen. Ein klares Bekenntnis der NÖ Tourismusverantwortlichen zu dieser Entwicklung wie zum Beispiel in anderen Bundesländern, was die Förderung für genehmigte Strecken betrifft, ist auch in Niederösterreich noch ausständig. *(LR Gabmann: Welches Bundesland meinen Sie?)* Oberösterreich, Steiermark, Tirol zum Beispiel.

Für einen Großteil der Biker ist nämlich die Mountainbike-Tour eine Kurzausfahrt oder ein Tagesausflug. Bei mehr als 50 Prozent der Mountainbiker dauert der Ausflug länger als vier Stunden, ... *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Steht in dem Bericht drinnen.

... bei 20 Prozent sogar länger als acht Stunden. Die durchschnittlichen Tagesausgaben lagen laut einer vorliegenden Befragung bei 28 Euro pro Person. Das ist nicht wenig! Die in Niederösterreich angetroffenen Mountainbiker kennen zwar andere Regionen, dennoch konzentriert sich der Großteil auf niederösterreichische Angebote. Es geht also konkret um die Stärkung und um die Förderung dieses Angebotes. Mehr wollen wir ja nicht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Mit dem dritten Entwicklungsschwerpunkt Wirtschaftstourismus soll in Niederösterreich ein neuer Hoffungsmarkt eröffnet werden, dem allerdings derzeit in manchen Regionen - nur in manchen Regionen, noch die Grundausrüstung fehlt. Das heißt, es ist nicht das entsprechende Hotelangebot vorhanden.

In keinem der drei Schwerpunkte wird auf das Angebot der 21 NÖ Naturparke und der zwei Nationalparke hingewiesen. Dies ist ein Mangel der sich leicht beheben ließe! Denn hier ist Niederösterreich federführend nicht was die Menge betrifft, also die Quantität, sondern wir können auch bereits qualitativ mit Nachbarländern mithalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will Sie nicht unnötig mit Zahlen aus dem Bericht des Fremdenverkehrsfonds belasten. Kollege Hofmayer hat darüber schon berichtet. Es geht nur darum, dass im Vergleich in der gesamten Übersicht schon zu bemerken ist, dass gegenüber dem Vorjahr, gegenüber dem Jahr 2001, die Anzahl der Förderungsbewilligungen fast exakt um die Hälfte, nämlich von 789 auf 394 gesunken ist. Und dass zweitens die Höhe der geförderten Projektkosten von 101 Millionen Euro auf knapp 64 Millionen Euro zurückgegangen ist. Und dass vor allem die EU-Kofinanzierungen sich mehr als halbiert haben.

Im Bereich der Darlehensaktionen ist der Rückgang der Fördermittel nicht so drastisch wie im Bereich der Prämienaktionen. Und darum fordere ich gerade in diesem Bereich eine verstärkte Initiative bei den Prämienaktionen, das heißt mehr Finanzmittel für die Tourismuswirtschaft in Niederösterreich. Danke! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Dipl.Ing. Toms das Wort.

Abg. Dipl.Ing. Toms (ÖVP): Meine geschätzten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzter Herr Landesrat! Herr Präsident!

Ich darf heuer nicht zu Wirtschaftsthemen, sondern habe die Ehre zu den Tourismusthemen Stellung zu nehmen. Auch zu dem Bericht des NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds. Und es ist ja jetzt schon sehr viel gesagt worden, die Zahlen sind ja schon ein paar Mal, die gleichen, genannt worden. Es ist auch einiges nicht ins richtige Licht gesetzt worden.

Und meinem Vorredner, Herrn Ing. Grätzer muss ich schon sagen, ich weiß nicht, hast du da jetzt von deiner Gemeinde gesprochen, von deinem Fremdenverkehr zu Hause? Ich kann dir hier nachweisen vom Rednerpult aus, dass es zwar einige unerfreuliche Aspekte gegeben hat im Jahr 2002, wo aber wirklich wir sehr, sehr gut abgeschnitten haben gegenüber anderen. Und es auch trotz dieser Situation, dieser schwierigen Situation für die NÖ Tourismuswirtschaft zu sehr erfreulichen Endaspekten gekommen ist. Und es war nicht nur das Hochwasser das da wirklich ganz grimmig war. Gegen das Hochwasser, geschätzte Damen und Herren, kann man wirklich nichts machen. Das wäre jetzt wirklich ungerecht.

Es war nicht nur die Hochwasserzeit, es war auch die Zeit danach, bitte, die Betriebssperren gehabt haben und nicht aufsperrten konnten. Und wir hatten im Frühjahr, wenn ich nur erinnern darf, 2002 Schneemangel. Wir haben eine hervorragende Saisonen vorher gehabt. Und es dürfte wieder sich eine Periode der schneearmen Winter bei uns im Osten einstellen. Ich kann mich erinnern, da war am Ötscher wahnsinnig viel Schnee und in Salzburg hat man auf Steinen fahren können.

Also, es war auch der Schneemangel, es war auch der Wirtschaftstourismus, geschätzte Damen und Herren. Gerade in einer Phase, wo wir unsere Seminare aufgebaut haben, wo wir wirklich großartige Sachen auf die Füße gestellt haben, ist natürlich eine Konjunkturschwäche daher gekommen. Und wir haben gerade im Semintourismus, leider, muss ich sagen, mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt und hier Probleme gehabt.

Ja, und es war dann so, dass in der Statistik im Jahr 2002 eine ganz schöne Erholung da war im Sommer, es ist wieder aufwärts gegangen. Es waren die Buchungen erfreulich. Und dann ist dieses fürchterliche Hochwasser gekommen.

Und ich weiß schon einen großen Spitzenbetrieb in der Wachau, der hat siebenstellige Schillingbeträge einfach weniger Gewinn gemacht auf Grund dieser Stornierungen die dann auf Grund des Hochwassers gekommen sind. Es war leider alles leer zu dieser Zeit.

Nun, es ist schon gesagt worden, wir haben natürlich Rückgänge zu verzeichnen bei den Ankünften und bei den Nächtigungen. Und es ist auch schon gesagt worden, dass wir Gäste aus dem Ausland gewinnen konnten. Das ist absolut großar-

tig. Auch wenn das nur ein Prozent war ist das zu bemerken und bemerkenswert in diesen Zeiten wie das Zweierjahr eben war.

Und ein Faktum ist auch vergessen worden: Es sind zahlreiche Krankenkassenheime geschlossen worden und die sind in der Nächtigungsziffer natürlich auch in die Bilanzen eingegangen und haben uns auf einmal gefehlt und die Nächtigungen entfielen.

Und eines, geschätzte Damen und Herren, und das muss man von der wirtschaftlichen Seite schon sagen. Die Wertschöpfung ist trotz der Rückgänge gestiegen. Die Leute gehen mehr auf qualitative Quartiere, gehen mehr auf höherwertige Quartiere. Und vom Umsatz her der Tourismuswirtschaft ist im Zweierjahr trotz dieser schlechten Parameter wirklich ein Erfolg zu verzeichnen. Und wenn ich jetzt hier das Ergebnis sehe vom Jahr 2003, so kristallisiert sich das wirklich heraus.

Wie wird hier in Niederösterreich gearbeitet? Es wird sehr gut gearbeitet. Und wenn sich solche Naturereignisse nicht einstellen, Gottseidank, klopfen wir auf Holz, dann sieht man wie sich der Spreu vom Weizen trennt. Ich habe hier das letzte „Profil“ Sommerdepression heißt das. Wunder-schöne Fotos aus der Fremdenverkehrsregion Velden, Pörschach, Salzburg, Zell am See usw. Leere Restaurants, leere Hotels. Wir haben Einbrüche in Gesamtösterreich trotz diesem Jahrhundert-sommer in doppelter Prozentziffer. Tirol minus 23,7, Kärnten minus 27,3 Prozent, Salzburg minus 27,3 Prozent. Und Niederösterreich, geschätzte Damen und Herren, schneidet da leider auch mit einem kleinen Minus relativ gut ab.

Wir müssen eines sagen: Dass das der Erfolg ist der konstanten und wirklich guten Grundpolitik hier in diesem Land, dass wir trotz dieser Probleme gut abgeschnitten haben. Natürlich, Tourismusregionen wie Wien haben heuer wiederum zugelegt. Es ist auch interessant dass das Burgenland ganz leicht zugelegt hat und die Steiermark mit den Thermenregionen ist überhaupt eine Sache wo wir es hier sehr schwer haben mit dem Aufholen. Aber trotz unserer Randbedingungen wir sehr gut liegen.

Und eines ist ganz wichtig, vielleicht, wir können immer wieder neue Gäste gewinnen. Und es ist hier der Trend auch der Leute zu bemerken, dem man natürlich nachgeben muss, dass immer wieder kürzere Aufenthalte zu verzeichnen sind. Und die vielen neuen Ankünfte leider nicht immer zu Nächtigungssteigerungen führen.

Es ist ganz wichtig, geschätzte Damen und Herren, dass aus dieser Spanne zwischen dem Plus der Ankünfte von plus 5,7 Prozent in Niederösterreich, ein Nächtigungsplus von 2,1 dass diese große Spanne, dass man das überbrücken muss. Und dass man hier effiziente Kundenbindungssysteme finden muss. Und das ist hier auf Grund des neuen Kursbuches Tourismus Niederösterreich eben geschehen. Dass, es ist ja eh schon zweimal heute hier gesagt worden, hier Landesleitbilder, touristische, definiert wurden. Und die Akteure, die im Tourismus im Land Niederösterreich sich bewegen haben sich an diesem Leitbild, an diesen Leitlinien nachzuvollziehen.

Leben auf dem Lande ist schon gesagt worden, Freizeit- und Ausflugsland, Wirtschaftstourismus und, geschätzte Damen und Herren, ganz, ganz wichtig, das Rückgrat unseres Landes, die Speerspitze des Tourismus die Wachau und die Donau schlechthin in allen Regionen.

Und hier in diese Richtung laufen die erfolgreichen Maßnahmen der Fremdenverkehrsabteilung und auch des Landes Niederösterreich wo wir versuchen, optimal Wirtschaftswertschöpfungswachstum zu erreichen. Es geht hier nicht darum die Rekorde im Massentourismus zu überbieten, es geht nicht darum, Ankünfte mit „Butterbrot-Touristen“ zu forcieren. Es geht darum, für unsere Tourismuswirtschaft wirklich eine Wertschöpfung hereinzubringen. Das ist, glaube ich, das Ziel und das ist die Grundlage, die wir hier mit dem Kursbuch Tourismus Niederösterreich umsetzen wollen.

Der Radtourismus ist heute auch schon genannt worden. Es ist ein wichtiger Schwerpunkt. Und ich glaube, es ist eine ganz wichtige Sache und es ist sehr viel schon geschehen. Das Land Niederösterreich, ECO PLUS, die Regionen, die Destinationen draußen haben hier sehr viel getan um den Radtourismus auf ein hohes Qualitätsniveau zu bringen und die Radewege einmal als Hardware in eine hohe Qualität zu bekommen.

Es wurde auch eine Befragung der Radgäste durchgeführt. Und wie Sie wissen, geschätzte Damen und Herren, die Radler sind keine armen Leute. Die haben alle viel Geld. Und es wurde untersucht, dass ein Radfahrer zum Beispiel im Schnitt 54,4 Euro pro Tag ausgibt. Das ist nicht wenig Geld wenn man denkt, der sitzt am Rad und ist auch, setzt sich auch der Witterung aus. Und es ist hier gesagt worden, dass 88 Prozent der befragten Radler also sehr, sehr zufrieden sind mit unserem Angebot. Sie haben natürlich ein paar

kleine Wünsche angebracht bei dieser Befragung. Die Schlechtwetteralternativen, das können wir uns ja vorstellen, sind natürlich in Niederösterreich wurde angemerkt, da sind auch Leihradangebote, wird hier gesagt und eine Verbesserung der Servicestellen. Das wäre hier zu verbessern. Und wir haben auch schon von den Mountainbike-Gästen gesprochen, die auch hier eine Weiterentwicklung des touristischen Angebotes gerne haben möchten.

Ein zweiter Punkt, geschätzte Damen und Herren, ist das Wichtige beim Semintourismus, wo wir hier einen Landesentwicklungsschwerpunkt setzen möchten, nämlich laufend genießen. Es ist hier die Ergänzung der großen Spezialitäten unserer Seminarhotels. Nämlich nicht nur Natur und Landschaft draußen zu haben, sich erholend zu lernen, weiter zu bilden, sondern auch Sportmöglichkeiten nutzen zu können. Und das, geschätzte Damen und Herren, ist ein großer Vorteil gegenüber dem Tagungszentrum. Natürlich sind Städte sehr beliebt als Tagungszentrum für ein Seminar oder auch weiter Abendbeschäftigung und so. Aber es ist, glaube ich, für jeden Manager sehr wichtig und es wird sehr gerne angenommen, hier auch Sportmöglichkeiten zu haben.

Es gibt also ein Projekt Laufstrecken bei Seminarhotels und die Seminarbetreiber wählen hier vor allem relativ leichte Laufstrecken aus und die werden hier optimal beschilbert, exakt vermessen. Ist ein Schwerpunkt unseres Kursbuchtourismus Niederösterreich.

Millennium Wienerwald. Es hat die Jubiläumsfeier gegeben und im Rahmen dieser Feierlichkeiten ist gemeinsam in der Tourismusregion Wienerwald hier mit den Gemeinden ein sehr gutes Konzept erstellt worden. Und es wurde auch im Jubiläumsjahr umgesetzt. Und es war in Richtung dass man die kulturell-historischen naturräumlichen Besonderheiten verknüpft. Das ist ja überhaupt die Stärke unseres Tourismus, geschätzte Damen und Herren, dass man sich Kultur, Sport, Gesundheitstourismus, Wein oder auch immer, eine Verbindung schafft. Und das ist ja die große Anziehungskraft in Niederösterreich für die auswärtigen Gäste.

Das Selbstbewusstsein sollte gestärkt werden in der Region, auch sehr wichtig, dass hier eine Identität gegeben ist. Die nachhaltige Entwicklung gesundes Leben im Wienerwald und Wohlfühlen im Wienerwald wurde hier auch forciert.

Und ich darf hier wiederum auf diese interessante Zeitung „Profil“ der letzten Nummer hinweisen, wo wir über Regionen in Richtung Tourismusmanagement einen Artikel finden - wie weit ein

„Profil“ seriös ist, Herr Landesrat, weiß ich nicht. Aber ich nehme schon an, dass sie das gut erhoben haben. Und da ist ganz interessant, dass natürlich Wien und das steirische Thermenland eine sehr gute Managementkritik hier haben in der Zeitung. Aber dass in Niederösterreich auch vor allem das Waldviertel eine Pilotregion, wo wir eine Musterdestination aufgebaut haben, der Herr Landesrat war hier federführend, natürlich als Waldviertler, wo wir hier die Verbände optimiert haben, wo wir eine Stoßrichtung gehabt haben und eine richtig gute Werbelinie tragen, das ist eine Region, bitte, die so gut ist wie das Salzkammergut, wie das Zillertal usw.

Und es ist auch interessant, dass in der neuen aufstrebenden Region Wienerwald hier eine sehr gute Punktereihung gegeben ist. Interessant bei den besten Gemeinden die Gewinner des Jahres 2003 ist an achter Stelle Reichenau a.d. Rax. Und in Niederösterreich, ich kann mir das nicht erklären, mit 166 Prozent Steigerung Ybbs a.d. Donau. Was da passiert ist weiß ich nicht. Aber ich gratuliere den Ybbsern zu dieser tollen Position. Graz hat natürlich als Kulturhauptstadt Europas hier 55.000 Gäste und Nächtigungen mehr. Die schlechtesten Gemeinden, da ist keine einzige niederösterreichische dabei. Abgestürzt Saalbach-Hinterglemm, Innsbruck, Klein Walsertal, Bad Hofgastein, Zell am See mit bis zu 30 Prozent Minus.

Geschätzte Damen und Herren! Ich habe schon sehr lang gesprochen. Ich möchte hier noch einiges von der Niederösterreich Werbung sagen, die hier wirklich sich sehr verstärkt auf die Schwerpunkte des Kursbuch Niederösterreich konzentriert. Hier versucht, die Regionen, Tagesausflüge und Kurzurlaube zu forcieren. Und hier auch einen nachhaltigen werblichen Gesamtauftritt zu organisieren. Ich möchte sagen, dass das hier der Niederösterreich Werbung sehr gut gelungen ist. Und vor allem, sie wollen dadurch, dass der Stammgästeanteil zurückgeht, die Kundenbindungssysteme verbessern. Und das ist ja das, die Diskrepanz zwischen Ankünften und Nächtigungen und es wurde aus diesem Grund die Entwicklung der Niederösterreich-Card gestartet.

Ja, im Schnellzugstempo noch einige Schlagworte: Wellbeing-Cluster wurde am 8. 11. gegründet. Ein Clusterprojekt, welches auch die niederösterreichische Tourismuswirtschaft stark einbindet. Es ist ganz wichtig im Zeichen der Globalisierung, geschätzte Damen und Herren, zu kooperieren. Wer nicht kooperiert geht unter. Und hier darf man nicht das eigene Licht vor die anderen Lichter stellen, sondern gemeinsam leuchtet man am stärksten.

Incentive Plus ist eine großartige Weiterentwicklung, ein Destinationssupport für neue Destinationen, die hier ebenfalls vom Land mit unterstützt wird. Um zu den Förderungen noch zu kommen. Es ist ja hier etliches noch gesagt worden, dass hier in Vergleich, dass hier die Vergleiche die hier gebracht wurden nicht ganz stimmen, weil ja im Jahr 2001 ja sehr viele Projekte vorgezogen wurden und also hier das Jahr 2001 kein typisches Jahr gewesen ist.

Ich möchte überhaupt sagen, dass hier die Vorwürfe, es würde finanziell und sonst nichts getan für die Tourismuswirtschaft, dass das wirklich absurd ist. Es sind so viele, geschätzte Damen und Herren, so viele Möglichkeiten vom Tourismus. ECO PLUS, NÖBEG, die EU-Kofinanzierungen, bitte. Ich kann ja nicht nur auf das Budget des Fremdenverkehrsförderungs fonds fokussieren und sagen, na, das ist jetzt um 2 Euro zurückgegangen, jetzt geht's bergab. Das ist nicht die Taktik. Es gibt ja andere Möglichkeiten auch, hier gemeinschaftlich zu arbeiten.

Ich komme schon langsam zum Schluss, ich hätte noch ein paar Sachen zu sagen, schade. Ich darf also sagen, dass durch die verschiedenen Gegebenheiten eben hier im Jahr 2002 es zu Rückgängen gekommen ist, aber im Vergleich zu anderen Bundesländern haben wir sehr gut abgeschnitten. Und gesamtheitlich auch für das heurige Jahr liegt unser Bundesland sehr, sehr gut. Es sind natürlich Verbesserungen wünschenswert im Hinblick auch auf die EU-Erweiterung nächstes Jahr haben wir aber große Chancen auf der anderen Seite auch.

Niederösterreich hat sich in diese Richtung aber sehr gut vorbereitet. Es sind ganz großartige Aktionen eingeleitet, auf Grund der Landesleitlinien. Und dank der guten Arbeit der Landesregierung und auch unseres Herrn Landesrates Gabmann, der ganzen Abteilung, dank der guten Arbeit der NÖ Tourismusarbeit und auch dank der guten Arbeit unserer innovativen Tourismusabteilung unter Hofrat Gamauf, dem ich auch hier danken möchte - allen, möchte ich sagen - sind wir sehr, sehr gut unterwegs und wir können sehr getrost in der Tourismuswirtschaft in die Zukunft blicken. In diesem Sinn, es wurde heute schon gesagt, ist es ganz selbstverständlich, dass wir diesem Bericht unsere Zustimmung geben werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Sacher: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Abgeordneter Krismer das Wort.

Abg. Dr. Krismer (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Landesrat!

Nicht zufällig beschäftigt sich die Wirtschaftskammer, aber auch die ÖVP Niederösterreich mit Nahversorgung und Ortskernsterben. Und genauso wenig zufällig ist es, dass wir diese Entwicklung im Lande Niederösterreich haben, geschätzte Kolleginnen und Kollegen.

Und sichtlich wissen Sie von der ÖVP die Fehler heute genau. Als sie die Grünen schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen haben, wo die Hauptprobleme liegen, haben sie die Ohren angelegt. Ich darf annehmen, dass Sie heute, liebe Kollegen, die Ohren auf haben. Und ich sage es Ihnen auch gerne noch einmal wo die Hauptfehler liegen: In der Raumordnung und in der Bauordnung in Niederösterreich.

Darin, dass Sie mit Absicht diese großen EKZs gebaut haben und dass Sie mit Absicht die Fachmarktzentren an der Peripherie nicht nur erbaut, sondern ganze Teile, ganze Peripherien zubetoniert haben. Und Sie haben sich keine Gedanken darüber gemacht, welchen Verkehr Sie damit provozieren, wie Sie dem Einzelhandel im Zentrum das Leben schwer machen und auch nicht wie Sie Menschen ohne Auto vom Konsum ausgrenzen.

Und, meine Damen und Herren, das ganze Programm Ihrer ÖVP-Fehlentwicklung kostet jetzt nicht wenig. 7,5 Millionen Euro sind im Bericht ausgewiesen. 7,5 Millionen Euro werden in die Nahversorgung hineingepumpt. Und warum? Weil Sie jetzt wieder eine Gegenentwicklung finanzieren müssen für Ihre eigene Fehlentwicklung. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und das, meine liebe ÖVP, nenne ich nicht Weitblick, das nenne ich nicht wirtschaftliche, volkswirtschaftliche Kompetenz.

Aber auch wenn es Sie wundert oder wenn Sie leicht amüsiert sind, einige Punkte des 13 Punkte-Programms der Wirtschaftskammer Niederösterreich decken sich 1:1 mit dem Programm der Grünen.

Und ich sage Ihnen, die Händler im Zentrum der Orte fragen sich zu Recht, na, warum sind wir nicht rechtzeitig unterstützt worden damit ein Einkauf im Zentrum zum Erlebnis wird? Und warum profitieren wir denn nicht direkt oder indirekt von diesem Einkaufszentrum indem die Parkplätze besteuert werden, indem diese Flächen besteuert

werden? Und sie fragen sich zu Recht, warum haben Sie es denn zugelassen, dass vor ihrer Nase ganze Konkurrenzketten die Wiesen zubetonierten? Und ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, diese Fragen der kleinen Unternehmen im Zentrum sind berechtigt. Und es ist kein Gesetz, es ist nicht zufällig, dass Niederösterreicherinnen von Nahversorgten zu Fernversorgten gemacht wurden.

Und meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie können es nicht lassen! Um es noch schlimmer zu formulieren: Die Katze kann das mausen nicht lassen. (*Unruhe und Heiterkeit im Hohen Hause.*) Sie haben in Niederösterreich die Ladenöffnungszeiten 1:1 übernommen. Wir sind das einzige Bundesland ... (*LR Gabmann: Gottseidank!*)

Das finde ich hervorragend dass Sie jetzt sagen Gottseidank. Dann werden Sie auch das verantworten was jetzt wieder passiert. Und ich denke für Sie jetzt gerne einen Schritt vor, vielleicht spreizen Sie Ihre Ohren auf! (*LR Gabmann: Waren Sie noch nie im Ausland? Gehen Sie einmal in die anderen Länder Europas!*) Herr Landesrat, ich finde das wahnsinnig nett dass Sie jetzt da dauernd versuchen hereinzuschreien. Ich schätze Ihre Anwesenheit hier im Hohen Haus, und ich würde Sie ersuchen, dann an meine Stelle zu treten und uns das erklären was Sie da so dazwischen schreien. (*LR Gabmann: Mach' ich gerne!*)

Ja, ich freue mich schon darauf.

Sie nützen mit dieser Ladenöffnungszeit wieder nur einem. Man kann das auch symbolisch sagen. Das ist etwas für die SCS. Das ist nicht für die kleinen Unternehmen im Zentrum. Und Sie wissen auch, dass die SCS eine einfache Handhabe hat. Da gibt es Verträge. Da sagt man zu dem Filialisten, ihr sperrt jetzt auf bis 8, bis ½ 9 und die werden das irgendwie machen müssen. In keinem Ort Niederösterreichs gibt es ein Stadtmarketing die dieses Durchgriffsrecht hat. (*Abg. Hinterholzer: Das stimmt ja nicht! 66 Wochenstunden darf geöffnet werden! - LR Gabmann: Die gibt's ja mit 66 Stunden!*)

Wir sind gut in einem Ort wenn wir Kernöffnungszeiten schaffen. Sie sind wieder auf der Seite der Großen. sie machen unsere Strukturen kaputt. Und Sie brauchen 7,5 Millionen um das zu reparieren. (*Beifall bei den Grünen.*)

Und ich rede hier an dieser Stelle nicht über die gesellschaftlichen Auswirkungen dieser Regelung, nicht über die Auswirkungen im Sozialleben dieser Angestellten und auch nicht über die Auswirkungen in der Kinderbetreuung. Ich rede ganz einfach davon, dass Sie die Kleinen wieder massiv unter Druck kommen lassen.

Und Sie wissen ganz genau, wenn man die Konsumentinnenseite betrachtet, mehr als die Niederösterreicher in der Tasche haben werden sie einfach nicht ausgeben können. Und auf der betriebswirtschaftlichen Seite ist die Rechnung auch eine ganz einfache. Der kleine Unternehmer wird sich das nicht zehnmal sondern zwanzigmal durchrechnen bevor er eine Kraft, und wenn es nur stundenweise ist, herein nimmt. Die Kleinen können sich das nicht leisten. Die SCS rechnet anders. Das ist die Lobby, die Sie vertreten, Herr Landesrat. (*Beifall bei den Grünen.*)

Und abschließend möchte ich Sie gerne davor warnen, hätte ich fast gesagt, dass Sie von der ÖVP nun die „Restln“ ihrer christlich-sozialen Gesinnung über Bord werfen. Lassen Sie den Sonntag in Ruhe! Der sollte auch Ihnen von der ÖVP noch heilig sein. (*LR Gabmann: Wer hat Ihnen das gesagt? - Abg. MMag. Dr. Petrovic zu LR Gabmann: Sie haben doch gesagt wir sollen ins Ausland schauen!*)

Und ich weiß wovon ich rede als Badenerin! Ich weiß es. Baden nützt als Tourismusstadt die Lücke aus, dass die Betreiberinnen am Sonntag Nachmittag derzeit von 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr offen halten können. (*LR Gabmann: Aber der Unternehmer wird schon arbeiten dürfen!*)

Und wissen Sie was dort Fakt ist? Da sind die Familienfeiern am Sonntag drinnen im Unternehmen. Da steht der Unternehmer drinnen, da steht er mit seiner Frau drinnen, offiziell natürlich nur mit Verwandten ersten Grades, nein, auch mit Verwandten zweiten, dritten Grades und vielleicht die Kinder die in Ausbildung sind. Sie wollen das, dass die Geburtstagsfeiern, der Muttertag und was auch immer am Sonntag so im Geschäft gefeiert wird. Danke und ich sage Ihnen das eine. Diese Menschen werden sich irgendwann recht herzlich bei Ihnen bedanken. Und meines Wissens haben wir 2005 Wahlen und Sie werden das sehen.

Ich würde meinen, und damit schließe ich, sehr geehrte Damen und Herren von der ÖVP, lassen Sie die Kirche im Dorf und lassen Sie die Einzelhändler im Dorf überleben. (*Beifall bei den Grünen.*)

Zweiter Präsident Sacher: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Abgeordneter Hinterholzer das Wort.

Abg. Hinterholzer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Zunächst glaube ich muss ich doch einige Sätze zu den Ausführungen der Frau Abgeordneten Dr. Krismer sagen. Man kann Ihnen jetzt als einzigen Entschuldigungsgrund zu dem was Sie

hier gesagt haben vielleicht noch positiv anmerken, dass Sie noch nicht allzu lange hier im Landtag sind und daher einige Entwicklungen nicht miterlebt haben. Denn eines muss ich Ihnen schon sagen. So dürfen Sie sich mit dem Raumordnungsgesetz noch nicht sehr intensiv beschäftigt haben. Weil da müssen Sie nämlich drauf gekommen sein, dass wir gerade was die Fachmarkt- und Einkaufszentrenwidmung anlangt, die restriktivste Vorgangsweise unter allen Bundesländern haben. Nur mit einer entsprechenden Verträglichkeitsprüfung sind derartige Widmungen möglich.

Und liebe Frau Doktor! Ich sage Ihnen noch eines: Sie tun ja gerade so als ob es das Problem nur bei uns in Niederösterreich gäbe. Es ist ein österreichweites und ein europäisches Problem. *(Abg. Dr. Krismer: Nein! Es sind alle ÖVP-Länder! Alle sind so gescheit!)*

Und wir brauchen das Geld das Sie hier im Wirtschaftsbericht in der Nahversorgung vorfinden, weil wir ganz einfach als Land Niederösterreich ein Signal setzen wollen gegen die Konzentration im Handel die es nun mal gibt.

Und zu den Ladenöffnungszeiten. Auch da kennen Sie sich offensichtlich nicht aus und Sie haben sich wieder einmal wahrscheinlich nur halbherzig damit beschäftigt. Die 66 Wochenstunden Öffnungszeiten sind geblieben. Es hat keine Ausweitung gegeben. Wenn ich an einem Tag früher aufsperrte, dann muss ich an einem anderen Tag früher schließen. 66 Stunden sind geblieben. Es ist nur dem Unternehmer oder dem Geschäftsinhaber freigestellt unter einer breiteren Möglichkeit auszuwählen. Und gerade das sind die Nischen für die Kleinen. Nämlich zu einer Zeit zu öffnen wenn der Große ganz einfach geschlossen haben muss.

Und Sie vergessen, in 300 Tagen sehen wir uns damit konfrontiert, dass unsere EU-Außengrenze fällt. Und in unseren Nachbarstaaten gibt es ganz einfach liberalisierte Öffnungszeiten rund um die Uhr. Und da müssen wir ganz einfach den Geschäftsleuten in den Grenzregionen Chancen geben. Und eines dürfte Ihnen auch noch entgangen sein: Der arbeitsfreie Sonntag ist bei uns im Vorjahr sogar in der Landesverfassung verankert worden. Das soll so bleiben und zu dem stehen wir als ÖVP Niederösterreich, als christlich-soziale Partei auch. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber ich will mich schon gar nicht mehr näher damit beschäftigen. Ich würde Ihnen einmal wirklich raten, sich etwas intensiver, bevor Sie hier so vollmündig Äußerungen tätigen, sich vielleicht doch mit den einzelnen Gesetzen etwas intensiver beschäftigen. Bevor Sie da Dinge sagen von denen Sie

entweder keine Ahnung haben oder ganz einfach die Realität nicht zur Kenntnis nehmen wollen. *(Beifall bei der ÖVP. – Unruhe bei Abg. Dr. Krismer.)*

Hoher Landtag! Ich möchte mich mit dem Bericht des Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds auseinander setzen. Und ich denke, das ist eine gute Tradition, dass zu Beginn des Arbeitsjahres, am Beginn einer neuen Arbeitsperiode diese Berichte debattiert werden und dass man sich hier im Plenum mit der aktuellen Entwicklung der Wirtschaft in Niederösterreich, aber auch mit den Strategien und mit den Förderungsmaßnahmen des Landes zur Belebung und zur Stärkung der Wirtschaft auseinander setzt.

Ich denke, es mag nicht nur Zufall sein, es ist auch ein gutes Zeichen. Denn man kann es drehen und wenden wie man will: Der wirtschaftliche Erfolg ist es der ganz einfach die Grundlage für die Sicherung und die Schaffung von Arbeitsplätzen ist und damit ist auch die ökonomische Basis und die Finanzierung unseres sozialen Netzes und der Lebensqualität sichert. Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es allen gut.

Und das Umfeld in dem sich die NÖ Unternehmen in der letzten Zeit vorgefunden haben war sicherlich kein einfaches. Einerseits geprägt von stark negativen weltwirtschaftlichen Szenarien, wovon sich ein einzelnes Land, schon gar nicht ein einzelnes Bundesland zur Gänze abkoppeln kann, zumal man die wirtschaftlichen Kreisläufe zunehmend internationalisiert und globalisiert sehen muss.

Aber ich denke als ein Silberstreif am Horizont kann man die Wirtschaftsprognosen vom September sehen. Wo sowohl das WIFO als auch das IHS bestätigen, dass die Indikatoren auf eine Belebung der internationalen Konjunktur, vor allem der Wirtschaftsleistung in den USA hinweisen, die sich dann nach und nach auch mit positiven Konjunkturimpulsen in Europa übertragen wird.

Und ich kann Ihnen das „Wirtschaftsblatt“ von heute zitieren, wo auch festgehalten wird, nunmehr spürt auch das Gewerbe den Aufschwung und die Einkaufsmanager sehen nunmehr die Lage rosarot, die Konjunktur springt in ganz Europa an. Sind noch zarte Pflänzchen. Aber ich kann dabei auch dem angeführten Spartenobmann des Gewerbes und Handwerk auf Bundesebene beipflichten wenn er meint, schwierig ist sicherlich auch die steigende Zahl der Spareinlagen in Österreich im ersten Halbjahr von 124 auf 128 Milliarden Euro. Das ist

sicherlich dadurch passiert, dass die Bevölkerung sehr verunsichert ist.

Wir haben ganz einfach eine Notwendigkeit an Reformen im Pensionsbereich, im Gesundheitsbereich. Und da kann man eigentlich nur den Aufruf an die Opposition, vor allem auf Bundesebene richten: Aktionen wie Streikaufrufe schaden dem Wirtschaftsstandort und Verunsicherung der Bevölkerung hemmt ganz einfach den privaten Konsum. Und das Geld, meine Herrschaften, ist da. Es wird nur auf das Sparbuch gelegt und es wird nicht in den privaten Konsum gesteckt.

Als Hemmschuh für die Wirtschaft gilt sicherlich auch der Haupthandelspartner Deutschland, das Schlusslicht in der europäischen Wirtschaftsentwicklung schlechthin, der sich eigentlich in einer Rezession befindet.

Die NÖ Unternehmen haben sich in diesem harten Umfeld bisher einigermaßen gut geschlagen und die Zahlen sprechen für sich. Das Wirtschaftswachstum 1995 bis 2002 überdurchschnittlich gut. Niederösterreich plus 2,6, Österreich-Schnitt 1,8. Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner 2002 Niederösterreich plus 0,2 Prozent, Österreich minus 0,3 Prozent.

Die Entwicklung schlägt sich natürlich auch auf den Arbeitsmarkt nieder. Und da muss man doch den Vergleich zu den anderen Bundesländern sehen. Wenngleich es natürlich, und zu dem stehe ich auch, unser aller Ziel sein muss, Vollbeschäftigung hier im Land zu haben und wir uns ganz einfach mit der Situation nicht zufrieden geben dürfen. Dennoch, zwischen 1995 und 2002 verzeichnen wir in Niederösterreich eine überdurchschnittliche Beschäftigungszunahme. Niederösterreich plus 3,9 Prozent, Österreich plus 2,8 Prozent. Also auch dieser Wert überdurchschnittlich hoch.

Der Arbeitsmarkt hat sich stabilisiert einigermaßen und der Anstieg der Arbeitslosigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verlangsamt. Und im August ist erstmals wieder ein, zwar geringer, aber doch ein Rückgang zu verzeichnen.

Problemgruppen, schwierig genug, sind vor allem die 19- bis 25-Jährigen. Aber auch da, glaube ich, muss man den Vergleich mit den anderen Bundesländern ziehen. Und ich denke, die Maßnahmen, die hier im Bundesland gesetzt wurden, haben gezogen. Zwar noch nicht im ausreichenden Maß, daher müssen und sollen auch die Aktionen „Start up“, Implacement-Stiftung im Rahmen der Pröll-Prokop-Job-Initiative noch weiter fortgesetzt werden. Die Wirtschaft hat diese Angebote ange-

nommen, hat jungen Menschen ganz einfach die Möglichkeit gegeben in das Berufsleben einzusteigen. Das war eine win-win-Situation. Die Wirtschaft ist unterstützt worden und die jungen Menschen haben einen Arbeitsplatz bekommen. Österreich hat noch immer in der europäischen Union die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit. 7,4 Prozent, EU-Schnitt 15,7 Prozent. Deutschland 10,3, Schlusslicht Italien 27 Prozent.

Hemmend, meine Damen und Herren, ist sicherlich auch die wirtschaftliche Entwicklung in Wien. Viele Niederösterreicher arbeiten in Wien. Und vor allem bei der Insolvenz oder bei Problemen am Arbeitsmarkt in Niederösterreich dann auch in der Statistik. So ist in Wien die Zunahme der 19- bis 25-jährigen Arbeitslosen im August bei 17,4 Prozent gelegen. Die Arbeitslosenquote in Wien liegt bei 9,1 Prozent, in Niederösterreich bei 6 Prozent. Wien liegt weitaus an der Spitze der Insolvenztatistik von ganz Österreich. (*Abg. Thumpser: Das Wirtschaftsprogramm der Regierung hat nicht viel genutzt!*) Doppelte Anzahl von Insolvenzen gegenüber von Niederösterreich, Herr Kollege. So schaut's aus!

Meine Damen und Herren! Es sind jetzt noch knapp 300 Tage bis zum 1.5.2004. Ich glaube einem historischen Tag an dem Europa und der Binnenmarkt um 10 Mitgliedstaaten größer wird und auch 75 Millionen Menschen mehr an diesem Markt teilhaben werden. Ich glaube, es ist für die Wirtschaft eine gewaltige Herausforderung in einer Dimension, die wir wahrscheinlich erst in einigen Jahren oder Jahrzehnten bewerten können.

Es ist eine Herausforderung. Eine Herausforderung mit gewaltigen Chancen. Aber der Wettbewerb wird nicht einfacher werden. Aber ich glaube, auch da kann man durchaus Zahlen nennen die für sich sprechen. Ich glaube, die niederösterreichischen Unternehmen haben bisher schon die Chancen dieser neuen Märkte gut genutzt. Und die Exporte in die Erweiterungsländer liegen jetzt schon weit über dem Österreich-Schnitt.

22 Prozent aller niederösterreichischen Exporte gehen in die mittel- und osteuropäischen Länder. Österreich-Schnitt 15 Prozent. Das heißt, jetzt schon geht mehr als ein Fünftel aller exportierten Produkte aus unserem Bundesland in die Beitrittsländer. Und wenn man gleichzeitig weiß, dass die Wirtschaft in den neuen Mitgliedsstaaten rund doppelt so stark wächst wie in der übrigen EU, dann muss man ganz einfach merken, dass dort die neuen Zukunftsmärkte sind von denen wir nur profitieren können.

(Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.)

Niederösterreich hat daher auf Grund seiner geopolitischen Lage alle Chancen, der Erweiterungsgewinner Nummer 1 zu werden. Und an uns liegt es nunmehr auch die Zeit zu nützen und die Anstrengungen zur Vorbereitung dieser größeren Märkte zu verstärken.

Zum Einen im Ausbau der Infrastruktur, der Verkehrsinfrastruktur, Straßen, Bahnen, aber auch ein Teil der Infrastruktur der vor allem von Landesrat Gabmann in Angriff genommen wurde, nämlich die Versorgung aller Landesteile, aller Betriebe in Niederösterreich, aller Gemeinden mit Breitbandtechnologie. Ich glaube, ein Teil der Infrastruktur, der für Betriebe immer wichtiger wird. Wir sind das einzige Bundesland das jetzt wirklich offensivst daran geht, für einen flächendeckenden Ausbau binnen kurzer Zeit zu sorgen.

Meine Damen und Herren! 75 Prozent aller Beschäftigten arbeiten in kleinen und mittleren Unternehmen. Und sie sind damit, und das wir ja oft zitiert, die Stützen der Wirtschaft. Aber gerade bei den kleinen und mittleren Unternehmen in den Grenzregionen ist die Zustimmung zur Erweiterung der EU mit 71 Prozent sehr gestiegen. Anfangs war man noch mehr skeptisch, jetzt wächst die Akzeptanz ständig. Aber gerade diese kleinen, mittleren Betriebe brauchen noch mehr Unterstützung und Beratung um auf diesen neuen Märkten Fuß fassen zu können, um Kontakte jenseits der Grenze knüpfen zu können.

Und gestern ist mit der Landesgesellschaft ECO PLUS ein neues Service in Betrieb gegangen, den Unternehmenslotsen, eine Hotline, wo sich interessierte Unternehmer melden können und dann wirklich in ihrem speziellen Anliegen auch beraten werden und somit vielleicht auch den Schritt über die Grenze wagen.

Meine Damen und Herren! Die wirtschaftliche Entwicklung hat an Dynamik, an Schnelligkeit zugenommen und daher ist rasches Reagieren ganz einfach notwendig. Denn Wettbewerb findet heute nicht mehr nur zwischen den einzelnen Unternehmen statt, sondern zunehmend auch zwischen den Wirtschaftsstandorten als solche.

Die Betriebsansiedlungsoffensive der ECO PLUS läuft exzellent. Und ich glaube, die Ansiedlung von wirklich international anerkannten Konzernen hier im Bundesland wurde federführend von ECO PLUS gecoacht. Ebenso wie das Manage-

ment der Wirtschaftsparks, die wirklich überdurchschnittlich gute Entwicklungen verzeichnen können.

Wir werden noch fortführen das Fitnessprogramm bis 2008. Eben im Hinblick auf die EU-Erweiterung wo noch 14,5 Millionen Euro für entwicklungsstarke und wertschöpfungsintensive Projekte in den Grenzregionen zur Verfügung stehen. Bis 2006 läuft auch noch die Zeit der EU-Programmplanungsperiode zur Umsetzung von Projekten und zur Erlangung von Fördermitteln aus der Regionalförderung. Sowohl im Ziel 2-Programm als auch in den Übergangsgebieten liegt Niederösterreich im absoluten Spitzenfeld was die Beanspruchung der Mittel anlangt. Kein Euro darf in Brüssel bleiben, lautet dabei der Grundsatz. Und wir sind wirklich sehr, sehr gut unterwegs. Und gestern wurde erst bei der ECO PLUS-Aufsichtsratssitzung bekannt gegeben, dass jetzt bereits drei Viertel der für Niederösterreich reservierten EU-Mittel bewilligt sind und knapp 50 Prozent ausbezahlt sind.

Und Herr Kollege Gratzler, gerade aus diesen Mitteln sind viele touristische Leitbetriebe, Therme Laa, Dungalhotel, Schlosshotel Zell, die wesentlich für die touristische Infrastruktur in unserem Land ihren Beitrag leisten, bezahlt worden. Sie werden nicht bezahlt aus dem Tourismusförderungsfonds, sondern aus jenen Töpfen. Vielleicht weiß du es noch nicht, bist auch noch nicht so lange herinnen.

Meine Damen und Herren! Um ganz einfach weitere Steigerungen im Wirtschaftswachstum noch zu stimulieren ist es ganz einfach notwendig, dass man vor allem in technologieintensive und innovative Branchen besonderes Augenmerk setzt. Und so läuft bereits im vierten Jahr jetzt schon die Technologieoffensive des Landes, wo es darum geht, die Maßnahmen in Forschung, Ausbildung und Wirtschaft zu bündeln und kontinuierlich fortzusetzen.

In der räumlichen Zusammenführung, in den Technopolen Wr. Neustadt, Krems und Tulln, aber ebenso in der Clusterbildung, wo vier Cluster in Niederösterreich schon arbeiten, zwei gerade in der Sondierung sind. Dazu gilt es aber auch Risikokapital zur Verfügung zu stellen. Und so kann ich Ihnen sagen, dass erst vor einigen Tagen von diesem unabhängigen Gremium der erste Betrieb ausgewählt wurde, wo eben dieses Risikokapital für besonders innovative Produkte zur Verfügung gestellt wird.

Neben dieser breiten Palette der Förderungen in der Standortqualität sind es die einzelbetrieblichen Möglichkeiten, die auch in wirtschaftlich

schwierigen Zeiten von den Betrieben gerne angenommen wurde. Beide Fonds, Tourismusförderungsfonds als auch der Gewerbe- und Strukturverbesserungsfonds wurden ausgeschöpft. Ebenso wie das NÖ Beteiligungsmodell das heute ja noch verlängert werden soll und auch noch zusätzlich ergänzt werden soll.

Die Mittel aus dem Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds sind vor allem für die Klein- und mittleren Unternehmen ein geeignetes Instrument um innovative Ideen umzusetzen und vor allem in diesem raschen Modernisierungsprozess auch Schritt halten zu können. Die klassische Förderpolitik ist dabei quasi mit der Gießkanne quer drüber zu subventionieren, die hat ganz einfach ausgedient. Gefragt sind projektbezogene Förderungen und Angebote sowie eine flexible und komplikationslose Abwicklung.

In Umfragen wird immer wieder der Bedarf der Unternehmen ebenso erfragt wie die Zufriedenheit der Wirtschaft mit den Angeboten. Und die durchwegs sehr, sehr positiven Ergebnisse was die Akzeptanz als auch was die Abwicklung anlangt kann man auch durchaus Kompliment an die zuständige Abteilung für die rasche unbürokratische Abwicklung werfen. Und ich darf vor allem Herrn Hofrat Schutzbier und seiner Abteilung wirklich für seine ausgezeichnete Arbeit herzlich danken. Ich glaube auch wesentlich auf das wirklich sehr spezifische Zugehen auf die Unternehmer zurückzuführen.

Meine Damen und Herren! Ich komm zum Schluss. Die Zukunft ist kein Geschenk. Der Wettbewerb wird nicht einfacher werden. Wenn wir die Herausforderungen annehmen, haben wir aber alle Chancen auch weiterhin erfolgreich zu sein. Die vielfältigen Angebote der Wirtschaftsförderung werden sich auch in Zukunft am Bedarf orientieren und auf den Erhalt der Standortqualität und der Wettbewerbsfähigkeit der niederösterreichischen Unternehmen ausgerichtet sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zunächst drei Anmerkungen zur Kollegin Hinterholzer. Zuerst einmal, wenn man ihr so zuhört dann meint man, dass die Wirtschaft in Niederösterreich oder vielleicht in der Republik deshalb so schlecht beisammen ist weil die Streikwellen der Republik die Wirtschaft geradezu überbordend, die Wirtschaft geradezu überbordend kaputt machen.

Also wenn ich mir so die Streikstatistiken in der Republik anschau, denke ich mir, das ist nicht unser Problem. *(Abg. Hinterholzer: Nur, die internationalen Konzerne kommen zu uns weil wir keine Streiks haben!)*

Ja, natürlich. Bei uns genügen schon die Streikdrohungen damit die Wirtschaft nicht floriert. Also auch das halte ich nicht für wesentlich. *(Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)*

Zum Zweiten: Die 66 Stundenregelung bleibt natürlich, das ist uns schon klar. Aber trotzdem, der Spielraum verändert sich. Und der Spielraum verändert sich zugunsten der Großen, weil die Kleinen viel schlechter darauf reagieren können. Das ist doch klar. Weil die viel weniger gemeinsam organisieren. *(LR Gabmann: Genau das Gegenteil ist der Fall!)*

Ja, also dann weiß ich nicht. Wir sind schon bei den Leuten und wir reden mit vielen Einzelhändlern. Ich glaube das nicht. *(LR Gabmann: Der Unterschied ist, ich komme aus dieser Region! – Abg. MMag. Dr. Petrovic: Reden Sie einmal mit den Gloggnitzer Kaufleuten!)*

Ja, das weiß ich schon dass Sie aus dieser Region kommen. Ich komme aus einer anderen Region der es wirtschaftlich auch nicht so gut geht. Das ist äußerst unterschiedlich. Ich glaube das wirklich nicht. Ich glaube, man kann das auch durchaus sachlich diskutieren. Ich halte das für fraglich ob Einzelhändler, jemand, der vielleicht wirklich nur mit seiner Familie ein Geschäft betreibt, das so einfach bewerkstelligen kann wie jemand der einen großen Betrieb hat und die Leute einteilen kann. Da besteht ein Unterschied. Wann soll ich mich hinstellen und insbesondere wie soll ich mich und wann soll ich mich ... *(LR Gabmann: Das wird ja nicht ausgeweitet!)*

Natürlich. Aber wann soll ich mich koordinieren? Wie soll ich mich mit 20, 50 Geschäftsleuten in einer Stadt koordinieren? Das halte ich für ein Problem. Aber wie gesagt, da sollte man wirklich einmal darüber diskutieren wie das ist. Ich bin auch durchaus der Ansicht, wir können es auch einmal rein von der Wirtschaftlichkeit her diskutieren und einmal die andere Komponente, die es ja auch gibt, die soziale Komponente, beiseite lassen und es nur einmal von der wirtschaftlichen Seite diskutieren. Warum nicht?

Und zum Dritten, Kollegin Hinterholzer. Gerade du kommst aus einer Region in der das Problem des Innenstadtsterbens durch Einkaufszentren rundherum, rund um Amstetten extrem virulent ist. *(LR Gabmann: Warum? Amstetten hat ein Einkaufszentrum mitten in der Stadt!)*

Ja, jetzt. Mittlerweile versucht man darauf zu rea-

gieren. Wir warnen seit Jahren vor dieser Entwicklung, die gerade in deinem Bezirk ganz besonders schlimm ist. Seit Jahren warnen wir davor. *(Beifall bei den Grünen. – Abg. Hinterholzer: Das ist erst mit dem innerstädtischen Zentrum geschaffen worden!)*

Innerstädtisch, was ist denn mit dem Amstettner Stadtkern? Was ist denn passiert in der letzten Zeit? Was ist mit so vielen niederösterreichischen Gemeinden passiert, den Städten passiert in den letzten fünf bis zehn Jahren. Es ist überall dasselbe Problem. Natürlich kommt man jetzt drauf. Man kommt spät drauf. Gottseidank kommt man überhaupt drauf. Als wir vor drei Jahren eine Nahversorgungskampagne gemacht haben hat man uns noch verlacht. Wir haben gesagt, Nahversorgung oder Lebensqualität braucht lebendige Orte. Damals sind wir verlacht worden. Heute kommt die Kammer auch schon drauf. Ja, Nahversorgung sichert Lebensqualität. Gottseidank kommt man drauf wenigstens. *(Abg. Hinterholzer: Die NAFES gibt's schon 7 Jahre!)*

Aber dass gerade du hergehst und sagst, das Raumordnungsgesetz hat das alles gerettet, das stimmt nicht. Es hat sich entwickelt trotz des Raumordnungsgesetzes. Es ist schon richtig. *(Abg. Hinterholzer: Wo warst du bei der letzten Novelle!)* Ich weiß, ich habe sie mitbeschlossen. Trotzdem. Die Raumordnung hat uns bisher vor dieser Entwicklung nicht geschützt. Wir brauchen zusätzliche Instrumentarien.

Zum Bericht selber: Es steht ja nicht so schlecht um die niederösterreichische Wirtschaft, das wollen wir auch nicht schlecht reden. Wir wollen auch nicht alle Elemente der niederösterreichischen Wirtschaftspolitik schlecht reden. Es gibt natürlich viel Positives. Und es gibt natürlich auch Probleme in der Konjunktur, wofür eine Landespolitik nichts kann. Hören wir uns den Bundeskanzler an vom letzten Sonntag, da musste er natürlich sprechen von dem dritten Jahr der Stagnation, das ist schon klar. Und das sind auch Einflüsse, die vielfach von außen kommen. *(LR Gabmann: Deutschland hat das!)*

Ja, das mit Deutschland ist so eine Geschichte. Ich werde dann beim Förderungsfonds noch darauf zu sprechen kommen. Die sagen wenigstens, wir haben kein Geld. Bei uns ist das Programm des Wirtschaftsförderungsfonds oder der Wirtschaftspolitik überhaupt. Ich komm dann noch darauf zurück. Ich will nicht alles nur auf Deutschland ... Deutschland macht auch nicht die Weltkonjunktur. Deutschland hat auch Probleme mit der Weltkonjunktur. Und Deutschland muss insbesondere ein Drittel neues Bundesgebiet durchfuttern. Wenn wir das müssten

möchte ich nicht wissen wie wir dreinschauen würden. *(LR Gabmann: Aber 70 Prozent unserer Exporte gehen dahin!)*

Ich würde meinen, das sollte man so und so sehen. Es gibt natürlich auch eine Weltkonjunktur die Einflüsse hat.

Es gibt, und da gebe ich dem Kollegen Dipl.Ing. Toms natürlich schon Recht, es gibt auch Einflüsse durch Naturkatastrophen für die niemand etwas kann. Niemand etwas kann, ganz so ist es ja auch wieder nicht. Natürlich können wir Menschen nur sehr begrenzt Einfluss nehmen, aber wir können Einfluss nehmen. Und wir haben insbesondere in der letzten Zeit viel Einfluss genommen, beispielsweise durch unsere Umweltpolitik.

Und das ist schon etwas wo man sagen müsste, langfristig, sehr, sehr langfristig, glaube ich schon, dass die Menschen etwas tun können um Naturkatastrophen nicht gänzlich zu vermeiden, aber zumindest ihre Wahrscheinlichkeit geringer zu machen. Da haben wir schon noch einen gewissen Aufholbedarf. Und ich bin sehr gespannt, wie das NÖ Klimaschutzprogramm ausschauen wird das derzeit in Ausarbeitung ist. Denn da können wir schon etwas tun. Und ich glaube auch, dass es langfristig einen wirtschaftlichen Effekt hat wenn man in dieser Hinsicht was unternimmt. Nur, da muss man sich etwas trauen. Da muss man möglicherweise sich sogar trauen, kurzfristig in einen sauren Apfel zu beißen um langfristig positive Entwicklungen neu entstehen zu lassen.

Und da sage ich jetzt ein Beispiel aus dem Tourismus. Mir fällt eine Entwicklung im Tourismus auf von der ich glaube, dass sie genau diesen Intentionen des Klimaschutzprogrammes zuwiderläuft und das sind die Rallyes. Jetzt ist gerade die Waldviertel-Rallye in Vorbereitung und in der Buckligen Welt gibt's das auch. In der Buckligen Welt ruft man die Klimaschutzregion aus und auf der anderen Seite ... *(Abg. Erber: Die Grünen fahren auch bei Rallyes mit!)*

Ja, aber da musst du schon unterscheiden zwischen einer Oldtimer-Rallye und zwischen einer Sport-Rallye. Da würde ich schon einmal unterscheiden. Da würde ich schon einmal unterscheiden zwischen einer Oldtimer-Rallye und zwischen einer echten. *(Unruhe bei der ÖVP.)*

Ich nehme das Beispiel Bucklige Welt her, Kollege Erber, Kollege Mag. Wilfing, ich nehme das Beispiel Bucklige Welt her. Da ruft man die Klimaschutzregion Bucklige Welt aus und dann macht man auf der anderen Seite fest Autorallyes die ungeschützt teilweise durch die Ortschaften, durch die Gemeinden durchfahren. Und das ist nicht das

Problem. Da kann man sagen, das ist an einem Tag. Das Problem ist, die Leute üben dort. Die üben auf diesen Strecken und fahren da zu Trainingszwecken völlig ungeschützt durch die Ortschaften. Durch die neue Klimaschutzregion Bucklige Welt. Ich glaube, da sollte man sich schon entscheiden, will man sanften Tourismus oder will man halt Motorsportregion werden im Tourismus. Das ist einmal ein Gedanke den ich für wesentlich halte.

Zum Wirtschaftsförderungsbericht. Ich habe mir erlaubt, den Wirtschaftsförderungsbericht auch zu vergleichen mit dem Bericht des Arbeitsmarktservices, weil ich glaube, man sollte auch Vergleiche anstellen und die Dinge umfassend sich ansehen. Und ich möchte zuerst auf die Arbeitslosenquote eingehen. Mir fällt auf, dass der Wirtschaftsförderungsbericht zitiert, die Arbeitslosenquote in nationaler Definition verharrt mit 6,9 Prozent heuer auf dem Vorjahrsniveau. Und dann wird gleich darauf verwiesen, dass es im nächsten Jahr natürlich geringer werden wird, ist ja klar. Meines Wissens, und das weist der AMS-Bericht aus, war im Vorjahr die Arbeitslosenquote 6,2 Prozent. Das heißt, es gibt eine Steigerung, wenn auch nur von 0,7 Prozent. *(Abg. Hinterholzer: 6 Prozent!)*

6,2 Prozent entnehme ich dem vor mir liegenden Bericht des AMS. Niederösterreich 6,2 Arbeitslosenquote in Prozent 2001. 6,9 Arbeitslosenquote 2002. Das entnehme ich dem Bericht. Wenn das stimmt, dann stimmt der Wirtschaftsförderungsbericht nicht oder das was da drinnen steht, oder der andere eben nicht. Ich würde meinen, es macht Sinn das zu vergleichen.

Und zum Zweiten: Was mir auffällt das ist die Frage der Beschäftigungszahlen. Ja, es ist positiv dass die Beschäftigungsrate für Frauen gestiegen ist. Es gibt ja auch Wachstumsbranchen in diesem Land, Gottseidank. Eine dieser Wachstumsbranchen übrigens ist der ganze Pflegebereich. Und wir sind sehr, sehr froh, dass diese Branche gerade im Wachsen begriffen ist. Denn wir wissen, in Niederösterreich gibt es einen Pflegenotstand in unseren Pensionisten- und Pflegeheimen. Und das ist ein sehr, sehr ernstes Thema und daher sollten wir diese Wachstumsbranche auch nützen. Ich komm' dann später noch einmal darauf zurück.

Aber insgesamt ist die Zahl der Beschäftigten gesunken. Und jetzt möchte ich wieder vergleichen. In Niederösterreich, weist der Wirtschaftsförderungsbericht aus, standen 2002 im Jahresdurchschnitt 520.798 Personen in einem unselbständigen Beschäftigungsverhältnis usw. Aus meiner Sicht, das sind um – und jetzt geht's weiter – um 174 Personen weniger als im Jahresdurchschnitt 2001.

Aus dem AMS-Bericht wird ausgewiesen keine 520.000 unselbständig Beschäftigten, sondern lediglich 504.000 im Vergleich zum Jahr 2001, da waren es 507.000. Das sind nicht um 174, sondern um 3.600 weniger. Also wir müssten uns fragen, welcher Bericht hat hier Recht? Oder wie wird hier mit Zahlen umgegangen? Das, glaube ich, ist wesentlich wenn wir seriös vergleichen wollen. Weil so, glaube ich, man hat es gar nicht notwendig, die Zahlen zu beschönigen. So schrecklich sind ja diese Zahlen nicht im Vergleich zu anderen, auch Bundesländern, aber zu anderen Ländern insgesamt in Europa. Auch im europäischen Schnitt sind wir nicht so schlecht. Aber ich glaube, seriös sollte man das zählen. Ganz egal ob das jetzt an die Adresse des AMS oder an die Adresse der NÖ Wirtschaftsabteilung gerichtet ist.

Dritter Punkt, die Bilanz der Förderungen. Also wir sehen, bei den bewilligten Beiträgen 30 Millionen Euro weniger, bei den ausgezahlten Beiträgen 10 Millionen weniger. Die Darlehen erhöhen sich um 2 Millionen. Das ist eine satte Reduktion insgesamt. Das weist der Bericht aus. Das ist uns klar. Es ist auch schon jetzt gesprochen worden davon. Aber Herr Landesrat, für Sie ist das, wenn Sie so wollen, das erklärte Ziel. Das sagen Sie in Ihrem Vorwort: Erklärtes Ziel, bedarfsorientierte Wirtschaftsförderung, Gegenstand ist die Konzentration, die verstärkte Ausrichtung auf Innovation, auf Klein- und Mittelbetriebe usw. Klassische Förderungspolitik hat ausgedient.

Ja was war das dann in den letzten 10 Jahren? Was war das für eine Förderungspolitik? Was war das für eine Wirtschaftspolitik die sich offensichtlich nicht an den Klein- und Mittelbetrieben orientiert hat? Die nicht konzentriert hat auf Bedarfsorientierung und vieles mehr. Wenn das so war, dann kann ich die Kollegin Dr. Krismer schon verstehen in ihrem Ärger. Dass sie sagt, also eigentlich war da vieles nicht in Ordnung und sehr viele Entwicklungen sind in der letzten Zeit schief gegangen. Also das kann man, wenn Sie so wollen, schon auch an den Zahlen ablesen. Und das sollten wir schon bedenken.

Und überdies glaube ich auch, dass wir uns fragen müssen, wir haben also, sehen wir auch ein, wir haben Finanzprobleme, es konnte nicht so weitergehen wie in den vergangenen Jahren. Es gibt einen gewissen Budgetnotstand. Ich hoffe, dass dieser Budgetnotstand nicht so groß wird wie in der Pflegenotstand in den niederösterreichischen Pensionistenheimen. Weil dann ist die Geschichte doch nicht so einfach. Ich glaube, dass man das bedenken sollte. *(Beifall bei den Grünen.)*

Vierter Punkt. Ja, was die Wirtschaftskammer teilweise vorschlägt, findet auch unsere Zustimmung. Durchaus. Die Frau Präsidentin Zwazl sagt das ganz offen. Sie sagt, auf der grünen Wiese werden immer mehr Einkaufszentren errichtet, welche die Innenstadtunternehmen vom Markt verdrängen. Die Ortszentren veröden und werden zunehmend unattraktiver. Klarer und präziser kann man das nicht formulieren. So ist es. Die Analyse der Wirtschaftskammer teilen wir. *(Beifall bei den Grünen.)*

Die Vorschläge, die dagegen eingebracht werden können wir durchaus auch teilen. Wir würden sie gerne etwas präzisieren. Ich darf einen Vorschlag herausgreifen. Nämlich es sollen die Einkaufszentren nicht gezwungen werden an der Peripherie sich anzusiedeln. Gesetzliche Voraussetzungen, eine Nahversorgungsabgabe. Etwas, was wir von unserer Nahversorgungsenquête mit dem damaligen ECO PLUS-Geschäftsführer Krendlberger auch gefordert haben. Auch damals sind wir verlacht worden. Wir freuen uns, dass die Wirtschaftskammer unsere Forderung von vor drei Jahren aufgenommen hat. Und etwas, was wir auch sehr interessant finden, das sind Maßnahmen in der Raumordnung, in der Bauordnung.

Die Wirtschaftskammer sagt, es sollten Maßnahmen in Raumordnung und Bauordnung gesetzt werden dass das Heranwachsen von Wohngebieten an Betriebe gestoppt wird. Ich würde meinen, vice versa. Es kann auch nicht so sein, dass die Betriebe ständig an die Wohngebiete heranwachsen. Insgesamt, glaube ich, können wir uns einigen und verständigen darauf dass wir sagen, noch mehr vernünftige Raumordnungspolitik. Das heißt aber auch Service für die Gemeinden. Manchmal stehen die Gemeinden unter Druck, unter enormem Druck wenn es darum geht, die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Gemeinde aufrecht zu erhalten gegenüber der Nachbargemeinde. Und die Frage ist, der Betrieb siedelt entweder in der Nachbargemeinde oder in meiner eigenen. Es gibt ja solche Beispiele. Das heißt, hier sollten wir uns auch steuerlich etwas überlegen. Aber selbstverständlich auch raumordnungspolitisch. Aber das ist etwas mit dem wir durchaus mit können.

Wo wir nicht mit können, was die Präsidentin Zwazl vorschlägt, das ist der Glaube motorisierter Individualverkehr sichert automatisch mehr Wirtschaftskraft. Das ist längst widerlegt. Das stimmt nur zum Teil. Es gibt Untersuchungen aus Deutschland, aus Dänemark, aus Schweden, aus Großbritannien, wo nachgewiesen wird, dass das nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen nur mehr stimmt. Wenn die Frau Präsidentin Zwazl also

meint unter dem Motto, das Nein zur Nordautobahn ist ein schlechter Scherz, dass die Nordautobahn das Herzstück des zukünftigen hochrangigen niederösterreichischen Straßennetzes werden soll, dann warne ich davor, dass nicht der Raum der Nordautobahn dort im Weinviertel das Herzstück einer zukünftigen europäischen Transitregion wird. Wir glauben das nicht. Wir glauben, dass die Region dadurch ... Wir brauchen nur nach Tirol schauen wo die Wirtschaft genau in dieser Region wo der Transit sich so entwickelt hat eben eigentlich rückläufig ist. Ist ja klar. Wer will sich dort noch ansiedeln? Ist eigentlich logisch.

Das Zweite: Es wird durch die Nordautobahn maßgebliche Verbesserungen für niederösterreichische Pendlerinnen und Pendler geben. Nach Wien werden die Leute pendeln. *(Abg. Hiller: Richtig! Gottseidank! 10.000! – Unruhe bei der ÖVP.)* Na glauben Sie im Ernst dass die Wiener jetzt auf einmal ins Weinviertel arbeiten fahren? Wohin? Das Gegenteil wird der Fall sein. Schauen Sie doch in den Süden. Auch da gibt's das Beispiel. Die Leute werden abwandern. Wo werden sich die Betriebe ansiedeln? Im Raum nördlich von Wien. In dem was ich jetzt unter Anführungszeichen nur sage weil ich es nicht so meine, im „Speckgürtel“, in diesem Raum rund um Wien. Dem Land in einem Radius außerhalb von 30 Kilometer von Wien wird das nichts bringen.

Und deine Region, Kollege Mag. Wilfing, wird veröden. Du hast es eh sehr geschickt gemacht, weil du hast die Nordautobahn so gelegt, dass sie weit genug um Poysdorf herumfährt wo du Bürgermeister bist, dass du keine Probleme hast mit den Anrainern. Das hast du sehr geschickt gemacht, Kollege Mag. Wilfing. Aber trotzdem, wir warnen davor. Es wird den Pendlerinnen und Pendlern nicht helfen, es wird nur die Anzahl der Pendler vergrößern, das wird passieren. Und es werden die Regionen speziell am Land davon nicht profitieren, sondern im Gegenteil. Es wird zur wirtschaftlichen Verödung kommen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und dann fragt die Präsidentin Zwazl, mal ehrlich, was gibt's für Alternativen. Bei diesem ÖBB-Defizit kann man die Schiene nicht mehr ausbauen. Die Alternative ist ganz einfach: Querfinanzierung. Die Arbeiterkammer hat das vor Jahren schon vorgeschlagen. Unmittelbar nach dem Generalverkehrsplan hat die Arbeiterkammer vorgeschlagen, Querfinanzierung der Einnahmen aus der Lkw-Maut auf die Schiene. Dann hat es einen wirklichen Effekt dass man die Schiene in entsprechende Konkurrenz zur Straße und zum Lkw nehmen kann. *(LR Gabmann: Was hat das mit dem Wirtschaftsförderungsbericht zu tun?)*

Das hat mit der Wirtschaft sehr, sehr viel zu tun. Mit der Wirtschaftsförderung hat das extrem viel zu tun, weil sich Wirtschaftsförderung extrem mit Infrastruktur vermischt. Ich meine, es ist doch so jeder zweite Satz der um Wirtschaft geht beginnt mit dem Wort Infrastruktur. Also das hat extrem viel zu tun. Das wirkliche Geld geht ja dort hinein. Das sind die wichtigsten Maßnahmen. Wird es in der Zukunft ein Wirtschaftsleben geben in dem öffentlicher Verkehr noch eine Rolle spielt oder wird alles auf der Straße rennen mit den entsprechenden wirtschaftlichen Konsequenzen.

Vorletzter Punkt. Das Vorausdenken in der Wirtschaft. Wir haben unlängst das Jubiläum, ein sehr, sehr schönes Jubiläum gefeiert, Herr Landesrat war ja dabei, nämlich 15 Jahre regionales Innovationszentrum in Wr. Neustadt. Ja zum RIZ. Das war eine großartige Idee, eine großartige Einführung. Und man glaubt es fast schon gar nicht, dass das schon 15 Jahre jetzt so geht. Es wurde sehr, sehr viel hier an Infrastruktur zur Verfügung gestellt für neue Unternehmen. Es wurden Fixkosten gespart und vieles mehr.

Es wurde aber auch, und das ist das Interessante dabei, es wurde auch eine Plattform geschaffen, damit junge Unternehmer einmal, wie hat es Prof. Jungwirt formuliert, herumspinnen können. Dass man einmal nachdenken kann darüber, wie kann sich Wirtschaftsleben entwickeln, wie kann sich Unternehmen entwickeln, wie können Neugründungen entstehen. Wie kann man von der Idee zum Unternehmen kommen. Das ist ja was Hervorragendes. Und ich bin bei Prof. Jungwirt wenn er sagt „back to the roots“ mit dem RIZ. Man muss Raum geben auch übers Nachdenken, wenn man so will übers Herumspinnen. Man muss Möglichkeiten geben, ein geistiges Milieu schaffen damit sich Wirtschaft auch neu entwickeln kann. Denken, vorausdenken ist wichtig. Nicht nur das reine Machen.

Daher komme ich zum Schluss. Neue Wege in der Wirtschaftspolitik selbstverständlich. Dem pflichten wir durchaus bei. Korrektur der Fehler der Vergangenheit ist auch klar. Weg von dem Denken motorisierter Individualverkehr macht automatisch Wirtschaftswachstum. Nachhaltigkeit kann Wachstum in der Wirtschaft bringen. Kostet nicht nur, es müssten eben nur langfristige Investitionen sein. Und nützen wir die Wachstumsbranchen. Begegnen wir dem Pflegenotstand in Niederösterreichs Pensionistenheimen mit einer Nützung der Wachstumsbranche beispielsweise in der Kranken- und in der Altenpflege. Dort steigt die Beschäftigung. Das sind Branchen die prosperieren. Das kostet natürlich etwas. Aber das muss es uns wert sein, wie hat

es immer so schön geheißen, wenn wir die Insel der Menschlichkeit das beibehalten wollen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Der Wirtschaftsförderungsfonds möge nicht in einen Finanznotstand kommen, den Heimen droht der Pflegenotstand. Nützen wir diese Wachstumsbranche. Und ich wünsche, dass diese, man soll die Hoffnung nicht aufgeben, ich glaube, so kann man das am Besten formulieren. Herzlichen Dank! *(Beifall bei den Grünen.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. Kautz (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich habe mir eigentlich vorgenommen, nur zum Wirtschaftsförderungsfonds zu sprechen. Aber einige Äußerungen haben mich dazu veranlasst, auch andere Themen noch anzusprechen. Ich bin bei der Frau Kollegin Hinterholzer wenn sie sagt, natürlich, Deutschland hat ein schlechtes Wirtschaftswachstum. Nur, liebe Frau Kollegin, vielleicht bist noch zu jung dazu, weißt du von wo das herkommt? Da hat es einen Bundeskanzler Kohl gegeben, der über Nacht ... *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Nein, nein, liebe Freunde, ich weiß schon. Lachen ist eure Stärke. Nachdenken war es noch nie. *(Unruhe bei der ÖVP.)*

Ich habe Zeit. Ihr könnt lachen soviel ihr wollt. Nur eines muss man schon dazu sagen. Mag. Fasan hat es auch schon angeschnitten. Deutschland, Kohl hat über Nacht ein Drittel seines Bundesgebietes erweitert mit Ostdeutschland. Und die Folgen dieser Ruck-Zuck-Aktion haben heute die Deutschen noch zu tragen. Von dieser Ruck-Zuck-Aktion hat Deutschland heute noch die Folgen zu tragen. Und wir indirekt mit. *(LR Gabmann: Reden Sie mit den deutschen Unternehmern! Ich war draußen!)*

Ja, Herr Kollege, mein Sohn hat einen deutschen Partner, der ist auch Unternehmer, weißt, und hat einen deutschen Partner genau in dem Gebiet wo das ist. Daher weiß ich vielleicht ein bisschen mehr hinter den Kulissen wie so mancher anderer Offizieller. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das ist das Erste. Das Zweite, Frau Kollegin Hinterholzer, ich weiß schon, ein Streik ist was Furchtbares. Nur, wann kommt es zu einem Streik? Wenn man irgendeinen Möchtegern dort sitzen hat, der gegen die Sozialpartnerschaft ist, der nicht verhandelt. Dann muss man härtere Konsequenzen ziehen. Und der heißt Schüssel. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Hinterholzer: Nein! Wenn die Kassen voll sind!)*

Frau Kollegin Hinterholzer, ich kenne nur den Ausdruck von Unternehmerlotsen. Ich wünsche mir nur, Weihnachten kommt erst, weiß ich schon, aber ich wünsche mir nur, dass der Unternehmerlotse nicht so ausschaut wie in der Steiermark. In der Steiermark gibt es auch so eine Einrichtung. Die haben Aussendungen getätigt an die Unternehmer über die Kammer wie man einen österreichischen Betrieb steuergünstigst in die Karibik verlegt. Das heißt, wie man in Österreich Steuer sparen oder Steuer hinterziehen kann. Das stelle ich mir nicht vor als Wirtschaftslotse. (*Unruhe bei der ÖVP.*) Die steirische Kammer hat das so gemacht. Ich habe die Unterlagen. Entschuldige, ich kann sie dir das nächste Mal mitbringen. (*LR Gabmann: Herr Kollege! Reden wir von Niederösterreich!*)

Ich komm schon auf Niederösterreich. Ich weiß dass euch das weh tut wenn man woanders hin vergleicht. Aber ich habe oft das Gefühl gehabt dass die Frau Kollegin Hinterholzer mit einer hämischen Art hier sich darüber gefreut hat dass zum Beispiel in Wien mehr Arbeitslose sind wie in Niederösterreich. Ich sage, jeder Arbeitslose ist zuviel. Ob der in Wien, in Niederösterreich oder im Burgenland ist. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Hinterholzer: Habe ich auch gesagt!*)

Ich denke aber nur an Versprechungen. Ich meine über die Ladenöffnungszeiten ist mir eh klar warum die so liberalisiert worden sind. Weil ich nachher sehe dass der Herr Landeshauptmann für eine Handelskette Werbung macht ist das klar dass das ein Lobbying ist für die Handelsketten und nicht für die einzelnen Unternehmer. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Ich habe die Werbung gesehen. Vielleicht hast sie du auch gesehen.

Aber auch der Herr Landeshauptmann hat versprochen, in Kottlingbrunn tausend Arbeitsplätze zu schaffen als Äquivalent für Semperit Traiskirchen. Bis jetzt ist kein einziger Arbeitsplatz dort geschaffen worden. Wo bleibt das Versprechen des Herrn Landeshauptmannes? (*Beifall bei der SPÖ. - Zwischenruf bei Abg. Hiller.*)

Das ist die zweite Frage. (*Abg. Hiller: Nicht gegen den Willen der Gemeinden!*)

Der Herr Landeshauptmann hat das Versprechen abgegeben, nicht die Gemeinde hat das Versprechen abgegeben. Der Herr Landeshauptmann. Und wenn der Herr Landeshauptmann Versprechen abgibt, so glaube ich halt es müsste es auch einhalten wenn er Handschlagqualität hat. (*Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.*)

Die gehören nicht uns. Ich weiß nicht wer sie installiert hat, wir nicht.

Das heißt, und wenn die letzten Zahlen der Arbeitslosenzahlen von der Frau Kollegin Hinterholzer genannt wurden, so habe ich gerade über Internet noch aktuellere bekommen, nämlich leider noch schlechtere. 0,5 Prozent sind wir von August auf September schon wieder angestiegen. Das heißt, wir haben nichts dazu gelernt. Im Gegenteil. Wir müssen uns bemühen, und da bin ich schon beim Herrn Landesrat, wir müssen uns bemühen, dagegen zu steuern. Nicht nur freudig darüber lachen dass ein anderer mehr hat, sondern gemeinsam müssen wir etwas dagegen tun.

Und ich komme dann auf Vorschläge noch. Vorher darf ich noch zu Kollegen Dipl.Ing. Toms ein paar Worte sagen. Er hat heute genauso gesprochen wie ich es immer bei öffentlichen Auftritte auch sage. Das Geld was im Süden verdient wird, wird oberhalb der Donau ausgegeben. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Schau, jetzt komm ich nur auf seine Worte zurück. Ich komme auf seine Worte zurück über den Fremdenverkehr und über die Zahlen. Er hat dabei vergessen, dass es auch eine Südregion gibt. Und wenn er heute versucht hat, alles schön zu reden ... Du hast es wirklich versucht schön zu reden und hast gesagt aha, die Zahlen sind zurückgegangen, weil wir Hochwasser gehabt haben. Das heißt, du meinst, der ganze Fremdenverkehr spielt sich nur im Donaauraum ab und alles andere gib't's nicht. (*LR Gabmann: Das Hochwasser war nicht nur auf der Donau! Was ist mit dem Semmering?*)

Entschuldige! Ich komm schon drauf. Wir haben kein Hochwasser gehabt, wir haben Schneekanonen gehabt und um 6 Prozent ... Wir haben Schnee genug gehabt zum Unterschied von Tirol haben wir Schnee gehabt. Aber trotzdem 6 Prozent Rückgang gehabt. Das heißt, es krankt irgendwo anders. Man kann heuer das Hochwasser als Ausrede nehmen, wenn man nur das Donautal, das Kamptal sieht als Fremdenverkehrsgebiet, aber Niederösterreich ist größer. Auch im Süden gibt es Fremdenverkehr. Denn auf Grund der Statistik ist der Süden gleich groß im Aufkommen wie das Donautal und wie das Mostviertel. An den Nächtigungszahlen sind wir fast gleich oder Ankunfts zahlen. Das heißt, wenn man schon davon spricht, dann muss man das andere auch dazu nehmen. Nicht nur dort wo es passt zum Schönreden.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich schon zum Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds kommen. Na selbstverständlich werden wir dem die Zustimmung erteilen. Ist auch keine Frage. Nur glaube ich, muss man ein bisschen das Gesamte hinterfragen. Ob

die jetzige Art des Fonds noch die richtige ist oder ob man nicht ein bisschen in eine andere Richtung gehen soll, weil – ich werde es dann versuchen zu belegen – irgendwo der jetzige Weg schon eine Sackgasse ist meiner Meinung nach. Man muss mehr tun, um in eine andere Richtung wieder hinzukommen.

Ich sage jetzt nur 2002 Wirtschaftswachstum 2 Prozent, Inflationsraten 2,8 Prozent, nicht ganz 7 Prozent Arbeitslose. Was hat der Fonds aus sich heraus getan außer gut gehende Betriebe gefördert bei ihren Maßnahmen? Aber was hat er denn dazu getan oder entgegen getan gegen die Arbeitslosigkeit? Der Fond hat, und das meine ich damit, wo man ein bisschen in eine andere Richtung gehen muss. Der Fonds kann wohl auf der einen Seite gutgehende Betriebe, schlechter gehende Betriebe unterstützen, hat aber jetzt keine Möglichkeit – vom der jetzigen Situation aus – innovativ zu sein, gegen Rezessionen zu arbeiten. Risikokapital zur Verfügung zu stellen. *(LR Gabmann: Da gibt's ja andere Gesellschaften!)*

Ja, ich habe eh die Zahlen auch da, wieviel dort in Anspruch genommen wurde. Wenn ich im ganzen Jahr zwei Anträge habe, so ist das ja nicht unbedingt viel. Das heißt, entweder ist es den Firmen nicht bekannt, muss man mehr Werbung machen, die Handelskammer muss mehr mit den Firmen reden, oder wir als Fonds müssen aktiver sein. Die Zahlen sprechen nicht dafür, dass wir so gut liegen in der Wirtschaft, weil wir zu wenig Anträge meiner Meinung nach haben.

Und wenn ich jetzt noch schaue von wo die Anträge herkommen, 379 aus dem Waldviertel, 215 aus dem Weinviertel, 552 aus dem Mostviertel und 432 aus dem Industrieviertel. Das heißt nach meiner Aussage, dass dort, wo Zentren sind, noch mehr gemacht wird. Nämlich wenn ich sage Mostviertel, Linzer Raum, Steyrer Raum, Amstettner Raum. Dort prosperiert die Wirtschaft, dort werden wir größer. Dort gibt es auch die Anträge. Es gibt sie zum Beispiel in Weinviertel nicht, es gibt sie zum Teil im Waldviertel, wenn du dir die Bezirke anschaust, auch nur dort wo es jetzt schon ein bisschen was gibt. Und es gibt Anträge im Wiener Umland, ich sage, im Speckgürtel um Wien. Dort gibt es auch die Anträge. Das heißt, wir haben punktuell die Anträge da, aber landesweit so verschieden, dass die Wirkung teilweise dort wo wir es brauchen würden, nicht vorhanden ist.

Und das, glaube ich, müsste eine Möglichkeit sein, von der Leitung des Fonds, von der Aktivität her so zu disponieren und in diese Richtung zu gehen, dass es landesweit gleiche Chancen gibt,

wo auch in anderen Bereichen mehr Ansiedlungstätigkeit getan wird.

Und da bin ich bei der ECO PLUS. Die tätigt Betriebsansiedlungen, aber hauptsächlich dort wo sie ihre Gründe hat. In anderen Gemeinden wird nicht einmal nachgefragt ob man wo etwas hat. Das ist zuerst der Wiener Neudorfer Raum gewesen. Dort haben wir Gründe gehabt. Das ist der Raum in Wolkersdorf, dort hat man Gründe gekauft. Es ist jetzt teilweise die Civitas Nova wo die ECO PLUS dabei ist, aber alle anderen Gemeinden ... *(Abg. Mag. Schneeberger: Ist die ECO PLUS nicht dabei? Rede nicht so viel was nicht stimmt!)*

Bei der Civitas Nova? Seit wann sind sie nicht dabei! *(Abg. Mag. Schneeberger: Die sind nicht dabei. Die sind daneben. Dort wo was geschieht ist die ECO PLUS!)*

Entschuldige! Für mich ist das ein Gebiet. Aber dort ist die ECO PLUS zu Hause. *(Abg. Mag. Schneeberger: Gottseidank kenn ich mich aus! Das sind zwei Gebiete!)*

Okay. Aber für mich ist beides Steppe. Entschuldigung, aber das heißt, dort wird punktuell von der ECO PLUS etwas gemacht und die anderen Gemeinden existieren praktisch nicht. Wenn sie auch Betriebsgründe haben, aber da gibt's keine Anfrage, wäre das für euch eine Möglichkeit oder wäre das keine Möglichkeit. Das heißt, hier glaube ich, ist noch Nachholbedarf dementsprechend landesweit ein bisschen mehr Gerechtigkeit zu verteilen.

Und meine sehr geschätzten Damen und Herren, wenn man den Bericht aufmerksam durchliest, so kommt man wirklich drauf, dass – und da bin ich beim Kollegen Mag. Fasan – manche Förderungsmöglichkeiten wohl gegeben sind, nicht in Anspruch genommen werden. Und wenn ich weiß zwei im ganzen Jahr, so muss man, glaube ich, nachdenken, wie bringe ich mehr Geld in die Wirtschaft.

Nicht sich darüber freuen dass man 30 Millionen Schilling weniger ausgegeben hat, sondern es wäre die Freude eher da wenn man mehr ausgegeben hätte und mehr in die Wirtschaft investieren hätte können. Weil dann hätte man mehr Arbeitsplätze vielleicht schaffen können. Aber wenn ich weniger Förderung gebe muss mir klar sein, dass damit weniger Arbeitsplätze geschaffen werden. Herr Landesrat, versuchen wir den Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds wieder zu dem machen wie er heißt, nämlich Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds. Und geben wir ihm diese Möglichkeiten, auch mit Leasing und Kapital auszustatten. Junge Unternehmer

zu unterstützen und nicht nur bei der Bilanz schauen, aha, da kann mir eh nichts passieren, den Betrieb unterstütze ich, und wenn die Bilanz nicht ganz gut ist, so kommen die Abweisungen. Das hat mit Strukturverbesserung nichts zu tun. Weil der gesunde Betrieb braucht eh nicht die Förderung zur Strukturverbesserung. Der am Anfang kränkelnde Betrieb braucht eine Unterstützung um seine Struktur verbessern zu können. Und da muss man ein Geld hineingeben und nicht ablehnen.

Ich hoffe, dass meine Anregungen ein bisschen in eine andere Richtung zu gehen, bei dir, Herr Landesrat, auf nahrhaften Boden gefallen sind. Wir werden dem zustimmen. Aber ich sage trotzdem, bitte versuchen wir, den Fonds attraktiver zu gestalten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Hofbauer.

Abg. Ing. Hofbauer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die Berichte des Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds und des Fremdenverkehrsförderungs fonds geben die Möglichkeit, die Leistungsbilanz der NÖ Wirtschaft auch im Hohen Landtag darzustellen. Unverständlich ist für mich, wenn dann von diesem Rednerpult aus, wie der Herr Kollege Mag. Fasan, eine Besudelung, so möchte ich das formulieren, für die NÖ Wirtschaft ausgesprochen wird. Hier wird dem Landesrat Gabmann vorgeworfen, dass in seinem Bezirk bei der Nahversorgung und bei der Ausstattung mit Einkaufszentren eine sehr schlechte Grundlage geschaffen hat. Ich möchte als Beispiel, und hier merken wir, Herr Kollege Mag. Fasan, wie wenig Ahnung Sie vom Bezirk Gmünd zum Beispiel haben. Ich möchte Ihnen die Stadt Gmünd als Beispiel nennen. Hier ist es gelungen, mit der Ansiedelung von Einkaufszentren und Märkten die beiden bisher von der Bahnlinie getrennten Stadtteile näher zueinander zu bringen. In Gmünd ist es dank der Ansiedelung gelungen, auch im Stadtzentrum eine intakte Einkaufssituation zu belassen und das ist die Grundlage für Wohlbefinden, für Lebensqualität auch in unseren Gemeinden.

Sie sprechen hier auf der einen Seite, dass eine Rallye eine gewaltige Belastung für die Umwelt sein sollte. Sie selbst machen mit bei einer Oldtimer-Rallye wo noch 35 l Superbenzin pro 100 Kilometer gebraucht werden, im Vergleich zu unseren heutigen Autos mit 4 Liter Dieselöl eine wesentlich höhere Umweltverschmutzung. *(Unruhe bei den Grünen.)*

Sie behaupten hier oder stellen in Frage, dass die Entwicklung der Wirtschaft in Niederösterreich rückläufig ist. Wenn wir viele Veranstaltungen haben, können wir uns auch über zusätzliche Gäste freuen.

Und eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich von diesem Rednerpult aus schärfstens zurückweisen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Für die Pflegesituation in Niederösterreich den Ausdruck „Pflegenotstand“ zu verwenden. Hier wird unterschwellig unser Bundesland Niederösterreich mit der Situation in Wien verglichen. Das hat sich die derzeitige Situation in Niederösterreich bei der Betreuung unserer betagten und pflegebedürftigen Menschen nicht verdient! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop ist es gelungen, in den letzten Jahren bei den NÖ Pflegeheimen und Betreuungsstätten einen derart hohen Standard zu erreichen dass wir internationale Anerkennung finden und dass wir noch Bedarf an Pflegepersonal haben, das ist der zweite Aspekt. Aber die Betreuung unserer betagten Mitmenschen und Pflegebedürftigen geschieht in Niederösterreich auf einem menschlich intakten Niveau und das verdient auch die Anerkennung in diesem Haus! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Als Vertreter eines peripheren Gebietes in Gmünd weiß ich was es heißt, Verkehrswege ausgebaut zu haben und den Pendlern und Menschen die Möglichkeit zu geben, rasch zum Arbeitsplatz zu kommen. Es ist für jemand eine Zumutung wenn er von Gmünd täglich nach Wien pendeln muss, ob jetzt mit dem Pkw oder der Bahn, und zwei Stunden fahren muss. Der rasche Ausbau unserer Verkehrswege, ob Bahn oder Straße, ist unbedingt notwendig um die Erreichbarkeit der Arbeitsplätze gewährleisten zu können.

Die Nordautobahn wird es ermöglichen, dass auch auf dieser Strecke sehr rasch zu den Arbeitsplätzen gekommen wird und dass die Menschen nicht Wochenpendler werden oder abwandern aus der Region, sondern dass sie als Tagespendler täglich nach Hause kommen und bei ihrer Familie leben und wohnen können. Das ist eine Voraussetzung wo sich unsere Menschen auch in den peripheren Gebieten in Zukunft wohlfühlen und bleiben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte aber in meinem Bericht die Auswirkungen dieser beiden Berichte des Fremdenverkehrsförderungs- und Wirtschaftsförderungs fonds im Hinblick auf die Situation am Arbeitsmarkt etwas darstellen.

Wir haben im Jahr 2002 mit über 520.000 unselbständig Beschäftigten im Jahresschnitt den Stand von 2001 halten können. Nicht in allen europäischen Ländern ist es gelungen, auch in einigen Bundesländern Österreichs nicht. Dass wir mit 6,9 Prozent Arbeitslosen den österreichischen Durchschnitt auch in unserem Bundesland haben, ist auf der einen Seite erfreulich. Aber da bin ich mit dem Kollegen Kautz konform, jeder Arbeitslose ist einer zu viel. Nur, wenn es im Nachbarland Wien 9 Prozent Arbeitslose gibt, dann muss ich mich schon fragen, wie funktioniert die Wirtschaftspolitik im Bundesland Wien und wie funktioniert die Wirtschaftspolitik in unserem Bundesland Niederösterreich.

Wir haben erfreulicherweise im heurigen Sommer ein Anzeichen für eine Trendumkehr. Wir haben im August und September eine Reduktion der Arbeitslosen um 1 Prozent erreichen können. Wien leider Gottes ein Plus von plus 9,4 Prozent. Wir wissen, dass von den 700.000 Beschäftigten in Wien ungefähr 100.000 Niederösterreicher sind. Und wenn der Niederösterreicher der in Wien arbeitet seinen Arbeitsplatz verliert, dann belastet er in der Arbeitslosenstatistik das Bundesland Niederösterreich. Daher ist dieser Wert von plus 1 Prozent beim Abbau der Arbeitslosen ein noch höher anzuerkennender Wert als er vielleicht mit 1 Prozent aussagt.

Die aktive Arbeitsplatzpolitik in unserem Bundesland Niederösterreich ist geprägt vom Begriff oder Übertitel Pröll-Prokop-Job-Initiative. Hier ist insbesondere im Bereich der Lehrlinge eine sehr erfolgreiche Leistungsbilanz aufzuzeigen. 36 Prozent der Jugendlichen beginnen mit der Lehre ihren Berufseinstieg. Und wir haben Gottseidank in Niederösterreich mit 5.860 Betrieben viele die bereit sind, Lehrlinge auszubilden. Und diese Betriebe beschäftigten derzeit über 18.000 Lehrlinge.

Besonders im Bereich des Tourismus ist die Lehrlingsausbildung und die Heranbildung qualifizierter Mitarbeiter eine ganz wichtige Aufgabe. Wir selbst genießen es wenn wir kulinarische Köstlichkeiten in einer gemütlichen Gasthausatmosphäre und von hoher Bedienungsqualität erleben können und damit auch die hohe Kultur, die hohe Wirtshauskultur in Niederösterreich erleben können.

Ich möchte mit einem Beispiel hier anschließen: Das Kurhaus Moorbad Harbach bildet jährlich ungefähr 30 Lehrlinge aus. Die Auszubildenden haben ja eine gewaltige Aufgabe auch in der Vermittlung des Wissens. Und wenn es gelingt, dass dieses Haus im heurigen Jahr bei den Staatsmeisterschaften, bei der Europameisterschaft und bei der Welt-

meisterschaft Spitzenplätze belegen kann, dann beweist das, dass unsere Auszubildenden eine sehr gute Leistung erbringen und dass wir auch bei den Lehrlingen ein sehr hohes Niveau erreichen konnten.

Richtig ist auch, dass wir bei den Lehrlingen derzeit noch ungefähr unterschiedlich von Region zu Region doch einige unterbringen müssen. Das von Pröll und Prokop geschaffene Lehrlingsaufnahmernetz wird in diesen Tagen für 700 Lehrlinge die Möglichkeit bieten, neu in den Beruf einzusteigen. Und zwar insbesondere bei den Zukunftsberufen und nicht bei den Überschussberufen wo wir in der Folge wieder Probleme haben diese Leute zu beschäftigen.

Möglich ist das in sehr enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und auf der anderen Seite mit den Ausbildungsstätten. Dass wir bei dem Lehrlingsaufnahmernetz eine Erfolgsquote von 70 bis 80 Prozent haben zeigt, dass wir hier am richtigen Weg sind und gegenüber der von der SPÖ immer wieder geforderten Lehrlingsstiftung, die auf der einen Seite sehr teuer war und wenig effizient, eine bessere Lösung anbieten können.

Die Pröll-Prokop-Job-Initiative hat auch in anderen Bereichen über den Verein Jugend und Arbeit vielen jungen Menschen und auch anderen, älteren die aus dem Berufsleben herausgefallen sind, wieder eine Möglichkeit gegeben einzusteigen, in das Berufsleben integriert zu werden. Hier können wir auf eine beachtliche Leistungsbilanz blicken.

All das geht aber nur wenn die Wirtschaft bereit ist, hier entsprechend mitzuarbeiten. Und hier möchte ich auch die optimale Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice Niederösterreich in den Vordergrund stellen. Wir erinnern uns noch wie kritisch die Situation der Privatisierung des AMS gesehen wurde. Für mich was es eine Freude, gestern den Herrn Hofrat Homrighausen erleben zu dürfen bei der Berufsinformationsveranstaltung in Zwettl, wo er mit Freude sein Dienstleistungsunternehmen, das marktorientiert arbeitet, vorgestellt hat. Das AMS ist heute weit weg vom seinerzeitigen verstaubten Arbeitsamt. Das AMS ist heute ein Dienstleistungsunternehmen das bereit ist, mit der Wirtschaft und mit den anderen Bereichen des Landes optimal zum Wohle unserer Wirtschaft zusammen zu arbeiten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Berichte enthalten noch eine Vielzahl von positiven Beispielen der NÖ Wirtschaft. Ich möchte nur die Vielzahl der Betriebsansiedelungen, die Innovationen, Forschung und Entwicklung, Kooperationen und Cluster nennen. Einen Punkt möchte

ich aber speziell noch erwähnen, und zwar es ist vorhin bereits das Beispiel Deutschland genannt worden. Ich bin froh, dass unser Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll gemeinsam mit Landesrat Ernest Gabmann Initiative gesetzt hat, den Wirtschaftsstandort Niederösterreich jenen Bereichen Europas anzubieten, wo es momentan große wirtschaftliche Probleme gibt.

Und ich muss das schärfstens zurückweisen, dass Helmut Kohl vielleicht jetzt die Verantwortung hat für die Missstände, die in Deutschland Bundeskanzler Schröder in den letzten Jahren seiner Regentschaft heraufgeführt hat. Wenn man dem Helmut Kohl vorwerfen möchte, er, Helmut Kohl war es, der mit der raschen Wiedervereinigung Deutschlands die Grundlage für die EU-Erweiterung geschaffen hat. (*Beifall bei der ÖVP. – Unruhe bei der SPÖ.*) Und uns Österreichern auch letztendlich die Chance gibt, dass wir mit 1. Mai 2004 in das Kernstück Europas rücken und nicht mehr an den Rand gedrängt sind.

Ich möchte noch einen Punkt von Herrn Kollegen Kautz hier anmerken, den ich nicht unwidersprochen lassen kann. Dem Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll wird vorgeworfen, dass er in Kottlingbrunn tausend Arbeitsplätze versprochen hätte die noch nicht umgesetzt sind. Da muss ich aber schon fragen, meine sehr geehrten Damen und Herren von den Sozialdemokraten: Was hat Ihre Bürgermeisterin Feuchtl in Kottlingbrunn gemacht, was hat Landesrat Schabl gemacht als mit Investoren verhandelt wurde? Man hat demonstriert. Und wundert sich im Nachhinein wenn solche Abschlüsse nicht zustande kommen. Hier muss man den Vorwurf schärfstens zurückweisen und einmal im eigenen Haus schauen welche Beiträge man leisten kann um Betriebsansiedelung umzusetzen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die beiden Berichte sind eine wunderbare Leistungsbilanz des Erfolgsweges des Bundeslandes Niederösterreich. Ich möchte mich an dieser Stelle beim zuständigen Landesrat herzlich bedanken für seine Initiativen und Engagement. Aber auch bei jenen, die in der Verwaltung uns in allen Fällen Hilfestellung geben: Walter Gamauf, Hofrat Schutzbier und bei ECO PLUS, die sehr rasch und kompetent allen Wünschen immer wieder Hilfestellung geben. Und ich bin froh, dass wir in Niederösterreich mit dieser Wirtschafts- und Fremdenverkehrsförderung auf dem richtigen Weg sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu einer tatsächlichen Berichtigung erteile ich Herrn Abgeordneten

Mag. Fasan das Wort und verweise hinsichtlich der Redezeit auf die Geschäftsordnung.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf zur Wortmeldung des Kollegen Ing. Hofbauer drei Berichtigungen vornehmen. Erstens. Er hat gemeint, ich hätte behauptet dass der Landesrat Gabmann in seinem Bezirk der Nahversorgung geschadet hat. Das ist unrichtig, ich weise das zurück! Ich habe überhaupt nichts über Herrn Landesrat Gabmann im Zusammenhang mit seinem Heimatbezirk gesprochen. Daher kann das nicht richtig sein.

Zweitens: Sie haben behauptet, ich selbst hätte an irgendeiner Oldtimer-Rallye teilgenommen. Das ist auch falsch. Ich habe selbst noch nie an irgendeiner Rallye teilgenommen.

Drittens: Sie haben behauptet, indem wir das Wort Pflegenotstand verwenden, würden wir unerschwellig einen Vergleich zu den Zuständen in Lainz mit den niederösterreichischen Zuständen herstellen. Ich weise auch das als absolut unrichtig zurück. Es wäre schlimm wenn es so wäre. Und wir behaupten es in keinsten Weise. Im Gegenteil. In Niederösterreich herrscht eine ganz andere Struktur, Gottseidank haben wir die. Aber wir verweisen immer wieder darauf. (*Abg. Mag. Schneeberger: Das hast du aber nicht erwähnt!*)

Wir verweisen immer wieder darauf dass diplomiertes Pflegepersonal fehlt, und zwar schon seit Jahren. Und dass es auch schon seit Jahren bekannt ist. Und das kann man durchaus auch als drohenden Pflegenotstand bezeichnen. Und überdies den Ausdruck „Besudelung“ im Zusammenhang mit der Politik des Herrn Landesrates weise ich auch auf das Schärfste zurück! (*Beifall bei den Grünen.*)

Dritter Präsident Ing. Penz: Die Rednerliste ist erschöpft. Wird seitens der Herren Berichterstatter ein Schlusswort gewünscht?

Berichterstatter Abg. Mag. Riedl (ÖVP): Ich verzichte!

Berichterstatter Abg. Doppler (ÖVP): Ich verzichte!

Dritter Präsident Ing. Penz: Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 37/B-8:*) Ich stelle fest, der Antrag ist einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 38/B-13): Dieser Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen!

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Friewald, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 57/H-1 einzuleiten.

(Unruhe bei der FPÖ.)

Berichterstatter Abg. Friewald (ÖVP): Hohes Haus! Ich darf zum NÖ Beteiligungsmodell – revolvierende Ausnützung des Haftungsvolumens und Erweiterung des Beteiligungsmodells berichten, Ltg. 57/H-1.

Im Jahr 1993 wurde dieses Modell vom NÖ Landtag beschlossen und es war damals ein Meilenstein für die Zukunftsentwicklung, glaube ich, einer modernen Wirtschaftsförderung und darf folgenden Antrag namens des Finanz- und Wirtschafts-Ausschusses stellen (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Haftungsrahmen zur Besicherung von Beteiligungskapital in der Höhe von 72,67 Mio € bzw. der Rahmen für Zinsenzuschüsse und Betreuungskostenzuschüsse in der Höhe von 90,84 Mio € wird wiederausnützbar zur Verfügung gestellt.
2. Das Beteiligungsmodell wird für die Erfordernisse der Basel II Eigenkapitalvereinbarung, zur Finanzierung von Betriebsübernahmen, Eigenkapital-, Treuhand- und Innovationsfinanzierungen sowie für Maßnahmen zur Verbesserung der Kapitalstruktur von Unternehmen erweitert, wobei diese Bereiche zu marktkonformen Bedingungen angeboten werden sollen.
3. Die NÖ Landesregierung hat auf Basis des Berichtes Richtlinien zu erlassen.
4. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die zur Durchführung des Beschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

Ich darf den Herrn Präsidenten bitten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

Dritter Präsident Ing. Penz: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Werter Präsident! Herr Landesrat! Kollegen des NÖ Landtages!

Bevor ich mit dem vorliegenden Geschäftsstück beginne, möchte ich wirklich noch einmal feststellen, dass bei der vorigen Abstimmung sehr wohl die zwei Freiheitlichen mitgestimmt haben. Das ist nicht nur dass wir es so glauben und getan haben, das haben auch andere Kollegen unserer SPÖ-Fraktion gesehen. Die haben das auch gesehen. Also Herr Präsident, ich würde bitten, dass Sie in Zukunft doch auf das schauen wenn Abgeordnete die Hand heben oder nicht heben. Und sollten Sie damit ein Problem haben, dann glaube ich, dass Ihr das in der Präsidiale jederzeit diskutieren solltet.

Jetzt zum vorliegenden Geschäftsstück. Es geht um das NÖ Beteiligungsmodell, die Ausnützung des Haftungsvolumens und vor allem um die Erweiterung dieses Beteiligungsmodells.

Es wurde im März 1993 dieses Modell beschlossen und es soll zur Besicherung von Beteiligungskapital an niederösterreichischen Betrieben dienen. Es soll der Stärkung des Eigenkapitals, der Ausstattung des Eigenkapitals unserer heimischen Betriebe dienen und soll ihnen bei wirtschaftlichen Entscheidungen, bei Erweiterungen, bei einer Expansion auch helfen. Weiters geht es um eine Anpassung dieses Beteiligungsmodells an die Erfordernisse von Basel II.

Auch auf Grund dessen, dass wir auch in den nächsten Jahren sehr viele Nachfolgebetriebe haben wo es zu Übernahmen kommt, ist es äußerst wichtig, dass wir hier diese Entscheidung heute treffen.

Auch ist positiv zu erwähnen, dass die Auswertung ergeben hat, dass es bei weitem nicht zu so hohen Ausfällen gekommen ist wie man annehmen konnte. Das heißt, dass bei der Abwicklung dieses Beteiligungsmodelles die Betriebe doch ordentlich geprüft wurden, dass die Anträge ordentlich geprüft wurden. Und wenn ich hier nachlesen kann dass es bei 13 Prozent, also wertmäßig 11 Prozent, geblieben ist, dass es hier bei den geplanten Zahlen eine deutliche Unterschreitung gegeben hat, dass hier die Abwicklung doch in Ordnung ist.

Es ist wichtig, auch in gewissen Bereichen, wo Innovation gefragt ist, wo Betriebe in dieser Richtung investieren, dass es hier zu einer Beteiligung kommt. Auch wenn die Gefahr besteht, dass es manchmal doch vielleicht auf Grund einer Fehlent-

scheidung, die keiner wirklich möchte, der Betrieb dann nicht überleben kann. Trotzdem ist es wichtig, dass wir hier innovative Projekte unterstützen. Denn nur wenn wir die Unterstützung positiv sehen, können wir auch riskante Beteiligungen dann doch über die Runden bringen – und das entgeht auch diesem Bericht – letztendlich auch ausgezeichnete Bonitäten letztendlich zur Verfügung haben. Was auch positiv ist, dass das Modell in Hinkunft noch flexibler und leichter administrierbar sein wird.

Im Großen und Ganzen sollten wir, nachdem wir ja jetzt zwei Berichte einstimmig zur Kenntnis genommen haben, die ja letztendlich auch mit Wirtschaftsförderung zu tun gehabt haben und mit Tourismus und hier dieses Beteiligungsmodell wir ja nicht abgekoppelt sehen können. Denn Wirtschaftsförderung bedeutet letztendlich jede Art von Förderung. Und da ist ja eine Beteiligung letztendlich eine wesentliche Unterstützung und Hilfe.

Dass wir dieses Beteiligungsmodell in Zukunft wichtiger denn je sehen werden, auf Grund der bevorstehenden Erweiterung, glaube ich, sollten wir schon wissen. Und wir sollten auch daher bei vielen Entscheidungen in Zukunft zu unseren heimischen Betrieben stehen, sie weiterhin unterstützen. Weil wir eben bei dieser Osterweiterung in erster Linie unser Geld für unsere Betriebe zur Verfügung stellen sollen.

Ich weiß, dass in Form von vielen Kooperationen wir auch andere Fördertöpfe haben, doch für Betriebe die im Grenzraum tätig sind und der Grenzraum wird sich auch Richtung Ballungsraum verschieben. Es wird nach dieser Osterweiterung auch Betriebe, wenn ich nur den Grenzraum bis Krems nehme, hier anschauen, es wird auch in Krems wichtig sein, dass auch dort weiterhin es zu Unterstützungen und zu Beteiligungen kommen wird, so wie auch im Ballungsraum rund um Wien.

Dass wir – und das ist ja berichtet worden in den zwei Geschäftsstücken vorher – generell die Förderungen überdenken sollten in Zukunft. Ja, ich kann mir vorstellen, dass wir im Bereich der Förderpolitik im Allgemeinen in gewissen Bereichen auf die Probleme der Osterweiterung, die kommen werden und entstehen könnten, sicherlich reagieren werden müssen.

In diesem Zusammenhang ist sicherlich wichtig, dass wir, wenn wir hier überdenken dass wir auch die Frage der Zielgebiete mit überdenken – und da ist uns ja allen klar, dass nach Auslaufen dieser Programmperiode es zu einer neuen Einstufung dieser Zielgebiete kommt und daher es

wichtig ist, dass wir, wenn wir wissen, dass bei der Osterweiterung dann drüber der Grenze es sich um Ziel 1-Gebiete handelt, wir alles unternehmen dass wir herüber der Grenze in etwa die gleichen Förderbedingungen zur Verfügung haben.

Wie wir dieses Gebiet nennen, ob es sich alles in der ländlichen Entwicklung abspielt oder ob wir zusätzlich andere Unterprogramme haben werden, glaube ich, wird ziemlich egal sein. Es wird den Unternehmer letztendlich nicht wirklich interessieren. Vielmehr interessieren wird den Unternehmer, dass er relativ rasch eine Unterstützung bei seinen Vorhaben haben wird.

Dass, und da komme ich schon zum Schluss, wir bei der Auswahl der Unterstützung in Zukunft auch im Wesentlichen die Projekte auf unsere Klein- und Mittelbetriebe konzentrieren sollten, ist mir ein Herzensanliegen. Ich bin bereit, sehr viele Ideen zu unterstützen. Aber wir haben leider Gottes gesehen, und ich arbeite selbst in einer Plattform, in der EU-Plattform Waldviertel mit, wo unser Geschäftsführer der Adi Kastner immer wieder dann von den sogenannten Kübelprojekten spricht. Das sind die Projekte wo leider Gottes im Vorhinein schon jeder weiß dass sie keinen Fortbestand haben werden.

Daher ist es mir wichtig, dass wir unser Geld, das wie immer nicht in großen Maßen vorhanden sein wird, für die Förderungen und für die Betriebe hergeben wo wir wissen, dass sie in Zukunft unsere Arbeitsplätze in den Regionen sichern werden. Und für diese Betriebe ist dieses Beteiligungsmodell ein Garant dafür, dass wir auch in Zukunft weiterhin Arbeitsplätze sichern werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Präsident Sacher.

Abg. Präs. Sacher (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Wir setzen also mit diesem Tagesordnungspunkt die vorhergehende Wirtschaftsdebatte fort und ich darf hier feststellen, dass selten es so wichtig war, wirtschaftspolitische Initiativen zu setzen oder bereits beschlossene Maßnahmen zu verbessern wie heute.

Angesichts der aktuellen Beschäftigungs- und vor allem der Jugendbeschäftigungszahlen ist es notwendig, durch die Landespolitik zielführende Aktivitäten zu setzen. Der heute zu diskutierende Beschluss ist eine solche Maßnahme, die wir begrüßen und mittragen.

Die Novelle des NÖ Beteiligungsmodells als Förderungsinstrument für Unternehmensgründung und Arbeitsplatzsicherung in Niederösterreich ist eine notwendige und eine gute Vorgangsweise. Es wurde vorhin über die Arbeitsmarktdaten diskutiert. Und nachdem ich jetzt am Wort bin möchte ich schon aus meiner Sicht noch eine Anmerkung dazu bringen. Umso mehr, um damit zu unterstreichen, dass eben dieses Beteiligungsmodell zur Wirtschaftsförderung dringendst notwendig ist.

Es hat sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr wohl verlangsamt. Im August erstmals seit 27 Monaten, war sie etwas geringer, ist sie unter das Niveau des Vorjahres gefallen, so informiert uns das Arbeitsmarktservice. Die Hauptursache dafür lag aber nicht in einer konjunkturbedingten Verbesserung der Arbeitsmarktlage, sondern vor allem darin, dass das Arbeitsmarktservice verstärkte Schulungsmaßnahmen gesetzt hat, dass also viel mehr arbeitslose Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Schulungsmaßnahmen gewesen sind.

Ende August befanden sich 4.944 Personen in Schulung, die nicht als Arbeitslose gezählt werden. Jetzt im September sind es sogar 6.000. Das ist prozentmäßig mehr als im Bundesdurchschnitt. Und daher sind die Zahlen und Fakten wohl verbessert nach außen hin, aber tatsächlich sind diese Menschen ohne Arbeit. Es ist leider so. Auf eine offene Stelle sind im August acht Arbeitslose gekommen. Das heißt also, wenn wir heute über dieses Paket, über diese Novelle diskutieren, ist sie dringend notwendig.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf mir aber auch im Hinblick auf die NÖ Volkspartei eine Anmerkung hier erlauben. Die Diskussion vorhin hat ja gezeigt, dass Sie so gerne auf andere Bundesländer hinzeigen - vor allem gewisse Rednerinnen und Redner – um Niederösterreichs Situation besser darzustellen. Was ich nicht gehört habe aber was gesagt werden muss, ist, dass Niederösterreich sich nicht auf einer Insel der Seligen befindet, sondern dass uns vor allem ein bundespolitischer und ein wirtschaftspolitischer Wind von der Bundesregierung in Niederösterreich sehr stark entgegen bläst. Und dass dieses Umfeld gerade in Niederösterreich jetzt der ÖVP auch Sorge zu machen scheint. Ich kann mir die Anmerkung nicht verkneifen, es bedurfte erst einer Landtagswahl am vergangenen Wochenende, dass dies auch von den niederösterreichischen Vertretern so gesehen wird. Ich entnehme nämlich der heutigen Tagespresse und anderen Medien, dass der Herr Landeshauptmann bzw. dessen Sprachrohr, dessen Landesparteiensekretär, mit der Politik der Bundes-

ÖVP in Wirtschaftsfragen und vor allem mit der Politik des Bundeskanzlers Schüssel überhaupt nicht einverstanden zu sein scheint. Ich zitiere den heutigen „Kurier“ meine sehr geehrten Damen und Herren. Unter Anführungszeichen wörtliches Zitat: Niederösterreichs Volkspartei soll einen eigenständigen Weg gehen. Originalton: Die Bundespartei sollte von manchen eingeschlagenen Wegen umkehren. Kollege Karner hat das gesagt. Karner verlangt eine verständliche Linie von Schüssel. Liebe Damen und Herren! Damit ist die NÖ Volkspartei, ich gratuliere Ihnen dazu, auf einem positiven Weg der Selbsterkenntnis seit heute. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Dr. Krismer.)*

Das hat offensichtlich auch Landeshauptmann van Staa erkannt. Van Staa auch heute, man kann es kaufen an jedem Kiosk, „News“, ich habe es mit, ich kann es dir dann lesen lassen, Kollege Hiller. Van Staa wörtlich: Blanker Neoliberalismus sei es was Schüssel, Grasser und Co. aufführten. Zitat des Tiroler Landeshauptmannes aus „News“ von heute zum Thema Privatisierung und Ausverkauf von VÖEST und BUWOG-Wohnungen. Wörtliches Zitat: Nur zu sagen, der Staat zieht sich zurück, Privatisierung, das alleine ist zu wenig! Der blanke Neoliberalismus ist sicher kein guter Ratgeber. Van Staa heute in „News“.

Übrigens noch ein Nachsatz von van Staa: Ebenso warne ich eindringlich vor der Zerschlagung der Universitäten. Auch wörtliches Zitat. Ich rate noch zu einem Zusatz, vor allem an den Herrn Staatssekretär Kukacka speziell: Ebenso warnen wir zum Beispiel vor der Zerstörung der Bahn, denn die ist auch wichtig für die NÖ Wirtschaft, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Dr. Krismer.)*

Dort sind Chaos und Desaster vorprogrammiert, nur weil gewisse Scharfmacher Wirtschafts- und Verkehrspolitik mit Machtpolitik verwechseln. Das muss ich sehr, sehr deutlich sagen. Niederösterreichs Wirtschaft braucht eine funktionierende Bahn mehr als jedes andere Bundesland.

Das hat mit Wirtschaftsförderung zu tun, das hat mit dem Standort Niederösterreich zu tun. Und die Niederösterreich „Krone“ titelt heute: Machtkampf um die ÖBB. Genau das ist es, auf den Punkt gebracht. Sie hat den Nagel auf den Kopf getroffen. Es geht der Bundesregierung nicht um moderne Strukturen, nicht um konkurrenzfähige Unternehmen, nicht um ein zukunftsorientiertes passagierfreundliches oder gar ökologisches öffentliches Verkehrssystem, es geht um die blanke Macht, den parteipolitischen Einfluss. Sehr geehrte Damen und Herren, das muss man bei einer wirtschaftspolitischen Debatte am heutigen Tag sehr wohl aussprechen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Gerade Niederösterreichs Betriebe werden davon betroffen, insbesondere die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesen Betrieben als Pendler. Ich darf einen anderen Landeshauptmann zitieren aus euren Reihen, Franz Schausberger, Salzburg: Erwarte von Wien mehr Gespür und Hausverstand. Das sitzt. Merks Schüssel.

Oder: Kritik aus anderen Bundesländern. Auch heute nachzulesen. (*Abg. Hiller: Reden wir nicht über das Beteiligungsmodell? - LR Gabmann: Was hat das mit dem Beteiligungsmodell zu tun?*) Ich komm schon darauf. Nur mit Ruhe! Die sprechen sich nämlich dafür aus, dass man sich nicht aus der Verantwortung als Staat, als Land zurückziehen kann. Genau das meine ich, sehr geehrte Damen und Herren. Das bringt euch auf die Barrikaden offensichtlich. (*Unruhe bei LR Gabmann.*) Unangenehm ist es, Herr Landesrat, für euch und für den niederösterreichischen Standort. (*LR Gabmann: Was hat die ÖBB mit dem Beteiligungsmodell zu tun?*)

Wenn die ÖBB als wesentlicher Infrastrukturbereich hier zerschlagen wird, wird das Land Niederösterreich auch darunter leiden. Da nützen unsere ganzen Beteiligungs-Novellen die wir heute beschließen werden nichts mehr. (*Beifall bei der SPÖ und den Grünen. – Abg. Hiller: Das sozialistische Modell bei der Bahn hat die Leute kaputt gemacht!*)

Wenn du dich vielleicht beruhigst. Und dann komme ich zum Beteiligungsmodell, lieber Kollege Hiller.

Zum nächsten Zitat: Ich habe meinen Kollegen Bundesrat Vinzenz Liechtenstein in der kurzen Zeit als Bundesratskollegen als kompetenten und sehr aufrichtigen Politiker kennen gelernt. Weißt du was der heute sagt im „Kurier“ oder in „News“? Die Präpotenz der Bundes-ÖVP ist verheerend. Am Beispiel VÖEST zeigt sich der wirtschaftspolitische Unverstand, vor allem von Finanzminister Grasser. Er sollte abgelöst werden. Bundesrat Liechtenstein von der ÖVP. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und ich ergänze noch: Mit ihm auch sein politischer Adoptivvater, der gehört auch abgelöst. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und jetzt zum Land Niederösterreich. (*Abg. Hiller: Endlich kommen wir zur Sache!*)

Ich habe Zeit genug. Die Redezeit erlaubt mir heute, da nicht so knauserig zu sein.

Das Land Niederösterreich – und jetzt kommt das Lob an unsere Partner in der Landesregierung, Herr Landesrat – das Land Niederösterreich setzt Gottseidank positivere Signale als eure Bundes-

ÖVP. Mit der Sorge um die wirtschaftliche Weiterentwicklung im Lande wird gerade ... Das muss man ja aufbereiten, das ist nicht so selbstverständlich bei der ÖVP, dass man sich um die Wirtschaft sorgt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich könnte euch jetzt, und da werdet ihr euch wieder aufregen, sagen, während sich Niederösterreich mit dem Beteiligungsmodell, und das haben wir Sozialdemokraten schon 1993 mit eingeleitet und eingefordert und mitgetragen, beteiligt, zieht sich Schüssel, Grasser und Co. aus den Beteiligungen zurück. Das ist doch das blanke Gegenteil von dem, was wir hier machen.

Ich könnte euch jetzt aufzählen den Master of Disaster, seine Privatisierungsmaßnahmen, sein Privatisierungschaos vom Verkehrsbüro 1990 über die BIG, über die Telekom Austria. Das hört ihr nicht gern, liebe Freunde. Weil allein durch die Privatisierung von Austria Tabak der Herr Finanzminister auf horrenden Dividenden und Budgeteinnahmen verzichtet, die er der österreichischen und niederösterreichischen Wirtschaft jetzt nicht mehr zur Verfügung stellen kann. Weil er die Austria Tabak zu einem Preis verkauft hat, dass ihn der Käufer in drei Jahren wieder herinnen hat. So viel Reingewinn macht er nämlich damit. (*Unruhe bei Abg. Hiller.*)

Wir könnten auch über Niederösterreich ... VÖEST zum Beispiel. Ist es notwendig gewesen, einen prächtig florierenden Betrieb mit einer herrlich funktionierenden Eigentümerstruktur wie die VÖEST zu verscherbeln? Niederösterreich ist davon betroffen: Krems, Traisen. (*Abg. Hiller: Wir haben österreichische Eigentümer! Mehr denn je!*) Ich kann dir sagen, es gibt überhaupt keinen richtigen Zeitpunkt die VÖEST zu verkaufen (*Beifall bei der SPÖ.*), wenn man über einen Zeitpunkt diskutiert. Es ist nicht notwendig, weil die Betriebe mit der gewesenen Eigentümerstruktur hervorragend gewirtschaftet haben und großartige Erfolge erzielt haben.

Also, nun wunschgemäß zum Beteiligungsmodell im Detail. Das NÖ Beteiligungsmodell ist gegen eine solche Wirtschaftspolitik, möchte ich auch sagen, fast machtlos. Wir haben hier einen Gesamtrahmen, wenn man addiert den Haftungsrahmen und den Zinsaktionsrahmen von über 160 Millionen Euro. Das ist sicherlich für niederösterreichische Betriebe und Unternehmen und die Arbeitnehmer eine Wohltat. Das muss man klar anerkennen. Und ich sagte schon, wir haben das 1993 eingefordert. Ich hätte da zum Vorweisen die Anträge, die die Sozialdemokraten diesbezüglich eingebracht haben, bis hin zu einer tatsächlichen Be-

teiligungsgesellschaft. Aber der wurde leider von der ÖVP abgelehnt.

Dieses Modell hat viele Stärken. Es hat aber auch einige Mängel und Schwächen die man angesichts der heutigen Diskussion beseitigen sollte bzw. die Regierung die ja die Richtlinien zu erlassen hat wie es in dem Antrag lautet, sollte auch diese Mängel ins Auge fassen und die Richtlinien so erlassen, dass es noch besser und mehr ausgenutzt werden kann.

Die Stärke zum Beispiel: Drei Viertel der Projekte waren im gewerblichen Bereich, ein Viertel im touristischen Bereich. Oder, es wurde mit dem bisherigen Beteiligungsmodell ein Investitionsschub von 600 Millionen Euro ausgelöst. Der beabsichtigte Förderschwerpunkt lag auf Neugründungen und Strukturverbesserungen. Und noch eines: Man hat erwartet, dass bis zu einem Viertel, ja gar bis zu einem Drittel der Ausfall sein könnte. Das wurde deutlich unterschritten, 11 bis 13 Prozent. Man muss aber auch anmerken, dass dieser ganze Rahmen nur zur Hälfte ausgeschöpft worden ist. Nämlich statt 44 Millionen Euro nur 22 Millionen Euro. Es besteht also weiterhin eine große Förderkapazität. Und daher sollte man diese Richtlinien so gestalten, das hat auch der Kollege Kautz beim vorigen Beitrag schon gesagt, dass wir hier mit den vorhandenen Mitteln mehr Wirtschaftsförderung und mehr Impulse setzen können weil der Rahmen nicht ausgeschöpft worden ist.

Es gibt also für die Zukunft Verbesserungspotenziale. Man sollte zum Beispiel die Bewilligungsverfahren beschleunigen. Es mag schon sein dass die Mittel deswegen nicht ausgeschöpft werden, weil das zu kompliziert, zu aufwändig, vielleicht zu wenig transparent ist. *(LR Gabmann: Wir sind die schnellsten in ganz Mitteleuropa!)* Das ist gut so. Wir sollten aber auch immer evaluieren, mit den Vergleichszahlen, wenn es einmal irgendwo nicht so gut läuft, Herr Landesrat. Für die zehn Jahre Laufzeit war die Anzahl der Anträge in der Vergangenheit eher gering. Ziel sollte es sein, die Schlagzahl zu erhöhen. Das heißt, die Impulse für die NÖ Wirtschaft durch eine noch höhere Zahl an Unternehmensbeteiligungen zu erhöhen.

Ich glaube, dass Neugründungen noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken ist. Sie nahmen bisher eine zu wenig wichtige Rolle ein. Es sollte aber auch eines erhöht werden. Nämlich das Risikobewusstsein. Und es sollte Risikobewusstsein gezielt gefördert werden. Bisher war offensichtlich die Neigung vorherrschend, dass man eher nur in sichere Anträge investiert, sichere Anträge bewilligt und

bearbeitet. Wir haben die Mittel. Wir könnten also risikofreudigere und wagemutigere junge Unternehmen noch mehr fördern als bisher.

Ich möchte abschließend noch einmal sagen: Wir setzen in Niederösterreich damit ein Signal das dem deutlich widerspricht, was leider auf Bundesebene derzeit passiert. Die Landesregierung, in der wir diesen Beschluss, und hier im Landtag, sehr gerne mittragen, wird bemüht sein, die Effizienz dieses Vorhabens, Beteiligungen noch zu verstärken, damit wir die negativen Auswirkungen der Bundespolitik in Niederösterreich nicht so zu spüren bekommen wie es leider derzeit ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dipl.Ing. Eigner.

Abg. Dipl.Ing. Eigner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus dem Hohen Landtag!

Herr Landesrat! Wir haben immer gesagt, es sind zu wenig wirtschaftlich denkende Personen hier im Landtag vertreten. Wenn ich mich heute so umgehört habe, glaube ich, wurde unser Flehen erhört. Aus allen Richtungen kommen die wirtschaftlich Denkenden, von beiden Flanken werden wir heute unterstützt. Ich sehe keine Gefahr, dass heute irgend etwas nicht über die Runden gehen kann.

Geschätzte Damen und Herren! Wir haben hier einen Antrag liegen zur Fortsetzung und Erweiterung eines Förderungsmodells zur Besicherung von Beteiligungskapital für niederösterreichische Betriebe. Ein Förderungsmodell, das wohl in Österreich einzigartig ist. Dieses Beteiligungsmodell wurde eben bereits im März 1993 hier im Landtag beschlossen zur Stärkung der Eigenkapitalsbildung der Betriebe.

Förderungsschiene sollten sein Betriebsgründungen, Betriebsübernahmen, Verlegungen, also Standortwechsel, aber vor allem auch Strukturverbesserungsmaßnahmen. Gerade letztere sind also dann zum Hauptpunkt dieses Förderungsmodells geworden und stellen mehr als die Hälfte dieser Förderungen dar.

Die Pröll-Gabmann-Initiative von damals hat 1 Milliarde Schilling in Aussicht gestellt bei der Zusage einer 80-prozentigen Haftungsübernahme. Wenn ich das auf die 100 Prozent hochrechne, konnte man mit einem Beteiligungskapital von zirka 91 Millionen Euro rechnen.

Und wenn Sie gesagt haben 160 Millionen Euro wären damit zu lukrieren aus dem Ganzen heraus, dann sind wir jetzt, glaube ich, bei 85 insgesamt angelangt. Und stehen eben vor der Tatsache, dass das Modell wieder verlängert werden soll.

Die Verwaltung dieser Finanzierung wurde durch die NÖ Kapitalbeteiligungsgesellschaft, auch NÖBEG genannt, durchgeführt. Vorbildlich durchgeführt. Das eingesetzte Kapital stammt dort zu 5 Prozent vom Land, 5 Prozent von der Wirtschaftskammer Österreichs und 90 Prozent von Banken. Diese Banken haben sich bereit erklärt, zu markt-konformen Konditionen, das ist eben derzeit 0,75 Prozent über der Sekundärmarktrendite, Kredite und Gelder zu vergeben.

In diesen zehn Jahren sind also über 400 Anträge eingelangt, die von der NÖBEG sorgfältig geprüft wurden. Mein herzlicher Dank gilt hier auch dem Herrn Direktor Mann der heute hier bei uns ist und dem Herrn Hofrat Schutzbier, die das wirklich sehr sorgfältig geprüft haben.

Tatsächlich konnte eben nur zirka 53 Prozent aller Anträge die Zustimmung erteilt werden. Die Ausfallserwartung die dem Landtag damals in Aussicht gestellt wurde betrug 25 bis 33 Prozent. Wir haben schon gehört, es sind nur 11 bis 13 Prozent geworden. Deswegen aber weniger sorgfältig zu prüfen halte ich nicht für gut. Da sollten wir uns andere Wege überlegen. Bei diesem Beteiligungsmodell, glaube ich, sollte man weiterhin sorgfältig prüfen, damit eben die Fondskosten nicht zu Lasten anderer dann verschlechtert werden.

Die präliminierten Modellkosten waren ja mit zirka 43 Millionen Euro festgelegt. 24 Millionen zur Refinanzierung und 19 Millionen für Ausfälle. Tatsächlich ist es viel weniger geworden. Es sind nur 17,5 Millionen zur Refinanzierung notwendig gewesen. Und das Land hat 6,5 Millionen getroffen durch Ausfälle.

Wenn ich das auf die gesamte Laufzeit aufdividiere, dann haben wir ungefähr 2,4 Millionen Euro pro Jahr Kosten. Wenn ich das aber umrechne, dass hier mehr als 90 Millionen Euro bewegt worden sind, dann muss ich sagen, hat es hier eine ganz hohe Wertschöpfung gegeben, auch mit einer starken Breitenwirkung. Und wenn ich noch daran denke, dass das über die 90 Milliarden bei den anderen Betrieben, die Zulieferer dieser Betriebe sind, weiter geht, dann kommen wir sicherlich auf zirka 120 bis 130 Millionen Euro, die hier bewegt wurden. Die großteils zur Absicherung von vorhandenen Arbeitsplätzen, aber auch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze geführt haben.

Und ich darf auch hier erwähnen, dass im konjunkturell schlechteren Jahr 2001 das Lohnsteueraufkommen dieser Firmen, die hier Beteiligungskapital bekommen hatten, 50 Millionen Euro betragen hat. Davon sind 12,5 Millionen Euro durch den Finanzausgleich an das Land zurückgeflossen und auch die Gemeinden konnten 7,5 Millionen dadurch zurückbekommen.

Der beschlossene Rahmen von damals ist beinahe erschöpft. Es sollte daher verlängert werden. Wenn wir so ein optimales Instrument haben das die Wirtschaft ankurbeln kann und das unsere Arbeitsplätze sichern und vergrößern kann, dann sollten wir dieses Beteiligungsmodell jedenfalls verlängern.

Ein zweiter Aspekt zur Verlängerung ist auch die Anpassung an die Basel II-Erfordernisse. Hier können wir den Firmen helfen, ihr eigenes Bankrating zu verbessern um auch sonst in der Kreditwirtschaft besser Fuß zu fassen. Wir haben schon gehört, es werden in den nächsten fünf Jahren zirka 9.000 Betriebe sein die übernommen werden. Egal aus welchen Arten, ob familiär oder auch durch Fremde. Und ich möchte eines an Sie appellieren: Geben wir diesen Betrieben die Chance, weiterhin innovativ zu sein, neue Ideen umzusetzen und geben wir unsere Zustimmung zu diesem Beteiligungsmodell. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Friewald (ÖVP): Ich verzichte!

Dritter Präsident Ing. Penz: Es wird darauf verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 57/H-1:)* Ich stelle fest, das ist die Stimmeneinhelligkeit!

Zum nächsten Tagesordnungspunkt beabsichtige ich, die Geschäftsstücke Ltg. 52/B-2/1 und Ltg. 69/B-1 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Gibt es gegen diese Vorgangsweise einen Einwand? Das ist nicht der Fall. Ich ersuche Frau Abgeordnete Kadenbach, zu den beiden Geschäftsstücken Ltg. 52/B-2/1 und Ltg. 69/B-1 zu berichten.

Berichterstatterin Abg. Kadenbach (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte zum Geschäftsstück Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes über das Bundesland Niederösterreich – Verwaltungsjahr 2002 *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes über das Bundesland Niederösterreich – Verwaltungsjahr 2002 wird zur Kenntnis genommen.“

Da die Unterlagen allen Mitgliedern dieses Hohen Hauses zugegangen sind, glaube ich, können wir es uns ersparen, tiefer in die Materie in der Berichterstattung einzugehen.

Ich berichte auch zu Ltg. 69/B-1, Antrag des Rechnungshof-Ausschusses über die Berichte des NÖ Landesrechnungshofes betreffend Berndorf, NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim, NÖ Landeskrankenanstalten Fremdreinigung, Nachkontrolle; Wr. Neustädter Kanal; Produktmarketing der Landesweingüter; Lilienfeld, NÖ Landesberufsschule, bautechn. Prüfung; Abfallwirtschaftsverband Planungsgesellschaft mbH (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Berichte des NÖ Landesrechnungshofes werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen Sorge zu tragen, dass den in diesem Bericht dargelegten Auffassungen des Rechnungshof-Ausschusses entsprochen wird.“

Dritter Präsident Ing. Penz: Ich eröffne die Debatte zu diesen Geschäftsstücken und erteile Herrn Abgeordneten Waldhäusl das Wort.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Herr Präsident! Kollegen des Landtages! Wir haben zwei Geschäftsstücke zu beraten. Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes des vergangenen Verwaltungsjahres 2002, der ja im Detail schon diskutiert und zur Kenntnis genommen worden ist, eine Zusammenfassung über die Tätigkeit. Und die vorliegenden Berichte, die, wie ich meine, grundsätzlich in Ordnung sind und doch ein paar Worte man feststellen sollte.

Ich beginne mit dem Bericht Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Berndorf, den wir ja noch aus dem letzten Halbjahr, also aus dem ersten Halbjahr übrig hatten und jetzt mit behandeln. Ich möchte da nur kurz auf eine wesentliche Sache eingehen die wir ja besprochen haben und die, glaube ich, in diesem Bericht auch eine gewisse Diskussion hervorgerufen hat.

Und zwar war es die Frage der Hochwasserschutzmaßnahmen bei diesem Pensionistenheim. Es gab hier bereits vor 1997 ein Konzept dass man hier einen Hochwasserschutz installieren sollte. Das wurde dann nicht umgesetzt, weil auch die Gemeinde der Meinung war dass es hier zu einer gesamten Lösung im Gemeindegebiet und überörtlich kommen sollte.

Dieses Gesamtkonzept und –projekt ist dann auch wieder nicht zustande gekommen. Und wir haben hier diesem Bericht zu entnehmen, dass der Landesrechnungshof anregt, dann doch ein projektbezogenes Hochwasserschutzprojekt zu installieren, einmal in Angriff zu nehmen.

Es zeigt leider dieser Rechnungshofbericht auf, dass zwischen dem, was wirklich wirtschaftlich in Ordnung wäre, dass man gemeinsam mit der Gemeinde bemüht sein sollte, hier ein überregionales Hochwasserschutzkonzept voranzutreiben, nicht in der Tatsache umgesetzt wird. Woran es wirklich gekrankt hat, weiß ich im Detail nicht. Es wird auch nicht deswegen sein, weil die Kommunikation zwischen Land und Gemeinde nicht stattgefunden hat. Denn man kann ja nachlesen, es hat ja am 18. Juni 2002 einen Resolutionsantrag hier in diesem Hause der Abgeordneten Schabl und Doppler gegeben, wo eben die Errichtung von Hochwasserschutzmaßnahmen im Bereich des Triestingtals gefordert wurde.

Der Landesrechnungshof hat es aufgezeigt. Wir sollten dieses Gebäude vor Hochwasser schützen. Und da wäre es halt wichtig zusammenfassend, dass hier die Gemeinde und das Land Hand in Hand doch etwas unternehmen und nicht nur zeigen was nicht geht.

Zum Bericht der Landeskrankenanstalten Fremdreinigung, eine Nachkontrolle. Der zeigt im großen und ganzen auf, dass es Probleme bei Ausschreibungen gegeben hat bzw. dass hier die Vergabeverfahren nicht ordnungsgemäß abgewickelt wurden und daher auch die Leitung der Koordinationsstelle sich einer umfassenden Schulung im Vergaberecht zu unterziehen hat. Ich glaube, dass das nicht unbedingt schlecht ist wenn das gemacht wird und dass sich auch in Zukunft die Landesnervenklinik Mauer hier zugesagten Ausschreibungen unterzieht und sich an die Vorgaben halten sollte.

Zum Bericht Wr. Neustädter Kanal. Es handelt sich hier um einen Kanal, der letztendlich noch seinen ureigensten Aufgaben, dem Frachtverkehr,

jetzt eigentlich der Wasserwirtschaft, der Fischerei und letztendlich dem Tourismus dient. Hat eine wertvolle Aufgabe im ökologischen Bereich. Und hier wird gezeigt und aufgezeigt, dass letztendlich es zu einer Optimierung des Zahlungs- und Verrechnungswesen kommen sollte und die Verwaltungsabläufe verbessert werden.

Beim Bericht über die NÖ Landesberufsschule Lilienfeld handelt es sich um eine bautechnische Prüfung. Hier hat es, so wie in den meisten Prüfungen von bautechnischer Art immer wieder fast die gleichen Mängel gegeben, dass Akten in Verstoß geraden sind, Baudokumente zum Beispiel. Dass bei der Wahl der Vergabeverfahren oft nicht die geltenden Grundsätze eingehalten wurden. Dass Anbotsabgaben nicht immer vergaberechtlich in Ordnung waren und dass auch nach der Führung von Bautagesberichten diese teilweise dann nicht auffindbar waren oder diese nicht eingefordert wurden.

Daher ist es wichtig, dass in Zukunft hier diese Dinge in Ordnung gebracht werden. Und so wie bei vielen bautechnischen Prüfungen hoffe ich, dass wir das vielleicht in Zukunft dann bei den nächsten nicht mehr haben werden.

Bei dem Bericht zum Produktmarketing der Landesweingüter wäre festzuhalten, dass das Land hier ja Weinbaubetriebe bei den Fachschulen Krems, Gumpoldskirchen, Mistelbach und Hollabrunn und mit einer Außenstelle in Retz betreibt. Diese Weinbaubetriebe dienen in erster Linie den Schulen für Schulzwecke für die Schüler. Und natürlich wird hier auch probiert und auch in der Tat umgesetzt, dass man nach marktwirtschaftlichen Bedingungen hier diesen Wein nicht nur produziert, sondern bestmöglich auch vermarktet.

Hier wurde aufgezeigt, dass man Verbesserungen durchführen könnte, auch im Bereich der Vermarktung, aber auch im Bereich von Schwerpunktschulen. Wenn ich hier an ein modulares Schulsystem denke, ist die Kritik sicherlich angebracht. Und trotzdem möchte ich festhalten, dass man in diesem Bereich natürlich nicht immer nur marktwirtschaftlich denken kann. Denn wenn man einen Schulbetrieb führt, dann ist es auch wichtig, dass dieser Schulbetrieb auch gewisse Leistungen dem Schüler gegenüber erbringt. Und das ist immer schwer dann auch in Zahlen zu vergleichen, wie weit marktwirtschaftlicher und wie weit doch noch Schulbetrieb. Daher glaube ich, dass hier ein guter Mittelweg auf alle Fälle erforderlich sein wird.

Eine berechtigte Kritik wäre unter anderem der Lagerbestand, der in gewissen Landesweingütern

doch ein bisschen mehr als die durchschnittliche Jahresproduktion übertrifft, vor allem beim Weingut Retz mit 2,2 der Jahresproduktion. Und da sollte man halt gemeinsam an eine Strategie denken, was ja gesagt wurde, dass das jetzt stattfindet, wie man hier diese Lagerbestände ordentlich abbauen kann.

Zum letzten Geschäftsstück, meine Damen und Herren, zur Abfallwirtschaftsverbund Planungsgesellschaft. Diese Planungsgesellschaft wurde gemeinsam gegründet von der Stadt Wien und dem Land Niederösterreich. Hat die Aufgabe, die vernetzte Altlastensanierung im Marchfeld auszuarbeiten. Das war die letzte Aufgabe, die diese Gesellschaft in Angriff genommen hat.

Begonnen hat diese Gesellschaft ihre Arbeit jedoch mit der Beurteilung von Deponiestandorten in Blumau a.d. Wild und Enzersdorf a.d. Fischa. Diese wurden abgeschlossen. In Enzersdorf a.d. Fischa habe ich nachgelesen, erfolgreich als Deponiestandort geeignet. Blumau a.d. Wild, weil ich dort selbst auch schon als junger Mensch mitgeholfen habe, diese wertvolle Gegend doch zu erhalten, kenne ich etwas besser und weiß daher, dass dort sehr viel Geld investiert wurde in eine Standortsuche, die letztendlich erfolglos hat werden müssen. Denn, und das hätte auch diese Gesellschaft wissen müssen nach ihrer Tätigkeit, zumindest nach drei, vier Monaten oder den ersten Ergebnissen, dass hier dieser Standort absolut nicht geeignet ist.

Auf Grund politischer Überlegungen und Weisungen wurde dann dieses Modell, es hat ein Bürgerbeteiligungsmodell für diese UVP gegeben, weiter geführt. Es wurden leider mehr als 15 Millionen Schilling Steuergelder hier in den Sand gesetzt. Und letztendlich hat sich dann herausgestellt, dass eben dort kein Deponiestandort geeignet ist.

Und jetzt hat sich diese Gesellschaft eben damit beschäftigt, wie man eine vernetzte Altlastensanierung im Marchfeld erfolgreich lösen könnte. Es gab hier gesetzliche Probleme auf Grund Rahmenbedingungen mit dem Bund. Und wie wir in der letzten Ausschusssitzung erfahren konnten, war der Bund auch nicht bereit hier einzulenken. Es wurde die gesetzliche Grundlage nicht geändert und daher ist diese letzte Tätigkeit dieser Gesellschaft im Marchfeld auch nicht zum Tragen gekommen.

Man kann also sagen, lange Jahre hat diese Gesellschaft gearbeitet, sie hat viel Geld verschlungen und es ist jetzt aus meiner Sicht das eingetreten, das auch das Richtige ist. Es hat uns der Herr Präsident gesagt, dass diese Gesellschaft

auf Grund eines Aufsichtsratsbeschlusses aufgelöst werden wird und daher in Zukunft die Gelder, die hier teilweise meiner Meinung nach nicht sinnvoll eingesetzt wurden, in Zukunft anderen Dingen zugewendet werden können.

Ein Kapitel geht zu Ende. Es waren drei wesentliche Teile, wovon außer einem Bereich, nämlich Enzersdorf a.d. Fischa, alle anderen nicht umgesetzt werden konnten bzw. nur viel Geld gekostet haben. Da sieht man, wie wichtig es ist, dass es eine Kontrolle gibt, dass diese Kontrolle auch immer wieder zeigt wo Handlungsbedarf ist.

Und für mich ist es wesentlich und wichtig, dass dann auch die entscheidenden Schritte gesetzt werden im Interesse der niederösterreichischen Steuerzahler und daher auch diese Gesellschaft jetzt aufgelöst wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Maier.

Abg. Maier (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

In gebotener Kürze darf ich mich dem Rechnungshofbericht des Verwaltungsjahres 2002 widmen und hier im Speziellen dem Kapitel System des österreichischen Gesundheitswesens.

Wiederholterweise hat sich der Rechnungshof mit dem österreichischen Gesundheitssystem kritisch auseinandergesetzt und stellt hier im vorliegenden Bericht überblicksartig das Gesundheitssystem, seine ökonomischen Stärken und Schwächen sowie die zu einer Verbesserung erforderlichen Maßnahmen dar. Und bekanntlich, da ja das Krankenanstaltenwesen, die Grundsatzgesetzgebung hier beim Bund liegt, den Ländern die Ausführungsgesetzgebung zukommt, möchte ich mich nun in einigen Teilbereichen etwas bewegen.

Die Versorgung der Bevölkerung des österreichischen Gesundheitswesens mit Gesundheitsleistungen ist, und das wissen wir alle, in Österreich so in den Köpfen verankert, dass es überwiegend als öffentliche Aufgabe betrachtet wird. Das Gesundheitswesen wird laut dem Rechnungshofbericht des Verwaltungsjahres 2002 daher zu mehr als zwei Drittel aus Beiträgen und aus dem Steueraufkommen finanziert, das dritte Drittel wird von den privaten Haushalten aufgebracht. Und wenn ich jetzt dann zu den Zahlen ganz kurz Stellung nehmen darf, möchte ich gleich vorweg anmerken, diese Zahlen sollte man sich auf der Zunge zergehen lassen weil ich glaube, dass es dadurch einfach die Bedeutung in den Vordergrund gestellt

wird, dass wir Nachholbedarf haben beim Stärken des Kostenbewusstseins in der Bevölkerung selbst.

Die Gesundheitsausgaben in Österreich haben sich im Jahr 2000 auf 16,5 Milliarden Euro belaufen und 2001 bei 16,4, geringfügig weniger. Das sind 8 bzw. 7,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Den größten Anteil der Konsumausgaben des Staates für die Gesundheit, der entfiel im Jahr 2000 mit 5,7 Milliarden auf die stationäre Behandlung, im Jahr 2001 waren es fünf Milliarden, gefolgt natürlich von den Ausgaben für ambulante Behandlung mit 3,1 Milliarden und 3,3 Milliarden. Medizinische Erzeugnisse, Geräte und Ausrüstungen schlugen sich dann immerhin noch mit 2 Milliarden im Jahr 2000 und 2001 mit 2,1 Milliarden zu Buche.

Und diese Finanzmittel, das wissen wir, werden vom Bund, Ländern, Gemeinden, Sozialversicherungsträgern, Kranken- Fürsorgeanstalten und privaten Haushalten, damit sind eben private Krankenversicherungen sowie sonstige Finanzmittel privater Haushalte gemeint, bereit gestellt.

Und wenn wir den Bericht 2002 uns ansehen, dann teilen sich die Finanzmittel der öffentlichen Haushalte wie folgt: Gebietskörperschaften Bund-Länder-Gemeinden mit 6,4 Milliarden, Sozialversicherung Kranken- Fürsorgeanstalten mit 11,68 Milliarden. Das war Anlass für den Rechnungshof hier anzumerken, dass die Sozialversicherungsträger mehr Einfluss haben sollten. Dazu gibt es auch einige Stellungnahmen der Landesregierungen anderer Bundesländer. In Summe also 27,9 Prozent zu 50,7 im Verhältnis Gebietskörperschaften zu Sozialversicherung. Der Rest kommt von den schon angemerkten privaten Haushalten.

Und wenn ich mir den Bericht weiter ansehe, dann komme ich zum Krankenanstalten- und Großgeräteplan. Und der ist ja wohl mit Abstand sage ich einmal immer Grundlage jeder Diskussion im Gesundheitsbereich und stellt somit auch für die Entwicklung vor allem des stationären Bereiches eine wesentliche Grundlage dar. Wenngleich man hier auch anmerken muss und auf jeden Fall auch zulassen sollte eine Diskussion darüber, dass man hier über die Einbeziehung demografischer Entwicklungen und vor allem auch der Bevölkerungsentwicklung allgemein bis hin zur Bevölkerungsstruktur, bis auf den Kopf stehenden Bevölkerungspyramide, Alterspyramide eigentlich auch hier diese mehr einbeziehen sollte. Auch das ist in diesem Bericht aber nur am Rande angemerkt.

Und laut diesem Krankenanstalten- und Großgeräteplan betrug Ende 2001 die Bettendichte in Österreich je 1.000 6,2 Betten im Verhältnis. Und

das liegt weit über europäischem Niveau. Dieser Tatsache muss man sich stellen. Die Tatsache, dass 4,6 Betten das europäische Niveau darstellen. Und ich habe auch hier die Zahlen mir herausgeschrieben der anderen Länder, wenngleich man immer anmerken muss dass die Vergleichbarkeit, dadurch dass es unterschiedliche Gesundheitssysteme sind, natürlich nicht 1:1 gegeben ist. Aber es ist ein Richtweg an den man sich in etwa anpassen kann.

So liegen Frankreich, Niederlande, Dänemark, Finnland und Schweden, Schweden vor allem mit 2,4 und Finnland mit 2,4 Betten pro tausend Einwohner weit darunter. Deutschland mit 6,4 und mit 5,7 über dem europäischen Durchschnitt, ja sogar Italien liegt mit 4,9 über dem europäischen Durchschnitt.

Der Gesamtaufwand zur Krankenanstaltenfinanzierung belief sich im Jahr 2000 auf 3.975 Millionen Euro, im Jahr 2001 4.048 Millionen Euro. Und wir alle kennen die derzeitige Situation, eine weitere Steigerung ist natürlich hier in Sicht. Und die Sozialversicherung trägt dabei laut diesem Bericht den größten Anteil.

Auch die Betten haben sich natürlich entwickelt, nur allerdings in die andere Richtung. Nämlich dass die Zahl der Betten etwas sinkend ist und dass wir mit 50.229 Betten österreichweit, also 6,2 je tausend Einwohner, einen niedrigeren Stand haben als noch 1998 und hier die Entwicklung eigentlich vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt her eine gute ist, nämlich dass bei über 2,170.000 stationären Betten die durchschnittliche Verweildauer von 6,56 Tagen, die eine sinkende Tendenz aufweist, und das ist für mich Zeichen des medizinischen Fortschritts und auch der Leistung unserer Krankenhäuser, die eine besonders ausgezeichnete ist. Und das alles noch bei einer gesteigerten Auslastung von 77,94 Prozent. Also die Zahlen sprechen schon für sich. Und auch zum ambulanten Bereich kann man sagen, dass es hier leider entgegen der anderen Richtung geht. Hier haben wir 1600 Spitalsambulanzen. Sie stellen eben die Schnittstelle zwischen dem außerstationären und dem stationären Bereich dar. Und hier stiegen die Ambulanzfälle um rund 10 Prozent zwischen 1997 auf 2000 und die Kosten immer noch um 4 Prozent, hier pro Ambulanzfall wie sie hier gestiegen sind.

Und wenn ich hier den Berichten noch abschließend die Bemerkungen des Rechnungshofes erwähnen darf, dann regt man hier an, der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt wäre im Rahmen einer Gesundheitspartnerschaft

zu vereinbaren unter stärkerer Einbeziehung der Sozialversicherungsträger. Zielsetzungen, die den Reformen der bisherigen Jahre zu Grunde gelegt wurden, so der Rechnungshof, sind nur teilweise erreicht worden. Und der Zeitpunkt des Berichtes vor zwei Jahren lässt bis zum nächsten Bericht natürlich die Hoffnung zu, dass es hier doch zu einer deutlichen Steigerung der Zielsetzung kommen kann. Innerhalb des vereinbarten Rahmens wäre die bestmögliche Versorgung, mit den entsprechenden Reformschritten unter einer Finanzierungs- und Ausgabenverantwortung in Form eines ganzheitlichen Gesundheitssystems sicherzustellen als eine partnerschaftliche Reform über Ländergrenzen hinweg und das unter stärkerer Einbindung der Sozialversicherungsträger wie eben schon erwähnt. Aus meiner Sicht ein Bericht der natürlich durch den Zeitpunkt 2002 mit dem heutigen Stand der Dinge etwas verzerrt ist. Tatsächlich aber, und das ist etwas was mich als neuen Abgeordneten hier im Landtag etwas bedenklich stimmt, dass die Ämter der Landesregierung in verschiedenen Bundesländern keine Mitteilung gemacht haben, unter anderem auch das Gesundheitsreferat hier aus Niederösterreich. Und ich glaube, dass wir aus dieser Sache lernen sollten. Weil Gesundheit geht uns alle an, ist ein Gesundheitsthema, ist aber auch ein Landesthema und somit denke ich doch, oder rege ich an, dass bei den künftigen Rechnungshofberichten zu diesem Thema auch das Land Niederösterreich, das Gesundheitsreferat, eine Stellungnahme abgeben sollte. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritter Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Dr. Krismer.

Abg. Dr. Krismer (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Leider sind die Reihen etwas gelichtet zu diesem doch wichtigen Rechnungshofbericht. Sie werden es erraten, ich werde zum Landesrechnungshofbericht LPP Berndorf meine Rede halten.

Eingangs möchte ich Ihnen, und das ist mir wichtig heute, mitgeben, dass ich mich seit dem Bekanntwerden des Pflegeskandals in Wien schon mit der Frage beschäftige, ob ich nach Vorlage dieses Berichtes zu einer anderen Bewertung gekommen wäre als Sie vielleicht medial mitbekommen haben. Aber die Antwort ist nein, meine Damen und Herren. Ich wäre genau zu derselben Bewertung gekommen, zur selben Bewertung als grüne Abgeordnete. Und Sie werden auch keine Aussage von mir gefunden haben und Sie werden auch keine finden, wo ich die Strukturen Niederösterreichs mit jenen von Wien vergleiche.

Aber warum spreche ich von einem Pflegenotstand? Weil Berndorf kein Einzelfall ist. Letztes Jahr gab es auch einen Bericht zum LPP Vösendorf und es wurden genau die gleichen Mängel ausgewiesen. Rund um Wien ist es schon seit langer Zeit bekannt, dass es einen eklatanten Personalmangel gibt, einen eklatanten Mangel an qualifiziertem Pflegedienstpersonal. Und wie hat letztes Jahr die Landesregierung darauf reagiert? Zur Kenntnis genommen. Ja, genau zur Kenntnis genommen. Wie eine schlechte Schulnote, in der Hoffnung, die nächste Note wird besser sein. Leider nicht, geschätzte Damen und Herren von der ÖVP. Berndorf ist wieder ein glattes „Nicht Genügend“.

Abzüglich der Stationsschwester und der Schwestern fehlen laut Dienstpostenplan siebendreiviertel Dienstposten in Berndorf. Siebendreiviertel. Das sind mehr als ein Drittel der Beschäftigten im gehobenen Dienst in Berndorf. Und Sie machen sich das relativ einfach. Wie kompensieren Sie den Pflegenotstand? Sie nehmen die Pflegehelferinnen zur Hand, sind ja auch billiger, Sie greifen auf die Pooldienste zu und die jetzt schon Überarbeiteten müssen noch Überstunden machen. Überstunden bei einer Dienstleistung die wirklich an die Substanz geht, würde ich zumindest meinen.

Ein zweiter Punkt der aus dem Bericht hervorgeht. Drei Stationen 108 Betten sind das in Berndorf. Es wird nicht einmal geschafft, dass alle drei Stationen mit einer diplomierten Kraft Nachtdienst machen kann. Nein, es gibt nur eine Person für die ganze Nacht. Und wenn jetzt die ÖVP zu mir wieder sagt, und das wird mir medial schon seit einigen Tagen ausgerichtet, das sei kein Pflegenotstand, dann weiß ich nicht mehr was Sie als Pflegenotstand in diesem Land bezeichnen. Für uns ist das ein klarer Pflegenotstand.

Aber es gibt noch andere Fakten warum ich diesen Bericht nicht anders beurteilt hätte. Es gibt einige Anfragebeantwortungen der zuständigen Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop. Und aus denen geht hervor, dass sie genau weiß, seit 1994 gibt es einen Fachkräftemangel in diesem Land. Seit 1994. Das Schreiben ist, glaube ich, 2003. Wenn ich das überspitze würde ich meinen fast eine Dekade hat sich in diesem Land nichts bewegt. Sie gibt ungeniert den Medien bekannt, na das ist halt so. Fast 200 Personen fehlen. Fast zur Hälfte wird das mit dem Pooldienst abgedeckt und die andere Hälfte greift man halt auf die Pflegerinnen zurück. Völlig ungeniert. 200 Personen sind 10 Prozent laut Dienstpostenplan. Und das ist ein Pflegenotstand in diesem Land! *(Beifall bei den Grünen.)*

Und es ist ja nicht zufällig dass gerade jetzt die Kampagne gemeinsam mit dem AMS kolportiert wurde. Ich glaube nicht dass das ein Zufall ist. Das ist eine Reaktion der Frau Landeshauptmannstellvertreterin weil sie nämlich selber schön langsam sieht dass ein Pflegenotstand herrscht. Da können wir noch lange reden ob das ein Pflegenotstand ist oder nicht ist, wenn das Wort manche stört. Aber die Fakten liegen am Tisch.

Und ich glaube, einige hier im Raum wissen, warum junge Menschen oder Menschen wenig interessiert an diesem Beruf sind. Weil es eben ein Beruf ist, eine Dienstleistung ist, die wirklich körperlich und seelisch einem einiges abverlangt. Ich würde meinen, und Herr Dr. Michalitsch hat in seiner Aktuellen Stunden schon etwas dazu gesagt, ja, sind wir mutig in Niederösterreich. Wir müssen niemandem nachspringen. Wien ist ganz anders. Nützen wir die Struktur die wir in Niederösterreich haben, verbessern wir das und nehmen wir eine Vorreiterrolle ein. Niemand hindert uns, dass wir diese Herausforderung annehmen, damit Sie, wie Sie da sitzen, vielleicht morgen und wenn ich so reinschau, bei einigen wird das nicht mehr so lange dauern, von kompetentem Personal gepflegt werden. *(Heftige Unruhe im Hohen Hause.)* Ich arbeite bis 75. Das dauert noch ein bisschen. Und die Punkte sind ganz einfach. Ändern Sie das Gehaltsschema.

Ändern Sie die Arbeitszeiten. Sie wissen ganz genau, dass es im Pflegebereich keinen Kollektivvertrag gibt, das ist auch nicht geändert. Ändern Sie ganz einfach in Niederösterreich die Arbeitszeiten. Machen Sie eine Jobrotation. Wird nicht gemacht. Und geben Sie jungen Menschen eine Karrierechance. Es ist keine Perspektive, wenige Jahre in dieser Dienstleistung tätig zu sein. Und mehr als einige Jahre hält man das auch nicht aus oder man hat selber einen Bandscheibenvorfall.

(Präsident Mag. Freibauer übernimmt den Vorsitz.)

Und um eines würde ich Sie von der ÖVP und vor allem die Frauen von der ÖVP bitten, ja, wirklich bitten. Nehmen Sie Abstand von dem Glauben, dass Sie Frauen nach der Karenz oder weniger ausgebildeten Frauen kurzfristig ohne geänderte Rahmenbedingungen, ich rede von dem Istzustand, dass Sie die in den Jobhimmel holen. Frauen nehmen nach wie vor die Pflegerolle in der Familie ein, das wird Ihnen zugewiesen. Sie sollten nicht noch von der Gesellschaft für diese Kernaufgaben herangezogen werden. *(Abg. Schittenhelm: Sie sind nicht am Laufenden! Das haben wir nicht gesagt!)*

Wenn ich nicht am Laufenden bin, also wie viele Heimhelfer gibt es in Niederösterreich? Wie viele Heimhelfer gibt es bei Volkshilfe und beim NÖ Hilfswerk? Das sind Indizien dass das ganz klar ein Bereich ist, wo Frauen ausgenutzt werden. Sie haben keine guten Verträge bei diesen privaten Organisationen und sie werden das auch nicht lange machen. Sie werden ausgebildet als Heimhelferinnen, aber Sie wissen das ja. *(Abg. Schittenhelm: Sie beleidigen eine ganze Berufsgruppe!)* Nein! Ich respektiere es, dass einzelne Frauen in schwierigen Situationen einen Beruf brauchen um über die Runden zu kommen. *(Abg. Schittenhelm: Das ist ja unbestritten!)*

Aber Sie als Politikerin, Sie stehen vor der Herausforderung, wenn Sie überhaupt sowas wie Frauenpolitik machen wollen. *(Abg. Schittenhelm: Und Sie, Frau Kollegin, nicht?)*

Ich glaube zumindest dass ich es von der Opposition aus ... leider habe ich nicht die gestalterische Macht die Sie haben. *(Abg. Schittenhelm: Sie sind Abgeordnete! Gehen Sie in die Bezirke! Kümmern Sie sich einmal!)*

Ich würde darauf achten, dass es Kollektivverträge gibt, dass es nicht Werkverträge sind, sondern dass es arbeitsrechtlich ordentliche Dienstverhältnisse sind. *(Beifall bei den Grünen. – Abg. Hiller: Sie haben nichts verstanden!)*

Ich habe schon eines verstanden. Ich habe zum Beispiel verstanden, dass zur Joboffensive jetzt dazu gehört, es wird von Aupair-Frauen wahrscheinlich, oder sind es Männer, wenn man Ihnen glauben kann, machen das Männer auch gern, so Aupair-Kräfte ins Land geholt werden. Es wurde gerade heute in Wien, und ich vergleiche das nicht, aber ich glaube auch in Niederösterreich werden einige Aupair-Kräfte unterwegs sein. In Familien und dort im Dienst als Heimhelferinnen bewerkstelligen. Das sind Zustände, die wir nicht haben wollen. Und da muss man einfach Maßnahmen setzen.

Und weil das Wort Pflegenotstand irgendwie ein Wort ist das man in dem Land nicht verwenden darf, dann zitiere ich ganz einfach die Obfrau des NÖ Hilfswerkes, Frau Ingrid Kreuzer die heute meint, einen Pflegenotstand haben wir keinen. Sondern wir haben einen Pflegepersonalnotstand gekoppelt mit einem Finanznotstand. Nanonant. Wir können das noch zehnmal hin- und herwenden.

Ich würde meinen, dass – und ich habe das heute schon einmal gesagt – die Frau Landeshauptmannstellvertreterin in vielen Bereichen hier in diesem Land nimmt sie ihre Aufgabe ernst, Sie könnten sie vom Klub aus unterstützen. Sie soll Gelder in die Hand nehmen und soll schauen, dass

der Pflegenotstand endlich sowas ist wie von gestern. Die Zukunft in diesem Lande sollte anders ausschauen.

Und noch einmal zu den Aupair-Frauen, Mädchen, Brüder zurückkommend. Also die Agrarier sind da etwas vifer. Jetzt ist draußen die Lesezeit. Nein, einen Erntenotstand gibt es bei Agrariern nicht. Für die Saisoniers wurde gesorgt, für die Landarbeiterinnen wurde gesorgt. Da geht es ruckzuck dass man Fachkräfte herein holt. Und es wird auch möglich sein, dass man eine Kampagne startet, dass man sich im Ausland umhört wo solche Kräfte sind und die für gute, befristete Verträge ins Land herein holt.

Aber es ist Ihre Politik leider mit der FPÖ auf Bundesebene gewesen das so etwas verhindert wird, weil erst ab einer Grenze, die nicht einmal junge Akademikerinnen haben über 2.500 dürfen diese Kräfte ins Land.

Es wäre alles nicht so schwierig wenn man ein bisschen mit Weitblick Politik machen würde. Und ich lass mir das nicht vorwerfen, dass ich Panik mache. Ich glaube, die Zahlen sprechen für sich. Und ich glaube, Sie merken jetzt auch im Gegensatz zum Wirtschaftsthema, dass ich relativ zurückhaltend bin.

Daher abschließend möchte ich einen Resolutionsantrag einbringen mit der Begründung *(liest:)*

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dr. Krismer, Mag. Fasan u.a. zum Verhandlungsgegenstand Ltg. 69/B-1, Berndorf, NÖ Landes-PPH, betreffend Pflegenotstand in Niederösterreich.

Im Bereich des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege besteht ein erheblicher Personalmangel. Die vorgegebenen Ziele der Altenbetreuung können nur durch Inanspruchnahme von privaten Pooldiensten erreicht werden.“ – Das ist ein Zitat aus dem Bericht 4/2003 des NÖ Landesrechnungshofes. – „Seit geraumer Zeit häufen sich die Berichte des Rechnungshofes, in denen auf den zunehmenden Personalmangel – vor allem im diplomierten Pflegefachdienst – in den LPPH hingewiesen wurde.

Nach Ansicht des zuständigen Regierungsmitgliedes fehlen in Niederösterreich ca. 200 diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegerinnen in den 51 NÖ LandespensionistInnen- und Pflegeheimen.

Die Landesregierung verspricht zwar seit Jahren, durch entsprechende Maßnahmen dieses Problem zu lindern, dennoch besteht der Eindruck, dass der Notstand im Bezug auf die Pflege alter Menschen eher größer als geringer wird.

Sowohl das für die Landes-PPH zuständige, als auch das für das Landespersonal zuständige Regierungsglied weist in Beantwortung einer Anfrage der Grünen u.a. darauf hin, dass bereits in den Jahren zwischen 1998 und 2000 die Zahl der BewerberInnen in den Krankenpflegeschulen deutlich zurückgegangen und die dortige Ausbildung zu sehr auf die Krankenpflege und zu wenig auf die Altenpflege ausgerichtet sei. Nach unseren Informationen werden jedoch BewerberInnen aufgrund der geringen Kapazität der Ausbildungsstätten abgewiesen.

Daraus ist ersichtlich, dass die Ursachen des heutigen Personalnotstandes schon vor mehreren Jahren entstanden und daher keine Überraschung sind. Die Fortschritte in der Problemlösung müssten heute, 5 Jahre nach der Erkennbarkeit des Problems weitaus größer sein, als dies der Fall ist.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend weitere Maßnahmen zu setzen, um den besorgniserregenden Mangel an diplomierten Gesundheits- und KrankenpflegerInnen in den NÖ-Landes PPH zu beseitigen.“

Wir ersuchen um Annahme. *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Cerwenka.

Abg. Cerwenka (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Zwei Dinge von Frau Dr. Krismer kann ich nicht so im Raum stehen lassen. Auf der einen Seite stelle ich fest, dass die Volkshilfe sehr wohl korrekte Verträge mit sozialrechtlicher Absicherung für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen hat. Und zweitens zeigt es nicht von sehr großer Sensibilität, Mitgliedern des Landtages baldigen Pflegebedarf in Aussicht zu stellen. Denn eines merken Sie sich: Es ist nicht nur eine Frage des biologischen Zeitablaufes, es gibt auch Schicksalsschläge. Daher ist nicht die Altersstruktur relevant. Und ich glaube, wir

haben es nicht notwendig uns das hier sagen zu lassen! *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)*

Ich möchte mich beim Bundesrechnungshofbericht in erster Linie mit der Besoldung der Landeslehrer beschäftigen. Und der Rechnungshof sieht natürlich die Zahlen im Vordergrund, das ist auch im Wesentlichen seine Aufgabe. Aber so einfach ist unser Bildungssystem nicht, alles nur an Zahlen festzumachen. Wenn herauskommt, dass in zwei Jahrzehnten die Kosten für den Bund um das Ein- einhalbfache gestiegen sind, dann ist das schon richtig, dass einerseits die Gesetzesänderungen oder die Schulreformen ihren Anteil daran haben. Ob das jetzt das neunte Schuljahr mit dem Polytechnikum, die Klassenschülerhöchstzahlen oder die Integration ist. Aber das alleine ist es nicht. Es geht auch in Wirklichkeit – und das ist dem Rechnungshof entgangen – um die Hauptursache, nämlich die Altersstruktur, die Alterspyramide der Lehrer. Und ich erinnere an den Mangel in den 70er Jahren wo Lehrer gesucht waren und jetzt, rund 30 Jahre später, Lehrer im Dienst sind, die eine andere Verdienstsumme aufweisen als sie in jungen Jahren gehabt haben. Ich kann mich selbst erinnern, in den 70er Jahren mit einem sehr geringen Bezug begonnen zu haben.

Und natürlich tragen die Biennien ihren Teil bei. Nicht alleine deswegen hat der Bund ja versucht anzudenken, das gleiche Angebot wie im Bereich der Verlängerung der Bundesstraßen auch hier im Lehrerbereich anzudenken und die Lehrer mit Deckel dem Land zu überreichen, wohl wissend, dass durch die Biennien, durch die Gehaltsvorrückungen, die Länder damit den Rest draufzahlen haben.

Was auch nicht inkludiert ist ist das neue Dienstrecht im Bereich der Pflichtschullehrer, das Jahresnormmodell, das sich logischerweise auswirken wird müssen, weil ja die Kollegen und Kolleginnen eine Menge an Abstrichen durch dieses Jahresnormmodell hinnehmen mussten. In Wirklichkeit war ja eine stille Erhöhung der Lehrverpflichtung damit verbunden. Ich denke an die Klassenvorstandstunden, an die Kustodiate. Das wird alles jetzt mit Einmalzahlungen abgegolten und ist sicher für die Lehrer ein Nachteil und für den Bund ein Vorteil.

Was derzeit in der öffentlichen Diskussion ist und wo die Pädagoginnen und Pädagogen nicht gut wegkommen ist die Frage der Pensionierungen. Denn das Vorruhestandsmodell der Lehrer geht bis Jahrgang 1953. Das heißt, Lehrer, die jetzt 50 Lebensjahre alt sind. Und es wird auch von vielen

Personalvertretern den Kollegen und Kolleginnen schmackhaft gemacht, und ich weiß aus meinem engsten Umfeld wie es derzeit abläuft. Nur muss man jetzt drei Punkte dazu anführen.

Erstens: Den Vergleich mit anderen Vorruhestandsmodellen im öffentlichen Bereich. Ich glaube, wir haben die schlechteste Variante. Denn der Prozentabschlag bleibt bis zum Lebensende, während in anderen Berufsgruppen mit Erreichung des faktischen Pensionsantrittsalters mit 61½ wieder die 80 Prozent Pension zum Tragen kommen.

Die moralische Frage: Für einen Großteil der Österreicher und Österreicherinnen wurde das Pensionsalter um eineinhalb Jahre angehoben und in seinem ureigensten Bereich, im öffentlichen Dienst, versucht man es und drängt man die Leute in die Pension, um Dienstposten einsparen zu können.

Und jetzt die Frage, drittens, für wen kommt dieses Modell in Frage? Es sind realistisch in Wirklichkeit nur zwei Zielgruppen. Kollegen und Kolleginnen, die sich auf Grund der Familienstruktur, Partner mit hohem Einkommen, das leisten können, oder Kollegen und Kolleginnen, die einfach nicht mehr können. Die das Burn-out-Syndrom haben und die nicht mehr fähig sind, sowohl physisch als auch psychisch weiter den Unterricht zur vollsten Zufriedenheit aller, auch der persönlichen Zufriedenheit, aufrecht zu erhalten.

Und was erreicht der Bund jetzt mit diesem Drängen für die Lehrer in die Pension, das in der Öffentlichkeit nicht gut ankommt? Er hat eine zweifache Ersparnis und das ist moralisch für mich bedenklich. In Wirklichkeit werden Lehrer, oft mit 40 Prozent Pension nach rund 30 Dienstjahren abgespeist für lange Zeiten. Damit brauchen wir relativ wenig aus dem Pensionssystem herauszunehmen. Und auf der anderen Seite können junge Kollegen und Kolleginnen eingestellt werden, was zwar positiv ist, aber auf der anderen Seite haben die eine wesentlich geringere Entlohnung und das ist die zweite Ersparnis für den Bund.

Und so kann es eigentlich in Wirklichkeit nicht sein. Denn die Lebensverdienstsumme der Kolleginnen die in den 60er und 70er Jahren eingestiegen sind, leidet sehr stark, weil sie in Wirklichkeit erst zwischen 70 und 80 begonnen haben, vernünftig zu verdienen und vorher in Wirklichkeit einmal mit einer äußerst geringen Gage in der Relation zur Privatwirtschaft in den Beruf eingestiegen sind.

Und wenn der Bundesrechnungshof von ungefähr 20 Millionen Euro Einsparungen hinsichtlich der Strukturreform spricht, pro Jahr wohl gemerkt, dann kann das nur eine Auswirkung haben: Dann kann das nur heißen, dass die Basis dafür eine Zentralisierung ist. Das bedeutet Änderungen von Sprengeln und Schließung von kleineren Schulen. Anders ist es nicht zu erreichen.

Da sind wir gefordert, nicht als Rechnungshof, sondern als politisch Verantwortliche, ob wir das auch wirklich in dieser Form wollen. Wirtschaftlich ist es verständlich. Aber für mich steht der Grundsatz im Vordergrund, die Schule im Dorf zu lassen und unsere sechsjährigen Kinder nicht zu Pendlern werden zu lassen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Daher ist es eine Grundsatzfrage: Sparstift oder vereinbaren wir Pädagogik und Lebensqualität. Die Frage der Bildungsregionen die angesprochen wird, wird von uns und auch von meiner Person sehr positiv bewertet. Aber nicht durch eine weitere Ausdünnung des ländlichen Raumes. Denn da hat sich in der Vergangenheit, und ich denke an die Gendarmerieposten-, an die Pläne bezüglich der Bezirksgendarmeriekommanden, an die Postämterschließungen, an die Bezirksgerichtschließungen, hat sich ja schon einiges getan, was nicht wirklich zu einer Verbesserung der Situation beigetragen hat und in Wirklichkeit einen Abbau im Bereich der Sicherheit darstellt.

Ressourcen im Verwaltungsbereich, fünf Millionen Euro sind möglich, behauptet der Rechnungshof. Bin ich durchaus einverstanden, dass dieses Einsparungspotenzial da ist. Aber dann frage ich mich, was können die Länder dafür. Das ist doch Aufgabe des Bundes, das ist Aufgabe der Frau Bundesminister Gehrler, ein einheitliches Informationstechnologiesystem zur Verfügung zu stellen und nicht dass der Rechnungshof bekräftigt, dass die Länder erhöhte Verwaltungskosten haben. Hier hätte man schon längst nicht nur handeln können, sondern handeln müssen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Eine Rechnungshofanregung, die Lehrerreserven aufzulösen um damit 30 Millionen Euro einzusparen, das ist ganz logisch was das heißt: Einen riesigen Qualitätsverlust im Bildungssystem, eine totale Verfügbarkeit der Junglehrer, die auf vertraglicher Basis zeitlich begrenzt eingestellt werden für die Dauer eines Karenzurlaubes oder ähnliche Dinge. Und wie ist das zu vereinbaren mit dem Recht auf Unterricht durch die Schüler, wenn Rand-

stunden einfach nicht mehr gehalten werden, entfallen? In Wirklichkeit kommt es zu einem bildungspolitischen Rückschritt um viele Jahrzehnte.

Und die gleiche Situation haben wir de facto ja bei der Minimierung der Angebote. Freigegegenstände, unverbindliche Übungen, Projektwochen, Förderunterricht usw. werden nur mehr im geringen Umfang oder teilweise überhaupt nicht mehr angeboten weil der Sparstift regiert. Was bedeutet das? Einen Boom auf die privaten Lerninstitute. Und in Wirklichkeit, wir haben jetzt schon Nachhilfekosten von rund 3 Milliarden Schilling im Jahr, wird das noch dazu kommen und diese Summe noch erhöhen für die betroffenen Eltern oder teilweise auch Großeltern, die einspringen müssen um den Jugendlichen Chancengleichheit zu gewähren.

Für uns ist es wichtig, Rahmenbedingungen im Bildungssystem zu schaffen. Zum Beispiel reale Situation, realistischer Bedarf, koordiniert mit der Frage der Betreuungsangebote im Bereich der ganztägigen Schulformen. Derzeit von allen politischen Richtungen angesprochen, in Diskussion. Da sage ich nur eines: Die Ganztagschule wäre ja kein Problem. Die rechtlichen Möglichkeiten sind vorhanden, um sie an jedem Standort in Niederösterreich umzusetzen. Aber mit 100 Prozent Kosten für den Schulerhalter, sprich Schulgemeinde. Und das kann es nicht sein, die Gemeinden hier wieder voll zur Kasse zu bitten. Da gibt's andere Modelle. Wir brauchen nur nach Vorarlberg zu schauen wo es ein Abkommen gibt, wo Land und Gemeinden diese Kosten teilen und ein gutes Angebot, ein regional gut gestreutes Angebot an ganztägigen Schulformen oder Ganztagschulen anbieten kann.

Die Kernfrage muss sein, was ist uns das Bildungssystem wert? Denken wir nur betriebswirtschaftlich oder gibt es auch eine volkswirtschaftliche Komponente? Und das wird uns unterscheiden am zukünftigen Weg. Entweder wir steuern in amerikanische Verhältnisse in diese Systematik hinein mit Privatisierungstendenzen, mit Eliteschulen und ähnlichen Dingen, oder wir nehmen unseren Zugang zum Bildungssystem indem wir dieses System, das gut ist, nicht nur erhalten, sondern auch weiter verbessern mit einem freien Zugang zu den Bildungseinrichtungen und gleichen Chancen für alle. Wo der Kopf alleine entscheidend ist und nicht die Brieftasche der Eltern darüber entscheidet welche Chancen unsere Jugendlichen in Zukunft haben werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Föderalismus war heute in der Aktuellen Stunde angesprochen. Föderalismus ist auch im Bildungssystem wichtig. Und ich gehe da mit Klub-

obmann Mag. Schneeberger konform, der gesagt hat, die Leute in den Regionen wissen schon was man braucht und sollen auch mitentscheiden. Und wir haben auch die Möglichkeit in Niederösterreich über die Ausführungsgesetze Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Bildungssystem verbessern. Nur vergessen wir das relativ oft. Denn es steht ja im Pflichtschulgesetz im § 20, dass wir die Möglichkeiten haben, regionale Unterschiede zu berücksichtigen und auch Besonderheiten zu berücksichtigen. Und daher kann die Zielrichtung nicht so sein wie vom Bundesrechnungshof angeregt, zu nivellieren, zu vereinheitlichen ohne die regionalen Unterschiede zu berücksichtigen.

Daher wird es auch an uns liegen, die Zukunft für künftige Generationen zu gestalten. Nicht der Sparstift darf regieren, sondern der politische Hausverstand und die Chancen für unsere Jugend. Das ist wichtig für die Zukunft. Und ich glaube, gemeinsam könnten wir hier auch in Niederösterreich in naher Zukunft einiges für unser Bildungssystem auf die Beine stellen. Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Adensamer.

Abg. Adensamer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich möchte mich bei meiner Wortmeldung meinem Vorredner dem Herrn Kollegen Cerwenka anschließen, dass gerade in der Schulpolitik und in der Bildungspolitik ein ganz wichtiger Bereich der Hausverstand ist.

Auch ich beschäftigte mich mit der Rechnungshofprüfung zur Besoldung der Landeslehrer. Tatsache ist, dass es so einfach wie der Rechnungshof es zusammengefasst hat, nicht wirklich ist. Denn wenn wir, wie vom Rechnungshof vorgeschlagen, einen Zentralismus in diesem Bereich einführen, dann führt das zu wesentlichen Nachteilen von einzelnen Regionen, die nicht die Möglichkeiten haben wie zum Beispiel das Bundesland Wien das hier auch als großes Beispiel bei sparsamer Verwaltung angeführt wird.

Ich darf dazu erwähnen, dass der Rechnungshof anführt die seiner Meinung nach Einsparungsmöglichkeiten bei sparsamster Verwaltungsführung. Das wären bei sparsamster Verwaltungsführung rund 5 Millionen Euro jährlich für ganz Österreich. Das sind bitte zwei Promille der Gesamtausgaben. Das würde aber heißen, dass es zu einer weiteren Straffung der Organisation kommt. Und wohin das führt, das hat auch der Herr Kollege Cerwenka schon erwähnt.

Der Bund schreibt die Ausgabensteigerungen zu auf die fehlende Übereinstimmung von Aufgaben- und Ausgabenverantwortung. Und er meint, die Länder hätten eine mangelnde Motivation zu einer sparsamen Verwaltungsführung, weil sie ja die Landeslehrer nicht bezahlen. Einerseits widerspricht diese Feststellung des Rechnungshofes, dass man eigentlich eben bei sparsamster Verwaltungsführung rund 5 Millionen Euro nur jährlich einsparen könnte und andererseits wissen wir sehr wohl, dass alle maßgeblichen Vorschriften, welche die Ausgaben für die Landeslehrer beeinflussen, vom Bund beschlossen worden sind. Und ich möchte das dann doch ein bisschen noch aufzählen. Seit 1962. Die Einführung des 9. Schuljahres, verbunden mit der Schaffung des Polytechnischen Lehrgangs. Die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl, die meines Erachtens durchaus auch noch weiter gehen könnte. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und den Grünen.)*

Die Schulreformen in den 80er und in den 90er Jahren, wie die Hauptschule neu mit den Leistungsgruppen, das auch sehr zum Wohle der Kinder, eingeführt wurde und die Einführung der Integration. Hier irrte nämlich der Bund gewaltig. Er meinte, dass es hier nicht zu vermehrten Ausgaben kommen wird. Dem war nicht so.

Einen weiteren Aspekt der Kostenentwicklung haben Sie, sehr geehrter Herr Kollege, schon erwähnt, nämlich die Altersstruktur. Ich möchte daher darauf nicht näher eingehen. Interessant und sehr kompliziert ist ja auch die Berechnung des Bedarfs an Lehrern. Die Zuteilung von Planstellen erfolgt vom Bund an die einzelnen Bundesländer jährlich auf Basis der tatsächlich vorhandenen Schülerzahlen und den festgelegten Verhältniszahlen, das haben Bund und Länder vereinbart, Lehrer zu Schüler. Es gibt also im Schulbereich keine Zuteilung einer mittelfristig gesicherten Anzahl von Planstellen. Das heißt, dass die Landesschulräte Jahr für Jahr mit einem enormen Aufwand sich konfrontiert sehen zum Schulschluss bzw. dann am Schulbeginn wenn sie die Zahlen, die tatsächlichen Zahlen, haben.

Was ich an dieser Stelle schon hervorheben möchte, ist, dass Niederösterreich jene Verhältniszahlen, die für das Schuljahr 2004/2005 österreichweit angepeilt worden sind, bereits 2001/2002 bis auf wenige Zehntel erreicht hat. Dafür bitte ich den Landesschulrat von Niederösterreich mit Präsident Stricker an der Spitze vor den Vorhang.

Ja, die Zuteilung von Planstellen ist eine Sache. Der tatsächliche Verbrauch dann von Planstellen ist eine zweite. Der richtet sich nämlich nicht primär nach den Schülerzahlen. Der richtet sich

nach den an den Schulen rechtlich zu führenden Organisationseinheiten und die basieren wieder auf den Bestimmungen des Bundesschulorganisationsgesetzes über die Klassenbildung.

Gottseidank gibt es im Schulbereich den Föderalismus. Und damit können wir in unserem Bundesland, in dem es wirklich die unterschiedlichsten regionalen Gegebenheiten hat, diesen Gegebenheiten auch gerecht werden. Wenn jetzt der Rechnungshof in diesem Zusammenhang Einsparungsmöglichkeiten durch eine bundesweite Vereinheitlichung der Bestimmung über die Klassenbildung ortet, dann ist das zwar mal theoretisch richtig gedacht. In der Praxis bedeutet aber eine solche Vereinheitlichung, wenn sie zu wesentlichen Einsparungen führen soll, dass sie nur auf Kosten der Lebensqualität der durch Schulschließung betroffenen Schülerinnen und Schüler und deren Eltern eben durch lange Schulwege, Pendlerdasein zu erreichen ist. Und das ist, sehr geehrte Damen und Herren, realpolitisch einfach nicht machbar. Denn zu Recht sind heute die Eltern höchst darauf bedacht, dass ihre Kinder optimale Bedingungen auf dem Bildungsweg vorfinden. Und sie haben auch den Anspruch, und wir als Politikerinnen und Politiker müssen sie darin unterstützen, dass sie dieses auch erhalten.

In dasselbe Spannungsfeld, Einsparung gegen optimale Bildungsvoraussetzung fällt meiner Meinung auch die Empfehlung des Rechnungshofes, die Länder mögen bei der Schulorganisation neben pädagogischen Überlegungen verstärkt wirtschaftliche Überlegungen berücksichtigen.

Ich kann mir, ich mein', ich kann mir schon vorstellen, dass es interessant wäre, Schulen wirtschaftlich zu führen. Nur es ist dann die Frage, wo kommen wir hin mit unserer optimalen Bildung? Und ich würde auch fragen, bei welcher Schule beginnen wir einzusparen? Wer entscheidet das? Und welche Konsequenzen ergeben sich wenn wir zum Beispiel in den kleinen Gemeinden die Volksschulen zusperren? Wie wirkt sich das dann auf die Bevölkerungsentwicklung in ländlichen Bereichen aus?

In seinen Schlussbemerkungen regt der Rechnungshof weiters an, dass die Länder die Bezirks- und Landesschulinspektoren in die Erstellung der Landeslehrerstellenpläne und bei der Zuweisung von Planstellen hauptverantwortlich einbinden können. Das trifft in Niederösterreich bereits seit 1962 auf vorbildliche Weise zu.

Eine letzte Anregung des Rechnungshofes, nämlich die Erarbeitung eines landesweiten Pflich-

tenheftes für die Hard- und Software im Schulbereich, das das Land erarbeiten sollte, dessen Berücksichtigung, also die Berücksichtigung der Pflichtenhefte durch die einzelnen Schulerhalter, die dann auch mit einem finanziellen Zuschuss des Landes aufzuwerten wäre, halte ich für sehr sinnvoll. Und deshalb sollte sie meiner Meinung nach im Schul- und Kindergartenfonds Berücksichtigung finden und dort besprochen werden.

Zusammenfassend darf ich hervorheben, dass Niederösterreich von sich behaupten kann, dass wir uns im Vergleich zu anderen Bundesländern und trotz der großen Unterschiede von regionalen Gegebenheiten bereits weitgehend dort positioniert haben, wo wir auf Grund der Vorgaben im Schuljahr 2004/2005 sein sollten.

Dieses umsichtige, menschenzentrierte Handeln der Verantwortlichen des Landesschulrates für Niederösterreich garantiert, dass der Bildungsstandort Niederösterreich mit seinem hohen Leistungs- und Qualitätsniveau auch zukünftig gesichert bleibt. Deshalb möchte ich an dieser Stelle dem amtsführenden Präsidenten Hofrat Adolf Stricker und der Beamtenschaft des Landesschulrates für Niederösterreich für ihren Einsatz auf das Herzlichste danken und wünsche für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit weiterhin alles Gute! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gestatten Sie, dass ich zunächst eine Anmerkung mache zu meiner Vorrednerin. Ich möchte das gerne aufgreifen weil ich es für sinnvoll halte, einen Moment lang darüber zu diskutieren was die wirtschaftliche Führung von Schulen betrifft. Ich bin auch der Ansicht, größte Vorsicht. Weil es nicht so einfach ist, dann plötzlich hier den Sparstift anzusetzen und vielleicht dann Schulen noch zu belohnen die wirtschaftlich geführt werden, möglicherweise dann auf Kosten des pädagogischen Erfolges. Ich bin also völlig dieser Ansicht.

Was ich aber schon glaube, dass man in der Betriebsführung von Schulen etwas machen kann. Man muss nur schauen, wo man ansetzt. Ein Vorschlag wäre zum Beispiel in der Ausbildung von Direktorinnen und Direktoren. Ich seh' nicht ein, warum heute Direktorinnen und Direktoren ausschließlich pädagogische Ausbildung haben müssen. Also ich könnte mir durchaus vorstellen, dass

man sagt, warum sollen Direktorinnen und Direktoren nicht auch verpflichtende Managementqualifikation oder –ausbildung haben? *(Abg. Adensamer: Die machen einen zweijährigen Managementlehrgang!)*

Sie machen einen Lehrgang. Aber ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, dass man da einiges noch macht. Dass man da gewisse Voraussetzungen schafft, dass man da Kriterien schafft. Ich kann mir vorstellen wirtschaftliche Qualifikationen, ich kann mir vorstellen Betriebsführung. Also ein gewisses Management ... *(Abg. Adensamer: Das gibt es schon im Hauptschulbereich, das funktioniert jetzt schon!)*

Ich glaube, da kann man sehr viel verbessern. Ist schon richtig. Im Hauptschulbereich ist das anders. Die Anregung des Rechnungshofes wird nicht irgendwie aus der Luft gegriffen sein. Ich kann mir schon vorstellen, dass man da etwas macht. Ich glaube, dass man bei der Managementausbildung für Direktorinnen und Direktoren sehr vieles verbessern kann, auch bei der wirtschaftlichen Betriebsführung. Da gibt's durchaus einiges was machbar wäre. Das möchte ich schon anregen. *(Beifall bei den Grünen. – Unruhe im Hohen Hause.)*

Man muss sich auch Folgendes vorstellen: Ja. Also ich kann mir vorstellen, natürlich macht eine Gemeinde die Betrieb... Nur, sind wir uns ehrlich, ein Direktor macht sehr viel Management in der Schule. Jede Schule hat ein Profil. Natürlich ist das in der AHS ... *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ja, er hat auch ein vorgegebenes Budget. Es ist aber die Frage wie man mit einem Budget umgeht. Ich gebe auch zu, das ist in der AHS anders als in einer Pflichtschule. Völlig klar. Das spielt in der AHS viel mehr Rolle als in der Pflichtschule. Aber mittlerweile gibt es auch stärkere Eingriffe der Wirtschaft auch im Pflichtschulwesen. Es gibt Kooperationen mit der Wirtschaft. Es gibt insgesamt so etwas wie Schul sponsoring, was in der AHS schon üblich ist, was vielleicht in den Pflichtschulen ... *(Abg. Adensamer: Das wird alles in diesen Managementlehrgängen behandelt. In den einzelnen Modulen!)*

Ja, ist sehr schön. Ich behaupte trotzdem, da kann man sehr, sehr viel verbessern, in diese Richtung kann man weiter gehen. Ich bin überzeugt davon, da kann man sehr, sehr viel verbessern. Man kann auch weitergehen in die AHS dazu. Aber man kann auch im Pflichtschulwesen sehr, sehr viel verbessern. Schulen beginnen immer mehr ihr eigenes Profil zu entwickeln. Und das heißt auch da gibt's speziell die Möglichkeiten auf dieses Profil einzugehen und auch das Management auf dieses Profil abzustimmen. Soweit zu diesen Ausführungen.

Wir treffen uns da durchaus. Ich möchte es nur ergänzen und verstärken. Und ich möchte auch sagen dass man hier weiter tätig sein kann. *(Abg. Adensamer: Und ich möchte dass Sie anerkennen dass etwas getan wird!)*

Absolut. Ich sage ja nicht dass nichts getan wurde. Das habe ich mit keinem Wort erwähnt. Sie fühlen sich nicht einmal persönlich angegriffen. Aber sie glaubt dass ich ihr unterstelle dass nichts getan wurde. Das wollte ich gar nicht sagen. Ich wollte nur sagen, ich behaupte, da kann man sehr viel tun, da gibt's sehr, sehr viele Möglichkeit.

Ich glaube auch übrigens, um dieses Reizwort zu verwenden, ich glaube auch, dass man in der Direktorenbestellung, in der Direktorinnenbestellung objektivieren kann. Ich schwör' das, da ist etwas drinnen. Gut. Da ist es schwierig, das ist klar, da ist noch viel schwieriger, aber ich schwöre Ihnen, da ist was drinnen in diesem Zusammenhang. *(Beifall bei den Grünen.)*

Auch was die Wirtschaftlichkeit in der Schulführung betrifft, in der Betriebsführung.

Zu den Berichten des Landesrechnungshofes: Ich beginne beim Wr. Neustädter Kanal. Es wurde hier schon sehr vieles gesagt, auch über die verschiedenen Funktionen. Ich möchte nur eines noch hinzufügen. Diese Geschäftsordnung der Landesregierung, hier haben wir sie wieder die Geschäftsordnung der Landesregierung. Wir haben schon darüber gesprochen. In der Sozialhilfe gibt's den Proporz und die Überschneidungen der Kompetenzen. In der Raumordnung, in der Regionalpolitik, bei den Regionalmanagements. Da wurde genau das Gegenteil von dem gemacht was der Rechnungshof vorgeschlagen hat. Der Rechnungshof hat seinerzeit vorgeschlagen, zieht das alles zusammen in eine Zuständigkeit. Man hat es von zwei auf drei Regierungsmitglieder erweitert.

In der Wohnbauförderung, da gibt's eine Zuständigkeit für die roten Gemeinden und die Genossenschaften und eine Zuständigkeit für die schwarzen Gemeinden und Genossenschaften. Und jetzt kommt man anhand dieses kleinen Beispiels Wr. Neustädter Kanal drauf, auch hier gibt es einen gewissen Reformbedarf in der Geschäftsordnung.

Und was wirklich spannend ist, meine Damen und Herren, das ist die Stellungnahme der Landesregierung. Ich ersuche Sie, ich kann es jetzt nicht zitieren, aber ich ersuche Sie, sich die Stellungnahme der Landesregierung zu den Anregungen oder den Ergebnissen des Rechnungshofes durchzulesen. Und ich frage Sie dann, lesen Sie sich das durch und fragen Sie sich selber ob Sie das verste-

hen und in Ihren eigenen Worten wiedergeben könnten. Ich tu' mir zumindest relativ schwer damit.

Zweitens Lilienfeld, die Landesberufsschule. Hier bin ich dem Rechnungshof sehr dankbar für die Anmerkung was die Einhaltung der PVC-Bestimmungen betrifft. PVC-Vermeidung gibt es im Land Niederösterreich seit dem Jahr 1993, seit einem Beschluss des Landtages. Und es ist völlig richtig darauf hinzuweisen, dass das auch umzusetzen ist und dass man hier darauf achten soll und das nicht einfach negieren soll. Weil das ist nämlich nicht nur ökologisch sinnvoll das zu haben, sondern es wäre auch eine Missachtung des Landtages wenn die Regierung da einfach so tut als gäbe es das nicht.

Und natürlich auch bei den Bautagesberichten wenn vereinbart ist das schriftlich zu machen. Erstens halte ich es für sinnvoll und zweitens glaube ich auch, dass eben, wenn das schriftlich vorliegt, es dann weniger zu, sage ich jetzt einmal, Missinterpretationen kommt. Und das hat schon seinen Sinn.

Die Landeskrankenanstalten, die Fremdreinigung. Hier ist schon einiges zu bemerken und hier bin ich auch dem Rechnungshof sehr dankbar dass er das auch anregt. Ich glaube, das Land muss ausschreiben lernen. Die öffentliche Hand insgesamt muss ausschreiben lernen. Es kann ja durchaus sein, sage ich jetzt auch in Anlehnung an die Wortmeldung des Präsidenten Sacher von vorhin, es kann ja durchaus sein, dass gewisse Aufgaben, die derzeit von der öffentlichen Hand wahrgenommen werden, von Privaten besser vorgenommen werden. So lange gewisse Kriterien herrschen und so lange vor allem die Infrastruktur in öffentlicher Hand bleibt. Da gibt's durchaus Möglichkeiten. Aber dann muss die Ausschreibung funktionieren.

Und in diesem Fall ist es eben nicht so gewesen. Wobei ich unterscheiden möchte auf der einen Seite: Natürlich kann es einmal in Bestimmungen unklare Regelungen, oder in Ausschreibungen unklare Regelungen geben, es kann die Routine fehlen, das mag alles sein. Aber dass man eine Anbotseröffnung nicht zusammen bringt, etwas was in jeder Gemeinde gang und gäbe ist, das kann ich eigentlich nicht verstehen. Ich glaube, das sollte eigentlich selbstverständlich sein. Natürlich schützt es nicht vor irgend welchen Preisabsprachen. Die kann es immer wieder geben. Sollte natürlich nicht vorkommen, aber natürlich kann es das immer wieder geben, wie wir jetzt in Tulln gesehen haben übrigens. Wo der Bürgermeister ganz einfach versucht hat, einer Firma zum Vorzug zu verhelfen.

Abschließend noch, wenn wir schon bei den Landeskrankenanstalten sind, was den Personalstand der Krankenanstalten betrifft. Natürlich ist das Problem mit den Krankenhäusern nicht oder noch nicht so groß wie in den Pensionisten- und Pflegeheimen. Natürlich gibt's aber auch hier die Abhängigkeit von den Ausbildungsstellen, von den Ausbildungsstätten. Und da sind wir schon beim Kernproblem. Es war bekannt, dass die Bewerbungen zurückgehen. Und das ist schon lange bekannt. Es war zu Beginn der vergangenen Legislaturperiode schon bekannt. Und da kann man dann nicht sagen, dass man sozusagen alles getan hat in diesem Notstand Abhilfe zu schaffen. Das ist nicht geschehen.

Natürlich ist jetzt etwas geschehen in den letzten eineinhalb bis zwei Jahren. Wir haben auch schon mehrfach insistiert. Wir haben also auch schon in der vergangenen Legislaturperiode insistiert. Aber ganz so ist es nicht dass man nicht hier schon längst hätte Abhilfe schaffen können. Und daher bin ich durchaus der Ansicht, dass durch Sofortmaßnahmen dieser Pflegenotstand, den wir in Niederösterreich haben, beseitigt werden muss. Und daher ersuche ich auch noch einmal, unserem Resolutionsantrag die Zustimmung zu geben. *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. Kautz (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Über den Antrag der Grünen wird gerade gesprochen. Nur glaube ich, müsste man einmal grundsätzlich davon ausgehen, es gibt keinen Pflegenotstand, es gibt vielleicht einen Personalmangel. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)*

Fangen wir einmal mit der Wirklichkeit an. Und wenn ich weiß, wer das gesagt hat, ich komme dann noch darauf zurück, wie der Zugang dieser Dame zum Gesundheitswesen ist, so weiß ich es ja wer es gesagt hat. Denn wenn ich einen Zugang zum Pflegepersonal dadurch nur habe, dass ich ein diplomiertes Pflegepersonal mit Hilfsarbeitern, mit Erntehilfsarbeitern gleichsetze, so weiß ich, was ich davon zu halten habe von dieser Forderung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Geschweige denn dass unter Umständen dann die deutsche Sprache ja auch irgendwo ins Spiel kommen sollte. Weil derjenige der gepflegt werden sollte von einer Polin, von einer Tschechin, irgendwo aus Südostasien her, die sollten miteinander

der ja plaudern auch können, nicht? Nicht nur deuten und irgend etwas anderes. Aber bitte, es hat es die Frau Dr. Krismer gesagt, und da weiß ich ja, wie ihr Zugang zum Gesundheitswesen ist.

Noch dazu wäre es für sie einmal interessant, auch ein Gehaltsschema sich anzuschauen im Pflegedienst. Denn wenn man das Gehaltsschema kennt und weiß wie das dort zugeht, so glaube ich, kann es passieren, dass eine Krankenschwester mehr verdient als der Tierarzt. Aber ich vergönne es der Krankenschwester. Der Beruf ist auch härter.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich schon zu den angeführten Berichten kommen. Landesberufsschule Lilienfeld, bautechnische Prüfung. Nachdem ich schon ein paar Tage in diesem Haus mitarbeiten darf, kommt mir dieser Bericht gar nicht neu vor. Ich glaube, vor 20 Jahren haben wir das gleiche Problem gehabt schon mit dem Landeshochbau und sie haben sich nicht gebessert. Es hat immer denselben Fehler. Der Rechnungshof kann bekritteln, damals war es der Finanzkontrollausschuss. Die Beanstandungen wurden zur Kenntnis genommen und nächstes Jahr wieder gemacht. Das heißt, irgendwo, glaube ich, müsste man einmal darüber nachdenken wenn verschiedene Beanstandungen laufend wiederkehren. Ich weiß schon, manche Hofräte wurden schon ausgetauscht. Aber der andere ist im selben Fahrwasser groß geworden und macht die selben Fehler wieder.

Vielleicht gibt es eine andere Lösung um damit einmal Abhilfe zu schaffen damit man nicht 20 Jahre dieselben ... Ich glaube, der Landesrechnungshof hat schon einen Vordruck im Computer und druckt immer drauf, weil es so oft vorkommt.

Bei der Produktmarke Campus der Landesweingüter, meine sehr geschätzten Damen und Herren, das haben wir auch schon in anderen Formen anders hier gesagt. Ob es die Größe der Schulwirtschaften war, und auch hier kommt es teilweise auf die Größe der Schulwirtschaften darauf an. Wobei ich nicht der Meinung bin, dass sie zu groß sind. Aber ich bin der Meinung, man legt auf den Verkauf zu wenig Wert. Und ich glaube, es wäre zumindest wünschenswert wenn alle Getränke, sprich Wein, die das Land Niederösterreich offiziell braucht, zumindest aus diesen Schulwirtschaften genommen werden könnten. Denn dafür zahlen wir auch. *(Beifall bei Abg. Rinke.)* Vielleicht schmeckt das dem Herrn Landeshauptmann nicht. Dann muss er halt seinen Gusto ändern.

Die Frage Abfallwirtschaftsverbund, glaube ich, kann man so stehen lassen wie es im Rechnungshofbericht drinnen steht. Das ist nicht das Problem. Ein Problem sehe ich sehr wohl, das ist der Wr. Neustädter Kanal. So alt er ist, so lange macht man dort immer dieselben Fehler, so lange, oder ich sage es anders: Der ist ein Anhängsel wie so ein kleiner Blinddarm. Alles was das Land hat, wird irgendwo bewertet. Und den haben wir halt auch den Wr. Neustädter Kanal. Und einmal geben wir ihn dort hin und einmal geben wir ihn da in diese Zuständigkeit. Keiner will ihn haben und wir haben ihn trotzdem. Und damit passiert das Problem was eben da ist, dass man zum Beispiel – das muss man sich bitte auf der Zunge zergehen lassen: Da arbeitet der Flußbauhof Plosdorf für den Wr. Neustädter Kanal. Zwei Landesdienststellen. Und da geht man her, nimmt Geld und geht auf die Bank und zahlt es ein, dass der Wr. Neustädter Kanal die Leistungen des Landes-Flußbauhofes bezahlen kann. Bitte, jetzt zahlt man cash ein, überweist, das geht über das Konto und dort wird es dann wieder abgehoben. Es wäre schon zuviel verlangt wenn man das gleich umbuchen könnte. In Zeiten der EDV. Ich weiß nicht, vielleicht haben wir das falsche Programm oder ich will mich nicht weiter dazu äußern. Aber irgendwo ist das schon hundert Jahre hinten. Ich hoffe, das wird angenommen.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, komme ich zu einem etwas heikleren Thema, wo ich, jetzt bitte vorausschicken möchte, es geht mir jetzt nicht darum um die Kritik des Rechnungshofes. Mir geht es um eine prinzipielle Frage. Nämlich die Fremdreinigung in den Krankenanstalten.

Es muss alles billiger werden. Und ich werde Ihnen erklären, wie das billiger wird und wie wir uns ins eigene Fleisch schneiden. Ich nehme hier die Gesamtkosten in Mödling her aus dem Jahr 1997 in Euro. 1.884.000 Euro 1997. 2001 778.000 Euro. Es hat keine Gehaltserhöhung gegeben, es hat keine Lohnkostensteigerungen gegeben. Wir sind um 41 Prozent billiger geworden. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Naja, ich weiß nicht ob das „Bravo“ richtig ist. Ich kenne nämlich aus eigener Erfahrung, die Stadtgemeinde Neunkirchen betreibt auch eine Reinigungsfirma. Und damit hab ich da ein bisschen Einblick wie das funktioniert. Nämlich wie man billiger werden kann. (*Abg. Dr. Prober: Kein gutes Beispiel!*)

Wir machen Gewinne. Aber nur eines kann ich dir schon sagen wie diese Gewinne ausschauen bei den anderen.

36 Prozent muss es billiger werden. Wir haben zwei Jahre in Auftrag gehabt, die Firma war mit uns

zufrieden, ist übrigens eine Landesfirma, waren sehr zufrieden damit, die Qualität, alles hat gestimmt. Das heißt, die haben dort drei Stunden am Tag gearbeitet. Wenn ich weiß, dass der Kollektivvertrag 83 Schilling pro Stunde ausmacht, so waren das 240, 245, 250 Schilling pro Tag die dort der normale Arbeitslohn ausgemacht hat.

Jetzt kommen 30 Prozent herunter. Das sind zwei Stunden. Entweder ich zahle nicht den Kollektivvertrag, oder es leidet die Qualität darunter, weil ich nur zwei Stunden arbeiten kann statt drei. Was macht der andere Anbieter? Und da kannst im Pflegeheim zum Beispiel in Neunkirchen fragen. Die gehen her und haben Leute „nichts verstehen, anderes Baustelle“. Jeden Tag eine andere „nicht verstehen, anderes Baustelle“. Zahlen wahrscheinlich nur 50 Schilling in der Stunde schwarz, haben keine Sozialversicherung, die Qualität leidet genauso drunter. Nur, unser Sozialsystem leidet auch darunter. Weil die zahlt keine Krankenkassa, die zahlt keinen Pensionsbeitrag. Und mit dem Geld was er dann noch über hat wenn er keine Abgaben zahlen braucht, vor allem nur 50 Schilling zahlt und 150 Schilling hat, den Rest steckt die andere Firma privat schön brav ein und hat einen schönen Gewinn. Die österreichischen Arbeitskräfte sind weg, der österreichische Betrieb ist weg und das Sozialsystem wird geschädigt. Und jetzt frage ich ... (*Abg. Mag. Wilfing: Du glaubst dass das KH Mödling so gereinigt wird? Das glaubst du?*)

Ja. Bitte frage die Pensionistenheime, frage dort wo Fremdreinigung ist wer kommt. Täglich „anderes Baustelle“, die diese Preise haben. Ein normaler Preis ist anders. Aber die diese Preise haben arbeiten mit Leuten die wahrscheinlich nicht angemeldet sind.

Und jetzt frage ich den Rechnungshof, wird auch darüber Kontrolle geführt ob die Leute die dort arbeiten angemeldet sind? Ob sie dementsprechend versichert sind? Das wäre nämlich auch die Aufgabe des Rechnungshofes, nachzufragen wenn der Preis schon so gut ist, ob es die anderen Bedingungen auch sind.

Weil unterschreiben kann ich leicht dass ich die Vorschriften habe. Ich unterschreibe auch ... (*Unruhe bei Abg. Mag. Wilfing.*)

Naja, dann schau wer kommt! (*Abg. Mag. Wilfing: Die sind alle legal angemeldet in den Pflegeheimen!*)

Weißt du das? (*Abg. Mag. Wilfing: Ja!*)

Dann schau einmal wer kommt. Geh öfter hin und schau wieviel Leute gewechselt werden. (*Abg. Mag. Wilfing: Das sind sehr viele Frauen die aus Bosnien stammen!*)

Ich wünsche es dir! Und frage auch was sie verdie-

nen, ob sie Kollektivvertrag haben. Frag sie danach auch. (*Abg. Wilfing: Na sicher!*)

Bitte fragen, nicht sagen das gibt's nicht. Hingehen und fragen. Das Pflegeheim Neunkirchen hat dreimal ausgeschrieben weil es nicht funktioniert hat. Und jetzt hat dieselbe Firma anders angeboten, zu einem vernünftigen Preis würde ich sagen, jetzt funktioniert es auch. Jetzt kommen dieselben Leute, jetzt ist die Qualität in Ordnung. Aber die ersten zweimal hat weder die Qualität gestimmt, haben jeden Tag die Schwestern der lieben Lady sagen müssen oder zeigen müssen wo sie zusammenräumen muss und was sie tun muss.

Liebe Freunde! Wenn der Preis schon 'runter muss, einverstanden. Aber dann wäre es auch Aufgabe zu überprüfen, ob die dort Beschäftigten legal beschäftigt sind. Dann ... (*Zwischenruf bei Abg. Hinterholzer.*)

Ja, liebe Frau Kollegin, Papier ist doch geduldig. Aber wie oft fällt es beim Bau auf? Wie oft liest du in der Zeitung dort und dort sind die Schwarzarbeiter gewesen?

Bitte, gehen wir davon aus, dass viele Unternehmer ehrlich sind. Aber manche, genauso gibt's bei Unternehmern die schwarzen Schafe wie es sie anderswo gibt. Und die schwarzen Schafe hauen dann den Preis zusammen. Und die sind dann genau die wenn irgendwas ist dass sie als erstes in Konkurs sind und auf die gesamte Gruppe der Unternehmer schlechtes Licht werfen. Und das, glaube ich, haben wir nicht notwendig. Daher, glaube ich, wäre es interessant, wenn der Rechnungshof auch bei den betreffenden Firmen nachprüfen würde ob dort auch alles so in Ordnung ist wie es das Papier aussagt. Ansonsten geben wir selbstverständlich diesem Bericht unsere Zustimmung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Rinke.

Abg. Rinke (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich darf zu dem Bericht 4, NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim sprechen.

Folgendermaßen: Die Pflegepraxis bedarf heute Neuem, Anwendbarerem, Patienten orientierter Konzepte um sich weiter zu entwickeln, stets weiter zu entwickeln. Das ist uns allen klar, das ist auch der Frau Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop eine Herzensangelegenheit und sie agiert auch in diesem Sinne.

Das NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Berndorf wurde, wenn ich ein bisschen in die Ge-

nesis eingehen darf, 1997/98 errichtet. Und der Landesrechnungshof hat in der Zeit, in dem Zeitraum von 1998 bis 2001 geprüft. Geprüft wurden die ärztliche Versorgung, der Pflegebereich, aktuelle Personalsituation in dieser Zeit.

Das Landes-Pensionistenheim hat schon in der Errichtungsphase ein bisschen Pech gehabt. Im Jahr 1997 und im Jahr 2002 musste es mit Hochwasserproblemen kämpfen. Hatte große Probleme gehabt. Im Jahr 2002 hat die Pflegeleitung und auch die Angestellten dieses Landes-Pensionistenheimes großartige Leistungen gebracht um dieses Hochwasser auch wirklich gut im Griff zu haben. In der Zwischenzeit wird ein individueller Hochwasserschutz für dieses Heim errichtet werden. Denn leider ist es so, dass die Triestingtaler Hochwasserschutz AG das Gesamtprojekt erst in einigen Jahren errichten kann.

Zum zweiten Punkt: Aufnahme, Belag und Auslastung wurde vom Landesrechnungshof sehr positiv hervorgehoben. Zum Beispiel die Kurzzeitpflege ist sehr wichtig. Für Familien, die eine pflegebedürftige Person haben und kurzzeitig eben ein Pflegeheim brauchen ist es Goldes wert, Pflegepersonal zu haben und kurzfristig in ein Pensionistenheim zu gehen. So ist die Auslastung hier mit 81,6 Prozent ein sehr, sehr hoher Wert und wurde auch vom Landesrechnungshof dementsprechend ausgewiesen.

Das Heim ist überhaupt bestens ausgelastet mit 99,35 Prozent. Auch das spricht für dieses Heim. Der vierte Punkt, der Dienstpostenplan erhöhte sich seit der Errichtung von 1998 bis 2001. Wir müssen uns immer vor Augen halten, das ist eben in diesem Zeitraum. Nach 2001 gibt es ganz andere Zahlen, Daten und Fakten. Wir reden von diesem Zeitraum in diesem Rechnungshofbericht.

Also von 1998 bis 2001 ist in der Pflege von 37 Personen ursprünglich auf 45 Personen aufgestockt wurden, weil eben auch der Pflegebedarf erhöht war und dem Rechnung getragen wurde. Der gehobene Dienst war in diesem Prüfungszeitraum nicht immer in der vorgesehenen Anzahl da aus verschiedenen Gründen. Und so musste man sich sogenannter Pooldienste bedienen um auch diese gute Pflege, diese hohe Qualität in Berndorf zu sichern.

Der Mangel an gehobenem Dienst ist gerade in den Verwaltungsbezirken rund um Wien festzustellen, wir wissen das. Wien profitiert von der Ausbildung der gehobenen Dienstposten, der Diplomkrankenschwestern und Wien zieht gerne dieses gute Personal ab, weil es ja bekannt ist, dass un-

sere Krankenpflegeschulen höchste Qualität zu liefern vermögen.

Eben deswegen hat auch Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop in Zusammenarbeit jetzt mit dem AMS Niederösterreich ein Pflegepaket geschnürt um das Ziel Ausbildung und Höherqualifizierung von rund 2.000 Arbeitnehmern zu fördern.

Zur aktuellen Situation möchte ich zurückgehen. Für Berndorf sind derzeit aber um diese Situation auch in Berndorf zu entschärfen, fünf Personen in Ausbildung, eine davon wird in den nächsten Tagen den Dienst antreten, vier weitere schließen ihre Ausbildung im nächsten Jahr ab.

Als dritte kurzfristige Maßnahme hat Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop auf Grund dieser Pflegesituation die Ausbildungskapazitäten in den Krankenpflegeschulen stark erhöht. Ich kann das auch bestätigen, in der Krankenpflegeschule bei uns in Krems durften wir fast doppelt soviel Ausbildungsplätze anbieten und die sind auch angenommen worden. Wie ich eben gesagt habe, um 39 Prozent wurde das Angebot erhöht um eben eine Krankenpflegeschule zu absolvieren.

Weiteres Lob des Landesrechnungshofes, und das möchte ich schon gerne hervorheben, wurde der best ausgebildeten Pflegedienstleitung ausgesprochen. Es wurde auch hervorgehoben, dass ein kontinuierlicher Dienst rund um die Uhr auch gewährleistet ist.

Weiters wurde in der Stellungnahme auch noch hervorgehoben, dass durch die IT-Vernetzung für einheitliche Standards, gemeinsam mit allen anderen Landeskrankenanstalten eine Grundlage einheitlicher Pflegeprozesse in Umsetzung sind und jetzt im Herbst eben diese Maßnahme greifen wird.

Weiters dann noch zu Berndorf: Die routinemäßige Qualitätssicherung wurde durchgeführt und die Zielvereinbarungen eingehalten. So im großen und ganzen der Rechnungshofbericht den ich hier vorgelesen habe. Dazu möchte ich jetzt sagen: Kein Pflegenotstand in Niederösterreich! Diese Behauptung ist nämlich wirklich aus der Luft gegriffen und schürt lediglich unbegründete Ängste unter der Bevölkerung. Richtig ist vielmehr, dass in Niederösterreich ein Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal besteht. Deswegen werden wir den Resolutionsantrag der Grünen nicht unterstützen. Denn umfangreiche Maßnahmen seitens des Landes Niederösterreich sind bereits seit 1995 in die Wege geleitet und umgesetzt worden. Als erste kurzfristige Maßnahme eben ist dieser Engpass mit

laufenden privaten Poolediensten in Anspruch genommen.

Weiters als zweite kurzfristige Maßnahme bewährte sich schon seit langem die Aktion 2. Bildungsweg in den Landes-Pensionisten- und Pflegeheimen, Aufschulung von Pflegehelferinnen zu Diplomkrankenschwestern. So wurde bereits in den Jahren 1995 bis 1998 eben 180 Mitarbeiter zu diplomierten Fachkräften ausgebildet. In den folgenden Jahren 1999 und bis Ende 2000 sind die Anzeichen einer Verknappung natürlich gesichtet worden. Wurde aber eine Aktion gestartet in 2001. Derzeit sind weitere 100 Mitarbeiter in Ausbildung.

Eine weitere Maßnahme wurde jetzt eben vom AMS und hier mit der Pflege Implacement-Stiftung gestartet um Menschen auf dem zweiten Bildungsweg einen Wiedereinstieg nach der Kinderpause oder Neuorientierung nach einer Phase der Arbeitslosigkeit verstärkt in den Pflegeberuf zu gewinnen.

Nach wie vor möchte ich sagen, Berufsauswahl ist noch immer freiwillig. Wir können niemanden zwingen in die Pflegeausbildung zu gehen oder Diplomkrankenschwester zu werden. Wir müssen aber auch diesen Beruf einfach attraktiver machen und wir dürfen ihn nicht schlecht reden. Das ist unser aller Verantwortung.

Was ich als langfristige Maßnahme als sehr, sehr positiv sehe und wo auch alle Direktorinnen der Pflegeschulen immer darauf hinweisen, ist das Bildungskonzept für Gesundheits- und Sozialberufe, das eingeführt werden soll, das drei grundlegende Ziele beinhaltet: Schaffung eines durchlässigen, modularen Ausbildungssystems bundesweit. Schließung der Einstiegslücke für Gesundheits- und Sozialberufe, Integration der Gesundheits- und Sozialberufe in das Regelschulwesen. Alle diese bereits gesetzten Maßnahmen sind dem NÖ Landtag seit langem, zuletzt aus einer umfassenden Beantwortung einer Anfrage vergangenen Jahres bekannt. Man hätte sich eben nur der Mühe unterziehen müssen, sich zu informieren oder den NÖ Landesrechnungshofbericht genauer zu lesen.

Denn auch in seinem Bericht hat eben der Landesrechnungshof dem Pflegeheim Berndorf, wie ich ja schon einmal sagte, und ich kann es nicht oft genug sagen, grundsätzlich ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt. Und auf die bereits gesetzten Maßnahmen ausdrücklich hingewiesen. Eine Skandalisierung wie sie jetzt von Ihnen betrieben wird, von den Grünen, ist nicht gut für unsere Pflegesituation in Niederösterreich. Wir sollten keine Nestbeschmutzung machen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Son-

dem alle sinnvoll die Pflege mittragen zum Wohle der jetzt stattfindenden Demografie. Denn wir alle kommen in ein Alter, wo wir sehr glücklich sein werden wenn wir eine gute Pflege, die wir jetzt schon in die Wege leiten, haben werden.

Ich möchte in der Folge gleich den zweiten Bericht in Angriff nehmen. Und zwar sind das die NÖ Landesweingüter. Die NÖ Landesweingüter, der kompromisslose Weg zur Topqualität. 40 Hektar beste NÖ Weinbaulagen wie die milde Thermenregion, Weinviertler Lössboden, Kremser Urgesteinsterrassen, die sonnigen Retzer Weinberge, bringen uns einen großen Wein hervor.

Typische Sorten, niederösterreichische Sorten und schmackhafte Spezialitäten gedeihen in den NÖ Landesweingütern. Qualitätsarbeit im Weingarten und die Kraft der Natur liefern hochwertige Trauben für den Campus-Wein. So nennt sich der Wein, so ist die Weinmarke der NÖ Landesweingüter. Denn unverkennbar mit dem Campus-Etikett sind die Campus-Klassikweine oder die höchsten Selektionen, der Campus-Premium, ausgestattet.

In einer Mistelbacher Weindeklaration haben sich die Landesweingüter zusammengeschlossen und haben Perspektiven, Aussichten und Ziele für die Zukunft entwickelt. Und momentan sind sie in einer Ausbauvariante 4, die sie mit Jahr 2004 auch zur Umsetzung bringen wollen. Das heißt, die Landesweingüter Gumpoldskirchen, Hollabrunn, Krems, Mistelbach und Retz haben sich geeinigt, ihr Weinsortiment auf ein bis zwei niederösterreichische Landescuvees, acht niederösterreichische Landesweine, fünf Campus-Marken, ein bis zwei Premiummarken, Sekt, Prosecco, Traubensaft, Edelbrände, Liköre, Essig zum Verkauf anzubieten bzw. herzustellen.

Der Verkauf wird zentral, aber auch über die fünf einzelnen niederösterreichischen Landesweingüter durchgeführt. Das Ziel dieser NÖ Landesweingüter ist höchste Ausbildung, Forschung, Wirtschaftskompetenz und die beste Vermarktung zu erreichen. Für die Ausbildung der Schüler und Schülerinnen haben die Landesweingüter wesentliche Aufgaben im Bereich der Lehre und der Forschung/Versuchswesen übernommen.

Die Winzer des Landes Niederösterreich haben in der EU und weltweit die allergrößten Erfolge und die Vielzahl prämiierter Weine bestätigen das. Das bedingt natürlich auch für die Landesweingüter und für die Schulen eine hohe Ausbildungsqualität. Zum Beispiel hat die Obst- und Weinbauschule Krems eine Kooperation mit der Bundeshandelsakademie „Vino-HAK“ und diese Kombination ist für

die Ausbildung der dort anwesenden Schüler für die Zukunft erfolgsorientiert, für die Zukunft wichtig um hochbegabte, wirtschaftlich, aber mit dem Weingut vertraute Schülerinnen und Schüler für unsere Weingüter zu haben. Die Aufgabe der Schulen ist es, durch eine qualitätsorientierte Ausbildung zur Sicherung der wirtschaftlichen Lebensgrundlagen landwirtschaftlicher Betriebe wirksam beizutragen.

Die fünf Landesweingüter arbeiten intensiv und kooperativ zusammen. Und Krems konnte sich mit dem Ausbau der modernsten Kellerwirtschaft profilieren. Weiters wurde besprochen, in einem Treffen aller fünf Landesweingüter dass in Zukunft um effizient und gut zu arbeiten Krems und Retz das Traubenmaterial wirtschaftlich vermarkten, das heißt umsetzen zu gutem, produktivem Wein und dann wirtschaftlich auch gut vermarkten.

Eine weitere Zentralisierung und Professionalisierung wurde vorgeschlagen, die Traubenverarbeitung bis zur Flaschenfüllung und am weiter auszubauenden Standort Krems soll primär überlegt werden, weil Krems der zentrale Weinbauschulstandort Niederösterreichs ist. Aber das ist alles noch im Gespräch und sollte regional gut besprochen werden.

Schonende und kontrollierte Verarbeitung, die Erfahrung unserer Kellermeister und ausreichende Lagerhaltung bringen die Weine der NÖ Landesweingüter zur vollendeten Trinkreife.

Sehr geehrte Abgeordnete! Jetzt sind Sie an der Reihe. Denn eine Vermarktung der NÖ Landesweingüter kann auch von Ihnen forciert werden. Kosten Sie diesen Wein, kaufen Sie diesen Wein, vermitteln Sie diesen Wein, empfehlen Sie diesen Wein, besuchen Sie die Landesweingüter! Und wir können uns darauf freuen, dass in Zukunft die Vermarktung und die Professionalität an den richtigen Mann, an die richtige Frau kommen wird. Danke schön! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Die Rednerliste ist erschöpft. Die Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin Abg. Kadenbach (SPÖ): Ich verzichte!

Präsident Mag. Freibauer: Sie verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 52/B-2/1:)* Danke. Gibt es Gegenstimmen? Frau Abgeordnete Dr. Krismer, haben Sie dafür oder dagegen gestimmt? Dann ist es einstimmig angenommen!

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 69/B-1. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag:)* Danke. Gegenstimmen? Keine. Ebenfalls einstimmig angenommen!

Dazu gibt es dann noch einen Resolutionsantrag der Abgeordneten Dr. Krismer, Mag. Fasan u.a. betreffend Pflegenotstand in Niederösterreich. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Danke. Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt!

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Herzig, die Verhandlungen zum Geschäftsstück Ltg. 40/H-8 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Herzig (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich berichte über die Landes-Förderaktion für Gemeinden -allgemeine Aktion, Erhöhung der Kredit- und Haftungsermächtigung, Ltg. 40/H-8.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Landesfinanzsonderaktion für Gemeinden wurde mit Beschluss des Landtages von Niederösterreich am 25. Jänner 1973, Ltg. 409/72 mit dem ursprünglichen Zweck ins Leben gerufen, die Gemeinden bei der Erfüllung der Aufgaben als Folge der kommunalen Strukturverbesserung zu unterstützen. Die Förderung besteht aus der Übernahme der Haftung gemäß § 1356 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches für bei Kreditinstituten aufgenommenen Darlehen und der Gewährung eines Zinszuschusses in der Höhe von höchstens 3 Prozent p.a. und das maximal auf 15 Jahre.

Die Kredit- und Haftungsermächtigung für die Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden allgemein beträgt € 403,799.662,80. Und die starke Inanspruchnahme dieser Aktion macht es erforderlich, eine weitere Ermächtigung zur Übernahme von Haftungen und Gewährung von Zinszuschüssen einzuholen. Es ist daher notwendig, die nur einmal ausnützbare Kredit- und Haftungsermächtigung um 15 Millionen Euro auf € 418,799,662,80 zu erhöhen. Die Bedeckung der in der Folge erforderlichen Aufwendungen im Rahmen der Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden allgemein erfolgt im Rahmen der vom Landtag jährlich zur Verfügung gestellten Mittel.

Ich darf daher namens des Finanz- und Wirtschaftsausschusses den Antrag stellen über die Vorlage der Landesregierung betreffend Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden – allgemeine Aktion, Erhöhung der Kredit- und Haftungsermächtigung *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Kredit- und Haftungsermächtigung für die Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden – allgemeine Aktion wird von € 403,799.662,80 um € 15,000.000 auf € 418,799.662,80 angehoben.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, die zur Durchführung des Landtagsbeschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

Herr Präsident! Ich ersuche die Debatte zu eröffnen und die Abstimmung durchführen zu lassen.

Präsident Mag. Freibauer: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen des Landtages!

Es wäre jetzt verlockend zu diesem Geschäftsstück meine 14 Minuten auszukosten. Und man könnte auch kommunalpolitische Diskussionen darüber führen. Möchte ich nicht machen. Denn ich glaube, es geht hier eindeutig darum, dass wir bei dieser Aktion die Zustimmung geben sollten. Die Gemeinden brauchen es. Den Inhalt dieses Geschäftsstückes kennen Sie alle und der Herr Berichterstatter hat sich ja die Arbeit gemacht und hat das ja wortwörtlich 'runtergebetet'. Daher brauche ich, glaube ich, nur eines dazu sagen: Die Gemeinden sollten unterstützt werden. Aber wir sollten trotzdem kritisch erwähnen, dass die Gemeinden nicht nur in Zukunft an Auslagerungen und Privatisierungen denken. Ich verweise da auf Kanal, Wasser, Ortsbeleuchtung, was in letzter Zeit immer mehr üblich ist. Wir geben die Autonomie in den Gemeinden ab. Wir lagern aus, wir privatisieren. Und letztendlich nehmen wir hier die Kompetenz, die wir vom Wähler bekommen haben, dann nicht mehr wahr.

Und wenn wir den Gemeinden hier finanzielle Unterstützung auch weiterhin in einem größeren Rahmen gewähren, dann sollten wir doch – und das ist schon eine leichte Kritik abschließend – schauen, in wieviel Gemeinden noch immer sehr viele Prestigeobjekte gebaut werden. Für diese Objekte, meine Damen und Herren, ist dieses Geld nicht gedacht. Unsere Bürgermeister sollen für die Bürger arbeiten und nicht für Tintenburgen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Herr Abgeordneter! Ich möchte Ihnen nur sagen, der Herr Berichterstatter hat seine Arbeit korrekt erledigt. Er braucht

sich in dieser Form von Ihnen nicht kritisieren zu lassen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

Abg. Mag. Fasan (Grüne): Verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir begrüßen diese Aktion. Es ist ja nicht das erste Mal dass wir das machen. Es ist auch nicht das erste Mal dass wir zustimmen. Ohnehin Usus.

Ich möchte aber auch erwähnen, oder zwei Gedanken noch anfügen. Einerseits begrüßen wir die NÖ Landespolitik hinsichtlich der Gemeinden. Wir glauben schon dass das durchaus gemeindefreundlich ist was hier gemacht wird. Von der Bundespolitik kann man das nicht so behaupten. Die Bundespolitik, und da warnen die Gemeinden zu Recht, und ich gebe jetzt nur einige wenige Beispiele. Etwa warnen die Gemeinden vor der Abwälzung der Notstandshilfe auf die Gemeinden, auf die Länder und Gemeinden in der Sozialhilfe. Zum Teil zahlen die Gemeinden jetzt schon zwei Drittel. Also das ist durchaus bedenklich. Und auf der anderen Seite gibt es auch eine interessante Entwicklung, aber ebenso interessant wie besorgniserregend. Nämlich dass die Schere zwischen der kommunalen Verschuldung einerseits und den Investitionen andererseits weiter aufgeht. Und das ist auch gefährlich und das ist auch etwas was man eigentlich schon länger weiß und daher die Bundespolitik gut beraten wäre, ihre Gangart zu ändern.

Auch, und das ist das Dritte, leiden die Gemeinden unter einem Rückgang der Ertragsanteile. Das ist ja auch bekannt. Und jetzt meine ich, wenn die niederösterreichische ÖVP sagt, sie möchte sich in Zukunft von der Bundeslinie etwas abkoppeln, sie möchte einen eigenen Weg gehen oder einen eigenständigen Weg gehen, dann meine ich, man muss dazu bemerken: Natürlich kann man einen eigenständigen Weg gehen. Nur, der Finanzausgleich wird nicht allein gehen, den kann man nicht im Land alleine machen. Den Finanzausgleich muss man schon mit der Bundespolitik machen. Und da sind eben zwei Körperschaftsvertreter von einer Partei am Werk, nämlich die ÖVP im Land und die ÖVP im Bund. Und da sollte sich die ÖVP schon einmal besinnen welchen Weg sie jetzt gehen will. Den gemeindefreundlichen oder den gemeindeunfreundlichen. Denjenigen Weg, der die Gemeinden weiter in diesen Finanznotstand bringt. Und daher hoffe ich sehr, dass es gelingen wird, die Bundesregierung davon zu überzeugen, dass der nächste Finanzausgleich ein bisschen anders ausschauen sollte als der bestehende. (*Beifall bei den Grünen.*)

Präsident Mag. Freibauer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Kernstock.

Abg. Kernstock (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Mein Vorredner hat eigentlich schon einige Punkte angeführt zu diesem Tagesordnungspunkt. Ich möchte aber ein paar mehr noch dazu erwähnen. Die Erhöhung der Kredit- und Haftungsermächtigung im Zuge dieser Landesfinanzsonderaktion für die österreichischen Gemeinden betrachte ich als eine überaus erfolgreiche und wichtige Maßnahme seitens des Landes.

Mit dieser nun schon 30-jährigen Aktion wird die Unterstützung unserer Gemeinden seitens der gesetzgebenden Körperschaft symbolisiert. Wie wir vom Herrn Berichtersteller eingangs gehört haben, besteht die Förderung aus der Übernahme der Haftung gemäß § 1356 ABGB für aufgenommene Darlehen und der Gewährung von Zinsenzuschüssen von höchstens drei Prozent p.a. auf maximal 15 Jahre.

Gerade meine Damen und Herren, diese Zinsenzuschüsse stellen eine überaus wichtige Maßnahme dar und erleichtern bei diversen Vorhaben nicht Prestigeprojekte, wie mein Vorgänger gesagt hat, aber erleichtern die Vorhaben in Budgetierung der eigenen Finanzmittel unserer Kommunen.

Die freien Finanzen innerhalb der Gemeinden sind ja in den letzten Jahren durch Maßnahmen des Bundes stark zurückgegangen. Daher getrauen sich diese nicht mehr in dem Maße zu investieren, wie dies noch vor einigen Jahren möglich war. Der Slogan von der Verwaltungs- zur Gestaltungs- hin zur Sozialgemeinde hat heute schon wahrlich seine Bedeutung verloren. Die Gestaltungselemente werden zurückgeschraubt, die Sozialleistungen sind nur mehr in beschränktem Maße zu gewähren. Daher gehen unsere Gemeinden wieder einen Schritt zurück hin zum Verwaltungskörper in unserem Staatsgefüge.

Meine Damen und Herren! Im Regierungsprogramm kommen die Gemeinden, wenn überhaupt, nur im Zusammenhang mit Imperativen und Vorschriften vor. Vor allem stellt die Schere zwischen einem Zuwachs an Aufgaben und geringeren Finanzmitteln die Kommunen vor nicht zu bewältigende Probleme. Es kann nicht sein, dass den Gemeinden die Aufgaben vorgegeben werden und diese sollen das alles vollziehen. Gerade das scheint aber aus dem Regierungsprogramm herauslesbar zu sein.

So sei bei dem Punkt des Finanzausgleiches unklar, wer die Aufgaben und deren finanzielle Bewertung definiert und inwiefern die Gemeinden selbst ein Mitspracherecht haben. Der nicht vorhandene finanzielle Spielraum zeigt sich anhand der kürzlich präsentierten Finanzerhebung 2002, wonach die österreichischen Gemeinden ohnehin zur Abdeckung ihrer Investitionsvorhaben für kommunale Infrastruktur bis 2004 rund 13,3 Millionen Euro benötigen würden. Der Finanzminister schreibt aber vor, dass diese Einnahmeverluste von 32 Milliarden Euro für 2004 einnehmen sollen. Also hier eine ganz große Diskrepanz.

Eine Mitteilung des österreichischen Städtebundes vom 30. Mai dieses Jahres besagt, dass die Ertragsanteile der Gemeinden nach der Schätzung von Mitte Mai 2003 um 1,9 Prozent zurückgehen werden. Ich habe mir eine mittlere Gemeinde mit 7.000 Einwohnern angeschaut. Das bedeutet für diese einen realen Einnahmefall von 53.000 Euro. Die Prognosen sagen aber im September 2003 aus, dass diese bereits 7 Prozent ausmachen.

Bei meinem Beispiel der 7.000 Einwohner-Gemeinde sind dies nun schon 195.000 Euro Einnahmefall. Meine Damen und Herren! Auf diese Art und Weise kann das nicht so weiter gehen! Eine Belastungswelle rollt über unsere Kommunen herein. Die Entwicklung des NÖKAS ist ebenso besorgniserregend. Fast eine Verdoppelung von 1996 bis 2003. Diese Erhöhung wird jedoch noch getragen. Ist uns doch unsere Gesundheit doch einiges wert und bedeutet diese unser allerhöchstes Gut. Ähnlich dramatisch verläuft die Entwicklung bei der Sozialhilfeumlage. Weitere Gefahrenpotenziale für unsere Gemeinden, die immerhin die größten Orts- und Regionalinvestoren sind: Der fehlende Getränkesteuersatz, die drohende Sozialhilfe neu und die eventuelle Finanzierung des Personals für unsere Rettungsdienste und das bereits angesprochene Gesundheitswesen.

Sollten alle diese Faktoren kommen, wäre das der weitere finanzielle Ruin vieler Gemeinden in Niederösterreich. Ich verweise schon jetzt auf den Umstand, dass wir in unserem Bundesland 29 Sanierungsgemeinden mit einem Sanierungsvolumen von rund 33 Millionen Euro haben. Österreichs Städte und die Gemeinden sind sehr aktiv und innovativ. Es geht bei angespannter Budgetlage vor allem darum, die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger zu sichern und wo noch notwendig ist auszubauen. Ebenso gilt es, die Daseinsvorsorge mit der Versorgung mit Wasser, mit Trinkwasser, Energie zu Bedingungen aufrecht zu erhalten,

welche die Bürgerinnen und Bürger nicht über Gebühr belasten.

Umso unverständlicher ist es, dass die besorgniserregende finanzielle Situation der Gemeinden und Städte von Seiten des Bundes nicht entsprechend bewertet werden. Das Investitionsvolumen größerer Städte ist in den vergangenen Jahren auf 12,6 Prozent zurückgegangen, was auch der Wirtschaft entsprechend schadet. Die Finanzausgleichsverhandlungen zwischen Bund, Land und Gemeinden, welche im Jahre 2004 zu einem neuen Finanzausgleich führen sollen, dürfen keinesfalls zu Lasten der kleinsten Zellen unseres Staates erfolgen. Sie sehen, meine Damen und Herren des NÖ Landtages, dass die Unterstützung der dritten Ebene unserer Staatshierarchie durch das Land Niederösterreich von größter Bedeutung ist. Ich hoffe, dass die Loyalität gegenüber unseren 573 Gemeinden in Niederösterreich auch in Zukunft gegeben ist.

Zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich nochmals betonen, dass die Landesfinanzsonderaktion, die nun in wenigen Minuten zur Abstimmung gelangt, eine überaus erfreuliche ist. Und auch die vollste Zustimmung seitens der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion bekommt. Ich danke Ihnen für die mir erwiesene Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Freibauer: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Rennhofer.

Abg. Ing. Rennhofer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die Landesfinanzsonderaktion geht auf einen Beschluss des Landtages aus dem Jahr 1973 zurück. Und die Finanzsonderaktion hat aus meiner Sicht eine dreifache Wirkung. Erstens, sie ist einmal ein wichtiges Finanzierungsinstrument für Gemeinden für Einzelprojekte. Also hat nicht unmittelbar mit dem Finanzausgleich zu tun. Zweitens ermöglicht sie wichtige Bauvorhaben für die Bevölkerung. Und drittens wirkt sie direkt in die Wirtschaft und in die Beschäftigung.

Zum Ersten wichtiges Finanzierungsinstrument. Es ist ein Finanzierungsinstrument das ganz speziell die Finanzkraft einer Gemeinde berücksichtigt und sich gerade an jene Gemeinden richtet und gerade jene Gemeinden unterstützt, die eine geringe Finanzkraft aufweisen. Jene Gemeinden, die sich aus eigener Kraft bei Investitionen schwer tun. Und es ist ein Finanzierungsinstrument das die Schwächeren stärker berücksichtigt. Das ist ein

ganz, ganz wichtiger Punkt. Die Schwächeren werden stärker berücksichtigt. Die Landesfinanzsonderaktion ist deshalb gerade so wichtig und hat natürlich im Laufe der Zeit auch einige Anpassungen erhalten, sodass sie heute noch aktuell ist. Und dass sie aktuell ist, zeigt die Tatsache, dass sie von den Gemeinden entsprechend angenommen wird.

Zum Zweiten: Sie ermöglicht wichtige Bauvorhaben für die Bevölkerung. Die Unterlagen über die Mittelverwendung zeigen dies deutlich. Neben einem Schwerpunkt der sich im Straßenbau zeigt, werden die Mittel insbesondere für Gemeindezentren, für Feuerwehrhäuser, für Sportanlagen, für Bäder, für Kultur- und Veranstaltungszentren, für Gemeindebüchereien, für Bauhöfe verwendet. Kurz gesagt, für Bauvorhaben die für die Gemeindebürger wichtig sind, für Bauvorhaben, die für die Gemeindebürger notwendig sind.

Allein im heurigen Jahr sind bereits 110 Anträge der Gemeinden eingebracht worden. 79 davon wurden bereits positiv zum Wohle der jeweiligen Gemeinde, zum Wohle der jeweiligen Gemeindebürger erledigt. Heute geht's um die Aufstockung dieses Kredit- und Haftungsermächtigungsrahmens um 15 Millionen Euro.

Und damit sind wir beim dritten Punkt. Die Gemeinden sind der größte Investor im öffentlichen Bereich. Und mit der Finanzsonderaktion wird dies

noch verstärkt. Die Finanzsonderaktion ermöglicht, dass geplante Investitionen ganz einfach früher getätigt werden können und lösen damit wichtige Impulse in der Wirtschaft und damit gleichzeitig Arbeitsplatzsicherung aus.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Finanzsonderaktion wirkt auf vielen Ebenen sehr, sehr positiv und wir als Landtag von Niederösterreich sollten sie bestmöglich unterstützen. Danke schön! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Freibauer: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg. Herzig (ÖVP): Ich verzichte!

Präsident Mag. Freibauer: Er verzichtet. Wir kommen daher zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 40/H-8:)* Danke. Keine Gegenstimmen. Einstimmig angenommen!

Somit ist die Tagesordnung dieser Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Weg bekannt gegeben. Die Sitzung ist geschlossen. *(Ende der Sitzung um 20.30 Uhr.)*